

**HESSISCHER LANDTAG**

21. 11. 2012

121. Sitzung

Wiesbaden, den 21. November 2012

Amtliche Mitteilungen	8371	Einzelplan 04	8420
<i>Entgegengenommen</i>	8371	Heike Habermann	8420
Vizepräsident Lothar Quanz	8371	Günter Schork	8421
 		Mathias Wagner (Taunus)	8422
16. a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2013 und 2014		Mario Döweling	8424
– Drucks. 18/6515 zu Drucks. 18/5926 –	8371	Barbara Cárdenas	8426
<i>Beratung beendet</i>	8479	Ministerin Nicola Beer	8427
 		Einzelplan 05	8429
b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Hessischen Besoldungsgesetzes		Heike Hofmann	8429
– Drucks. 18/6516 zu Drucks. 18/6034 –	8371	Stefan Müller (Heidenrod)	8430
<i>Beratung beendet</i>	8479	Mürvet Öztürk	8432
Wolfgang Decker	8371	Hartmut Honka	8433
 		Dr. Ulrich Wilken	8434
Einzelplan 02	8371	Minister Jörg-Uwe Hahn	8434
Thorsten Schäfer-Gümbel	8371	 	
Ministerpräsident Volker Bouffier	8379	Einzelpläne 06, 17 und 18	8436
Tarek Al-Wazir	8389	Norbert Schmitt	8436
Wolfgang Greilich	8396	Gottfried Milde (Griesheim)	8437
Willi van Ooyen	8401	Sigrid Erfurth	8438
Dr. Christean Wagner (Lahntal)	8404, 8411	Alexander Noll	8439
Dr. Thomas Spies	8410	Willi van Ooyen	8439
 		Minister Dr. Thomas Schäfer	8440
Einzelplan 01	8411	 	
 		Einzelplan 07	8441
Einzelplan 03	8411	Uwe Frankenberger	8441
Nancy Faeser	8411, 8419	Jürgen Lenders	8443
Alexander Bauer	8412	Karin Müller (Kassel)	8444
Jürgen Frömmrich	8414	Dr. Walter Arnold	8445
Dr. Frank Blechschmidt	8415	Janine Wissler	8447
Hermann Schaus	8416, 8417	Minister Florian Rentsch	8449
Dr. Walter Arnold	8417	 	
Minister Boris Rhein	8418, 8419	Einzelplan 08	8451
		Dr. Thomas Spies	8451
		Dr. Ralf-Norbert Bartelt	8452
		Kordula Schulz-Asche	8453
		René Rock	8454
		Marjana Schott	8455
		Minister Stefan Grüttner	8458

Einzelplan 09	8459	Günter Rudolph	8465
Timon Gremmels	8459	Minister Dr. Thomas Schäfer	8466
Peter Stephan	8460	Mathias Wagner (Taunus)	8467, 8473
Angela Dorn	8461	Günter Schork	8469
Frank Sürmann	8462	Willi van Ooyen	8470
Marjana Schott	8463, 8481	Dr. Frank Blechschmidt	8470, 8473
Ministerin Lucia Puttrich	8464	Norbert Schmitt	8472
 Einzelplan 10	 8465	 Einzelplan 15	 8473
 Einzelplan 11	 8465	Gernot Grumbach	8474
67. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD be-		Daniel May	8475
treffend Landesrechnungshof ist kein partei-		Dr. Matthias Büger	8476
politischer Selbstbedienungsladen		Janine Wissler	8476
– Drucks. 18/6524 –	8465	Ministerin Eva Kühne-Hörmann	8478
<i>Aussprache beendet</i>	8473		
71. Dringlicher Entschließungsantrag der Frak-			
tion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend			
Unabhängigkeit des Rechnungshofs wahren			
– Drucks. 18/6530 –	8465		
<i>Aussprache beendet</i>	8473		

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann
 Vizepräsident Lothar Quanz
 Vizepräsident Heinrich Heidel
 Vizepräsidentin Ursula Hammann

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier
 Minister der Justiz, für Integration und Europa Jörg-Uwe Hahn
 Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer
 Minister des Innern und für Sport Boris Rhein
 Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer
 Kultusministerin Nicola Beer
 Ministerin für Wissenschaft und Kunst Eva Kühne-Hörmann
 Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Florian Rentsch
 Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Lucia Puttrich
 Sozialminister Stefan Grüttner
 Staatssekretär Michael Bußer
 Staatssekretär Dr. Rudolf Kriszeleit
 Staatssekretärin Dr. Zsuzsa Breier
 Staatssekretär Werner Koch
 Staatssekretär Horst Westerfeld
 Staatssekretär Prof. Dr. Alexander Lorz
 Staatssekretär Ingmar Jung
 Staatssekretär Steffen Saebisch
 Staatssekretär Mark Weinmeister
 Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Abwesende Abgeordnete:

Marcus Bocklet
 Michael Boddenberg
 Kai Klose
 Judith Lannert
 Dieter Posch

(Beginn: 9:03 Uhr)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucherinnen und Besucher! Ich darf Sie alle herzlich zur 121. Plenarsitzung am heutigen Mittwoch begrüßen.

Ich darf die Beschlussfähigkeit des Hauses feststellen.

Zur Tagesordnung. Erledigt sind die Punkte 1 bis 8, 13 bis 15, 21 und 66.

Eingegangen und an Sie verteilt worden ist zu Tagesordnungspunkt 19 ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 18/6531, zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Neuregelung des Archivwesens und des Pflichtexemplarrechts, Drucks. 18/6512 zu Drucks. 18/6067.

Zum Ablauf der Sitzung. Wir tagen heute bis zum Ende der Beratung der Einzelpläne bei einer Mittagspause von einer Stunde, die nach der Beratung zum Einzelplan 02 eingelegt werden soll. Der heutige Tag gehört also ganz der Haushaltsdebatte.

Ich darf vermerken, dass entschuldigt fehlen: Herr Staatsminister Boddenberg, ganztägig, und der Kollege Dieter Posch, ebenfalls den ganzen Tag.

Dann steigen wir in die Beratung zum Haushalt ein, zweite Lesung des Haushalts 2013/2014. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

a) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 – Drucks. 18/6515 zu Drucks. 18/5926 –

Berichtersteller ist Herr Kollege Decker.

Herr Kollege Decker, ich darf Sie bitten, auch gleich Bericht zu erstatten zu:

b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Hessischen Besoldungsgesetzes – Drucks. 18/6516 zu Drucks. 18/6034 –

Wolfgang Decker, Berichtersteller:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2013/2014, Drucks. 18/5926, hierzu die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der FDP, Drucks. 18/6380 bis 18/6384, 18/6385 neu und 18/6386, die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 18/6401 bis 18/6480, 18/6481 neu und 18/6482 bis 18/6486, sowie die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 18/6327 bis 18/6371 sowie 18/6373 bis 18/6376 und 18/6487.

Die Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses lautet wie folgt: Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen. Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum zu den Einzelplänen eine ganze Reihe von

Änderungsbeschlüssen. Diese finden Sie in der Drucks. 18/6515.

Wie gewünscht, darf ich auch gleich die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und des Hessischen Besoldungsgesetzes, Drucks. 18/6034, verlesen: Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU, der FDP und der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Kollege Decker.

Einige Hinweise zum weiteren Ablauf. Meine Damen und Herren, wie Sie der Tagesordnung sowie der Anlage zu Tagesordnungspunkt 16 entnehmen können, werden verschiedene Tagesordnungspunkte mit den Einzelplänen aufgerufen werden. Die Abstimmungen über die Einzelpläne finden allerdings vereinbarungsgemäß erst nach Ende der Beratungen über alle Einzelpläne statt.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Generaldebatte und die Beratung der Einzelpläne heute abzuschließen und die Abstimmung über die Einzelpläne sowie die Abstimmung in zweiter Lesung und über die dazu aufgerufenen Tagesordnungspunkte am morgigen Donnerstag zu Beginn der Sitzung um 9 Uhr vorzunehmen.

Der Anlage zu Tagesordnungspunkt 16 können Sie ebenfalls entnehmen, dass sich die Fraktionen im Ältestenrat auf eine Redezeit von 90 Minuten je Fraktion ohne Begrenzung für die einzelnen Rednerinnen und Redner bei der Aussprache über den jeweiligen Einzelplan verständigt haben. – Um uns in der Sitzungsleitung hier das Geschäft etwas zu erleichtern, haben die Fraktionen für die jeweiligen Einzelpläne eine Redezeit angemeldet. Die Gesamtredzeitliste liegt uns ebenfalls vor.

Jetzt rufe ich, wie vereinbart,

Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident –

auf und darf dem Fraktionsvorsitzenden der SPD als Erstem das Wort erteilen. Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben das Wort.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einer kleinen Vorbemerkung zu dieser Generaldebatte beginnen.

Im Vorfeld dieser Debatte haben mich mehrere Hinweise auf „Twitter“ erreicht, die sich mit einem Thema beschäftigen, das unser gemeinsames Anliegen sein sollte, da diese Debatte auch im Fernsehen übertragen wird. Insbesondere die Vertreter der Gehörlosenorganisationen haben mich im Vorfeld dieser Debatte darauf hingewiesen, dass auch sie dieser Debatte gerne folgen würden, dies jedoch naturgemäß nicht können, da es bisher keine Gebärdendolmetscher und keine Untertitel für solche Debatten gibt. Mein

Vorschlag zu Beginn dieser Debatte ist, dass wir gemeinsam zwischen Landesregierung und Landtag, aber auch mit dem Hessischen Rundfunk, über Wege diskutieren und beraten, damit wir vielleicht ab dem nächsten Jahr eine solche Dolmetschung für wichtige Debatten erreichen.

(Allgemeiner Beifall)

Dies ist natürlich auch ein Aspekt der Teilhabe, und es muss unser gemeinsames Interesse sein, dass Menschen, die derartige Zugangsbarrieren haben, auch beteiligt sein können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Vorfeld dieser Debatte hatte ich bei mancher Vorberichterstattung den Eindruck, dass heute hier so etwas wie eine Schlammschlacht oder ein Boxkampf stattfinden soll.

Mein entscheidender Punkt, den ich gerne zu Beginn machen will, ist: Dazu will ich keinen Anlass geben.

(Wolfgang Greilich (FDP): Sehr schön!)

Es gäbe zwar hinreichend Anlass, über Skandalgeschichten aller Art zu reden. Es wird auch hinreichend Anlass geben, im Hessischen Landtag immer wieder dazu zu reden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das machen wir doch!)

Ich will sie heute aber ausdrücklich nicht ins Zentrum dieser Debatte stellen, denn ich glaube, in dieser Generaldebatte muss es um andere Themen gehen.

Allerdings will ich gerne einen Punkt vor die Klammer ziehen, der mir in dieser Debatte wichtig ist. Herr Bouffier,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Herr Ministerpräsident!)

wir haben als Fraktion ganz bewusst entschieden, dass wir, nach dem aus unserer Sicht weit überwiegend erfolgreich arbeitenden Untersuchungsausschuss zum Thema NSU in Berlin, in diesem Landtag keinen Untersuchungsausschuss beantragen werden. Das hat viele Gründe. Ein wesentlicher ist, dass wir gerade bei diesem Thema aufpassen müssen, dass nicht der Eindruck entsteht, es würden bei einem so ernstesten Thema parteipolitische Spiele gespielt.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Herr Wagner, Herr Greilich, ich empfehle Ihnen dringend Entspannung. Es könnte sein, dass ich etwas in unserem gemeinsamen Interesse sage.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bisher habe ich es zumindest so verstanden, dass die Bekämpfung des Rechtsterrorismus, gerade nach dieser säglichen Mordserie in Deutschland durch den NSU, ein gemeinsames Anliegen aller demokratischen Fraktionen und Parteien ist, damit sich so etwas nie wieder in diesem Land wiederholt.

(Allgemeiner Beifall)

Deswegen würde ich zu Beginn dieser Debatte gerne einen Punkt kritisch in Richtung des stellvertretenden Ministerpräsidenten sagen: Jenseits davon, dass Ihre Hinweise auf eine Mahnung zu einem möglichen NPD-Verbotsverfahren in der Sache richtig sind, dürfen wir ein Scheitern dieses Verfahrens keinesfalls akzeptieren. Wir müssen in allen öffentlichen Bemerkungen, die dazu fallen, aufpassen, dass

nicht der Eindruck entsteht, dass wir nicht entschlossen sind, den braunen Spuk

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist doch unglaublich, Ihre Belehrungen brauchen wir nicht!)

gemeinsam zu bekämpfen. Das ist bisher unser gemeinsames Anliegen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Herr Wagner, deswegen bin ich mir mit dem Bundesinnenminister und vielen anderen Landesinnenministern völlig einig,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sie brauchen uns nicht zu belehren!)

dass unser gemeinsames Ziel nach wie vor ist, diesen braunen Spuk zu beenden. Das heißt auch, ein NPD-Verbotsverfahren erfolgreich zu beenden.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Mir war diese Bemerkung vor der Generaldebatte wichtig, weil es Dinge gibt, die uns nicht trennen sollten.

Nun will ich aber in der Tat zum Kern unserer Debatte kommen. Ich will den ersten Satz aufnehmen: Man hat den Eindruck gewinnen können, dass in den letzten Tagen eine Inszenierung stattgefunden hat nach dem Motto: Es geht um Volker Bouffier und mich. – Diesem Eindruck will ich ausdrücklich widersprechen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU und der FDP)

Es geht in dieser Generaldebatte ausdrücklich nicht um Sie und mich. Es geht in dieser Generaldebatte um die Grundlinien.

(Unruhe bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Damen und Herren, ich bitte um Ruhe, damit alle Herrn Schäfer-Gümbel verstehen können.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Meine Vermutung ist, dass es gar nicht die Absicht ist, mich verstehen zu wollen. Dazu kommen wir gleich.

(Peter Beuth (CDU): So ein Maß an Selbstüberschätzung, das ist unfassbar!)

Diese Grundsatzdebatte dient dazu, die Grundlinien der sozialen, der ökologischen, der ökonomischen und der gesellschaftlichen Entwicklungen des Landes zu beschreiben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht um die Frage von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Es geht um Miteinander, und es geht um Ellenbogen. Es geht um reale Probleme realer Menschen statt um den reinen Machterhalt. Es geht in dieser Generaldebatte um Standpunkte, Haltungen und Entscheidungen. Das zieht sich durch eine Vielzahl von Themen.

Ich will mit dem wichtigsten landespolitischen Thema beginnen, nämlich der Bildungspolitik. Für uns ist klar, dass Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit nach wie vor unser zentraler Anspruch ist.

(Peter Beuth (CDU): Damit sind Sie ziemlich allein!
– Ulrich Caspar (CDU): Siehe Unterrichtsausfall während der SPD-Regierung!)

Ich will zu Beginn dieser Debatte noch einmal darauf verweisen, was wir hier immer und immer wiederholen, was wir seit der ersten PISA-Studie, die sich mit dem Bildungserfolg in den OECD-Ländern beschäftigt, immer und immer wieder ins Stammbuch geschrieben bekommen: dass es nahezu kein anderes Land gibt, in dem die soziale Herkunft so sehr über den Bildungserfolg entscheidet wie in Deutschland.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Deswegen brauchen wir die Einheitsschule!)

Ja, ich akzeptiere und konstatiere, dass Sie viele Lehrerinnen und Lehrer eingestellt haben. Aber diesen Kernumstand, dass die soziale Herkunft den Bildungsabschluss bestimmt, haben Sie bis heute nicht geändert.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Peter Beuth (CDU): Sagen Sie die Wahrheit, sagen Sie, was Sie wollen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das Bildungssystem in Hessen ist durchlässig, aber nur nach unten. In einer aktuellen Untersuchung der Bertelsmann Stiftung wird Ihnen doch dokumentiert, dass die Durchlässigkeit nach unten entschieden größer ist als nach oben. Einer von zehn steigt auf, neun von zehn steigen ab. Das ist doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Deswegen brauchen wir die integrierte Gesamtschule!)

Deswegen sage ich Ihnen: In Hessen geht die Durchlässigkeit nur in eine Richtung, und zwar nach unten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist Absicht.

(Beifall bei der SPD)

Anders ist Ihre G-8-Positionierung in der Vergangenheit auch nicht zu verstehen gewesen. G 8 ist ein Thema, das uns in den letzten Monaten rauf und runter beschäftigt hat.

(Peter Beuth (CDU): Sie stehen völlig allein da mit Ihrer Position!)

Die Positionierung zu G 8, die Sie in den letzten Tagen versuchen zu entwickeln, ist nicht der Erkenntnis geschuldet, sondern einzig und allein taktischen Überlegungen, weil Sie wissen, dass Sie in Hessen mit G 8 gescheitert sind. Sie sollten die Kraft haben, das endlich einzuräumen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU))

G 8 war und ist Murks. G 8 bleibt Murks, daran ändern Ihre Vorschläge überhaupt nichts.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Deswegen machen Sie die Einheitsschule!)

Frau Beer steht heute vor dem Scherbenhaufen, den ihr der Ministerpräsident angerichtet hat. Sie treiben das Schulchaos in Hessen konsequent weiter. Sie erfinden für jedes Problem eine neue Schule. Da gibt es z. B. SchuB-Klassen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wollen Sie die SchuB-Klassen, oder wollen Sie sie nicht? Sie müssen dazu Stellung nehmen!)

Dann gibt es Förderschulen, dann kommt G 8, dann kommt G 8/G 9 im Y-Modell, dann kommen die Turboklassen, dann kommen die selbstständigen Schulen, und dann kommt Hansenberg.

(Unruhe bei der CDU und der FDP)

Herr Irmer, statt ständig zu chaotisieren – –

(Unruhe bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Meine Herren aus der CDU-Fraktion, ich darf um etwas mehr Ruhe bitten. Es ist zu laut.

Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Ich kann das ja verstehen, dass Sie unruhig sind.

(Lachen bei der CDU)

Sie sind von dem hessischen Schulfrieden, den Sie propagieren, meilenweit entfernt. Ihr Gesetzentwurf zu G 8 ist in der Anhörung durchgeauscht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zuruf des Abg. Mario Döweling (FDP))

Lassen Sie mich ein paar Überschriften vorlesen. „Wiesbadener Kurier“: Verriss für schwarz-gelbe Schulpläne. „Frankfurter Rundschau“: Großes Interesse an Rückkehr zu G 9. „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: Kritik an G-8-Reform überwiegt. „HNA“: Nur wenige sprechen für G 8. „Darmstädter Echo“: Schulversuch fällt bei Experten durch. „Frankfurter Neue Presse“: Rufe nach Aus für G 8 – viel Kritik an Bouffiers Schulplänen.

Ich sage Ihnen: Ziehen Sie die Konsequenzen, und kehren Sie zur sechsjährigen Mittelstufe zurück. Das ist die einzige richtige Konsequenz aus der Anhörung.

(Beifall bei der SPD)

Noch einmal: Sie sind vom Schulfrieden meilenweit entfernt. Sie sind Lichtjahre davon entfernt.

(Peter Beuth (CDU): Damit stehen Sie ganz allein!)

Ich will daran erinnern, dass die Angebote der Opposition zu einem hessischen Schulfrieden von Ihnen ausdrücklich ausgeschlagen wurden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Einheitsschule!)

Wir werden nicht nachlassen, in der Debatte um G 8 auf Vielfalt zu setzen. Wir wollen Vielfalt in der Schule. Herr Irmer, wir wollen, dass das Kind endlich in das Zentrum gerückt wird. Wir wollen, dass die persönliche Leistungsfähigkeit gefördert wird, statt Kinder ständig in Schubladen einzuteilen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahn- tal) (CDU): So ein Unsinn!)

Herr Irmer, die Frage, ob ein Kind nach zwölf, nach 13 oder nach 14 Jahren Abitur macht, darf keine Frage von vier Schubladen sein, sondern es muss eine Frage der individuellen Leistungsfähigkeit sein. Jedes Kind entscheidet das einzig und allein durch seine eigene Leistungsfähig-

keit. Das ist das Gebot der Stunde, und nicht die erneute Einteilung in Schubladen, die Sie schon wieder vorschlagen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahn-
tal) (CDU): Sie haben das „Systemwechsel“ ge-
nannt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, das ist der Paradigmenwechsel, den wir meinen. Wir meinen in der Tat, dass es möglich ist, dass nicht mehr die Schulform entscheidet, sondern dass das einzelne Kind in das Zentrum der Entscheidungen gerückt wird. Schulerfolg hat eben auch etwas mit der Persönlichkeitsentwicklung von Kindern zu tun.

Deswegen ist das Modell, das wir vorschlagen, nicht einfach die Rückkehr zu G 9. So führen wir diese Debatte nicht. Wir wollen die Rückkehr zu einer sechsjährigen Mittelstufe, weil wir auch wollen, dass Kinder, die die Pubertät durchlaufen, die zu jungen Erwachsenen werden, gerade in dieser schwierigen Phase Zeit und Raum für ihre Entwicklung bekommen. Das ist echte Wahlfreiheit, um die es geht, statt die Kinder in Schubladen zu packen.

(Beifall bei der SPD – Peter Beuth (CDU): Sie sind ganz allein mit Ihrer Position! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

Ihre „Wahlfreiheit“ ist ein Etikettenschwindel. Die Eltern der Viertklässler haben in der Frage G 8 oder G 9 nichts zu melden, wie Sie es hier gerade wieder vorgetragen haben. Das ist nicht nur in der Anhörung deutlich geworden, sondern es wird auch in vielen Briefen dokumentiert, die uns derzeit erreichen. Aber gerade in der Mittelstufe brauchen die Kinder Zeit und Raum. Deshalb frage ich Sie, Herr Bouffier: Warum wollen Sie den Kindern diese Zeit eigentlich verweigern? Herr Bouffier, warum lassen Sie zu, dass Kinder gerade in dieser Zeit derart unter Druck gesetzt werden? Auf welche Frage ist G 8 eigentlich die Antwort? – Es gibt keine Frage, auf die G 8 die Antwort ist – außer, dass man weiterhin die Durchlässigkeit des Bildungssystems verhindern will. Deshalb sage ich: Die Rückkehr zur sechsjährigen Mittelstufe ist das Gebot der Stunde.

(Beifall bei der SPD – Peter Beuth (CDU): Sie stehen mutterseelenallein! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Herr Beuth, die Qualität Ihrer Zwischenrufe wird im Laufe der Debatte nicht besser. – Damit auch das deutlich wird: Ihr Versuch, in diesen Tagen den Eindruck zu erwecken, die Sozialdemokratische Partei wolle die Gymnasien abschaffen, ist nichts als eine Lüge.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahn-
tal) (CDU): Das ist aber doch so! Sie wollen die Ein-
heitsschule! – Weitere Zurufe von der CDU und der
FDP)

Herr Beuth, Sie können das in den Protokollen des Hessischen Landtags nachlesen. Die SPD-Landtagsfraktion hat vor eineinhalb Jahren den Entwurf für ein Schulgesetz eingebracht. Sie können nachlesen, dass es darin eine Bestandsgarantie für alle Schulformen gibt, weil wir nicht über die Schulformen, sondern über die Pädagogik reden. Wenn Sie das begreifen würden, dann wären wir ein ganzes Stück weitergekommen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Ich will beim Thema Bildung einen zweiten Punkt ansprechen, der mir mindestens genauso wichtig ist wie die Frage G 8 und sechsjährige Mittelstufe, nämlich das Thema Ganztagschule und Ganztagsbildung. Wenn uns die Bildungsforschung nach den Ergebnissen der PISA-Studien sagt, dass die ersten zehn Lebensjahre eines Kindes die entscheidendste Phase für die Entwicklung sind, dann müssen wir dieser Phase besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Deswegen wird in einem Programmentwurf der Sozialdemokratischen Partei ein absoluter Schwerpunkt auf die frühkindliche Bildung gelegt. Dieser Teil betrifft das Thema Ganztagschule. Ich will Sie mit der Wirklichkeit konfrontieren: Nur 29 der über 1.150 Grundschulen in Hessen sind echte Ganztagschulen.

(Alexander Bauer (CDU): Wie viele gab es denn bei der SPD?)

2,47 % der hessischen Grundschulen sind Ganztagschulen. Der Betreuungsknick, den viele Eltern beim Übergang ihres Kindes vom Kindergarten zur Grundschule erleben, bereitet vielen von ihnen sehr viel Kopfzerbrechen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Statt hier entschieden zu handeln, bieten Sie ein Placebo nach dem anderen an.

(Dr. Christean Wagner (Lahn-
tal) (CDU): Das sehen die Eltern ganz anders!)

Unser Anspruch ist klar: Wir wollen die Zahl der Ganztagschulen erhöhen. Das heißt für uns: Wir wollen jährlich 100 Grundschulen zu echten Ganztagschulen entwickeln. Das ist eines unserer zentralen Versprechen für die nächste Legislaturperiode, wenn wir die Regierungsverantwortung übernehmen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU und der
FDP)

Wir halten das für finanzierbar, wie wir in den Haushaltsanträgen zur dritten Lesung deutlich machen werden.

Beim Thema frühkindliche Bildung in den ersten zehn Lebensjahren geht es aber nicht nur um das Thema Schule. Es geht auch um die Betreuung der unter Sechsjährigen. Es geht um einen frühen Zugang zu Bildung und Sprache. Es geht auch um „soziale Geschwister“, gerade angesichts der Tatsache, dass es viele Ein-Kind-Familien gibt. Auch da geht es um echte und nicht um suggerierte Wahlfreiheit. Es geht vor allem – und insbesondere mir – um die Chancen von Alleinerziehenden, die ich für die eigentlichen Helden des Alltags halte.

(Beifall bei der SPD)

Der Betreuungsknick, den viele Väter und Mütter erleben, ist real. Wenn uns das Statistische Bundesamt sagt, dass wir in Hessen zum Stichtag 1. März letzten Jahres bei der U-3-Betreuung eine Quote von 23,7 % hatten, dann ist mit Blick auf die Betreuungsquote von 35 %, die im nächsten Jahr zu erreichen ist, noch ziemlich viel zu richten. Wie lautet in diesen Tagen Ihre Antwort darauf? Ihre Antwort ist das Betreuungsgeld. Ich sage ausdrücklich, dass Peer Steinbrück völlig recht mit seiner Bemerkung hat, dass das Betreuungsgeld Schwachsinn ist. Es ist die falsche Antwort. Es ist eine Scheinlösung.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Clemens Reif)

(CDU): Er hat es doch mit beschlossen! – Weitere Zurufe von der CDU)

Das sehe nicht nur ich so. Deswegen will ich gern einen Beschluss des Landesparteitags der hessischen FDP vom 12. Mai dieses Jahres zitieren.

Die FDP lehnt die Einführung eines Betreuungsgeldes ab. Die Auszahlung eines Betreuungsgeldes setzt ein falsches Signal für Frauen, die in der Regel eine stärkere Teilhabe in allen gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Bereichen anstreben. Die Wahlfreiheit soll selbstverständlich den Familien selbst überlassen bleiben.

Recht hat die FDP.

(Beifall bei der SPD)

Ich hätte mir gewünscht, dass die FDP einmal in einer Sache stehen bleibt – und zwar nicht nur dann, wenn es um Taktik geht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Beim Thema frühkindliche Bildung ist es wie bei G 8. Sie kümmern sich überwiegend um sich selbst und weniger um die realen Menschen mit ihren realen Problemen, mit denen diese jeden Tag konfrontiert sind. Wissen Sie eigentlich, was da draußen los ist?

(Karin Wolff (CDU): So eine Arroganz! – Weitere Zurufe von der CDU und der FDP)

– Ich habe mit dieser Reaktion gerechnet. Das hat mit Arroganz nichts zu tun, Frau Wolff.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aber mit Selbsttäuschung!)

Ich will Ihnen auch sagen, warum nicht. Ich habe hier eine Gehaltsabrechnung – nicht von irgendjemandem aus Mecklenburg-Vorpommern, Herr Bouffier, sondern aus unserer gemeinsamen Heimatstadt Gießen. Es handelt sich um die Gehaltsabrechnung eines jungen Mannes. Sein Großvater kam vor einigen Tagen bei einer Veranstaltung völlig verzweifelt auf mich zu, weil sein Enkel bei einer Leiharbeitsfirma als Fahrer beschäftigt ist und dort den ganzen Tag Rufbereitschaft hat, um seiner Arbeit nachzugehen. Er hat mir dessen Lohnzettel gegeben und hat mich gefragt: Herr Schäfer-Gümbel, was machen wir damit? – Ich will Ihnen vorlesen, was auf diesem Zettel steht, damit Sie wissen, worüber ich rede. Der junge Mann hat für seine Rufbereitschaft unter der Woche bei einem tatsächlichen Einsatz von 28 Stunden im Monat ein Gehalt von 261,35 € bekommen.

(Zuruf von der SPD: Das ist ein Skandal!)

– Der Skandal kommt erst noch. – Da der junge Mann vom Disponenten ein einziges Mal nicht erreicht wurde, hat er eine Konventionalstrafe auf dieses Gehalt in Höhe von 129,48 € bekommen. Es wurden ihm 49,68 % abgezogen, weil er einmal telefonisch nicht erreichbar war. Ich sage Ihnen: Das sind Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, die wir nicht wollen.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

– Genau, Herr Blechschmidt. Deswegen müssen wir darüber reden, wie wir so etwas verhindern. Herr Blech-

schmidt, darüber rede ich jetzt gern mit Ihnen; denn wir verhindern das, indem wir Regeln schaffen, die solche Sauereien unterbinden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist ein Mindestlohn geboten. Deswegen wollen wir ein Tariftreuegesetz, das funktioniert. Wir wollen ein Tariftreuegesetz, das diesen Namen auch verdient; denn die öffentliche Hand ist hier Vorbild. Die öffentliche Hand muss dafür sorgen, dass es bei öffentlichen Aufträgen eben nicht zu einem Lohndumping kommt.

Was machen Sie? Herr Bouffier, Sie haben dem Deutschen Gewerkschaftsbund vor zwei Jahren ein Tariftreuegesetz versprochen.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Das haben wir doch!)

– Genau. Das haben wir jetzt. Nach zwei Jahren haben wir letzte Woche ein Tariftreuegesetz bekommen. Ich sage Ihnen: Das ist die Bäume nicht wert, die zu dem Papier verarbeitet wurden, auf dem das jetzt steht.

(Beifall bei der SPD)

Eine Tariftreueregelung, die im Kern keine Sanktionsmechanismen und keine Kontrolle enthält, ist nämlich nichts wert. Sie können sich das Papier, auf dem sie steht, an die Wand nageln und sich daran freuen; aber die Lebenswirklichkeit wird dadurch nicht verändert.

Ich frage Sie noch einmal: Wissen Sie eigentlich noch, was draußen auf den Baustellen los ist? Wir haben letzte Woche mit Vertretern der IG BAU zusammengesessen. In Frankfurt gibt es inzwischen eine Anwaltskanzlei, die darauf spezialisiert ist, mit Blick darauf tarifliche Mindeststandards zu unterlaufen, und dafür sorgt, dass der einzelne Bauarbeiter eine Anmeldung als GbR – also als Gesellschaft bürgerlichen Rechts – erhält.

(Zuruf von der CDU: Welche Kanzlei soll das denn sein? Was ist das für eine Behauptung?)

Wir haben in Frankfurt mittlerweile Baustellen, auf denen man, um die Tarifstandards zu unterlaufen, sozusagen mehrere Hundert GbRs arbeiten lässt.

(Zuruf von der CDU: Welche Kanzlei soll das denn sein?)

Deswegen fordern wir, dass wir ein Tariftreuegesetz bekommen, dessen Einhaltung anschließend kontrolliert wird, damit solche Sachen nicht mehr passieren. Wir wollen, dass die Leute anständig bezahlt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich will ausdrücklich einen auch für uns kritischen Punkt ansprechen. Die Mindestlohnregelungen, über die wir im Moment diskutieren, sind alle richtig und notwendig. Aber ich will offen sagen: Mit einem Lohn von 8,50 € pro Stunde werden wir am Ende nicht sehr weit kommen.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: So ist das! – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Aha!)

Ein Lohn von 8,50 € bei einer 40-Stunden-Woche bedeutet etwa 1.450 € pro Monat. Ich habe mir heute Morgen auf dem Weg hierher noch einmal die Mieten in Frankfurt angeschaut. 50-m²-Wohnungen werden dort für 690 € kalt

angeboten. Es gibt Drei-Zimmer-Wohnungen mit 70 m², die 950 € kalt kosten. Allein mit Mindestlöhnen in der Höhe, über die wir im Moment diskutieren, werden wir dieses Problem nicht lösen.

Herr Bouffier, die Antwort ist aber nicht die, die Sie vor einigen Wochen im Bundesrat zu geben versucht haben, nämlich dass wir gar keine Mindestlöhne brauchen, weil wir z. B. die Lebensverhältnisse in Mecklenburg-Vorpommern nicht mit denen in Frankfurt vergleichen können. Wir brauchen in der Tat dynamische Mindestlöhne, die eventuell regional nach oben angepasst werden müssen.

(Beifall bei der SPD)

Damit die Debatte nicht ganz so einfach wird, will ich noch einen draufsetzen.

(Peter Beuth (CDU): Es wundert uns nicht, dass Sie einen draufsetzen wollen!)

Wir diskutieren im Moment munter über die Rente und über die Alterssicherung in der Zukunft. Ein Lohn von 9,43 € ist das Mindeste, um nach 45 Beitragsjahren das Grundsicherungsniveau zu erreichen.

(Peter Beuth (CDU): Damit sind Sie immer noch unter den 10 € von den Kommunisten!)

– Das mag sein, Herr Beuth. – Das sind die Probleme, mit denen wir konfrontiert sind. Das spricht nicht – Herr Bouffier, ich wiederhole mich da – gegen die Einführung von Mindestlöhnen, sondern es spricht dafür, dass sie konsequent gestaltet und im Übrigen dynamisiert werden, damit sie den Unterschieden in den Lebensverhältnissen gerecht werden können.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Gerechtigkeit bedeutet, dass das Land mit gutem Beispiel vorangeht. Deswegen brauchen wir eine Tariftreueverordnung. Deswegen möchte ich aber auch einen Hinweis zum Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landesdienst geben. Uns verwundert es nach wie vor, dass Hessen das einzige Land ist, in dem es die 42-Stunden-Woche noch durchgängig gibt.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Wir erinnern uns an viele Debatten darüber. Deswegen will ich klar sagen: Wir wollen eine Rückkehr in die TdL, und wir wollen, dass – bei allen Stufenprozessen, die wir dabei erleben müssen – die dort mit den Gewerkschaften vereinbarten Standards umgesetzt werden. Wir wollen, dass insbesondere für diejenigen, die einen schweren Schichtdienst bei der Polizei, im Justizvollzug und an anderen Stellen haben, die 42-Stunden-Woche so schnell wie möglich fällt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Hessen ist in der Tat ein tolles Land. Darauf werden wir alle immer hinweisen. Es ist ein liberales und erfolgreiches Land.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Weil Sie in der Opposition sind, ist es so gut!)

Aber, Herr Wagner, Sie grenzen mit Ihrer Politik eine Vielzahl von Menschen aus. Sie grenzen die Verkäuferinnen und die Polizisten aus, wenn Sie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht sicherstellen können.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Sie grenzen die Jugendlichen aus, die keinen guten oder gar keinen Bildungsabschluss haben, und Sie grenzen Männer und Frauen aus, die arbeiten wollen, aber es nicht können, weil die Rahmenbedingungen nicht stimmen.

Ich will Sie noch einmal fragen: Was antworten Sie all denen eigentlich? Ihre Antwort ist das Betreuungsgeld. Jetzt folge ich gedanklich einmal eine Sekunde lang der Logik der Union: 100 € ist Ihnen die Erziehungs- und Betreuungsarbeit der Eltern wert. Das sind – Sie wissen, dass Kinder 24 Stunden am Tag da sind –

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist eine ganz neue Erkenntnis!)

14 Cent pro Stunde. So viel ist Ihnen die Erziehungs- und Betreuungsarbeit von Eltern wert. Eine Wahlfreiheit gestehen Sie ihnen aber nicht zu. Deswegen sage ich Ihnen: Das Gesetz zum Betreuungsgeld muss das Gesetz mit der kürzesten Geltungsdauer in der Bundesrepublik Deutschland werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre ein großer Vorteil, wenn Sie dieses Geld – das sind, wenn Sie die Summen herunterbrechen, für Hessen immerhin rund 135 Millionen € – an die Städte und Gemeinden weitergeben würden, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Rahmen der Infrastruktur gewährleistet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht, wie ich schon einmal gesagt habe, nicht um Sie oder um mich, sondern um ein grundsätzlich anderes Verständnis von Verantwortung und Miteinander. Wir schauen nicht weg, wenn man anpacken muss, und wir befähigen Menschen da, wo Sie sie stigmatisieren.

Unser Anspruch als Partei der Arbeit ist es, nicht nur gute Arbeitsplätze zu schaffen, von denen Menschen leben können, ohne zum Sozialamt oder zum Jobcenter gehen zu müssen, und unser Anspruch ist es auch, soziale Sicherheit zu gewährleisten; denn wir sind davon überzeugt, dass Unsicherheit und Angst schlechte Ratgeber sind. Unser Anspruch ist, dass der Verkehr bezahlbar ist, damit die Menschen von A nach B kommen können. Das bedeutet am Ende auch eine intakte Infrastruktur.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Zusammenhang mit dem Thema Infrastruktur muss ich doch zu einem der zentralen Konfliktthemen der letzten Jahre einige Bemerkungen machen. Ich bleibe dabei: Sie haben Vertrauen zerstört, Sie haben beim Wie des Ausbaus des Frankfurter Flughafens versagt, und Sie haben einen Schaden angerichtet, der nicht mehr zu reparieren ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Tibetanische Gebetsmühle!)

– Ja, Herr Wagner, ich trage das gebetsmühlenartig vor. Sie werden sich das auch noch ganz oft anhören müssen, weil Sie mit Ihrem Wortbruch die Menschen in der Region hintergangen haben.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Beim Wortbruch sind Sie federführend! Was war denn 2008?)

Das Fundament der Landebahn ist nicht der Beton, sondern das Vertrauen an das gegebene Versprechen zur Nachtruhe,

(Petra Fuhrmann (SPD): So ist es!)

zum aktiven und passiven Schallschutz und zum regionalen Dialog.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das haben wir doch alles!)

Sie haben geschlafen, Sie haben verschlafen, und Sie haben es hintertrieben.

(Holger Bellino (CDU): Nein! – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Deswegen ist der Vertrauensbruch in der Region so verheerend. Er holt uns bei allen zukünftig anstehenden Infrastrukturmaßnahmen ein. Es verwundert doch niemanden – Herr Bouffier, Sie haben es gerade dieser Tage beim Vorlesetag selbst erlebt –: Die Frustration und der Zorn der Menschen sind nach wie vor groß. Es ist unendlich schwer, die Menschen in dieser Situation überhaupt abzuholen, weil sie kein Vertrauen haben, dass irgendjemand von uns auch nur den Anspruch hat, wirklich eine neue Balance am Frankfurter Flughafen herzustellen. Das ist das Paket, das Sie zu verantworten haben, das aber alle anderen genauso betrifft, weil wir alle in Mithaftung genommen werden.

Auch im Vorfeld dieser Debatte gab es wieder unzählige Mails und unzählige Beiträge über Facebook und anderes mehr darüber, wie wir uns zukünftig aufstellen. Wir werden darüber nachzudenken haben, wie eine neue Balance am Frankfurter Flughafen aussehen kann. Ich sage das sehr offen: Wir diskutieren im Moment konkret über eine Einführung von Lärmobergrenzen, die verhindern sollen, dass bei einer steigenden Zahl von Flugbewegungen der Lärmteppich größer wird. Es ist eine enorme Herausforderung, dies konkret umzusetzen. Aber ich glaube, dass wir in der Verantwortung sind, auch nach dem Vertrauensverlust, den die Menschen in der Region erlitten haben, uns mit solchen Fragen intensiv zu beschäftigen.

Das ist exemplarisch für das, was wir bei all dem anstehenden Infrastrukturausbau für notwendig halten. Es ist völlig egal, ob es um Straßen oder Schienen geht. Ehrlich gesagt, Herr Dr. Arnold, es ist doch lächerlich, was wir gerade im Landeshaushalt an Mitteln für die Sanierung und Modernisierung von Straßen und Schienen in Hessen diskutieren. Das ist lächerlich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Minister Florian Rentsch: Das sagt der Richtige! – Lebhaftes Zurufe von der CDU – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Ich hatte fest damit gerechnet, dass Sie darauf einsteigen; denn auch dort können wir doch keine Placeboantworten geben. Wir haben ein Gutachten machen lassen, das uns klar sagt, dass der Sanierungs- und Modernisierungsbedarf von Straßen und Schienen in Hessen in den nächsten zehn Jahren etwa 5 Milliarden € beträgt.

(Zuruf des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

Sie glauben doch nicht, dass Sie mit Ihren Aufwendungen im Landeshaushalt weiterkommen. Deswegen haben wir klar gesagt: Wir wollen die Übertragung der Lkw-Maut auf alle Straßen,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wer bezahlt das? Der Bürger! – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

um die Verursacher stärker an den notwendigen Sanierungen der Straßen zu beteiligen. Wir haben das vorge-rechnet. Das sind natürlich Entscheidungen, die man treffen muss.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wer denn?)

350 Millionen € würden dem Land jährlich zur Straßensanierung zur Verfügung stehen. Das ist notwendig, weil wir im Moment von der Substanz leben. Ein Transitland wie Hessen kann nicht akzeptieren, dass wir von der Substanz leben, weil dieser Substanzverzehr zu groß ist, um das Land dauerhaft zukunftsfähig zu halten.

(Beifall bei der SPD – Zurufe der Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) und Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Mit Blick auf die Zeit werde ich jetzt leider einige Punkte kürzen müssen.

(Zurufe von der CDU: Oh! – Gegenruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das gilt für das Thema Finanzplatz, das Thema Energie und manch anderes. Mir ist wichtig, noch einige Bemerkungen zu den Kommunen zu machen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden sich in den nächsten Wochen für Ihren Schutzschirm feiern lassen, für diesen Schutzschirm, der eigentlich ein Knirps ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Auch von den sozialdemokratischen Bürgermeistern! Auch sozialdemokratische Bürgermeister feiern das!)

– Herr Wagner freut sich darüber, dass auch sozialdemokratische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister den Schutzschirm unterschreiben.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Und loben!)

Herr Wagner, was sollen sie anderes machen? Die Städte und Gemeinden stehen wegen Ihrer Politik mit dem Rücken an der Wand.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Herr Wagner, ich korrigiere mich: Sie stehen nicht mit dem Rücken an der Wand. Viele sind schon durch die Wand durch. Deswegen können sie doch gar nicht anders, als diesen Strohalm zu nehmen. Aber wissen Sie, wie man den Schutzschirm in Nordhessen bezeichnet? Das mag nicht ganz parlamentarisch sein, ich sage es trotzdem, mit Erlaubnis des Präsidenten.

(Heiterkeit)

– Herr Wagner, ich baue vor, weil das Bild vom Präsidenten selbst stammt. Deswegen glaube ich, das sagen zu dürfen.

(Zurufe: Oh!)

In Nordhessen sagt man zu dem Schutzschirm: Das ist ungefähr so, als wenn man einem die halbe Sau klaut und ein Pfund Gehacktes zurückkriegt. – So ist das mit dem Schutzschirm.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Sie nehmen den Städten und Gemeinden strukturell jedes Jahr 344 Millionen €, geben ihnen anschließend ein Drittel über den Schutzschirm, also nur zum Teil, zurück und tun so, als seien Sie die Helden. Herr Wagner, es bleibt dabei:

Sie haben die Städte und Gemeinden mit Ihrer Politik an einen Punkt gebracht, wo die Handlungsfähigkeit beispielsweise für einen funktionierenden Sozialstaat am Rand der Möglichkeiten ist. Das ist Ihr Versäumnis.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt das Gerücht, dass Sie mit Geld umgehen könnten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich will das einmal dokumentieren, damit Sie es verstehen.

(Der Redner hält ein Schriftstück hoch.)

96 % plus: Das ist Ihre Verschuldungsbilanz der letzten 13 Jahre.

(Günter Rudolph (SPD): Mehr Schulden! Fast verdoppelt!)

Die Landesverschuldung ist unter Ihrer Verantwortung in 13 Jahren um 96 % gewachsen. Da soll mir noch einmal jemand erzählen, Schwarz kann mit Geld umgehen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das genaue Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lebhaftes Zurufe von der CDU)

Ich will noch eine Bemerkung machen. Sie fangen jetzt wieder an, ein bisschen über den Länderfinanzausgleich zu fabulieren. Wir sind es vom Flughafen gewohnt – das wird beim Länderfinanzausgleich auch kommen –, dass Sie gegen das klagen, was Sie vorher selbst versprochen und gefeiert haben.

(Günter Rudolph (SPD): Da haben sie Übung!)

Aber sehr redlich ist das nicht. Sie wissen auch: Eine Entscheidung wird irgendwann 2016/2017 kommen, falls Sie überhaupt klagen. Danach müssen Sie ohnehin verhandeln, da der LFA 2018/2019 ausläuft. Insofern ist gar nichts gewonnen. Das Einzige, was Sie damit gewinnen, sind ein paar Schlagzeilen.

Es ist richtig, dass wir alle ein Interesse daran haben, dass ein bisschen mehr von dem Steuergeld in Hessen bleibt. Aber das entbindet Sie nicht davon, an die eigenen Hausaufgaben zu gehen. In Ihrem Haushalt gibt es dazu keinerlei Hinweise. Das gilt für das Thema der Staatsmodernisierung genauso wie für notwendige Kooperationen. Wo sind eigentlich Ihre Initiativen – um ein einziges Thema zu nennen, in dem wirklich extrem viel Musik ist, gerade im Hinblick auf bessere Bildung, bessere Zukunftsfähigkeit, besserer Staat – zur Kooperation von Schule und Jugendhilfe? Alle Fachleute sind sich einig, dass es ein richtig dickes Brett ist, dass man einmal richtig herangehen müsste und dass es unendlich viele Möglichkeiten gibt, in dieser Kooperation dazu beizutragen, dass man mit demselben Geld viel mehr erreichen kann. Aber stattdessen gefallen Sie sich in der Beibehaltung von Kirchtürmen. Das ist die falsche Antwort.

Auch unter dem Gesichtspunkt der Schuldenbremse werden wir an die Struktur gehen müssen. Deswegen wiederhole ich das, was ich im Zusammenhang mit dem Thema Regionalreform und Regionalkreis gesagt habe: Ich glaube, wir brauchen auch hier einen Neustart. Ich bin fest davon überzeugt, dass am Ende eines solchen Prozesses ein dreistufiger Verwaltungsaufbau stehen muss und wird. Das werden wir aber gemeinsam miteinander entwickeln müssen, denn solche Fragen müssen wir dem parteipolitischen

Streit entziehen, sonst wird das mit der Staatsmodernisierung und den Herausforderungen der nächsten Jahre nichts.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Einen kleinen Seitenausflug kann ich mir jetzt doch nicht ersparen; denn Sie sparen doch an bestimmten Stellen. In den letzten 13 Jahren haben Sie zumindest zweimal bewiesen, wo Sie Mehreinnahmen hereinholen und wo Sie sparen. Sie haben einmal bei der „Operation düstere Zukunft“ gespart. Da haben Sie den Sozialstaat in Hessen einmal richtig rasiert,

(Petra Fuhrmann (SPD): Mit der Sense!)

mit allen Spätfolgen, die wir bis heute überall sehen können. Es ist ein Segen, dass die Städte und Gemeinden versucht haben, das auszugleichen.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Aber ich sage Ihnen: Landessozialpolitik erschöpft sich nicht darin, es nur an das Türschild eines Ministeriums zu schreiben, sondern man muss es auch in der Substanz machen. Beim Thema Bildung habe ich das exemplarisch durchdekliniert.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben in der Tat einmal Mehreinnahmen hereingeholt, nämlich als Sie Studiengebühren eingeführt haben. Ich sage Ihnen: Einer der segensreichen Momente der sogenannten hessischen Verhältnisse war, dass es im Landtag eine Mehrheit gab, die die Studiengebühren abgeschafft und dadurch für mehr Bildungsgerechtigkeit gesorgt hat. Darauf bin ich bis heute stolz.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Die hessischen Verhältnisse will keiner mehr!)

Im Übrigen haben wir zur Kenntnis genommen, dass bestimmte Parteien der Regierungskoalition die Einführung von Studiengebühren für diese Legislaturperiode ausgeschlossen haben. Wir werden mit großer Aufmerksamkeit darauf achten, wie Sie sich da verhalten.

Herr Wagner, ich will zum Schluss kommen.

(Zurufe von der CDU: Bravo!)

– Das dachte ich mir.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Welchen Wagner meinen Sie jetzt?)

– Sie, Herr Wagner. Ich wollte Ihnen einmal zustimmen, weil Sie bei Ihrer Pressekonferenz zu unseren Haushaltsanträgen völlig zu Recht erkannt haben: Wir wollen mehr Geld für Bildung, für soziale Gerechtigkeit und für Infrastruktur ausgeben.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aber finanzieren können Sie es nicht!)

Dann hat Herr Wagner gesagt: Und im Übrigen wird das nur durch Mehreinnahmen durch Bundesentscheidungen finanziert. – Herr Wagner hat auch hiermit zumindest in Teilen recht.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ja!)

In der Tat haben wir bei den Themen Lkw-Maut und Betreuungsgeld sogar Bundesentscheidungen mit angemahnt – völlig zu Recht.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist nicht verboten!)

Im Übrigen ist die Bundespolitik kein Themenfeld, das man hier außen vor lassen kann, weil man Entscheidungen schon auch als Land trifft.

Ich erinnere mich, dass diese Koalition im Bundesrat die Hand aktiv gehoben hat, als man den Mövenpicks dieser Welt Millionen – 60 Millionen € für den Landeshaushalt – hinterhergeschmissen hat, obwohl uns das Geld für Bildungsausgaben fehlt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen sage ich Ihnen: Ja, es ist richtig, dass es auch etwas mit bundespolitischen Entscheidungen zu tun hat. Es ist übrigens aufgrund unserer gemeinsamen Vereinbarung zum Thema Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung ein Gebot, sich damit zu beschäftigen. Dort steht etwas von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich weiß, dass Sie damit ein Problem haben, aber wir werden nicht müde, auch den zweiten Teil, nämlich den der Einnahmenverantwortung, immer wieder ins Zentrum zu stellen. Deswegen kann man diese Debatten nicht losgelöst von Berlin führen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe am Anfang gesagt, dass das heute keine Debatte über Sie und mich ist, sondern dass es um die Frage von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit und von Zukunft und Vergangenheit geht.

(Peter Beuth (CDU): Um Sie geht es schon mal gar nicht! So eine Selbstüberschätzung!)

Wir haben in dieser Debatte über Standpunkte und über Haltungen zu diskutieren. Am Ende sage ich: Unser Ziel ist klar. Wir wollen eine andere Politik; wir wollen eine andere Regierung; wir wollen, dass Rot-Grün in Berlin und in Hessen regiert. Das ist unser Ziel für die nächsten Monate. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Wolkenkuckucksheim!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Es spricht jetzt der Ministerpräsident Bouffier.

Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Schäfer-Gümbel, die Aussprache zum Haushalt des Ministerpräsidenten ist traditionell eine gute Gelegenheit, eine Positionsbestimmung über die gesamte Politik vorzunehmen, auch um dem Bürger klarzumachen: Was wollen die einen, was wollen die anderen? Wo steht Hessen, und wo wollen wir hin?

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Hessen ist ein Erfolgsland, und wir stehen an der Spitze aller europäischen Regionen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Feststellung kann man mit Fakten belegen, ausschließlich mit Fakten.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ah!)

Meine Damen und Herren, seit dem Bestehen des Landes Hessen waren noch nie so viele Menschen in Arbeit wie zurzeit, und das ist gut.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Arbeitslosigkeit ist auf einem so tiefen Stand, wie sie es seit 20 Jahren nicht mehr war, und das ist gut.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): So ist es!)

Wir haben mehr Ausbildungsplätze als Bewerber. Es gab in diesem Land noch nie so viele Lehrer und so wenige Schüler. Es gab noch nie so viel Unterricht, und noch nie ist in diesem Land so viel für Bildung ausgegeben worden wie unter dieser Regierung von CDU und FDP.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen, meine Herren, Hessen gehört auch zu den sichersten Bundesländern. Wir haben die höchste Aufklärungsquote, die es in Hessen je gab. Wir haben heute weniger Straftaten als vor 20 Jahren. Wir hatten noch nie so viele Staatsanwälte und Polizisten in Hessen: 1.400 mehr als unter rot-grünen Zeiten. Das sind Erfolge.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Schäfer-Gümbel, ich will das gerne aufgreifen: Ja, wohl, es kann unter Demokraten überhaupt keinen ernsthaften Streit darüber geben, dass wir dem Ungeist und dem Terror des Rechtsextremismus entgegentreten müssen, und zwar mit allen Mitteln, vor allen Dingen gesellschaftlich und politisch, und dort, wo es Erfolg versprechend ist, auch juristisch. Es muss aber Erfolg versprechend sein.

(Beifall bei der CDU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich über die hessische Erfolgsbilanz spreche, dann passt genau hierher, dass Hessen das Land ist, das seit etlichen Jahren die geringste Anzahl an Straftaten des politischen Extremismus hat. Das gilt insbesondere für den Rechtsextremismus. Das ist Ausdruck einer aktiven Sicherheits- und Bekämpfungspolitik. Das ist ein großer Erfolg, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Noch niemals in der Geschichte des Landes haben die Gemeinden und die Kreise vom Land so hohe Zuschüsse bekommen wie in diesem Jahr.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein Blick in den Kommunalen Finanzausgleich belegt dies. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, wann hat es ein Hilfsprogramm in Höhe von über 3 Milliarden € für die hessischen Kommunen gegeben? – Niemals zuvor. Das ist eine großartige Sache.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD)

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass eine solche Debatte eine gute Gelegenheit ist, politische Grundlinien deutlich zu machen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Auch Unterschiede!)

Wir setzen in vielen Dingen auf Freiheit und auf Wahlfreiheit, auch bei den Kommunen. Die Frage, ob eine Kommune diesen Schutzschirm in Anspruch nimmt oder nicht, verordnen wir nicht, sondern es ist die freie Entscheidung dieser Kommunen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Jawohl!)

Wenn von 106 Kommunen, die in Betracht kommen, 102 Kommunen teilnehmen und alle Kommunalen Spitzenverbände gemeinsam mit dem Finanzminister ein einvernehmliches Ergebnis erzielen, dann ist das kein Anlass zur Klage, sondern ein Anlass dafür, dankbar zu sein, dass das gelingt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben viele Fragen aufgeworfen, aber aus meiner Sicht die meisten nicht beantwortet.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So ist es!)

Aber pünktlich zu unserer Haushaltsdebatte gab es in der „Frankfurter Rundschau“ vom 20.11. einen interessanten Artikel mit der schönen Überschrift: „Die Hessen verdienen am meisten“. Sie verdienen mehr als die Menschen in Bayern, in Baden-Württemberg und in Hamburg.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das liegt nicht an dieser Regierung!)

Meine Damen und Herren, eine Politik, die zu dem Ergebnis kommt, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land am meisten verdienen, ist eine Erfolgsbilanz.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nur im Durchschnitt!)

Das ist eine Politik, die den Bürgern nützt, und das ist eine Erfolgsbilanz von 13 Jahren CDU- und CDU/FDP-Politik.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Damit wir uns richtig verstehen: Viele Fragen sehe ich durchaus noch keineswegs als befriedigend gelöst an. Sie haben manche angesprochen. Aber eines darf man doch nicht unterschlagen: Wenn wir darüber reden, debattieren und ringen, welchen Weg Hessen gehen soll und was wir klug oder unklug gemacht haben, und wenn ausgerechnet in einer Zeitung, die uns normalerweise kritisch begleitet, eine Aufstellung kommt, in der als Ergebnis steht, die Hessen verdienen in Deutschland am meisten, dann ist das Ausdruck einer erfolgreichen Politik, für die wir dankbar sein können. Wir freuen uns für die Menschen, und das ist in Ordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Was hat das mit der Landesregierung zu tun?)

Eine solche Erfolgsbilanz ist Anlass zur Freude, aber kein Anlass, die Hände in den Schoß zu legen. Unsere Aufgabe ist es, die Zukunft so zu gestalten, dass Hessen auch künftig ein Erfolgsland bleibt.

Der Entwurf des Doppelhaushalts für die Jahre 2013/2014 ist Ausdruck des Willens dieser Koalition und dieser Regierung, Zukunft zu gestalten. Die Richtschnur ist dabei

für uns die Konsolidierung des Haushalts. Wir nehmen die Aufgabe ernst, ab dem Jahr 2020 keine neuen Schulden machen zu wollen. Wir verschieben es aber nicht auf irgendwann, sondern wir handeln jetzt. Wenn Sie einmal schauen: Im Jahr 2010 sind wir mit einer geplanten Neuverschuldung von 3,5 Milliarden € in die Debatte gegangen.

(Zuruf von der SPD)

2013 haben wir einen Haushaltsplan, der mit einer Neuverschuldung von 1,38 Milliarden € abschließt,

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und 2014 mit etwas über 1 Milliarde €. – Meine Damen und Herren, in zweieinhalb Jahren solche Wege zurückzulegen ist eine riesige Anstrengung, es ist aber auch ein Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gibts doch gar nicht!)

Wir bauen 1.900 Stellen ab.

(Norbert Schmitt (SPD): Wo denn?)

Das fällt uns nicht leicht. Aber wir tun es, weil wir der festen Überzeugung sind, dass, wenn Hessen finanziell handlungsfähig bleiben soll – und das kann man doch nur wollen –, wir diesen Schritt auch gehen müssen.

Haushaltskonsolidierung und Zukunftsgestaltung schließen sich nicht aus. Es geht vielmehr darum, welche politischen Prioritäten man setzt. Bei einem Blick in den Haushalt können Sie das sehr leicht nachvollziehen. Ich will nur ein paar Beispiele erwähnen.

Erste Priorität: Bildung. Die Ausgaben sind so hoch wie noch nie, ganz bewusst, weil wir nicht darüber streiten, dass unsere Zukunft bei gut ausgebildeten jungen Menschen liegt. Aber wir streiten nicht nur und fordern – in unserem Haushaltsentwurf liefern wir den Beweis dafür, dass wir auch handeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Schauen Sie sich den Schwerpunkt für Hochschulen und die Forschung an. Das ist die höchste Summe, die es dafür jemals gab. Wir richten einen Zukunftsfonds ein – Sie wollen ihn komplett streichen, auch eine sehr schöne Zukunftsgestaltung.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD) – Weitere Zurufe)

Wir bleiben bei dem Schwerpunkt der Sicherheit der Bürger. Wir investieren in die Infrastruktur dieses Landes. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben einige Ausführungen zur Frage von Straßenerhalt und Ähnlichem gemacht: Ja, das ist eine große Herausforderung. Aber wissen Sie, worin der Unterschied zwischen uns und Ihnen besteht?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich bekomme es sicherlich gleich erklärt!)

Sie beklagen etwas, machen Vorschläge, die in diesem Haus keiner beschließen kann – selbst wenn er es für richtig hielte –, und wir handeln. Wenn Sie sich den Haushalt anschauen, sehen Sie, dass die Mittel für den Landesstraßenbau auf einen Rekord von 100 Millionen € gestiegen

sind. Das ist viermal so viel wie unter Rot-Grün, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe)

Wir betreiben eine aktive Klimaschutz- und Energiepolitik.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oje!)

Sie werden dort für die nächsten Jahre 160 Millionen € für die energetische Sanierung der landeseigenen Gebäude finden, Herr Al-Wazir.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die, die Sie noch nicht verkauft haben!)

Das ist vernünftig, das ist richtig. Genau an diesen Beispielen lässt sich zeigen, wie wir Zukunft gestalten.

Wir wollen unsere höchst erfolgreiche und aktive Integrationspolitik fortsetzen, die vielfach zu Recht gelobt worden ist. Aber wir ruhen uns nicht aus. Wenn Sie in den Haushalt schauen, finden Sie weitere Millionenbeträge für neue Projekte. Wir wollen beispielsweise die Integrationskoordinatoren fortsetzen – das ist aktive Zukunftsgestaltung. Das kann man im Haushalt sehen. Wir haben den Anspruch, die Zukunft Hessens zu gestalten, und wir zeigen in diesem Haushalt auch, wo und wie wir es machen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was setzt die Opposition eigentlich dagegen? Schauen wir uns zunächst einmal ihr Zahlenwerk an. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, es ist schon eindrucksvoll: Sie wollen 700 Millionen € mehr ausgeben.

(Zuruf von der CDU: Luftschlösser!)

Zur Finanzierung starten Sie ein Feuerwerk an Steuererhöhungen, Belastungen der Bürger und Scheinrechnungen, die keiner ernsthaften Betrachtung standhalten.

(Zuruf von der CDU: Das sind wirklich Scheinrechnungen!)

Drei Viertel Ihrer sogenannten Gegenfinanzierung können Sie überhaupt nicht beschließen – das ist alles Sache des Bundes. Es ist aber nicht nur falsch, weil Sie nicht zuständig sind. Es ist auch inhaltlich falsch. Man muss es sich einmal auf der Zunge zergehen lassen: Sie haben auch heute wieder gesagt, das würde alles nur gehen, wenn Sie auch im Bund die Mehrheit hätten und im Bund alles Mögliche beschlossen würde.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nein, nicht alles, nur manches!)

Seien Sie gemach – das klappt auch im Bund nicht. Aber das Ergebnis Ihrer grandiosen Finanzpolitik kann man auch so zusammenfassen: Sie wollen 2013 schon Geld ausgeben, obwohl Sie es nicht haben. Sie wissen auch nicht, ob Sie es jemals bekommen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist nicht wahr, und das wissen Sie! – Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Es gibt Leute, die nennen so etwas Voodoo-Ökonomie.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was aber viel spannender ist: Das ist Ausdruck einer Geisteshaltung.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist die Unwahrheit!)

Diese Geisteshaltung ist einmal eindrucksvoll beschrieben worden. Herr Präsident, dieses Zitat möchte ich dem Haus nicht vorenthalten.

Nirgendwo aber – von der Linken einmal abgesehen – wird mit so gutem Gewissen über die eigenen Verhältnisse gelebt wie bei der SPD. Der Grund dafür liegt in dem altruistischen Selbstverständnis der Sozialdemokratie: Die Schulden sind gerechtfertigt, weil mit dem Geld ja nur Gutes für die Armen und Schwachen getan werde.

(Zuruf von der SPD)

Zwei Sätze weiter heißt es:

Da in der Regel bei erhöhten Ausgabewünschen niemand Einsparvorschläge an anderer Stelle macht, führt die Finanzierung politischer Projekte bei SPD-Politikern regelmäßig zu erhöhter Schuldenaufnahme oder „Einnahmeverbesserungen“, sprich: Steuererhöhungen, die selbstverständlich zuvorderst den starken Schultern aufgeladen werden sollen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Peer Steinbrück! – Zurufe von der SPD – Weitere Zurufe)

– Ja, das wollen wir einmal dem ganzen Haus sagen. Diese Bezeichnung – nirgends werde mehr über die Verhältnisse gelebt als bei der SPD – finden wir beim Kanzlerkandidaten der SPD „Steinbrück – Die Biografie“ von Daniel Goffart, S. 226.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Nun muss jeder mit dem Kanzlerkandidaten glücklich werden, den er sich ausgesucht hat. Das ist das Problem der SPD. Aber recht hat er: Das Verhalten, das Sie an den Tag legen, ist nicht nur verantwortungslos, es ist auch eine falsche Denke.

Nehmen wir das Beispiel gesetzlicher Mindestlohn/politischer Lohn. Das ist eine Debatte, die wir an vielen Ecken führen. Damit Sie mich richtig verstehen: Ich bin auch für verbindliche Lohnuntergrenzen. Ich will sie aber tariflich haben.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sie rechnen uns bei dem gesetzlichen politischen Lohn für Hessen zig Millionen € Einnahmen vor. Dabei lassen Sie komplett weg, dass Sie z. B. in einem Parlament wunderbar einen Lohn beschließen können. Der ist völlig unabhängig von konjunkturellen Verhältnissen, der ist völlig unabhängig von regionalen Verhältnissen, der ist völlig unabhängig von Branchenverhältnissen. Sie haben unter Bezugnahme auf meine Ausführungen im Bundesrat heute selbst eingeräumt, die 8,50 € würden nun gar nichts an dem Problem lösen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Die Antwort ist aber nicht, nichts zu tun!)

Wenn Sie wirklich etwas bewegen wollten, müssten Sie mindestens auf 11,50 € gehen. Ich sage Ihnen: Ein gesetzlicher Mindestlohn, der im Parlament beschlossen wird, am Ende noch im Wettkampf der Parteien vor der Wahl, löst sich aus dem notwendigen Zusammenhang dessen, was ein Lohn eigentlich ist – der Lohn ist die Anerkennung für die

Arbeit der Menschen. Aber er ist nicht völlig von seinen Grundlagen loszulösen.

(Zurufe der Abg. Petra Fuhrmann (SPD) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Man kann doch nicht ernsthaft bestreiten, dass ein einheitlicher Mindestlohn zwischen Frankfurt am Main und der Uckermark Unsinn ist. Das führt dazu, dass in der Uckermark bald gar keine Arbeitsplätze mehr sind und in Frankfurt am Main zu wenig gezahlt wird. Deshalb wollen wir das nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Torsten Warnecke (SPD): In den USA geht das! Da gibt es einen Mindestlohn!)

Ich will ein anderes Beispiel Ihrer angestrebten Finanzpolitik ansprechen: die berühmt-berüchtigte Vermögensteuer. Auch da haben Sie errechnet, dass das viele Millionen für das Land bringt.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von Rot und Grün, verehrter Herr Kollege Schmitt, wir verstehen uns doch sonst prima.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Was?)

Eine spannende Frage: Warum haben Rot und Grün, als sie in Berlin regiert haben und die Chance hatten, die Vermögensteuer einzuführen, diese nicht beschlossen?

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Weil Sie seinerzeit schon wussten, dass der Aufwand in keinem vernünftigen Verhältnis zum Ertrag steht. Daher gibt es das auch so gut wie nirgendwo in Europa. Sie wissen doch: Die Probleme der Bewertung sind bis heute nicht annähernd gelöst.

Ich möchte eine Frage an die Sozialdemokraten und an die GRÜNEN stellen: Was heißt das eigentlich, wenn ein Betrieb überhaupt keinen Gewinn macht? Muss er dann auch Steuern bezahlen? Wollen Sie dann in dessen Substanz gehen? Was macht ein großes Immobilienunternehmen, wenn es keinen Gewinn erzielt? Verkauft es dann die Häuser? Antwort der Sozialdemokraten – das kann man nachlesen –: Dafür werden wir eine Lösung finden. – Ich wüsste gerne, welche.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Bei den GRÜNEN sieht es noch besser aus.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Immer!)

Die GRÜNEN schlagen vor, das betriebliche Vermögen ganz auszuklammern. Dazu hat der Kollege Peer Steinbrück – da war er noch nicht Kanzlerkandidat – etwas Schönes gesagt.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oppositionsrede, Herr Ministerpräsident! – Petra Fuhrmann (SPD): Schön, dass Sie dafür unseren Kanzlerkandidaten brauchen!)

Ich zitiere:

Ich weise darauf hin, dass man damit auf einen Verschiebebahnhof gerät nach dem Motto: Der Picasso

hängt bei mir nicht mehr im Wohnzimmer, sondern im Besucherraum meines Betriebs. Es wäre auch mit dem Gleichheitsgebot nur schwer zu vereinbaren, wenn eine Gruppe von der Steuer ausgenommen würde und dann ausgerechnet diejenige, die am meisten hat. Große Vermögen haben erfahrungsgemäß nicht Arbeitnehmer, sondern Unternehmer.

Das können Sie in der „FAZ“ vom 24. Oktober 2012 nachlesen. Recht hatte er, meine Damen und Herren. Was hat sich an diesem Befund geändert, außer dass Herr Steinbrück jetzt anderer Meinung ist?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist ja nicht ganz unwesentlich!)

Ihre Politik und Ihre Vorschläge sind nicht nur rechtlich höchst bedenklich, sondern auch ungerecht. Sie wissen doch ganz genau, selbst wenn Sie eine solche Steuer beschließen sollten: Das Ganze muss bewertet werden. Wer soll das machen? Die Leute dafür haben wir nicht. Es würde Jahre dauern, bis dabei irgendetwas herauskommt. Wenn es in der Kasse klingeln soll, dann geht es nicht nur um die drei da oben, sondern dann müssen Sie in den Mittelstand gehen.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will es so zusammenfassen, meine Damen und Herren: Ihre finanzpolitischen Vorschläge

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

basieren darauf, dass Sie heute Geld ausgeben in der Hoffnung, morgen jemanden zu finden, der Ihre Rechnung bezahlt. Genau das ist das Problem.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Schuldenkönig!)

Bei diesem Grundverständnis wundert es nicht, dass Sie bei der Vorstellung Ihres Programms

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Steinbrücks Oppositionsrede! Wo sind wir hier eigentlich? – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

kein einziges Wort zur mittelfristigen Finanzplanung gesagt haben, kein einziges Wort zur Einhaltung der Schuldenbremse. Das alles kommt in Ihrem Programm gar nicht vor.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer regiert hier eigentlich?)

Einen finanzpolitischen Knaller der Sozialdemokratie, Kollege Wagner, möchte ich Ihnen nicht vorenthalten; das ist wirklich etwas ganz Tolles.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr Programm sollten Sie uns mal nicht vorenthalten! Was ist denn Ihr Programm, Herr Ministerpräsident?)

– Ich zitiere, Herr Kollege.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

– Warum sind Sie denn so aufgeregt? Zu Ihnen komme ich noch.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn Ihr Programm?)

Die SPD-Landtagsfraktion

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die SPD! Aha!)

hat am 5. November 2012 eine Pressemeldung verschickt.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist Ihr Programm?)

Da steht unter anderem – ich zitiere –:

„...Politik ist auch in schwierigen Zeiten handlungsfähig – man muss es nur wollen und mutig sein“, ergänzte die schulpolitische Sprecherin.

Dann geht es weiter:

Denn die mobilisierten Mittel könne auch die SPD natürlich nicht einfach „drauflegen“. Vielmehr würde der Löwenanteil der zusätzlichen Mittel durch Optimierungen und Umschichtungen bereitgestellt. Im ersten Jahr seien dies rund 50 Millionen € und im zweiten Jahr sogar 108 Millionen €.

Meine Damen, meine Herren, optimieren und umschichten, das ist der allergrößte Knaller. Sie können so viel umschichten und optimieren, hin- und herschieben, wie Sie wollen, daraus wird nicht mehr Geld. Das ist das Entscheidende.

(Unruhe bei der SPD)

Wenn Sie auf einen Schlag 50 oder 100 Millionen € ausgeben wollen,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist Ihre soziale Attacke?)

dann wird man doch erwarten dürfen, dass Sie auch eine Antwort darauf geben, wo Sie es herholen, wem Sie es nehmen oder wo Sie es dazutun. Darauf gehen Sie in Ihrer Pressemeldung überhaupt nicht ein. Also handelt es sich um leere Versprechungen oder die Hoffnung auf weitere Schulden. Meine Damen und Herren, das ist nicht unsere Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Wagner, gerne ein Blick auf die GRÜNEN:

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was machen Sie denn? Was ist Ihr Programm?)

Es gibt ein interessantes Zitat. Eine Überschrift in der „Frankfurter Rundschau“ vom 7. November lautete: „Mehr ausgeben und doch sparen“. – Donnerwetter, habe ich mir gedacht. Die Finanzkünstler der GRÜNEN müssen Wege gefunden haben, die sonst noch niemandem aufgegangen sind.

(Michael Siebel (SPD): Ja, darauf kommen Sie nicht!)

2013 wollen Sie 258 Millionen € mehr ausgeben, 2014 211 Millionen € und – das ist bemerkenswert – im ersten Jahr 230 Millionen € sparen sowie im zweiten Jahr 285 Millionen €. Sie wollen also rund eine halbe Milliarde bewegen. Alle Achtung.

Schauen wir uns Ihr Vorhaben einmal an, Stichwort „finanzpolitische Solidität“. Ich will zwei Beispiele herausgreifen: Sie möchten die Menschen mit einem Wassercent erfreuen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Dieser soll 80 Millionen € bringen. Das ist eine völlig unrealistische Zahl. Ist Ihnen eigentlich völlig entgangen, dass mit der Stilllegung von Biblis und der künftigen Stilllegung von Staudinger zwei große Verbraucher weg sind

(Timon Gremmels (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

und dann nur noch der Mittelstand und der Bürger als Zahler übrig bleiben? Wollen Sie den Bürgern, die heute schon die hohen Strompreise bezahlen, allen Ernstes – politisch motiviert – auch einen höheren Wasserpreis auferlegen? Wir wollen das nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ein anderes Beispiel: Sie versprechen den hessischen Bediensteten die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche. Nicht ganz so deutlich, aber so ähnlich hat sich auch Herr Schäfer-Gümbel geäußert. Großartig. Wir hätten nur gern gewusst, wie Sie das finanzieren wollen. Da lohnt sich ein genauer Blick. Für das Jahr 2013 haben Sie zusätzlich 10 Millionen € im Haushalt stehen

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erster Schritt!)

und für das Jahr 2014 20 Millionen €.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Zweiter Schritt!)

Dann kann man in Ihrer Verlautbarung noch finden: „Im Übrigen soll die Beihilfe sinken“, also die Zahlung im Krankheitsfall.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Des Bundes!)

Das sind Ihre beiden Überlegungen. Schauen wir uns einmal an, was das praktisch bedeutet, meine Damen und Herren.

(Zuruf von der CDU: Hören Sie sich das ruhig an!)

Wenn Sie die 40-Stunden-Woche in Hessen einführen und nicht sofort z. B. einen massenhaften Unterrichtsausfall produzieren wollen, dann müssen Sie die Lehrerstellen sofort ersetzen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Richtig!)

Das macht 1.600 Lehrer und kostet 87 Millionen €. Das gleiche Problem haben Sie bei der Polizei.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dort fehlen rechnerisch auf einen Schlag 550 Leute, und Sie brauchen 23 Millionen €. Beim Justizvollzug fehlen Ihnen auf einen Schlag 90 Leute, da brauchen Sie 3 Millionen €. Für alle anderen rund 760 Stellen brauchen Sie 37 Millionen €.

(Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir machen das in Stufen!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie die Zahlen zusammenrechnen, dann brauchen Sie, wenn Sie nicht überall Löcher produzieren wollen, 150 Millionen € mehr. Ihre Antwort im Haushalt sind 10 Millionen € und 20 Millionen €. – So viel zur Solidität Ihrer Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es kommt aber noch viel besser. Ich weiß nicht, wer Sie beraten hat und ob Sie das ernsthaft wollen. Sie sagen: Dann streichen wir eben

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was wollen Sie denn? Was ist Ihr Vorschlag?)

– Herr Wagner, Sie merken, es wird gefährlich für Sie –

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Überhaupt nicht!)

das Krankengeld für die Bediensteten zusammen. – Jetzt schütteln Sie den Kopf. Das steht in Ihrer Meldung.

Schauen wir uns einmal an, was wir in Hessen bezahlen: Im Jahre 2013 geben wir für die Krankenbeihilfe rund 568 Millionen € aus, davon 266 Millionen € für aktive und – eine interessante Zahl – weitaus mehr für die Ruheständler, nämlich 302 Millionen €. Wenn ich Ihrem Vorschlag folgen würde, dann bräuchte ich sofort 150 Millionen €, damit ich die Löcher, die Sie durch Ihre 40 Stunden aufreißen, wieder ausgleichen kann. Dann müsste ich den Beschäftigten rund ein Drittel ihrer Krankenbeihilfe streichen. Das ist eine relativ einfache Rechnung.

Wenn die Beihilfe etwa 550 Millionen € beträgt und Sie 150 Millionen € brauchen und sonst nichts anderes anzubieten haben, dann müssen Sie den hessischen Beschäftigten sagen: Ihre Politik führt dazu, dass sie im Krankheitsfall rund ein Drittel der Beihilfe gestrichen bekommen. – Das wollen wir aber nicht.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das wird noch doller, wenn man genau hinschaut. Ich habe jetzt die Gesamtzahl genommen. Schauen Sie sich einmal die Ruheständler an. Die haben von der Arbeitszeitverkürzung gar nichts. Wenn Sie denen dann aber die Beihilfe zusammenstreichen wollen, werden sie sich bedanken. Sie kriegen nichts dafür, sie zahlen nur.

Wenn Sie es dann gerecht machen wollen – Sie sind doch immer für Gerechtigkeit –, dann müssten Sie ein Gegensatzpaar bilden. Sie müssten sagen: Weniger Arbeitszeit, aber dafür muss ein Beitrag beim Krankengeld geleistet werden. Das bedeutet bei den Zahlen, um die es geht – ich habe es Ihnen vorhin vorgerechnet: für die Aktiven 266 Millionen €, und 150 Millionen € brauchen Sie –, dass Sie nach Ihrer Rechnung das Krankengeld der Beamtinnen und Beamten um 60 % zusammenstreichen müssten.

(Minister Boris Rhein: Das ist unsozial!)

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur falsch, das ist ungerecht, und es ist unsinnig.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

So viel zu Ihrer Finanzmathematik.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, zu Ihrer Lesekompetenz! – Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Meine Damen und Herren, die Zahlen haben den Vorteil, sie sind unbestechlich. Sie sind alle aus dem Haushalt.

Schauen wir uns die Inhalte an. Ich bin völlig mit Ihnen einer Meinung, Herr Kollege Schäfer-Gümbel: Bildung hat Priorität. Weil das so ist, gibt es in diesem Land so viele Lehrer wie noch nie, und das bei sinkenden Schülerzahlen. Auf rund 800.000 Schüler kommen heute über 50.000 Lehrer.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Hört, hört!)

1998, im letzten Jahr rot-grüner Verantwortung, sah es so aus: Wir hatten 50.000 Schüler mehr, aber 7.000 Lehrer weniger. Das ist die praktische Bilanz Ihrer Politik.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Hört, hört! – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben in dieser Legislaturperiode versprochen, 2.500 Lehrer zusätzlich einzustellen. Im kommenden Schuljahr werden weitere 250 Lehrer eingestellt. Das ist Teil dieser 2.500. Das können Sie im Haushalt nachlesen. Das haben wir den Bürgern versprochen, und das haben wir gehalten. Darauf sind wir stolz.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Dass das auch anders geht, kann man z. B. im grün-rot regierten Baden-Württemberg oder im rot-grün regierten Rheinland-Pfalz sehen. In beiden Ländern sind Sie in die Wahl gezogen und haben den Menschen mehr Lehrer versprochen. Was ist dabei herausgekommen? 11.600 Stellen werden in Baden-Württemberg abgebaut, entgegen dem Wahlversprechen.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Hört, hört!)

2.000 sind es in Rheinland-Pfalz, entgegen dem Wahlversprechen.

Meine Damen und Herren, der Unterschied ist doch klar: CDU und FDP halten das, was sie versprechen. Rot und Grün versprechen viel vor der Wahl und machen anschließend das Gegenteil.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Schauen wir uns unsere bildungspolitischen Vorstellungen ein bisschen näher an. Ich finde es gut, dass wir die Chance nutzen, herauszuarbeiten, worin die Unterschiede bestehen. Dem soll eine solche Debatte dienen.

Meine Damen und Herren, wir haben offenkundig sehr grundlegende Unterschiede, jedenfalls zu sozialdemokratischen Vorstellungen. Wir gehen die Schul- und Bildungspolitik vom Kind her an. Wir nehmen die Menschen, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollen. Für uns ist jeder Mensch gleich viel wert. Aber nicht alle Menschen sind gleich. Wer diese fundamentale Erkenntnis missachtet und alle zwangsweise gleich machen will, der tut den Menschen und den Schülerinnen und Schülern nichts Gutes. Deshalb wird es mit uns z. B. auch keine Einheitsschule geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben eben wortreich erklärt, Sie möchten vom Kind her denken – dann tun Sie es doch.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das machen wir doch! Deshalb wollen wir auch die Wahlfreiheit!)

– Aber Sie wollen etwas anderes. – Ihre bildungspolitische Sprecherin ist gelegentlich so freundlich, uns zu erklären, was Sie eigentlich meinen. Sie sprach wiederholt davon, das seien jetzt Durchgangsstadien. Ich finde, wir sollten ernst nehmen, was Sie beschließen oder beschließen wollen. Da dient ein Blick in den Programmentwurf 2014 – 2018 der Sozialdemokratischen Partei. Dort können Sie in Zeile 4 ff. Folgendes lesen:

Wir wollen längeres gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut! – Michael Siebel (SPD): Dann sind wir uns dabei einig?)

Jetzt kommt es:

Daher streben wir eine Schulstruktur an, in der alle weiterführenden Schulen bis zur Klasse 10 eine gemeinsame Mittelstufe anbieten.

Meine Damen und Herren, das heißt nichts anderes, als dass Sie genau in dieser Zeit von Klasse 5 bis Klasse 10 alle Schüler undifferenziert in einen Sack packen wollen, in eine Schule. Aber genau das halten wir für falsch.

(Lebhafter Beifall der CDU und der FDP – Kopfschütteln bei der SPD)

Das ist der sichere Tod der Gymnasien. Sie werden auf diese Weise die erfolgreichste Schulform kaputt machen. Was noch viel schlimmer ist: Das ist ein Rückfall in die schulpolitische Steinzeit in Hessen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Von Steinzeit verstehen Sie viel!)

Sie riskieren wieder den totalen Schulkampf. Dann steht das in grobem Gegensatz. Wer von Schulfrieden spricht, der darf nicht von vornherein – Sie brauchen nur Ihr eigenes Programm zu lesen – die gesamte Schullandschaft umpflügen, weil nur er erkannt hat: Es gibt nur eine richtige Schule. Wer diese Erkenntnis nicht teilt, der muss zwangsweise belehrt werden.

Meine Damen und Herren, das ist eine Politik, die wir grundsätzlich ablehnen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Marius Weiß (SPD): Immer nur die Opposition beschimpfen!)

Im Übrigen habe ich den Eindruck, das, was Sie wollen, ist keine neue Erkenntnis bei Ihnen.

(Andrea Ypsilanti (SPD): Sie haben gar keine!)

Schauen Sie sich das Wahlprogramm von 2008 an. Damals haben Sie die Verantwortung getragen, Frau Ypsilanti. Dort finden Sie wortgleich genau dieselbe Formulierung.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Da sehen Sie einmal, wie konstant wir sind! – Lachen bei der CDU und der FDP)

Deshalb darf man ruhig sagen: Auf dieser Welt kann passieren, was will, die SPD ist so ideologisch gefestigt, dass sie rundum nichts mehr zur Kenntnis nimmt und auch un-

belehrbar ist. Das kann ich Ihnen nicht nehmen, meine Damen und Herren, aber seien Sie versichert: Die Bürgerinnen und Bürger werden Ihnen dazu keinen Freibrief geben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

In Ihrem Programm kommen verschiedene Angebote nirgends vor. Das Wort „Wahlfreiheit“ gibt es bei Ihnen gar nicht. Im Gegenteil, Sie haben erkannt, was richtig ist, und alle anderen – das ist so ähnlich wie mit dem Falschfahrer auf der Autobahn – müssen falsch liegen.

(Holger Bellino (CDU): Zwangsbeglückung!)

Wenn sie es nicht erkennen, dann muss man eben mit Zwang und Bürokratie nachhelfen. – Herr Kollege Schäfer-Gümbel, genau das ist Ihre Position auch bei G 8 und G 9.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Können Sie mir einmal sagen, was dagegen spricht, dass die Schulen und die Schulträger es selbst entscheiden?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Weil Sie Verantwortung loswerden wollen!)

Warum muss man den Menschen sagen, dass es nur eine einzige Lösung gibt? Ihre Antwort ist: Es gibt nur G 9.

(Zuruf von der SPD: Sie sind doch die G-8-Ideologen! – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, auch das gehört heute dazu: Ich habe schon mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass die Fraktion der GRÜNEN hier eine andere Position einnimmt. Sie haben angekündigt, in dieser Frage der Landesregierung zu folgen. Darüber freue ich mich.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind uns gefolgt! – Lachen bei der CDU)

Aber, Herr Kollege Wagner, aus dieser einen richtigen Erkenntnis bei Ihnen wird noch lange keine gemeinsame Schulpolitik. Das wollten Sie sicher auch nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Entscheidend ist für mich aber Folgendes, und das ist schon ein fundamentaler Unterschied. Sie bekennen sich zur Wahlfreiheit.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Für diese Regierung ist es eine große Freude, dass zwei Drittel des Hessischen Landtags in dieser Frage hinter der Regierung stehen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hätten Sie früher haben können!)

Das konterkariert gelegentlich das öffentliche Bild, dass alle anderen es anders sähen. Wenn zwei Drittel der gewählten Abgeordneten des Hessischen Landtags hier für die Wahlfreiheit stimmen, dann ist das richtig und eine deutliche Unterstützung unseres Kurses.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Einzigen, die abseits stehen, sind die Sozialdemokraten. Ihnen ist offensichtlich auch noch nie die Idee gekommen, dass zur Freiheit der Menschen auch gehört, die Chance zu haben, auszuwählen. Dieser Gedanke ist Ihnen völlig fremd.

Ihre Politik ist nicht nur ideologiegetrieben,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Was haben Sie die letzte Zeit gemacht?)

sie ist auch ungerecht. Ich will Ihnen das an zwei Beispielen demonstrieren. Können Sie mir einmal sagen, warum Sie ausgerechnet die Mittel für die qualifizierte Schulvorbereitung streichen wollen? Das, was vor wenigen Wochen erfolgreich begonnen wurde? Für wen ist denn das? – Das ist für die Schülerinnen und Schüler, die besondere Hilfe brauchen, die Förderungsbedarf haben, insbesondere natürlich auch für Migrantenfamilien. Warum wollen Sie das streichen? Warum wollen Sie die Osterferiencamps streichen? Was sind die Osterferiencamps? Das sind zusätzliche Angebote an diejenigen, die besondere Hilfe brauchen.

(Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Wer ständig die Gerechtigkeit im Munde führt und ausgerechnet das, was den Schwächsten hilft, streichen will, der treibt nicht nur eine falsche Politik, sondern der ist unlauter. Und das kann man nur mit ideologiegetriebener Politik erklären.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ei, ei, ei!)

Mit Ihren Streichungsanträgen treffen Sie die Schwächsten, nicht die Kinder der Wohlhabenden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Genau so ist es, sozial ungerecht!)

Meine Damen und Herren, eines der eindrucksvollsten Beispiele Ihrer ideologischen Verklemmung kann man an dem Umgang mit dem einzigen Hochbegabteninstitut und -internat in Hessen, Hansenberg, sehen. Um was geht es da?

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Tanus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Hansenberg ist eine Einrichtung, in der hochbegabte Schüler aus Hessen besondere Förderung erfahren.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Das Land zahlt dort sehr wenig, weil es sehr viele Sponsoren gibt, die sich dort die Kosten mit uns teilen – also auch ökonomisch sinnvoll.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Warum wollen Sie das eigentlich streichen? Warum wollen Sie denn, dass hessische Schülerinnen und Schüler, die besonders begabt sind – die gibt es Gott sei Dank in unserem Lande –, in Hessen nach Ihren Vorstellungen kein Angebot mehr haben?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das stimmt nicht!)

Ihnen ist es offenkundig lieber, wenn diese Schülerinnen und Schüler in andere Bundesländer gehen. Hauptsache, die Ideologierichtung stimmt. Eine solche Politik schadet den Menschen, und sie darf nie und nimmer in Hessen eine Mehrheit haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ei, ei, ei!)

Ein anderes Beispiel, bei dem man deutlich sehen kann, wo die Unterschiede liegen. Es sind manchmal gar nicht die großen Beträge, sondern es ist der Geist, der dahintersteht.

(Petra Fuhrmann (SPD): Och, bei Schwarzgeld!)

Wir haben in Hessen eine Familienkarte. Von der profitieren viele Tausend Familien, insbesondere einkommensschwache und Familien mit mehreren Kindern. Diese Mittel wollen Sie streichen. Darf ich einmal fragen, wieso? Was kann man denn dagegen haben, dass mit relativ geringem Aufwand des Landes durch die Partnerschaft mit vielen Firmen viele Tausend Familien finanzielle Vergünstigungen in allen möglichen Bereichen haben? Was kann man dagegen haben?

(Zurufe von der SPD)

Dazu habe ich bis heute keine vernünftige Antwort gehört.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Dann haben Sie nicht zugehört!)

Dass Sie mit der Familie offenkundig nicht mehr viel im Sinn haben, mag Ihre Sache sein. Aber Sie reden von Gerechtigkeit, und ausgerechnet denen, denen mit einem solchen Angebot besonders geholfen wird – das sind einkommensschwache Familien –,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sie helfen sich damit doch nur selbst!)

nehmen Sie dieses weg. Das ist nicht nur falsch. Das ist ungerecht, und aus meiner Sicht ist es auch unsinnig.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wollen Zukunft gestalten. Deshalb haben wir einen Zukunftsfonds eingerichtet. Den wollen Sie streichen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja! – Norbert Schmitt (SPD): Wie haben Sie den denn finanziert?)

Wunderbar. Wie wollen Sie dann Zukunft machen? Wollen Sie allen Ernstes die Mittel für die Nachhaltigkeitsoffensive, die Mittel für die Förderung von Forschungsinitiativen streichen?

Ich will Ihnen ein Beispiel geben, eines, wo ich dachte, da sind wir uns wenigstens einig. Im kommenden Jahr beginnen wir mit der für uns sehr beachtlichen Förderung von 30 Millionen € für das Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik in Kassel. Warum machen wir das? Weil wir einen Schwerpunkt auch und gerade in Forschung setzen.

Die Mittel zu streichen, wäre das falscheste Signal im internationalen Wettbewerb. Wir müssen auch in Zukunft spitze sein. Wer auch in Zukunft spitze sein will, muss heute bereit sein, in diesen Bereichen zu investieren. Wenn Sie das alles streichen wollen, dann ist das nicht nur falsch. Das ist eine Politik rückwärts. Vor allen Dingen ist es keine Antwort auf die Fragen von morgen. Und das unterscheidet uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vielleicht ist es eine gute Gelegenheit, einmal darauf hinzuweisen, wo wir einen ganz besonderen Schwerpunkt legen, wenn es um Zukunft geht. Bei dem Thema Hochschulen ist Ihnen nichts anderes eingefallen als die Studiengebühren. Die haben wir gemeinsam abgeschafft. Das Thema ist erledigt.

(Lachen und Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wenn gerade Sie sich feiern, dann ist es gut, dass wir einmal Folgendes in Erinnerung rufen. Als CDU und FDP

in diesem Land die Verantwortung übernommen haben, haben wir vorgefunden, dass Sie für alle Hochschulen des Landes lediglich 967 Millionen € zur Verfügung gestellt haben.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im letzten Jahrtausend war das!)

Dann schauen wir einmal, wo wir heute, nach 13 Jahren, sind. Wir liegen heute 40 % höher – bei 1,4 Milliarden €. Noch nie gab es so viel für die Hochschulen wie unter dieser Regierung und unter dieser Koalition.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haften gemeinsam mit dem Bund für 870 Millionen € für die Hochschulen, damit sie eine verbesserte Struktur haben, und für Schnellbauten, um den Ansturm der vielen Studierenden besser zu bewältigen. Wir zahlen 92 Millionen € – das ist nämlich auch eine Konsequenz – für die Verbesserung der Lehre, jedes Jahr. Wir sind das einzige Land, das einen Hochschulbaupakt hat – HEUREKA mit 3 Milliarden €. Wo gibt es das überhaupt noch einmal in Deutschland? – Wir sind das einzige Land, das eine eigene Forschungslinie hat, Stichwort: LOEWE, das erfolgreichste Programm überhaupt. Über 400 Millionen € geben wir dafür in der Legislaturperiode aus.

Ich hatte gerade letzte Woche Gelegenheit, mit dem wissenschaftlichen Chef von LOEWE zu sprechen – keiner aus Hessen, keiner von uns, sondern der Chef der Charité, ein hoch angesehener Wissenschaftler. Der hat uns gesagt: Passen Sie auf, das sind die besten Investitionen, die Sie machen können. Das ist Zukunftsgestaltung. – Das, was wir vorgestellt haben, haben wir unter der Marke „Hessen schafft Wissen“ vorgestellt. Wissen ist die Grundvoraussetzung für Erfolg von morgen. Die Forschung heute schafft die Arbeitsplätze von morgen. Genau das ist unsere Politik: Zukunftsgestaltung konkret mit Zahlen im Haushalt ablesbar. Und das ist unsere Antwort.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wer Hessen regieren will, muss auch hessische Interessen vertreten. Schauen wir uns einmal an, wo der Unterschied zwischen uns liegt.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerne!)

Für unsere Entwicklung, für unseren wirtschaftlichen Wohlstand, für die Arbeitsplätze, für die Attraktivität dieses Standorts gibt es keine wichtigere Einrichtung als den Frankfurter Flughafen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ei, ei, ei!)

Deshalb ist es für diese Regierung und die sie tragenden Fraktionen völlig klar: Wir stehen zu diesem Flughafen. – Meine Damen und Herren, Sie haben sich lange aufgehalten. Aber ein paar Fakten muss man schon einmal sagen. Wir haben das Mediationsergebnis umgesetzt. Wir haben endlich dafür gesorgt.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen und Zuerufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Mann, Mann, Mann! – Glockenzeichen des Präsidenten!)

– Wenn Sie glauben, dass zwanghaftes Gelächter Fakten wegpült, dann ist das Ihr Problem. – Die Mediation hatte zwei Ergebnisse:

(Günter Rudolph (SPD): Ohne die Farbe zu wechseln!)

Bau der Bahn und keine geplanten Flüge zwischen 23 und 5 Uhr. Genau das haben wir heute. Deshalb können wir durchaus und klar sagen, wir haben das Mediationsergebnis umgesetzt. Und das ist entscheidend.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, wir haben das größte Lärmschutzprogramm aufgelegt, das es jemals in Deutschland und wahrscheinlich in Europa gab, mit einer Fülle von Maßnahmen. Wir arbeiten mit den Partnern – wir können das zum großen Teil nicht allein, denken Sie nur an die Deutsche Flugsicherung – mit höchster Energie daran, dass es auch leiser wird.

Wir wollen zwei Dinge erreichen. Wir müssen diesen Flughafen als Weltflughafen erhalten, damit wir attraktiv bleiben, und es muss leiser werden. Meine Damen und Herren, das geht. Genau das ist unsere Position.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir sagen den Menschen aber auch, z. B. in Flörsheim und nicht nur hier: Wir können diesen Weltflughafen, der die Grundlage auch zukünftigen Wohlstands in diesem Land ist, nicht in Zukunft behalten, wenn wir solchen Forderungen wie der Schließung der Bahn oder noch weiterer zeitlicher Einengung der Betriebszeiten nachkommen würden.

Meine Damen und Herren, ich kann jeden verstehen. Aber die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, dass wir ihnen deutlich unsere Überzeugung sagen. Unsere Überzeugung ist: Diesen Weg können und dürfen wir nicht mitgehen.

Es muss dabei bleiben: Dieser Flughafen muss eine Perspektive für die Zukunft haben. Er muss ein Weltflughafen bleiben. Es muss leiser werden. Die konkretesten Maßnahmen dazu sind unter dieser Regierung und der sie tragenden Koalition getroffen worden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es gilt, hessische Interessen zu vertreten. Da gibt es ein zweites Thema. Hessische Interessen zu vertreten, heißt ein klares Bekenntnis zum Finanzplatz Frankfurt/Rhein-Main.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Wir haben den einzigen Finanzplatz von Gewicht auf dem Kontinent,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

der nicht nur 70.000 Menschen Arbeit gibt, sondern der ein einmaliger Standortvorteil für unser Land ist,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

der internationaler Knotenpunkt und Leuchtturm für dieses Land ist.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Jetzt muss man sich fragen: Wie nutzt man diesen Standortvorteil aus? Tut man dies, indem man ständig auf die Banken eindrischt, indem man sich 90 % seiner Kampagne damit beschäftigt, zu rufen: „Holt es euch bei den Banken“, oder sonst irgendwas?

Hessische Interessen vertritt man klug, wenn man feste Regeln für die Finanzwirtschaft fordert. Da könnten wir uns

vielleicht noch einig sein. Das wollen wir. Aber wir wollen z. B. keine Finanztransaktionssteuer als isolierte Lösung, bei der dann Folgendes passieren würde:

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Herr Bouffier, das haben Sie doch mit beschlossen!)

Hier würde sie eingeführt werden. Die Geschäfte würden dann in Luxemburg gemacht. Die Geschäfte würden dann in London gemacht. Alle Probleme würden bleiben. Frankfurt würde diese Geschäfte verlieren. Wir würden den Umsatz und die Einkünfte verlieren. Anschließend würden wir auch noch die Arbeitsplätze verlieren. Eine solche Politik wäre falsch.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Wer Hessen regieren will, muss hessische Interessen vertreten.

Schauen wir uns einmal das nächste Thema an. Das haben Sie selbst angesprochen. Das betrifft den Länderfinanzausgleich.

Das ist sehr bemerkenswert. Ich dachte, wir wären uns eigentlich darin einig, dass ein Land, das sich besonders anstrengt, von diesen Anstrengungen auch etwas haben muss.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Ein System, bei dem der, der sich anstrengt, nichts davon hat, weil das alles an andere weggeht, ist ein falsches System.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sie haben es doch unterschrieben!)

Genau diese Position vertreten wir in Hessen, in Baden-Württemberg und Bayern. Das sind die drei Geberländer. Hamburg zahlt nur einen sehr kleinen Betrag. Alle anderen sind Nehmerländer.

Lieber Herr Wagner, beruhigen Sie sich.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bin ganz ruhig!)

Es gibt da eine relativ einfache Aussage: Wer Hessen regieren will, muss hessische Interessen vertreten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was heißt das? – Hessen ist, bezogen auf die Einwohnerzahl, mit Abstand das Land, das am meisten allen anderen Ländern gibt.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie es so beschlossen haben!)

Nach Rheinland-Pfalz gehen 240 Millionen €. Es geht Geld nach Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen. Herr Kollege Schmitt, unser „bester Kunde“ ist Berlin. Es erhält 3 Milliarden €.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil Sie es so beschlossen haben!)

Jetzt schauen wir uns einmal an, wie man das anders machen könnte. Da bin ich mir mit Herrn Kollegen Kretschmann und Herrn Kollegen Seehofer völlig einig. Wir wollen solidarisch sein. Aber es kann doch nicht sein, dass wir deswegen Schulden machen müssen. Da hat sich etwas mit der Aufnahme der Schuldenbremse in die Verfassung geändert. Wir müssen Schulden machen, damit wir anderen Geld schicken.

Jetzt schauen Sie sich einmal diesen Haushaltsentwurf an. Wir werden knapp 1,4 Milliarden € Schulden machen und zwischen 1,8 und 2 Milliarden € an die anderen Länder zahlen. Richtig wäre es doch, dass wir zunächst einmal dafür sorgen würden, dass wir keine neuen Schulden machen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Dann würden 1,4 Milliarden € abgehen. Die anderen 600 Millionen €, die wir dann noch hätten, würden wir geben wollen. Aber es kann doch nicht sein, dass wir Schulden machen, damit andere mit unserem Geld Wohltaten in ihren Ländern verteilen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Bouffier, wenn das die Argumentationslinie vor dem Verfassungsgericht wird, werden Sie verlieren!)

– Herr Al-Wazir, das Einzige, was ich von Ihnen hören will, ist die Antwort auf die Frage: Vertreten Sie hessische Interessen oder nicht? – Schauen wir uns einmal an, wie die Mitglieder der Opposition das sehen. Ich zitiere aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 7. November 2012. Da lautet die Überschrift:

SPD gegen Reform des Finanzausgleichs

Alle Achtung. Dazu kann man dann Folgendes lesen – ich zitiere –:

Derzeit gebe es keinen Anlass, am bestehenden System des Solidarausgleichs etwas zu ändern, sagten die beiden Fraktionsvorsitzenden Thorsten Schäfer-Gümbel und Hendrik Hering gestern in Wiesbaden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das gibt es doch nicht!)

Wer Hessen regieren will, muss hessische Interessen vertreten. Das ist doch etwas völlig anderes.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist aber peinlich!)

Sie weisen darauf hin, dass im Jahr 2020 das jetzt bestehende System ausläuft. Soll das bedeuten, dass wir acht Jahre lang noch so weitermachen?

Berlin hat beschlossen, dass dort alle Kindergärten und Kindertagesstätten kostenfrei sind. Dort muss niemand Gebühren bezahlen. Ich finde, das ist schön für die Leute dort. Wir haben das dritte Kindergartenjahr kostenfrei gestellt. Wir würden gerne mehr tun, was wir aber aus finanziellen Gründen nicht können.

Es kann doch nicht sein, dass andere Wohltaten mit unserem Geld vornehmen und ein Mitglied der SPD erklärt: Bis zum Jahr 2020 gibt es keinen Anlass, zu handeln. – Das ist doch keine Politik für dieses Land.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist unglaublich!)

Ich habe irgendwo noch gelesen, wir würden nicht ernsthaft verhandeln. Das sollte ich in diesem Hause auch einmal sagen: Seit eineinhalb Jahren verhandeln wir.

Herr Kollege Kretschmann hat einen Vorschlag zur Güte gemacht. Er hat alle anderen gefragt: Passt einmal auf, können wir uns darauf verständigen, dass es nicht ständig

mehr wird, dass wir die Höhe dessen, was wir bezahlen, einfrieren? Wenn wir dann mehr erwirtschaften, haben wir auch etwas davon. – Selbst das ist nicht gelungen.

Jetzt im Dezember 2012 ist die letzte Runde der Ministerpräsidenten in diesem Jahr. Wahrscheinlich werden wir auch dort zu nichts kommen. Aber dann ist die Klage der Ausdruck politischer Notwehr für die hessischen Bürgerinnen und Bürger.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich wünsche mir da schon sehr, dass diejenigen, die Hessen regieren wollen, hessische Interessen vertreten und uns bei diesem Vorhaben unterstützen und uns nicht in den Rücken fallen. Das kann doch so nicht sein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich will es im Interesse der fortgeschrittenen Zeit, und weil wir noch die Einzelpläne diskutieren, damit gut sein lassen. Ich will eine Aussage des Kommentators der „Hessenschau“ vom 12. November 2012 zitieren. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, anlässlich der Vorstellung Ihres Programms begann er seinen Schlusskommentar wie folgt – ich zitiere –:

Ja, nach so vielen Jahren in der Opposition ist da bei der SPD ganz gewiss ein bisschen Saharafeeling, sage ich einmal – trocken, trocken.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, dieses Gefühl der Dürre muss Ihnen auch den Blick vernebeln haben. Die Umsetzung Ihrer Vorschläge würde dem Land schaden. Deshalb muss man sie ablehnen. CDU und FDP haben in den letzten 13 Jahren eine Erfolgsgeschichte geschrieben.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das können wir belegen. Das wissen die Menschen. Eine Überschrift ausgerechnet vom gestrigen Tage, die lautet: „Die Hessen verdienen am meisten“, belegt das mehr als sämtliche Propaganda, die Sie hier gebracht haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Diese Erfolgsgeschichte wollen wir fortführen. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Herr Al-Wazir, wir wollen eine andere Politik als Sie.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Sehr gut! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist das in der Demokratie!)

Die Richtschnur unseres Handelns und unserer Arbeit bleibt: Wir setzen praktische Vernunft gegen ideologischen und bürokratischen Zwang.

(Lachen des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Das unterscheidet uns grundlegend. Für uns gilt auch in diesem Jahr – das wird auch in der Zukunft so sein –: Für uns kommt erst der Mensch, dann das Land und dann die Partei.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Damit waren wir erfolgreich. So machen wir weiter. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Als Nächster spricht Herr Al-Wazir, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, was war das denn?

(Heiterkeit bei der Opposition – Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Das war eine sehr gute Rede!)

Jetzt endlich habe ich verstanden, was all diese auf Lebenszeit verbeamteten Jung-Unionisten in der Staatskanzlei so tun: Sie lesen die Programme der SPD von 2008.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD und Zurufe: Bravo!)

Herr Ministerpräsident, das waren interessante Anmerkungen zum Programm der SPD, es waren auch ein paar interessante Anmerkungen zu den Haushaltsvorschlägen der GRÜNEN. Dazu muss ich nachher einiges zurechtrücken, darum streiten wir uns gerne. Aber eine Frage haben Sie nicht beantwortet: Was wollen Sie eigentlich?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Holger Bellino (CDU): Das steht im Haushalt!)

Herr Ministerpräsident, was wollen Sie eigentlich? Wohin wollen Sie eigentlich?

Das war eine Oppositionsrede nach dem Motto: Ich bin Ministerpräsident, aber ich weiß selbst nicht mehr, warum. – Herr Bouffier, das reicht am Ende nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP)

Hoffentlich war das keine Bewerbungsrede für die Rolle des Oppositionsführers in der nächsten Legislaturperiode – denn das wissen Sie selbst, Herr Bouffier: Abgewählte Ministerpräsidenten werden nicht mehr Oppositionsführer. Schauen Sie sich Stefan Mappus an – ich weiß nicht, was er jetzt macht, aber Sie können ihm dann Gesellschaft leisten. Wenn Sie solche Reden auch im Wahlkampf halten, dann freue ich mich ganz besonders auf den Wahlkampf im nächsten Jahr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir ziehen heute Bilanz, das stimmt. Wir beraten den Doppelhaushalt 2013/2014. Das werden also die letzten Haushaltsberatungen vor der Landtagswahl sein. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, und Ihre Landesregierung haben so viel Angst vor der Wahl, dass Sie es bis heute nicht geschafft haben, einen Termin dafür festzulegen. Es gibt Gerüchte, wonach es in der FDP Wünsche gibt, dass überhaupt nie wieder gewählt werden soll.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Aber diese Landtagswahl wird stattfinden.

(Zuruf von der CDU: Tolle Erkenntnis!)

Dann lassen Sie uns Bilanz ziehen.

Wir sind in der Haushaltsdebatte, fangen wir also mit der Finanzlage des Landes an.

Meine Damen und Herren, noch befinden wir uns in einer Phase guter Wirtschaftsentwicklung. Das drückt sich auch in den Steuereinnahmen aus. Gleichzeitig muss das Land Hessen – wie die anderen Länder der Bundesrepublik und der Bund – so wenig Geld für seine Zinsen zahlen wie noch nie. Da profitieren wir von der Krise in Südeuropa. Herr Ministerpräsident, trotzdem wollen Sie und Ihre Regierung auch in den beiden nächsten Jahren 2,5 Milliarden € zusätzlicher Schulden machen – und das, obwohl Sie die Grunderwerbsteuer erhöhen und nächstes Jahr kein Geld mehr in die Versorgungsrücklage stecken. – Wo ist denn eigentlich Karlheinz Weimar? Der war immer so stolz auf diese Versorgungsrücklage. Nächstes Jahr keine Zuführung mehr in diese Rücklage, obwohl Sie in der Vergangenheit –

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Einmalig!)

– Einmalig?

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist wirklich einmalig!)

Lieber Gottfried Milde, das ist wirklich einmalig. Eine Versorgungsrücklage zu schaffen und zu sagen, wir wollen jetzt, dass in Zukunft für die Beamtinnen und Beamten nicht mehr nichts zurückgelegt wird, sondern dass es zum Prinzip erhoben wird, dass man für jeden, den man einstellt, etwas zurücklegt – dann aber zu sagen: „Im Jahr vor der Wahl setzen wir das aus“, das ist wirklich einmalig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber bitte sehr.

(Zuruf des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Das alles tun Sie, obwohl Sie in der Vergangenheit den Kommunen Geld entzogen haben, und zwar nicht in einem einmaligen Akt vor der Landtagswahl, nicht in einem einmaligen Ausrutscher, sondern als ein Markenzeichen von Schwarz-Gelb: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können schlicht nicht mit Geld umgehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wird besonders deutlich, wenn man Hessen mit anderen Bundesländern vergleicht. Ich will Ihnen einmal zeigen, wie sich das entwickelt hat.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

Das ist das letzte Jahr, 2011. Es ist schon abgeschlossen. Das sind die Anstiege der Verschuldung der Bundesländer, inklusive der Verschuldung der Kommunen, im letzten Jahr. Es gibt Bundesländer, die haben im letzten Jahr insgesamt Schulden reduziert. Es gibt Bundesländer, die sind so bei plus/minus null. Es gibt welche, die haben Schulden gemacht. – Wissen Sie, wo Hessen ist? Hier unten. Es gibt kein Bundesland, das inklusive seiner Kommunen seine Schulden im letzten Jahr derart erhöht hat wie das Bundesland Hessen. Sie aber stellen sich hierhin und sagen, Sie machen solide Finanzpolitik. – Herr Milde, wovon träumen Sie eigentlich nachts?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Ministers Boris Rhein)

Wir haben einen Spitzenplatz: Hessen ist spitze – beim Schuldenmachen. Aber darauf sollte man nicht stolz sein.

Niemand sollte denken, das sei im letzten Jahr ein Ausrutscher gewesen. Wir haben uns einmal in den Haushaltsentwürfen der anderen Bundesländer für das nächste Jahr umgeschaut. Wissen Sie, was wir da feststellen? Wir sind wieder auf einem unrühmlichen Siebertreppchen. Wir sind nämlich jetzt auf Platz 3 der Flächenländer; nur das Saarland und Rheinland-Pfalz wollen einen noch größeren Anteil ihres Haushalts im nächsten Jahr schuldenfinanzieren. Und da stellen Sie sich hierhin und sagen, Sie machen solide Finanzpolitik? – Liebe Kolleginnen und Kollegen, das kann doch nicht Ihr Ernst sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollten Bilanz ziehen. Wir ziehen jetzt Bilanz. Im Januar 2014, wenn der neue Landtag zusammentritt, werden Sie knapp 15 Jahre regiert haben. In dieser Zeit werden Sie die Schulden des Landes Hessen fast verdoppelt haben. Ich will Ihnen das einmal zeigen, so sieht das aus.

(Der Redner hält ein neues Schaubild hoch.)

Das ist das Jahr 1998: 23 Milliarden € Schulden. Am Ende des Jahres sind wir schon über die 43 Milliarden € Schulden. Laut Ihrem Finanzplan sind wir im Jahr 2016 bei 45,4 Milliarden € Schulden, beinahe eine Verdoppelung in schlappen 15 Jahren. So sieht die Bilanz von Schwarz-Gelb in der Finanzpolitik aus. Das ist eine Bilanz, für die man sich schämen sollte, die sollte man nicht feiern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel und Norbert Schmitt (SPD))

Herr Ministerpräsident, wie groß muss eigentlich die Not sein, wenn sich ein amtierender Ministerpräsident in der Haushaltsdebatte, in der Generaldebatte zum Haushalt des nächsten Jahres, hinstellt und über die Vorschläge der Opposition dermaßen die Unwahrheit erzählt wie über die Vorschläge, die die GRÜNEN-Fraktion zur Beihilfe der Beamtinnen und Beamten eingebracht hat? Wie groß muss eigentlich die Not bei Ihnen sein?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Volker Bouffier: Sie können es doch selbst vorlesen!)

– Herr Ministerpräsident, ich lese das selbst vor.

Wir haben gesagt, wir wollen, dass die Beamtinnen und Beamten – so wie in den anderen Bundesländern und beim Bund auch; inzwischen ist es fast überall wieder so – 40 Stunden in der Woche arbeiten. Wir wissen, das kostet Geld. Wir wissen, das geht nicht auf einmal. Deswegen haben wir gesagt, wir wollen im ersten Jahr damit bei denen anfangen, die im Schichtdienst arbeiten.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Das ist z. B. im Justizvollzug und bei der Polizei. Das wollen wir dann schrittweise ausweiten.

Wir wissen, wir brauchen dann mehr Personal; und wir wissen, das Personal gibt es teilweise gar nicht. Man muss das erst ausbilden. Deswegen sagen wir: Jahr für Jahr wächst das auf – im ersten Jahr sind es 10 Millionen €, im zweiten Jahr 20 Millionen €. Am Ende werden wir zu einer Summe kommen, die an die 100 Millionen € heranreicht. Das wissen wir.

Wir haben uns aber auch die Mühe gemacht, zu überlegen, wo es auf der anderen Seite Einsparmöglichkeiten gibt. Da sind wir auf die Beihilfe gestoßen. Denn im Bundesland

Hessen existieren als inzwischen fast einzigem Bundesland noch Leistungen, die es beim Bund und in den anderen Ländern schon längst nicht mehr gibt.

Wenn Sie jetzt sagen, wenn man die Wahlleistung Chefarztbehandlung und die Wahlleistung Einzelzimmer streicht, so ist das ein Eingriff in das Menschenrecht der Beamtinnen und Beamten, dann wissen Sie überhaupt nicht, was in der Gesellschaft los ist, und beweisen eher, wie weit Sie von der Realität entfernt sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich lese es Ihnen jetzt einmal vor. Übrigens haben wir diese Zahlen aus dem hessischen Innenministerium unter Boris Rhein erhalten; denn der hatte das selbst vor, sich dann aber nicht mehr getraut. Das ist eine einmalige Ersparnis von 32 Millionen € – und zwar im ersten Jahr, im zweiten Jahr und im dritten Jahr. Das wird nicht mehr, das kann man nur einmal machen. Genauso steht es auch in unseren Haushaltsanträgen.

Herr Bouffier, wenn Sie sich jetzt hierhin stellen und einen solchen Unsinn erzählen, sollten Sie sich dafür schämen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Zuruf des Ministerpräsidenten Volker Bouffier)

– Herr Ministerpräsident, was heißt denn das, das sei Unfug? Sie stellen sich hierhin und sagen, die SPD – ich weiß nicht, ob das stimmt, Sie behaupten das so – wolle Fraunhofer IWES Geld streichen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Weil er nur über die eine Seite geredet hat, über die andere Seite nicht!)

Wer hat denn mit der „Operation düstere Zukunft“ dem Vorgänger von Fraunhofer IWES, nämlich dem ISET, das Geld gestrichen? Das waren doch Sie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

An diesem Punkt können Sie nicht ablenken. Sie haben die Finanzen des Landes Hessen in den letzten 15 Jahren ruiniert. Sie werden Ihren Nachfolgern eine gewaltige Erblast hinterlassen. In Hessen ist der endgültige Beweis erbracht: Schwarze und Gelbe können nicht mit Geld umgehen. – Wer das noch glaubt, der glaubt auch an den Weihnachtsmann und daran, dass er die Ostereier bringt, Herr Kollege Krüger.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Allein diese Bilanz wäre schon Grund genug, diese Regierung endlich abzuwählen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das haben Sie vor zehn Jahren schon gesagt!)

Sie haben in dieser Zeit nichts, aber auch gar nichts strukturell verändert.

Herr Finanzminister Schäfer, es gab eine Haushaltsstrukturkommission. Es gab bei Ihnen Vorschläge zur Veränderung des Kommunalen Finanzausgleichs. Schon bei Ihrem Vorgänger gab es diese. Am Ende passiert immer nichts.

Diese Regierung ist verbraucht, sie ist erschöpft, sie hat keine Ideen mehr, was sie eigentlich will. Hessen braucht

einen Neuanfang. Dazu muss diese Regierung abgewählt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir haben schon vor drei Jahren ein Konzept vorgelegt, wie man durch Einsparungen, durch Effizienzsteigerungen und durch Einnahmeerhöhungen einen Neuanfang hinbekommen könnte und gleichzeitig in die wichtigsten Zukunftsausgaben investieren könnte. Dazu braucht es politischen Willen. Dazu braucht es Mut. Dazu braucht es ein Ziel. Dazu braucht es die Abwahl einer Regierung, die gar nicht mehr weiß, weshalb sie eigentlich regiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich bin dankbar, dass Sie den Länderfinanzausgleich angesprochen haben. Es ist richtig, das gegenwärtige System ist leistungs- und anreizfeindlich. Es gibt sowohl bei den Geberländern als auch bei den Nehmerländern keinen Anreiz dafür, mehr Geld in die Kasse zu bekommen. Wenn die Geberländer mehr Geld in die Kasse bekommen, müssen sie mehr an die anderen zahlen. Wenn die Nehmerländer mehr Geld einnehmen, bekommen sie weniger von den anderen. So weit, so richtig.

Was Sie vergessen haben, ist, dass der gegenwärtig geltende Länderfinanzausgleich unter Vorsitz von Roland Koch in der Ministerpräsidentenkonferenz im Jahr 2000 in Wiesbaden im Nassauer Hof von Ihnen beschlossen wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Das war ein Kompromiss! – Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Es ist völlig richtig, dass wir eine Veränderung brauchen. Die spannende Frage ist doch: Was versprechen Sie sich eigentlich von einer Klage, wenn Sie gleichzeitig kein Konzept haben, wohin Sie eigentlich wollen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Glauben Sie denn ernsthaft, dass das Bundesverfassungsgericht Ihnen einen neuen Länderfinanzausgleich machen wird? – Im Gegenteil, wenn wir Glück haben, lautet die Entscheidung, es gibt neue Grundsätze, die uns im Zweifel helfen. Wenn wir Pech haben, wird einer dieser Grundsätze sein, dass in Zukunft auch die Finanzkraft der Gemeinden einbezogen wird. Wenn die Frankfurter Gewerbesteuer auf die Finanzkraft des Landes Hessen angerechnet würde, könnte das Ende vom Lied sein, dass wir mehr zahlen und nicht weniger.

Wir brauchen dringend ein Konzept, damit wir entscheiden können, ob eine Klage überhaupt Sinn macht. Selbst wenn sie Sinn macht und wenn sie erfolgreich ist, muss man wissen, wohin man will; sonst endet man genauso wie Roland Koch im Nassauer Hof.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch und gerade in der Bildungspolitik brauchen wir einen Neuanfang. Wir wollten Bilanz ziehen. Was wurde uns im April 1999 alles von Roland Koch und Karin Wolff versprochen: Schwarz-Gelb wird Hessen zum Bildungsland Nummer eins ma-

chen. – Das war das Mantra. Davon habe ich schon lange nichts mehr gehört; Sie wissen, warum.

14 Jahre später – einen Ministerpräsidenten und drei Kultusminister später – ist eine ganze Schülergeneration unter Ihrer Verantwortung für die Bildungspolitik von der Einschulung bis zum Abitur durch das hessische Schulsystem gegangen. Das Ergebnis jedes Schultests, egal in welcher Schulform, egal in welchem Fach, zeigt, dass wir nicht Bildungsland Nummer eins sind, sondern Mittelmaß, wenn wir Glück haben, manchmal sogar deutlich darunter.

Soziale Herkunft bestimmt weiter den Bildungserfolg, viel stärker als in anderen Industriestaaten und als in anderen Bundesländern. Deswegen sage ich: Schwarz-Gelb ist in der Bildungspolitik schlicht gescheitert. Sie sind gescheitert, und das hat Gründe, nämlich Ideologie und Arroganz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Die Ideologie hat Ihnen nicht erlaubt, die Anforderungen von heute zu erkennen. Wenn die Eltern die Hauptschule nicht mehr wollen, dann kann man diese Schulform, durch welche Maßnahmen auch immer, nicht künstlich am Leben erhalten, auch wenn Christean Wagner und Hans-Jürgen Irmer es Alfred Dregger geschworen haben sollten. Das funktioniert dann einfach nicht mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Fast alle Bundesländer haben den ideologischen Kampf um die Schulformen beendet und befinden sich auf dem Weg zur Zweigliedrigkeit: auf der einen Seite das Gymnasium und auf der anderen Seite eine leistungsfähige Schulform, die längeres gemeinsames Lernen und alle Abschlüsse anbietet. Beide Schulformen mit mehr individueller Förderung, beide Schulformen mit der Konzentration auf das eigentlich Wichtige in der Schule, nämlich das Lehren und das Lernen, und nicht auf das Türschild, mit dem Sie immer noch die ideologischen Schlachten des vergangenen Jahrhunderts führen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir stehen für die Wahlfreiheit der Eltern statt für die Zwangsbeglückungen aus Wiesbaden. Herr Ministerpräsident, ich habe mich sehr darüber gefreut, dass Sie gestern den Ausdruck „Zwangsbeglückungen aus Wiesbaden“, den meine Fraktion seit zehn Jahren verwendet, in einer Pressekonferenz selbst gebraucht haben. Sie haben nur nicht verstanden, dass Sie in den vergangenen 13 Jahren einer Landesregierung angehört haben, die eine Zwangsbeglückung nach der anderen beschlossen hat. Sie haben sich also gestern selbst kritisiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht findet eine neue Generation von CDU-Abgeordneten die Kraft, sich vom Erbe Alfred Dreggers zu emanzipieren. Ich wünsche es der hessischen Bildungspolitik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie müssen sich auch von der Arroganz Ihrer Bildungspolitik emanzipieren. Sie haben immer nur verfügt, Sie haben nie hingehört. Was die Eltern wollten, war Ihnen egal. Was die Schulen wollten, war Ihnen auch egal. Sie haben Ihre Vorstellungen brutalstmöglich durchgesetzt. Sie haben eine ganze Schülergeneration mit einer schlecht umgesetzten G-8-Reform gequält. Sie haben erst verfügt, dann nachgefragt und dann die Antworten auf die Nachfragen ignoriert. So kann man Bildungspolitik nicht machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich spreche an dieser Stelle auch die erneute G-8-Reform an. Die Wahlfreiheit ist richtig. Der Versuch, beides gleichzeitig an einer Schule zu machen, wird unter den gegenwärtigen Bedingungen scheitern. Sie müssen entweder die Bedingungen ändern oder sich von diesem Versuch verabschieden.

Dass man den Schulen die Rückkehr zu G 9 ermöglicht, ist ausdrücklich richtig. Aber Sie müssen dann den Elternwilen auch wirklich ernst nehmen. Deswegen sage ich Ihnen: Richten Sie regionale Konferenzen ein, und sorgen Sie dafür, dass die Eltern, die G 9 für ihre Kinder wollen, auch die G-9-Schulen finden. Das ist wahre Wahlfreiheit, wenn man wirklich für Wahlfreiheit sorgt und kein Wahlfreiheitsverhinderungsprogramm macht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann ausdrücklich nicht sein, dass Kinder, deren Eltern G 9 wollen, im nächsten Schuljahr zwangsweise in G 8 eingewiesen werden. Wahlfreiheit bedeutet, dass es auch wirklich eine Wahl gibt.

Ich sage Ihnen ausdrücklich: Wir wollen ein Ende der ideologischen Debatten. Wir wollen uns in der Schulpolitik endlich an der Sache orientieren. Wir haben zu Beginn dieser Legislaturperiode gesagt, dass wir uns auf die Inhalte konzentrieren und uns egal ist, von wem eine Idee kommt, wenn wir sie für richtig halten.

Ich muss Ihnen sagen, ich habe mich über manche Radio-, Zeitungs- und Fernsehberichte in den vergangenen Tagen ein wenig gewundert, um es einmal vorsichtig auszudrücken. Wir waren immer für Wahlfreiheit und gegen Zwangsbeglückungen in der Bildungspolitik. Wenn man das konsequent durchhält, dann entstehen aus der Sache heraus sofort Koalitionsspekulationen, die bei Journalisten offensichtlich eine größere Erotik haben als der Inhalt des Schulgesetzes.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das sehe ich auch so!)

– Das sehen Sie auch so. Da bin ich ja beruhigt, Herr Wagner.

Ich erinnere aber einmal daran – manche können sich ja noch erinnern –: Es war ein Gesetzentwurf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der dazu geführt hat, dass es im Jahr 2008 den kooperativen Gesamtschulen ermöglicht wurde, zu G 9 zurückzukehren. Wir haben sie nicht zur Rückkehr gezwungen; wir haben sie aber auch nicht zwangsweise bei G 8 gehalten. Wir haben ihnen eine Wahlfreiheit gegeben. Die eine Hälfte hat sich für die Rückkehr entschieden, die andere Hälfte dagegen, und man hat aus den kooperativen Gesamtschulen keine Klagen mehr gehört. Das ist der Weg der Zukunft: wirkliche Wahlfreiheit zu ermöglichen, die Bedingen zu schaffen, dass das auch funktioniert, und die Schulen sich ansonsten auf ihre Aufgaben konzentrieren zu lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Dann müssen Sie die SPD aber noch überzeugen!)

Manche Sozialdemokraten waren in den letzten Tagen ein bisschen mürrisch. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Jetzt keine Entschuldigung!)

– ich entschuldige mich nicht –, wenn die bildungspolitisch blinden Hühner von der CDU auch einmal ein Korn finden und dieses Korn zudem noch grün ist, dann sage ich trotzdem: Es ist nur ein Korn. So viel Ehrlichkeit muss schon sein.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Aber ein dickes Korn! – Zuruf des Ministerpräsidenten Volker Bouffier)

– Herr Bouffier, ich muss überhaupt nichts erklären. Das ist kein schwarz-grüner Flirt, sondern ein Flirt der GRÜNEN mit den Wünschen der Schulen und der Eltern. Es ist sozusagen eine Entdeckung der Wirklichkeit. Wenn auch Sie jetzt da ankommen, dann herzlichen Glückwunsch.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Volker Bouffier: Da waren wir aber schon!)

Ich habe gestern gesehen, dass Frau Beer Angst bekommen und in der Pressekonferenz ungefragt gesagt hat, dass sie sich mit Ihnen in einer „stabilen Zweierbeziehung“ befindet.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erleben gerade sehr lustige Zeiten in der hessischen Politik. Die Sache allerdings ist ziemlich ernst. Wir hielten es für eine Katastrophe, wenn auf die Zwangsbeglückungen durch Schwarz-Gelb in den letzten Jahren nach der nächsten Landtagswahl erneut Zwangsbeglückungen erfolgen würden. Die Schulen sind es leid, bevormundet zu werden. Wir wollen den Schulkampf in Hessen endlich beenden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ministerpräsident Volker Bouffier: Das finde ich gut!)

Lieber Thorsten Schäfer-Gümbel, im Zweifel werden wir befreundete Volksparteien dann davon abhalten, sich unglücklich zu machen – vor allem dann, wenn wir mit ihnen regieren wollen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben aber auch noch andere große Baustellen, bei denen wir dringend vorankommen müssen. Die Kinderbetreuung – ob bei den ganz Kleinen oder bei den Grundschulkindern – ist weiterhin unzureichend. Wir brauchen daher zur Erfüllung des Rechtsanspruchs für die unter Dreijährigen dringend ein Notprogramm Kinderbetreuung.

Wir brauchen aber auch den Mut, in den nächsten Jahren die letzte große Baustelle in der Kinderbetreuung in der Bundesrepublik Deutschland anzugehen, nämlich die Betreuung der Grundschul Kinder. Wir wollen, dass das Land und die Kommunen zusammenarbeiten, um in Zukunft jedem Grundschulkind einen Betreuungsplatz zu garantieren. Das wird ein großes Projekt. Das geht nicht von einem Tag auf den anderen. Das wird für die Eltern übrigens nicht beitragsfrei sein, aber wir wollen jetzt damit beginnen. Wer sich anschaut, welchen Zuwachs an Ganztagsbetreuungsplätzen für Drei- bis Sechsjährige es in den letzten Jahren gegeben hat, und wer sich anschaut, welche Probleme die Eltern haben, deren Kinder eingeschult werden,

dass viele Mütter – es sind ja meist die Mütter – ihren Arbeitsplatz kündigen oder ihre Arbeitszeit drastisch reduzieren müssen, der weiß: Hierin liegt ein riesengroßes gesellschaftliches Problem, das man eben nicht mit einem Betreuungsgeld, sondern nur mit einer besseren Betreuung bis zum Ende der Grundschulzeit lösen kann.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch hier gilt: Man muss ein Ziel haben. Man muss den Mut haben, es anzugehen. Man muss wissen, wo man hin will, und darf nicht immer nur über die Vergangenheit reden. Herr Ministerpräsident, das ist die Aufgabe der Politik.

Zu diesen Zukunftsaufgaben gehört auch die Energiewende. Wir haben in der letzten Woche in der Staatskanzlei eine zum Teil skurrile Veranstaltung erlebt. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrem Eingangsstatement ungefähr dieselben Worte gebraucht, die Sie vor eineinhalb Jahren in der allerersten Veranstaltung des Energiegipfels verwendet haben.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Die sind auch richtig!)

Ich stelle schlicht fest: Die Gelben wollen die Energiewende nicht, und viele Schwarze wollen sie auch nicht.

(Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Wer sagt das?)

– Wer das sagt? Ihr Landesvorsitzender und stellvertretender Ministerpräsident hat das im September hier im Landtag von der Regierungsbank aus gesagt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der FDP)

Ich finde es gut, Herr Greilich, dass jetzt auch die FDP Herrn Hahn nicht mehr in dem Ernst nimmt, was er sagt. Es besteht also selbst bei Ihnen noch Hoffnung.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie klagen, dass alles so schwierig sei. Ich dachte eigentlich, die Klagemauer stehe woanders. Am Ende der Veranstaltung in der letzten Woche war aber klar: Seit Volker Bouffier in der Staatskanzlei in Wiesbaden regiert, gibt es auch dort eine Klagemauer.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Ach Gott! Erzählen Sie doch mal was zur Sache!)

Sie sollten sich einmal ein bisschen damit beschäftigen, worüber wir in den letzten Wochen, Monaten und Jahren und auf dem Energiegipfel eigentlich gesprochen haben. Wir haben Ihnen prophezeit, dass der Block 6 am Standort Staudinger niemals kommen wird, weil nämlich unflexible Kohlekraftwerke nicht mehr in eine völlig veränderte Energielandschaft, zu den erneuerbaren Energien passen. Das war völlig klar. Wer sich ein bisschen mit der Sache beschäftigt, der weiß, so etwas wird in Zukunft nicht mehr gebaut. Wir brauchen eine andere Form der Energieerzeugung. Wir brauchen flexible Gaskraftwerke und keine Dinosaurier-Kraftwerke aus dem letzten Jahrtausend.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Man hätte es wissen können. Herr Ministerpräsident, Sie schienen mir in der letzten Woche aber ernsthaft überrascht zu sein, als mitten in die Sitzung die Nachricht platzte, dass sich E.ON von Staudinger 6 verabschiedet

hat. Herr Ministerpräsident, wenn alles so schwierig ist, wenn Sie nicht so genau wissen, wo Sie hin wollen, wenn Sie gar nicht so genau wissen, wie man die Probleme eigentlich lösen soll, und immer sagen, die anderen seien schuld, dann lassen Sie doch einfach diejenigen die Energiewende machen, die sie wollen und die sie auch umsetzen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Ministerpräsident Volker Bouffier: Ich lache mich tot! Was können Sie denn – außer Preiserhöhungen?)

– Ich höre von halbrechts hinter mir den Satz: „Ich lache mich tot“. Ich hoffe, das ist nicht wahr geworden.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Natürlich nicht! Aber ich warte auf Ihre Vorschläge!)

Die Wende ist eine Herausforderung, eine Anstrengung, aber auch eine Chance für Hessen – für mehr Arbeitsplätze, für eine größere Unabhängigkeit von Rohstoffimporten, für mehr Wertschöpfung im ländlichen Raum, für Gewinne bei Kommunen, nicht bei Energiekonzernen. Sie sind aber schon wieder im Blockade- und Klagemodus angekommen – falls Sie ihn jemals verlassen haben.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben gesagt: Wir ziehen heute Bilanz. – Auch ich ziehe jetzt Bilanz und stelle fest: Hessen ist bei den erneuerbaren Energien im Vergleich aller Flächenländer weiterhin auf dem letzten Platz. Sie haben vorhin den Satz gesagt, Sie würden eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik betreiben. Können Sie sich erinnern, dass Ihr Vorgänger im Jahre 2008 an diesem Pult gestanden und erklärt hat, das Land Hessen werde jetzt eine Nachhaltigkeitsstrategie in Gang setzen? Vier Jahre später stellen wir fest: viele Stellen, viele hauptamtliche Mitarbeiter, viele Konferenzen, viele Broschüren. Ich kann mich sogar an einen Nachhaltigkeitssong erinnern, der bei der Zweitplatzierten irgendeiner Castingshow in Auftrag gegeben wurde.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Schauen Sie einmal in den Haushaltsplan. Leider haben Sie so viel Öffentlichkeitsarbeit gemacht und so viel Personal zur Verfügung gestellt, dass für die Umsetzung der Maßnahmen im Haushalt für die nächsten zwei Jahre kein Cent vorgesehen ist. Das nennen Sie eine „erfolgreiche Klimaschutzpolitik“. Man könnte verrückt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Auch in der Verkehrs- und Wirtschaftspolitik sprechen Sie von einer „erfolgreichen Klimaschutz- und Nachhaltigkeitspolitik“. In der letzten Woche flatterte uns – ich nehme an, auch Ihnen – der „Bundesländerindex Mobilität 2012“ ins Postfach. Sie dürfen einmal raten, welchen Platz Hessen belegt: den 16. unter 16 Bundesländern. Die Überschrift lautet: „Rote Laterne im Fach ‚nachhaltige Mobilität‘“.

Wir wollten heute Bilanz ziehen. Seit 1999 haben wir eine Landesregierung, die bei der Verkehrspolitik nur an Autobahnen und Flughäfen denkt. Im Ergebnis haben Sie, was die A 44 betrifft, eine Strecke von ungefähr 6 km ins

Nichts gebaut: ohne Anschluss nach rechts oder links an irgendeine andere Autobahn. Wir sind das Schlusslicht.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

– Ich beklage mich an der Stelle nicht. Ihr habt eine andere Position dazu. Aber wenn man sich anschaut, was in einem Zeitraum von 14 Jahren geschafft worden ist, muss man schon sagen: Autobahnen bauen muss man nicht nur wollen, man muss es auch können.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind auch bei den Investitionen in die Schieneninfrastruktur das Schlusslicht unter den Bundesländern. Beschleunigung der Bahnstrecke Hanau – Fulda: nichts passiert. Neubau und Beschleunigung der Bahnstrecke Frankfurt – Mannheim: nichts passiert. Der öffentliche Personennahverkehr in Hessen steuert auf eine dramatische Finanzlücke zu.

(Zuruf des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

– Herr Müller, Sie kennen sich da ausnahmsweise sogar ein bisschen aus. – Maßnahmen aus Frankfurt RheinMain plus: nichts passiert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich das anschauen und sich dann vergegenwärtigen, was für ein Transitland wir auch beim Schienenverkehr sind, können Sie wahnsinnig werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe gesagt, der ÖPNV in Hessen steuert auf eine dramatische Finanzlücke zu. Es gibt keinerlei Ideen, wie die Mobilität im ländlichen Raum für Leute ohne Auto – das werden im Zuge des demografischen Wandels immer mehr sein – sichergestellt werden soll. Das Jahr 2015 rückt für diejenigen bedrohlich nah – nicht für uns –, die das Projekt „Staufreies Hessen 2015“ beschlossen haben. Ich empfehle, eine Umfrage bei Autofahrern auf der A 5 vorzunehmen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich würde mich beteiligen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihre Verkehrspolitik ist von vorgestern. Wir brauchen endlich eine Mobilitätspolitik, die diesen Namen auch verdient. Wenn Sie sich fragen, warum Sie in Umfragen so schlecht dastehen und warum die Hessische Landesregierung die bei ihrem Volk unbeliebteste in der Bundesrepublik Deutschland ist, könnte ich Ihnen hiermit ein Paradebeispiel für Ihre arrogante Politik nennen, die die Leute so auf die Palme bringt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verkehrsminister Florian Rentsch hat zum Jahrestag der Inbetriebnahme der Nordwestbahn im hr ein Interview gegeben und dort gesagt, dass der Flughafenausbau ein Erfolg sei und dass es wegen des Nachtflugverbots auch leiser geworden sei.

Ich stelle fest: Erstens. Sie mussten erst von dem höchsten deutschen Verwaltungsgericht zur Einhaltung des von Ihnen selbst gegebenen und dann gebrochenen Versprechens eines Nachtflugverbots gezwungen werden. Glauben Sie eigentlich, die Leute haben das vergessen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens – Stichwort: Erfolgsgeschichte Ausbau –: Die Nordwestbahn ist selbst für diejenigen, die immer für den Ausbau waren, an der falschen Stelle geplant worden. Sie haben ein Chemiewerk übersehen und deshalb die für einen Flughafen dieser Größenordnung teuerste Landebahn gebaut, die es jemals gegeben hat. Sie haben damit die längsten Rollzeiten auf einem europäischen Flughafen produziert. Die versprochenen Arbeitsplätze sind in weite Ferne gerückt. Schauen Sie sich einmal die Statistiken an. Lesen Sie den Winterflugplan, und Sie werden erkennen, dass die Zahl der Flugbewegungen sogar zurückgeht.

Ich will das nicht beklagen. Aber sich hierhin zu stellen und zu sagen: „Das ist eine Erfolgsgeschichte“, zeugt angesichts der Tatsache, dass man damit eine ganze Region verlärmte und 100.000 Menschen zusätzlich zu vom Fluglärm Betroffenen gemacht hat, von einer Arroganz und einer Ahnungslosigkeit, was die realen Verhältnisse im Rhein-Main-Gebiet betrifft, die ihresgleichen suchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sage ich immer wieder nicht nur an Schwarz-Gelb, sondern auch an die hessische Sozialdemokratie gerichtet

(Holger Bellino (CDU): Sie vernichten Arbeitsplätze!)

– ach, Herr Bellino –: Die Belastungen durch den Frankfurter Flughafen haben ein erträgliches Maß überschritten. Wir brauchen eine Begrenzung der Zahl der Flugbewegungen. Wir brauchen einen Lärmschutz, der seinen Namen wirklich verdient. Wir brauchen auch ein echtes Nachtflugverbot. Die Nacht dauert in Deutschland übrigens nicht von 23 bis 5 Uhr, sondern von 22 bis 6 Uhr.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Walter Arnold (CDU): Dann haben wir einen Regionalflughafen!)

Die Interessen der Bewohner des Rhein-Main-Gebiets müssen endlich Vorrang bekommen vor denen der Lobbyisten der Luftverkehrswirtschaft, die hier auf der Regierungsbank sitzen.

Wir wollten heute Bilanz ziehen. Auch die schwarz-gelbe Wirtschaftspolitik ist gescheitert. Roland Koch wollte 1999 Hessen zum Land des Südens machen. Ein Jahr später haben wir gedacht, dass er damit vielleicht etwas anderes gemeint hat. Er hat offiziell an die Arbeitslosenstatistiken der Länder Bayern und Baden-Württemberg anknüpfen wollen.

Ich kann Ihnen 14 Jahre später sagen: Sogar das Land Rheinland-Pfalz, ein damals hoffnungsloser Fall, hat uns inzwischen, was die Arbeitslosenquote betrifft, überholt. Im Oktober 2012 betrug die Arbeitslosigkeit in Bayern 3,4 %, in Baden-Württemberg 3,8 %, in Rheinland-Pfalz 5 % und in Hessen 5,5 %. Herr Ministerpräsident, eine Arbeitslosenquote von 5,5 % ist nicht schlecht; aber um einschätzen zu können, ob man gut oder schlecht war, muss man sich das im Vergleich zu den anderen anschauen. Die aber haben uns inzwischen abgehängt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde es toll – vielleicht war das auch eine Form der Wirtschaftsförderung –, dass Sie in Ihrer Rede zweimal aus der „Frankfurter Rundschau“ zitiert haben. Aber als Sie die Überschrift „Die Hessen verdienen am meisten“ zitiert haben, haben Sie die Unterzeile vergessen. Herr Ministerpräsident, „im Durchschnitt“ hieß es da.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Ja, was denn sonst?)

– Natürlich, was denn sonst? Aber Sie können nicht sagen, das Land Hessen blüht, und die Hessen verdienen im Durchschnitt am meisten. Das ist zwar richtig, aber es hilft weder den entlassenen Schlecker-Mitarbeiterinnen noch den Mitarbeitern von Manroland oder denen von Necker-mann. Ich sage Ihnen: Wenn Sie nicht sehen, was im Niedriglohnssektor los ist, sind Sie nicht nah bei den Menschen, sondern das Gegenteil davon: Dann sind Sie völlig abgehoben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Ministerpräsident Volker Bouffier: Das ist geradezu abenteuerlich!)

– Nein, nein. – Ihre Leuchttürme stürzen ein. Ich stelle mir vor, was man alles machen könnte. Wenn ich mir nur den Flughafen Kassel-Calden anschau – es tut mir leid; ich sage das jetzt nicht, um die Abgeordneten der SPD zu ärgern, die da ebenfalls auf der falschen Spur sind –: Wir stecken fast 300 Millionen € in einen Flughafen, auf dem jetzt jeder Flug nach Nordzyprien gefeiert wird, als ob er das achte Weltwunder wäre. Die Mitglieder armer nordhessischer Kegelklubs werden mit dem Lasso eingefangen, damit in den Flugzeugen endlich jemand sitzt.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir die Hälfte dieses Geldes in die Breitbandversorgung des ländlichen Raums gesteckt hätten, hätten inzwischen alle in Hessen einen schnellen Internetanschluss. Die Leute wären glücklich, und wir hätten im ländlichen Raum Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen bzw. gesichert. Die Menschen würden freiwillig und freudig Gebühren zahlen, und wir müssten diesem Nonsens-Flughafen nicht auch noch Subventionen hinterherwerfen. Das ist doch eine abenteuerliche Wirtschafts- und Verkehrspolitik, die Sie da betreiben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ihre Leuchttürme stürzen ein – Stichwörter: Flughafen Kassel-Calden, European Business School, Universitätsklinikum Gießen-Marburg. In dem Zusammenhang will ich Ihnen sagen: Man kann über Investitionsförderung reden. Aber, Herr Ministerpräsident, wenn ein Betreiber gekauft und zunächst gesagt hat: „Wir brauchen das nicht“, jetzt aber auf einmal erklärt: „Wir wollen vom Land zusätzliches Geld“, muss man zumindest über die grottenschlechten Verträge nachverhandeln, die Sie abgeschlossen haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ihre G-8-Reform ist gescheitert; sonst würden Sie jetzt keine Reform der Reform machen. Die neue Verwaltungssteuerung ist gescheitert. Da haben wir Milliarden von Euro verbrannt, mit dem Ergebnis, dass jetzt keiner mehr durchblickt und es übrigens auch nicht effizienter geworden ist.

Wir haben zu diesem Haushaltsentwurf knapp 90 Änderungsanträge eingebracht, in denen präzise beschrieben wird, was wir anders machen wollen: wo wir einsparen wollen, wo wir die Einnahmen erhöhen wollen und wo wir zusätzlich investieren wollen. Wir haben uns in den letzten Jahren in der Opposition nicht ausgeruht, sondern wir haben hart an unseren alternativen Konzepten gearbeitet.

Wir wissen, was diese Regierung falsch gemacht hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir trauen uns zu, es besser zu machen.

Diese Landesregierung hat keine Ideen mehr. Dieser Ministerpräsident hat keine Ideen mehr. Schwarz-Gelb ist erschöpft. Schwarz-Gelb ist verbraucht.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Volker Bouffier)

Nach dann 15 Jahren brauchen wir einen Neuanfang für dieses Bundesland – einen Neuanfang, auf den viele Menschen hoffen, die sich eine solide Finanzpolitik, eine bessere Bildungspolitik, eine bessere Kinderbetreuung, eine andere Wirtschafts- und Verkehrspolitik wünschen und die eine Landesregierung wollen, die noch Ziele hat, die nicht nur von der Macht und den Posten zusammengehalten wird, sondern die Politik machen will, die nicht arrogant über die Köpfe der Menschen hinweggeht, sondern mit den Menschen und für die Menschen gemacht wird. Herr Ministerpräsident, wenn man sich überlegt, was wir heute Nachmittag bei dem Haushalt des Rechnungshofs diskutieren: Dass bei Ihnen erst der Mensch, dann das Land und dann die Partei kommt, darüber müssen Sie doch selbst lachen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Zuruf des Ministerpräsidenten Volker Bouffier)

Herr Ministerpräsident, wir ziehen heute Bilanz von Schwarz-Gelb. Das Ergebnis dieser Bilanz ist: Das wird der letzte Haushalt von Schwarz-Gelb sein, und das ist auch gut so.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat der Vorsitzende der Fraktion der FDP, Herr Kollege Greilich.

Wolfgang Greilich (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In knapp eineinhalb Wochen ist der 1. Advent, und dann steht schon fast Weihnachten vor der Tür. Wenn wir eine Lehre für die Weihnachtszeit aus den Reden der beiden Oppositionsvorsitzenden mitnehmen können: Leute passt auf, traut nicht allen, die im roten Gewand vor der Tür stehen und Geschenke versprechen, vor allem dann nicht, wenn sie von kleinen grünen Helferlein begleitet werden.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU) – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gelben Schnee soll man auch nicht essen!)

Hessen ist ein starkes Land mit einer starken Wirtschaft. Hessen ist ein liberales und ein weltoffenes Land, und Hes-

sen ist ein Bildungsland. Dazu komme ich noch im Einzelnen, weil Herr Schäfer-Gümbel dort bemerkenswerte Positionen für seine Partei vertreten hat.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zunächst einmal sollten wir uns mit den Grundlagen beschäftigen, auf denen wir hier arbeiten. Ein klares Anzeichen für die Stärke unseres Landes ist die letzte Steuerschätzung, welche für das Jahr 2012 ein Rekordaufkommen erwarten lässt.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dafür können Sie aber doch nichts! – Zuruf des Abg. Marius Weiß (SPD))

Verglichen mit der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres werden die Mehreinnahmen voraussichtlich 200 Millionen € höher ausfallen, als von uns richtigerweise vorsichtig geschätzt. Mit diesen Zahlen werden die politischen Wettbewerber in diesem Hause, die immer davon reden, wir hätten ein Einnahmenproblem, Lügen gestraft.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Grunderwerbsteuer!)

Wir beweisen wieder einmal: Dieser Staat hat kein Einnahmenproblem. Dieser Staat hat ein Ausgabenproblem.

(Zurufe der Abg. Marius Weiß (SPD) und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb machen wir mit dem vorgelegten Doppelhaushalt 2013/2014 einen weiteren Schritt auf dem von uns eingeschlagenen Pfad, der uns zu dem Ziel führt, die Verfassungsvorgabe zu erfüllen, die von uns verlangt, spätestens im Jahr 2020 die Nettoneuverschuldung auf null zurückzufahren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben die Grunderwerbsteuer erhöht! Sie Steuersparer! – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir liegen mit diesem Haushaltsplan sogar deutlich unter dem ursprünglich geplanten linearen Abbaupfad. Die Lücke zwischen Ausgaben und Einnahmen schließt sich immer schneller.

Ich sage das sehr deutlich: Ich bin den hessischen Bürgerinnen und Bürgern sehr dankbar, dass sie sich mit einer breiten Mehrheit dafür ausgesprochen haben, die Schuldenbremse in der Hessischen Verfassung zu verankern. Mit diesem Abstimmungsergebnis wurde ein deutliches Signal an alle politisch Verantwortlichen gesetzt. Dieses Zeichen haben wir angeregt. Das haben wir gewollt. Daher werden wir es konsequent umsetzen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die hessischen Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen: Wir haben mit unserem Koalitionspartner verabredet, diesen Weg konsequent fortzusetzen, damit wir nicht erst 2020, sondern schon 2019 eine Nettoneuverschuldung von null erreichen. Ich füge hinzu: Wir werden uns im Haushaltsvollzug und bei der Aufstellung der folgenden Haushaltspläne anstrengen, das Ziel der schwarzen Null schon im Jahr 2018, vielleicht sogar schon 2017 zu erreichen.

Deswegen haben wir bereits einige strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt, die es uns erlauben, auch künftig den Handlungsspielraum zu haben, den man für die Gestaltung der Landespolitik braucht. Weitere Konsolidierungsmaßnahmen werden folgen.

Das war und ist nicht leicht und musste auch gegen teilweise erheblichen Widerstand durchgesetzt werden. So haben wir die Straßenverkehrsverwaltung modernisiert und umstrukturiert und dabei rund 300 Stellen eingespart, ohne dass Standorte geschlossen worden wären. Wir haben die Gerichte neu organisiert, und wir werden auch die Schulverwaltung umstrukturieren.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Im vorliegenden Haushaltsplan können Sie, wenn Sie lesen können, nachlesen, dass wir damit bereits im ersten Anlauf in der Schulverwaltung 115 Stellen einsparen. Insbesondere – auch das sei zum wiederholten Male erwähnt – sparen wir hoch dotierte Leitungsstellen ein. Das ist vernünftig. Die SPD-Ankündigung, solch vernünftige Maßnahmen rückgängig zu machen, richtet sich selbst.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, seit 2009 haben wir über 2.300 Stellen im Land eingespart, ohne die Qualität der staatlichen Leistungen einzuschränken. Im Gegenteil, sie ist besser geworden. Sie werden keine Beschwerden in dieser Richtung hören. Es hat, so gesehen, kaum einer gemerkt, dass 2.300 Stellen eingespart wurden.

Auf diesem Weg gehen wir mit dem vorliegenden Doppelhaushalt weiter. Auch zukünftig werden wir intelligent sparen, ohne dabei wichtige Zukunftsinvestitionen zu vernachlässigen. Deshalb bleiben wir bei unseren Schwerpunkten Familie, Bildung, Hochschule, Forschung und Infrastruktur. Dort wird nicht gespart. Dagegen heben wir zielgerichtet Einsparpotenziale in Bürokratie und Verwaltung.

Die Zukunftsfelder der hessischen Landespolitik spiegeln sich auch in dem vorgelegten Doppelhaushalt wider. Wir schaffen, wie versprochen, weitere 200 Lehrerstellen und erreichen damit unser Ziel, wie angekündigt, 2.500 zusätzliche Lehrerstellen in dieser Legislaturperiode zu schaffen. Schon heute haben wir die beste Lehrerversorgung, die es in Hessen jemals gab.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ein Blick auf die Alternativangebote der Opposition, die man im Feldversuch bestaunen kann, lohnt sich, damit jeder klar sieht. Auf der anderen Rheinseite in Rheinland-Pfalz baut Rot-Grün 2.000 Lehrerstellen ab, wir 2.500 auf. In Baden-Württemberg jubeln die GRÜNEN, weil sie der SPD noch mehr Bildungsabbau abgetrotzt haben. Versprochen hatte man einen echten Bildungsaufbruch. Auch in Hessen machen die GRÜNEN immer gern große Versprechungen. Geliefert wird dagegen knallharter Bildungsabbau. 11.600 Lehrerstellen – das wurde schon erwähnt – werden abgeschafft. Sollen die Schüler doch sehen, wie sie zu gutem Unterricht kommen. Das ist doch den GRÜNEN egal.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir halten die Bastion gegen grün-rote Praxis. Die Feldversuche in unseren Nachbarländern zeigen, wovor Hessen geschützt wer-

den muss. Ich verspreche Ihnen: Wir arbeiten mit ganzer Kraft daran, Hessens Schüler vor den GRÜNEN und ihren Helfern von der Einheitsschulpartei zu bewahren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Unsere Kultusministerin Nicola Beer arbeitet unermüdlich daran, dass wir nicht nur die ohnehin schon hervorragende Versorgung unserer Schulen mit Lehrern noch weiter verbessern, sondern auch dafür, dass die Eltern in Hessen auch die Wahl haben, für ihre Kinder das passende Schulangebot zu finden, ob hinsichtlich der Schulform oder des Lerntempos. Für uns ist Freiheit und damit auch Wahlfreiheit nicht nur ein Wort. Das zeigen wir. Dafür danke ich an dieser Stelle Nicola Beer ausdrücklich.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Investitionsausgaben für Hessen werden von uns im Doppelhaushalt 2013/2014 mit insgesamt über 4 Milliarden € auf dem hohen Niveau der Vorjahre gehalten. Was besonders wichtig ist: Die Mittel für den Straßenbau werden mit jeweils 100 Millionen € in beiden Jahren auf einem hohen Stand gehalten, um in Hessen die erforderliche Mobilität weiter zu gewährleisten und sogar noch zu erhöhen.

Herr Al-Wazir, es geht halt nicht alles nur mit dem Bus, man muss auch Straßen bauen. Das wollen die in Baden-Württemberg nicht mehr, wie wir an den Haushalten sehen; das passiert in Nordrhein-Westfalen nicht. Wir geben im Übrigen daneben gleichwohl weiterhin jedes Jahr 600 Millionen € für den öffentlichen Personennahverkehr aus. Wir sind eben nicht so einseitig gepolt wie Sie.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind Bundesmittel!)

Meine Damen und Herren, unterstützt werden unsere Bemühungen, das Autobahnnetz in Hessen weiter auszubauen, durch den Bund. In Berlin haben die Parteien der Regierungskoalition vereinbart, für 2013 den Verkehrsetat um 750 Millionen € zu erhöhen.

(Mario Döweling (FDP): Sehr gut!)

Wir ermuntern Florian Rentsch, unseren Verkehrsminister, ausdrücklich, für Hessen ein möglichst großes Stück aus diesem Kuchen herauszuschneiden; denn die Infrastruktur, die Möglichkeit möglichst schnell von einer Stelle zur anderen zu kommen, ist eine unverzichtbare Grundlage für unseren Wohlstand.

Lieber Herr Kollege Schäfer-Gümbel, es ist schlicht unglaubwürdig, wenn Sie sich hier mit der Forderung nach einer Verbesserung der Infrastruktur präsentieren, wenn wir auf der anderen Seite die Feldversuche in den Nachbarländern sehen. Ich habe schon Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen erwähnt; der Abbau der Investitionen in diesem Bereich spricht für sich. Davor müssen wir Hessen bewahren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen, wie sich das in der Praxis auswirkt. Vorgestern habe ich ein erfolgreiches mittelständisches Unternehmen in Alsfeld besucht, das hoch spezialisierte Produkte von höchster Qualität produziert und weltweit vertreibt. 80 Beschäftigte arbeiten dort, davon weniger als die Hälfte in der Produktion. Der Rest arbeitet

in engem Kontakt mit den Kunden im Bereich Forschung, Entwicklung und im Vertrieb, und das Ganze weltweit.

Warum berichte ich Ihnen das? – Weil ein zentrales Thema neben dem akuten Fachkräftemangel das Gespräch beherrschte, und das war die existenziell wichtige Notwendigkeit einer guten Verkehrsanbindung. Wenn wir ländlich geprägten Räumen wie dem Vogelsberg eine Chance geben wollen, dann brauchen wir nicht schöne Worte, sondern gute Straßen und auch sonst eine gute Infrastruktur, damit die engagierten Mitarbeiter der erfolgreichen Unternehmen schnell zu ihren Kunden und zum Frankfurter Flughafen kommen und wieder schnell in die Firma zurückkehren können.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist die Notwendigkeit, deshalb bauen wir Straßen, deshalb verbessern wir in Hessen die Autobahnen. Wir sind der Überzeugung, dass wir die Menschen damit dazu bewegen, auch in strukturschwächeren Gebieten zu bleiben. Wir teilen die Auffassung der geschätzten Kollegin Müller der GRÜNEN-Fraktion nicht – dort hinten sitzt sie –, dass es offensichtlich so wäre, dass die Menschen, wenn sie ordentliche Autobahnen haben, schneller aus den Räumen verschwinden. – Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind für Reisefreiheit – auch in Hessen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb bleiben wir dabei: Der Ausbau der Autobahnen A 44 und A 49 ist eine zentrale Aufgabe; wir sind auf der Seite der hessischen Bürgerinnen und Bürger. Der Verkehrsminister kann sich darauf verlassen, dass wir weiterhin gemeinsam für die Zukunft Hessens kämpfen.

Lieber Florian Rentsch – dort, auf der anderen Seite ist er –, bitte nicht nachlassen

(Minister Florian Rentsch: Auf nach Berlin!)

– „auf nach Berlin“ –, her mit den Geldern, die von den linken Regierungen anderer Bundesländer liegen gelassen werden müssen, weil man noch nicht einmal kofinanzieren kann. Wir können die Gelder gut gebrauchen, also bitte herholen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Eines muss an dieser Stelle auch erwähnt werden, nämlich die Bedeutung des Frankfurter Flughafens. Er hat heute schon mehrfach eine Rolle gespielt. Wir haben mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens eine wichtige und richtungsweisende Infrastrukturmaßnahme für die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main umgesetzt. Der Flughafen und sein Umfeld strahlen weit in die angrenzenden Regionen aus.

Ich erinnere an das schon geschilderte Unternehmen in Alsfeld, das seine Geschäfte ohne die direkte Anbindung an diesen Flughafen so nicht gestalten könnte. Mit dem Ausbau des Flughafens wurden Tausende von Arbeitsplätzen geschaffen, und es wurden Tausende bestehende gesichert. Nicht nur der Flughafen selbst, sondern auch die Unternehmen, die sich in der Region aufgrund der weltweit guten Bedingungen ansiedeln, bringen weitere Beschäftigungsmöglichkeiten und tragen zur Prosperität bei.

Wir wissen, dass auch diese Erfolge nicht zum Nulltarif zu haben sind. Mit dem Flugbetrieb sind Störungen verbunden, teilweise leiden Anwohner unter erheblichem Flug-

lärm. Deshalb haben wir das Nachtflugverbot durchgesetzt. Herr Al-Wazir, man kann es nicht oft genug sagen, auch wenn Sie schon wieder meinen, sich amüsieren zu lassen: Ohne den Flughafenausbau gäbe es kein Nachtflugverbot in Frankfurt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deswegen sollte man auch festhalten: Der Flughafenausbau war für die Wirtschaft richtig, er war für die Region richtig, und er hat das Nachtflugverbot überhaupt erst ermöglicht.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit Wirtschaft und Bildung halte ich noch ein wesentliches Faktum fest: Die hessischen Hochschulen verfügen bereits im Jahr 2012 über das höchste Budget in der Geschichte des Landes und werden wiederum in den Jahren 2013 und 2014 jeweils darüber verfügen, nämlich über 1,75 Milliarden €, abgerundet. Wir vergessen dabei nicht, dass die Studierendenzahlen einen Höhepunkt erreicht haben. Dies ist nicht nur der Aussetzung der Wehrpflicht und den doppelten Abiturjahrgängen aufgrund G 8 und G 9 geschuldet, vielmehr sind Hessens Hochschulen für Studierende aus anderen Bundesländern sehr attraktiv, und darauf sind wir stolz.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Was wir aber nicht einsehen, ist, dass wir in Hessen die Rechnung allein bezahlen und dazu noch über den Länderfinanzausgleich an andere, weniger erfolgreiche Länder über das Vertretbare hinaus zahlen müssen. Die FDP fordert deshalb schon lange einen gerechten finanziellen Ausgleich zwischen den Bundesländern, aus denen Studierende kommen, und denen, die Studierende aufnehmen. Mein Kollege Dr. Bürger hat deshalb ein tragfähiges Konzept entwickelt, welches auf dem Prinzip basiert: Geld folgt Student. Für dessen Umsetzung werden wir uns auf Bundesebene auch weiterhin einsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir tun auch etwas für die jungen Mütter und Väter, die nach der Geburt ihrer Kinder den Wunsch haben, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, mit dem Betreuungsgeld!)

Weil wir diesen jungen Familien helfen wollen, aber auch weil wir auf diese hoch qualifizierten Menschen in Wirtschaft und Gesellschaft nicht verzichten wollen und können, setzen wir ein umfangreiches U-3-Sonderinvestitionsprogramm um. Hiermit wollen wir die notwendigen zusätzlichen Betreuungsplätze schaffen, und, was hier auch einmal gesagt werden darf, von diesem Gesamtvolumen von 100 Millionen € kommen 55,5 Millionen € aus Hessen. Es kommen aber auch 44,5 Millionen € aus dem Bundeshaushalt. Ich stehe nicht an, mich dafür zu bedanken, dass der Bund auch hier die Möglichkeiten des Landes unterstützt.

Die Situation der Kommunen wurde schon erwähnt. Aufgrund unserer erfolgreichen wirtschaftsfreundlichen Politik konnten die Kommunen schon aus eigener Kraft ein Einnahmeplus verzeichnen. Das Gewerbesteueraufkommen ist deutlich angestiegen. Die hessischen Kommunen gehören zu den steuerstärksten in ganz Deutschland. Darüber hinaus haben sie zu keiner Zeit mehr Geld vom Land erhalten als heute. Der Kommunale Finanzausgleich wird in den Jahren 2013/2014 wiederum insgesamt um 250 Millio-

nen € ansteigen und damit über 3,8 Milliarden € erreichen. Auch das stellt ein absolutes Rekordhoch dar.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Dennoch ist die Ertragslage sehr unterschiedlich. Wir haben daher für die 106 finanzschwächsten Kommunen in Hessen einen bundesweit einmaligen Schutzschirm aufgespannt. Mit insgesamt 3,2 Milliarden € unterstützen wir diese Kommunen bei der Entschuldung und handeln dabei nach dem Grundsatz Hilfe zur Selbsthilfe. Die Kommunen müssen ihrerseits dafür sorgen, einen klar definierten Konsolidierungsplan aufzustellen. Es bleibt in der Hoheit der Kommunen, auf welchem Wege sie ihre Haushalte konsolidieren. Da machen wir keine Vorschriften.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein großer Ausgabeposten – das wurde heute schon erwähnt – ist die Zahlung des Landes in den Länderfinanzausgleich. Hessen wird voraussichtlich 2013 knapp 2 Milliarden € und 2014 sogar über 2 Milliarden € in den Länderfinanzausgleich einzahlen. Damit werden wir vermutlich wieder das Geberland sein, welches den höchsten Pro-Kopf-Beitrag leistet. Nun könnte man sagen: Das ist doch hervorragend, zeigt es doch, wie groß die wirtschaftliche Stärke Hessens gegenüber anderen Bundesländern ist. – Auf die Leistungen können wir auch tatsächlich stolz sein.

Ich betone in diesem Zusammenhang auch gern immer wieder und neu, dass wir uns nicht aus der Solidarität der Bundesländer verabschieden wollen und werden. Der Länderfinanzausgleich hat ganz klar seine Daseinsberechtigung. Es muss zwischen strukturell sehr unterschiedlich aufgestellten Bundesländern einen Ausgleich geben.

Jedoch darf das nicht dazu führen, dass das System des Finanzausgleichs den Nehmerländern überhaupt keinen Anreiz gibt, aus eigener Kraft die für Staatsausgaben notwendigen Mittel zu erwirtschaften.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das jetzige System verleitet dazu, mit fremdem Geld leichtfertig wirtschaftlich unsinnige Großprojekte zu finanzieren. Das hat uns Kurt Beck auf der anderen Rheinseite mit seinem Nürburgring-Projekt eindringlich vor Augen geführt: Wir zahlen, und Kurt Beck verbrennt das Geld – das können wir gegenüber den hessischen Bürgerinnen und Bürgern nicht vertreten.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe der Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Hermann Schaus (DIE LINKE))

Aus diesen Gründen muss der Länderfinanzausgleich im Interesse aller hessischen Bürgerinnen und Bürger auf eine neue und gerechte Grundlage gestellt werden. Deshalb unterstreiche auch ich für die Regierungsfractionen das, was der Ministerpräsident schon gesagt hat: Wir werden klagen, wenn im Dezember keine Einigung erzielt wird.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

In aller durch die mangelnde inhaltliche Substanz der Oppositionsanträge ermöglichten Kürze noch ein paar Worte hierzu: Die SPD hat mit ihren vorgelegten Änderungsvorschlägen in erster Linie gezeigt, dass sie weder willens ist, Maß zu halten, noch dazu in der Lage, ihre alten sozialdemokratischen Strickmuster zu überwinden. Für sie ist das Prinzip der Hoffnung auf Wahlergebnisse mit dem Drang zu immer neuen Steuererhöhungen gekoppelt. Sie bleiben eben beim Alten, beim „Weiter so“.

Ihren bunten Strauß von Mehrausgaben wollen Sie im Jahre 2014 zu mehr als drei Vierteln aus der Erhöhung von Steuereinnahmen des Bundes finanzieren. Diese erfolgen bundesgesetzlich.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Wenn man einmal genau nachrechnet – rechnen hilft manchmal, Herr Kollege Rudolph –, sind das exakt 76,7 %, die Sie dort decken wollen. Das sind schlicht Luftbuchungen. Sie machen keine realistischen Deckungsvorschläge – das ist schlicht unseriös.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Insofern haben Sie offensichtlich auch mit Ihrem Beispiel von der halben Sau und dem Pfund Hackfleisch etwas verwechselt. Das ist nicht die Frage, wie wir Kommunalen Finanzausgleich betreiben. Das ist SPD-Steuerpolitik: den Menschen eine halbe Sau wegzunehmen und dann ein Pfund Hackfleisch zurückzugeben mit der Ankündigung, das sei eine tolle Sache.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich kann nur sagen: Das Gleiche gilt für die GRÜNEN, die auch gerne an der Steuerschraube drehen wollen. Wir haben am Wochenende wieder hören dürfen, was Herr Trittin mit seiner kommunistischen Vergangenheit und Tradition auf Ihrem Bundesparteitag entsprechend deutlich gesagt hat: Abkassieren wird zum grünen Prinzip erhoben, und die hessischen GRÜNEN sind da nicht besser.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zurufe der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel und Nancy Faeser (SPD))

Die hessischen GRÜNEN sind da nicht besser. Ich wiederhole es: Der von Rot-Grün geforderte Wassercent – um auch einmal auf etwas zurückzukommen, was wir in Hessen zu entscheiden haben, Herr Schäfer-Gümbel ist ja derjenige, der sein Geld in Berlin holen möchte – belastet auch wieder die Schwächsten in unserer Gesellschaft deutlich stärker als diejenigen, bei deren Einkommen es auf 10 € mehr oder weniger nicht ankommt. Das ist das gleiche Schema wie bei dem von den GRÜNEN immer noch so hoch gelobten – früher berechtigten, heute antiquierten – EEG.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen werden abgezockt, damit die einkommensstarke grüne Anhängerschaft Vermögen bilden kann. Das Bemerkenswerte daran ist, wie sich die angeblich so soziale SPD damit abgefunden hat. Sie haben längst akzeptiert, dass die grüne Klientel eine klare Rollenverteilung in den Städten anstrebt: GRÜNEN-Wähler kaufen Häuser, SPD-Wähler werden als Mieter begrüßt.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ha, ha! Und die FDP hat bald keine Wähler mehr!)

Kommen wir zu dem anderen gigantischen Umverteilungssystem, für das die Lobbyisten der Solarindustrie auch hier im Hause unverdrossen werben. Die SPD redet davon, unvorstellbare 120 Millionen € zur Steigerung der Energieeffizienz und Energieeinsparung sowie zur Schaffung der Grundlagen für den Ausbau der dezentralen erneuerbaren Energien zur Verfügung zu stellen. Damit sind die Sozialdemokraten endgültig der Gigantomanie ihres Anführers

verfallen, sogar die selbst ernannten Energiepäpste bei den GRÜNEN wollen hierfür schließlich nur 30 Millionen € mehr ausgeben. Ich könnte und würde jetzt eigentlich gern noch einiges zum Thema EEG und Energiepolitik sagen, will es aber hier so stehen lassen, weil ich den Kollegen noch Zeit zum Reden geben möchte.

Klar aber ist, dass das Beispiel der Energiepolitik ganz besonders eines zeigt, nämlich wie wichtig Europa auch für uns in Hessen ist. In Europa werden nicht nur Schutzschirme für schwächelnde Eurostaaten gespannt, sondern bereits viele Regelungen erlassen, die sich unmittelbar auf Hessen und unseren Haushalt auswirken. Mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Jörg-Uwe Hahn wird nicht nur die hessische Justiz effizienter gestaltet und die Integration im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger verankert, sondern vor allem werden auch unsere Interessen in Europa nachhaltig vertreten.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Es ist wieder einmal typisch, dass Herrn Wagner nichts Besseres einfällt, als – ich will es nett ausdrücken – freundlich zu lachen. – Die klaren Worte, die die Opposition nicht gerne hört, sind wichtig für Hessen, für unser Land. Gerade der klare Kurs für Europa, aber gegen die Aufweichung der Verträge, insbesondere durch die Politik des EZB-Chefs, ist im Interesse unseres Landes zwingend.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der EZB-Chef zittert, wenn Herr Hahn kommt!)

Auch wenn Sie wieder zum Lautsprecher werden, Herr Wagner: Es muss dabei bleiben, dass Recht vor Macht geht und dies nicht gegen den Geist und Wortlaut der Europäischen Verträge ins Gegenteil verkehrt wird. Dafür vielen Dank an Jörg-Uwe Hahn.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Europa bestimmt zunehmend auch unsere Tagesordnung im Hessischen Landtag. Gestern wurden uns wieder Dokumente von erheblicher landespolitischer Bedeutung – wie es im Parlamentsdeutsch heißt – von der Brüsseler Bühne zugeleitet, heute erneut. Ich sage es sehr deutlich – auch wenn es noch nicht jeder Beobachter der Landespolitik begriffen hat –: Es ist von enormer Bedeutung, dass sich die Abgeordneten des Hessischen Landtags vor Ort informieren, was gerade in Brüssel diskutiert und entschieden wird, um sich neben dem Alltagsgeschäft zu sensibilisieren, dass man in Hessen eben nicht mehr alle wesentlichen Entscheidungen trifft.

Aller unberechtigter Kritik zum Trotz erkläre ich: Wir als FDP-Fraktion werden auch in Zukunft unsere Pflicht wahrnehmen, Arbeitsbesuche in Brüssel durchzuführen. Wir lassen uns auch nicht davon stören, wenn bei einem dichten Gesprächsprogramm über zwei Tage auch eine Stunde auf den Besuch des Jahresempfangs des Landes Hessen entfällt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Kollege Rudolph, Ihre wie immer qualifizierten Kommentare durften wir damals in der Zeitung nachlesen.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Herr Rudolph, ich würde mir wünschen, dass Sie sich so etwas in Zukunft verkneifen, wenn es um solche Fragen geht, zumal Ihre Fraktion in diesem Jahr – richtigerweise, das betone ich – zu einem Besuch in Brüssel war, wenn ich richtig informiert bin. Ich kenne zwar das Programm nicht, das Ihr parlamentarischer Geschäftsführer Ihnen zusammengestellt hat, aber ich hoffe doch, dass auch Sie gearbeitet und keine Lustreise unternommen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf von der CDU: Ein Besuch der Brüsseler Automatengesellschaft war das!)

Ich darf zusammenfassen: Die Opposition in diesem Hause zeigt wieder einmal, dass sie weder willens noch in der Lage ist, die von den hessischen Bürgerinnen und Bürgern erwirtschafteten Steuereinnahmen mit Augenmaß und Weitblick einzusetzen. Die Forderungen nach immer mehr Geld der Bürger sind ein untrügliches Zeichen, dass vor allem die SPD unter Thorsten Schäfer-Gümbel jeglichen Bezug zur Realität verloren hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wer Mittel verplant, auf die er keinen Zugriff hat, beweist, dass er auf der Oppositionsbank am besten aufgehoben ist. Mit lautem Poltern und dem Bauen von noch so schönen Luftschlössern ist auch das wirtschaftsstärkste Land nicht zu regieren. Hessen braucht eine Regierung, wie unser Bundesland sie hat: besonnen, aber entschieden bei der Durchsetzung einer richtigen Politik zum Wohle unserer Bürger.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, diese Haushaltsberatungen haben es wieder deutlich gemacht: Hessen braucht mehr denn je eine Regierung der bürgerlichen Mitte, die nicht ohne Not, aus Unkenntnis oder ideologischer Verblendung die wirtschaftliche Prosperität unseres Landes aufs Spiel setzt.

Wir werden deshalb auch in der kommenden Legislaturperiode Sorge dafür tragen, dass Hessens Wirtschaft gut durch die europäische Staatsschuldenkrise kommt und die Wirtschaft trotz schwieriger Rahmenbedingungen einen Boden findet, auf dem sie wachsen kann. Nur so können auch zukünftig immer mehr Hessinnen und Hessen kraft ihrer eigenen Leistung ihr Leben selbstbestimmt führen, ohne auf öffentliche Hilfe angewiesen zu sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich sage es sehr deutlich, speziell an Herrn Kollegen Al-Wazir, der sehr komfortabel auf seinem Oppositionssitz Platz genommen hat und dort bitte auch bleiben soll: Wir haben viel erreicht, und wir haben noch viel mehr vor. Deshalb trägt die Koalition die Landesregierung. Damit bleibt Hessen ein starkes Land mit einer starken Wirtschaft, ein liberales und weltoffenes Land sowie das Bildungsland.

(Anhaltender Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, ich erteile dem Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Herrn van Ooyen, das Wort.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Haushaltsberatungen in diesem Jahr kommen mir vor, als würden sich CDU und FDP schon darauf einstellen, dass sie demnächst nicht mehr in Hessen regieren.

(Lachen bei der CDU und der FDP – Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Wie originell! – Vizepräsidentin Ursula Hammann übernimmt den Vorsitz.)

Einige Abgeordnete nehmen jetzt noch die letzte Ausfahrt und wechseln vom Landtag auf einen gut dotierten Versorgungsposten. Auch sonst wirkt das Kabinett Bouffier amts-müde und unambitioniert. Während man unter Roland Koch jedes Jahr aufs Neue ein Leuchtturmprojekt präsentiert bekam,

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Gott behüte uns vor Leuchtturmprojekten!)

zu dessen Finanzierung der soziale Kahlschlag vorangetrieben werden musste, verzichten Sie dieses Jahr einfach darauf, große Veränderungen im Doppelhaushalt einzuplanen. Der Finanzminister betätigt sich lediglich als Rechenkünstler, um die Nettoneuverschuldung auf dem Papier sinken zu lassen, allerdings nur auf dem Papier. Aus dem Parlament heraus kommt nicht viel von CDU und FDP. Herr Milde als finanzpolitischer Sprecher hat sich vielleicht schon in seine neue Tätigkeit verabschiedet, obwohl er noch da ist. Aber mental? Man weiß es nicht.

(Holger Bellino (CDU): Überlassen Sie das mal ihm!)

Zumindest haben die Regierungsfractionen erklärt, dass sie weitgehend auf Änderungsanträge zum Haushalt verzichten werden. Und so scheint es, als wenn die verbliebenen Politiker von CDU und FDP die Zeit bis zur nächsten Landtagswahl einfach aussitzen. Offensichtlich hofft man in der CDU, dass die Strategie der Bundeskanzlerin ausreicht – einfach stillzuhalten und staatstragend in die Kameronas zu lächeln.

Wie die gesamte Landesregierung schaut sich auch der Finanzminister einiges bei der Bundesregierung ab. Auch die Bundesregierung rechnet sich ihren Etat schön in der Hoffnung, damit bis zur Wahl keine Bruchlandung zu erleiden. In Hessen sieht das dann so aus, dass Sie, Herr Schäfer, 120 Millionen € dort kürzen, wo es keiner merken soll, nämlich bei der „Weimar-Rücklage“, die heute schon angesprochen wurde. Mit diesem und ähnlichen Rechenricks schaffen Sie es – scheinbar –, die Nettoneuverschuldung zu reduzieren. Ohne Ihre Rechenricks würde die Neuverschuldung mit mehr als 300 Millionen € deutlich höher ausfallen, als jetzt öffentlich geplant wird.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist richtig! Aber normalerweise seid ihr doch dafür, dass Schulden gemacht werden!)

– Ich will es nur festhalten, damit wir es analytisch richtig haben. Dazu, wo wir das Geld herholen müssen, kommen wir noch.

(Holger Bellino (CDU): Herholen müssen?)

Im Vergleich zum Vorjahr wäre das, gemessen an der immer noch vorsichtig optimistischen Annahme, dass die Einnahmeentwicklung so bleibt, wie sie angedacht ist, ein deutlicher Anstieg. In diesem Haushalt wird das Eingeständnis erkennbar, dass die Schuldenbremse ohne höhere

Einnahmen nicht einzuhalten ist. Das ist das deutliche Signal. Aus diesem Grund wird jetzt die Steuersenkungspartei FDP vorgeführt, und die Landesregierung schließt sich unserem Vorschlag an, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Janine Wissler (DIE LINKE) zur CDU gewandt: Wieso gibt es jetzt von Ihnen keinen Beifall? Er lobt die Landesregierung!)

Meine Damen und Herren, dass wir an dieser Stelle gemeinsam den Weg gehen, die Grunderwerbsteuer zu erhöhen, ist richtig, aber das wird nicht ausreichen, um die Finanzsituation wirklich zu verbessern. Mit der Grunderwerbsteuer haben wir die einzige Landessteuer bereits erhöht. Dabei kann es aber nicht bleiben. Um jetzt für dauerhaft höhere Einnahmen zu sorgen, ist die Bundespolitik gefragt. Die SPD hat in ihren Anträgen ebenfalls darauf hingewiesen, dass jetzt auch auf Bundesebene sehr schnell Veränderungen eingeleitet werden müssen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So ist es!)

Die Schultern, die mehr tragen können, sollen dies endlich tun, damit die Schwächsten in der Gesellschaft entlastet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir das nicht erreichen, dann werden uns die Menschen zu Recht fragen, warum die kleinen Häuslebauer mehr Steuern zahlen sollen, die Vermögenden und Einkommensmillionäre aber ausgenommen werden.

Ein Blick nach Europa signalisiert mir, dass Europa so reich ist wie noch nie. Zwischen Monaco und Mailand leben heute 3,2 Millionen Millionäre.

(Holger Bellino (CDU): Die kennen Sie alle persönlich?)

Der private Reichtum Westeuropas umfasst gigantische 27 Billionen €. Das Eldorado der europäischen Reichen ist Deutschland.

(Peter Beuth (CDU): Sind das alles Ihre Nachbarn, von denen Sie sprechen?)

Die Albrechts, Quandts und Ottos dieser Republik – die 100 reichsten Deutschen – besitzen ein Vermögen von 307 Milliarden €, ein Plus von 6 % allein im letzten Jahr. Alle deutschen Reichen und Superreichen sitzen auf einem 7,2 Billionen € hohen Vermögensberg – Sach- und Geldvermögen abzüglich Verbindlichkeiten.

Der private Reichtum ist sehr ungleich verteilt. Von Madrid bis Athen konzentriert sich immer mehr Vermögen in immer weniger Händen. Hierzulande besitzt das reichste Promille – etwa 70.000 Personen – 23 % des gesamten Nettovermögens. Dies entspricht einem Vermögen von 1.600 Milliarden €. Dem reichsten Prozent gehört mehr als ein Drittel. In Italien und Spanien verfügen die reichsten 10 % über mehr als zwei Fünftel des Gesamtvermögens. Die schiefe Vermögenslage wird gespeist aus der ungleichen Einkommensverteilung. Wir hatten das Beispiel schon: Der durchschnittliche Verdienst in Hessen ist eine Schimäre, was die reale Situation angeht.

Von Paris bis Rom ist das Kuchenstück der abhängig Beschäftigten seit der Jahrtausendwende kleiner geworden.

(Holger Bellino (CDU): Wann kommt er denn zum Haushalt?)

Die Lohnquoten sanken. Zudem stiegen die Einkommensunterschiede – am stärksten übrigens in Deutschland. Während wenige immer reicher werden

(Holger Bellino (CDU): Wann kommen Sie zu Hessen und dem Haushalt?)

– ich finde, das, was ich sage, ist hessisch, das spiegelt die hessische Situation wider –,

(Peter Beuth (CDU): Sie sprechen noch nicht einmal hessisch, Sie sprechen hochdeutsch! – Holger Bellino (CDU): Was hat das mit den Reichen in Mailand zu tun?)

bluten die Staaten und ihre Institutionen aus. Überall in Europa wächst die öffentliche Armut. Die europäischen Kassenwarte stehen mit über 10 Billionen € in der Kreide. Städten und Gemeinden fehlt das Geld für Kitas und Schulen. Europaweit werden Theater und Jugendzentren geschlossen.

Beim Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger feilscht die deutsche Politik um jeden Cent. Wenn man 1 Million € Sanktionen gegen Hartz-IV-Bezieher verhängt, im Durchschnitt 106 €, dann signalisiert das einen Rassismus gegen Arme in diesem Land, und das auch institutionell.

(Beifall bei der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Erzählen Sie doch mal, wie Honecker die armen Arbeiter ausgequetscht hat! – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Tragen Sie das beim Rotwein aus, dann ist es gut!)

In Griechenland schließt man inzwischen öffentliche Krankenhäuser und kann notwendige Medikamente nicht mehr bezahlen, während vor der eigenen Haustür – in Offenbach – gerade das nächste kommunale Klinikum privatisiert wird, als ob Gesundheit eine Ware wäre, die den freien Kräften des Marktes preisgegeben werden dürfte.

(Holger Bellino (CDU): Ist doch Quatsch!)

Öffentliche Armut und privater Reichtum sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Schulden spiegeln immer auch das Vermögen wider. Im letzten Jahrzehnt mehrten die Reichen ihr Vermögen auf Kosten der Allgemeinheit. Daran trägt die Politik Schuld.

Die Ursache dieser Situation ist aber nicht, dass der Staat oder gar diejenigen über ihre Verhältnisse gelebt haben, die auf einen handlungsfähigen Staat angewiesen sind, sondern das genaue Gegenteil. Ursache der Krise, die auch uns in Hessen weiter in Atem hält, ist, dass einige immer der Meinung waren, dass der Staat mit einer Roskur geschrumpft werden müsse. Oder, wie es der designierte Vizepräsident des Hessischen Rechnungshofes hier im Haus wie ein Mantra zu sagen pflegt: Das Geheimnis des Sparens ist der Verzicht.

Nur, Herr Noll, sehen Sie sich doch einmal die Resultate an, die eine solche Politik vorzuweisen hat: Hier in Deutschland sind die Löhne nicht gestiegen, die Sozialleistungen sind zusammengestrichen worden, und in Ländern wie Griechenland führt brutale Kürzungspolitik gerade immer tiefer in die Wirtschaftskrise. Eine solche Politik zu forcieren und zu wollen, das kann nicht Sache der hessischen Politik sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Auch wenn sich die Hessische Landesregierung rühmt: „Wir helfen den Spaniern, Griechen usw.“, tut sie das Ge-

genteil. Statt die Entwicklung in diesen Ländern z. B. mit einem internationalen Marshallplan zu unterstützen, wird ein moderner Sklavenmarkt organisiert, indem man junge, möglichst gut ausgebildete Menschen für die hessischen Bedürfnisse im Billiglohnsegment aus Spanien und Griechenland abwirbt.

(Holger Bellino (CDU): Unverschämtheit! Das sind doch keine Sklaven, das ist doch freiwillig!)

Aus dem Elend müssen sie sich selbst erlösen. Warum helfen Sie den Spaniern nicht, dass die auf die Beine kommen? Das wäre die richtige Antwort. Stattdessen kommen sie hierher und sollen im Billiglohnsektor arbeiten. Das ist der Zug der Zeit dieser Regierung.

So spart man sich die Ausbildungskosten. Herr Greilich hat vorhin davon gesprochen, dass das Geld den Studenten nachfolgen soll, wenn es sich um innerdeutsche Positionen handelt.

(Lebhafte Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Bitte, meine Damen und Herren, lassen Sie den Redner zu Wort kommen.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Bellino, wir müssten dann wenigstens den Spaniern die Ausbildungskosten ersetzen. Das wäre ein Hinweis, wie es laufen könnte.

(Clemens Reif (CDU): Altkommunist!)

– Alt bin ich. Im Rentenalter bin ich.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wer hat den Willi alt genannt? – Heiterkeit bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So spart man sich die Ausbildungskosten und braucht sich auch nicht mehr um die Arbeitslosen und Langzeitarbeitslosen bei uns zu kümmern. Hier will man im Grunde genommen immer mehr Menschen aus den sozialen Zusammenhängen ausgrenzen. Das ist die Politik dieser Landesregierung.

Wie gesagt, Offenbach konnte die Kosten für sein Klinikum nicht schultern, weil Offenbach über viel zu geringe Einnahmen verfügt und jetzt nicht mehr in der Lage ist, das Notwendigste, nämlich ein kommunales Krankenhaus, zu finanzieren.

Statt den Kommunen nachhaltig eine bessere Finanzausstattung zu gewähren, fällt dieser Landesregierung nichts Besseres ein, als das Rezept, das gerade anderswo ganze Staaten an die Wand fährt, hier im Kleinen den Kommunen zu verordnen. Denn der Kommunale Schutzschirm, unter den sich die ärmsten Kommunen jetzt begeben dürfen, ist doch nichts anderes als das, was gerade in Griechenland passiert. Auch hier bekommen die Kommunen Finanzhilfen nur, wenn sie gleichzeitig öffentliche Leistungen kürzen und Gebühren erhöhen.

Herr Schäfer, so schafft man aber keine Akzeptanz für eine falsche Politik, und so erreichen Sie auch das Ziel ausgeglichener Haushalte für die Kommunen nicht. Auch den Kommunen predigt Schwarz-Gelb doch bereits seit Jahrzehnten, dass mit Privatisierung und PPP alles gut wird

und dass Ausgaben gekürzt werden müssen. Genützt hat dies alles nichts – und das liegt ganz sicher nicht daran, dass die Kommunen über ihre Verhältnisse gelebt hätten, sondern daraus, dass die Einnahmen der Kommunen zu niedrig sind. Hier, Herr Finanzminister, bieten Sie aber nichts außer einem Knirps von Schutzschirm. Im Regen lassen Sie die stehen, die in ihrer Kommune nicht in Ihr Streichkonzert auf Kosten der kleinen Leute einstimmen wollen.

Was in Offenbach noch passieren soll, ist in Gießen und Marburg schon geschehen: Mit zum Teil verheerenden Ergebnissen für die Beschäftigten und die Patienten hat man dort ein Uniklinikum privatisiert. Die Sorgen und Ängste der Beschäftigten und der Menschen in der Region müssen aber ernst genommen werden. Über 47.000 Unterschriften sind gegen den Stellenabbau zusammengekommen. Die Landesregierung muss das Scheitern ihrer Privatisierung eingestehen und die Kliniken zurück zum Land überführen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung, Mittelhessen als attraktiven Ort zum Leben und Arbeiten weiterzuentwickeln.

Immerhin muss man dieser Landesregierung lassen: Was den Haushalt angeht, lässt sie die großen Kürzungssorgen vor der Wahl bleiben, vielleicht auch, weil der eine oder andere Versorgungsposten, der jetzt schnell noch geschaffen werden muss, sonst deutlicher auffallen würde.

Es könnte aber wahrlich Schlimmeres geben: eine Landesregierung, die selbst vor einem Wahljahr den Kurs der letzten Jahre fortsetzt, als Frauenhäuser geschlossen wurden und Flughäfen als Prestigeprojekte neu gebaut wurden. Schlimmer wäre eine rot-grüne Koalition, die nach dem Vorbild von Baden-Württemberg Lehrerstellen streicht oder, wie sie das euphemistisch nennt, die demografische Rendite nutzt.

Meine Damen und Herren, machen wir uns nichts vor: Die Landesregierung ist am Ende, und die selbst ernannten Oppositionsführer haben jetzt schon Angst, bald selbst den Menschen erklären zu müssen, wieso zwischen schwarz-gelber und rot-grüner Schuldenbremse kein Unterschied besteht.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ach, Willi!)

Denn das ist doch der Kern, um den Sie alle herumgeeiert sind: Ein handlungsfähiges Hessen oder gar einen echten Politikwechsel wird es mit der Schuldenbremsenkoalition nicht geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Die SPD hat es ja sogar geschafft, lieber Thorsten Schäfer-Gümbel, in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses alle unsere Anträge im Bereich Soziales mit der pauschalen Begründung abzulehnen, dass diese nicht seriös finanziert seien.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Genau!)

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie hätten sich wenigstens die Mühe machen können, unsere Anträge etwas deutlicher zu lesen. Die GRÜNEN waren da schon ein wenig weiter und haben immerhin den Anträgen zur Verbesserung der Finanzierung der Frauenhäuser und zur Prävention sexueller Gewalt zugestimmt.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

– Der lag nicht vor. Wir hatten nicht die Chance, darüber zu diskutieren. Deshalb hatte ich gedacht, dass wenigstens solchen Positionen eine gemeinsame Zustimmung nicht versagt geblieben wäre.

Selbst das steht für die SPD in Oppositionsverantwortung schon unter Finanzierungsvorbehalt, hatten wir gehört.

(Norbert Schmitt (SPD): Nein, das stimmt nicht! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt nicht wieder den alten Streit zwischen SPD und USPD!)

Herr Schäfer-Gümbel, wenn das Ihre Politikaussage schon vor der Wahl ist, dann brauchen Sie nicht weiter herumzulaufen und zu behaupten, dass DIE LINKE im Westen ihren Zenit überschritten hat. Wenn die SPD sich schon vor der Wahl nicht traut, wenigstens auch nur ein bisschen sozialdemokratisch zu tun, dann wird sie so nicht gebraucht.

Auch in Hessen selbst werden z. B. keine zusätzlichen Steuerfahnder eingestellt, um den Standortfaktor für die Reichen nicht zu gefährden. Die weitere Privatisierung besonders im Bildungsbereich wie die Beispiele der EBS und die angedachte – das kriegen wir dann im Folgejahr – stärkere Förderung des Privatschulbereiches sind eindeutig der falsche Weg in der hessischen Politik.

Wir treten nach wie vor für eine Gesamtschule ein, die in öffentlicher Hand bleibt, und sind natürlich der Meinung, dass eine ausreichende Bildung gemeinsames Lernen voraussetzt. Diese Position will ich hier doch noch einmal klarstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Darüber hinaus beglückt die Politik von CDU und FDP die Reichen mit üppigen Steuergeschenken. Hierzulande senkte die Schröder- und Merkel-Regierung kräftig die Steuern. Für Spitzenverdiener, Unternehmer, Vermögende und Erben gab es mehr Netto vom Brutto. Topverdiener zahlen heute effektiv 30 %, Kapitalbesitzer 25 % und die DAX-Konzerne nur noch 24 % Steuern. Die Gewinnsteuern machen weniger als ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens aus. Dass das reichste Zehntel der Steuerpflichtigen – das höre ich immer wieder aus der CDU – über die Hälfte der Einkommensteuer zahlt, ist hierzu kein Widerspruch. Ihm gehört schließlich auch zwei Fünftel des zu versteuernden Einkommens. Von daher ist es nur gerecht.

Die niedrigeren Steuern zündeten nicht das angeblich erhoffte Investitionsfeuerwerk. Trotz höherer Nettogewinne blieb die Investitionsquote historisch niedrig. Die Betriebe häuften lieber Geldvermögen an. Durch die Steuergeschenke wuchs der öffentliche Schuldenberg um insgesamt rund 380 Milliarden €. Das entspricht fast der Hälfte der gesamten Neuverschuldung des letzten Jahrzehnts. Bei vielen europäischen Nachbarn ergibt sich ein ähnliches Bild: Von Rom bis Athen purzelte die Steuerlast für Spitzenverdiener, Unternehmer und Vermögende.

Doch damit nicht genug: Die sogenannten deutschen Arbeitsmarktreformen verursachten eine chronische Lohnschwäche. Niedriglöhne, Leiharbeit und Minijobs drückten das allgemeine Lohnniveau. Die Tariffucht der Arbeitgeber tat ein Übriges. Dank der Lohnflaute kletterten die Gewinne in die Höhe. Die milliardenschweren Einnahmeausfälle in den Steuer- und Sicherungssystemen vergrößerten die öffentliche Armut.

Kurzum: Der Anstieg der Staatsverschuldung ist nicht das Ergebnis laxer Haushaltspolitik. Die Legende von der Staatsschuldenkrise entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ökonomisches Märchen. Hierzulande sind die realen Staatsausgaben vor der Krise sogar gesunken. Der Schuldenanstieg resultierte allein aus politischer Reichtumspflege und den Folgen der Finanzmarktkrise. Das Gemeinwohl schrumpfte zugunsten steigender Vermögen. Und jetzt sollen die Schuldenberge dadurch abgetragen werden, dass abhängig Beschäftigte, Rentner und Arbeitslose den Gürtel enger schnallen. Damit muss Schluss sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage. Der private Reichtum muss jetzt zum Abbau der Staatsschulden herangezogen werden. In diesem Zusammenhang hat das Aktionsbündnis UmFairTeilen aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und NGOs eine Vermögensabgabe und eine Vermögenssteuer ins Spiel gebracht.

Eine einmalige Vermögensabgabe auf Geld-, Immobilien- und Betriebsvermögen könnte ein wichtiger Beitrag sein, um den milliardenschweren Schaden der Finanzmärkte zu beheben. Historisches Vorbild ist der Lastenausgleich nach Gründung der Bundesrepublik. Dazu brauchen wir aber auch eine Vermögenssteuer, die dauerhaft dafür sorgt, dass Reiche einen angemessenen Anteil zur Finanzierung des Staates beitragen.

Das ist weder der Sozialismus per Gesetz, noch ist es einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik: Unter Adenauer gab es den Lastenausgleich und bis unter Helmut Kohl noch die Vermögenssteuer.

Mit der Millionärsabgabe lässt sich aufgrund der starken Vermögenskonzentration ein geschätztes Aufkommen von insgesamt über 250 Milliarden € erzielen. Mit den Einnahmen könnten Schulden abgebaut und notwendige Bildungs-, Gesundheits- sowie Infrastrukturinvestitionen finanziert werden.

Die Millionärsabgabe verursacht keinen wirtschaftlichen Schaden. Aktuelle Investitionspläne trifft es nicht, da nur Altvermögen besteuert wird. Der Konsum wird nicht abgewürgt, da Reiche viel sparen. Mittelständische Betriebe mit geringem Betriebsvermögen berührt die Abgabe nicht. Da die Abgabe rückwirkend erhoben wird, droht auch keine Kapitalflucht. Umzug oder Vermögensverlagerung sind also zwecklos.

Da der Staat aufgrund der Folgen der Finanzmarktkrise einen besonderen Finanzbedarf hat, ist eine solche Abgabe auch verfassungsgemäß. Dies untermauert ein aktuelles Rechtsgutachten von dem Staatsrechtler Joachim Wieland.

Eine Millionärsabgabe löst natürlich nicht alle Schulden- und Verteilungsprobleme. Die Abgabe ersetzt weder eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt noch eine gute Tarifpolitik, noch eine gerechte Steuerpolitik. Sie ist lediglich Teil eines Gesamtkonzeptes.

Die Millionärsabgabe kann eine wichtige Rolle in der Mobilisierung für einen verteilungspolitischen Kurswechsel in Deutschland und Europa spielen. In den nächsten Monaten wird die wirtschaftliche Krise unserer europäischen Nachbarn auch zu unserer Krise werden.

Sobald die Steuereinnahmen nicht mehr sprudeln, stehen in Bund, Ländern und Kommunen neue Kürzungspläne auf der Tagesordnung. Die dann anstehenden Gebührenerhö-

hungen, Theaterschließungen und verschlechterten Unterrichtsbedingungen treffen breite Bevölkerungsschichten.

Die Schulden- und Verteilungsfrage wird ein zentrales Thema der nächsten Bundestagswahl sein. DIE LINKE wird in den nächsten Monaten zusammen mit Gewerkschaften, der außerparlamentarischen Opposition und Wohlfahrts- und Umweltverbänden die Mittel einer gerechten Verteilungspolitik öffentlich machen und sie auf die Straße tragen. Das ist unsere Aufgabe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege van Ooyen. – Als nächster Redner hat sich Kollege Dr. Wagner von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Dr. Wagner, Sie haben das Wort.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Hessen geht es richtig gut:

(Beifall bei der CDU und der FDP)

auf dem Arbeitsmarkt, in der Wirtschaft, in der Bildung und in der inneren Sicherheit.

(Norbert Schmitt (SPD): Mit uns geht es besser!)

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur eine Feststellung aus dem Munde des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, sondern ich belege das auch mit Fakten. Auf dem Arbeitsmarkt haben wir die niedrigsten Arbeitslosenzahlen seit 20 Jahren. Ich verstehe eines nicht, an die Opposition gewandt: Warum nehmen Sie das nicht wenigstens zur Kenntnis? Sie müssen uns ja nicht loben, so weit wollen wir nicht gehen. Aber Sie müssen doch wenigstens Fakten zur Kenntnis nehmen und auf der Grundlage von Fakten mit uns die politische Auseinandersetzung führen.

In der Wirtschaft haben wir 3,2 % Wachstum – das höchste seit vielen Jahren und deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Wir haben 2,3 Millionen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze – so viele wie noch nie. Hessen, der Ministerpräsident hat es heute Vormittag bereits sehr eindrucksvoll in seiner Rede gesagt, ist das Land, in dem die Bürgerinnen und Bürger mit Abstand am meisten verdienen

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Der Milde trägt dazu bei und der Noll!)

– von 16 Bundesländern einsame Spitze. Ich will schon sagen, ich finde es ungewöhnlich, dass wir eindeutig vor Hamburg liegen, weil in aller Regel in den Stadtstaaten besser verdient wird. Hessen ist hier einsame Spitze. Das hat auch etwas mit Politik zu tun. Es hat etwas mit dem Fleiß der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu tun. Es hat aber auch etwas mit den Rahmenbedingungen zu tun, für die diese christlich-liberale Koalition seit 13 Jahren sorgt.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

In der Bildung gab es seit dem Zweiten Weltkrieg noch nie so viele Lehrerstellen wie jetzt – über 50.000.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben so gut wie keinen Unterrichtsausfall mehr. Wir haben eine schwere Hypothek übernommen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Genossen haben damals gesagt: 85 % sind 100 %. – Bei uns sind 100 % 100 %.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie war das, als Sie Kultusminister waren?)

Das ist das Ergebnis erheblicher Anstrengungen. Wir haben in unserer Regierungszeit bisher 6.500 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es gab noch nie so viele Polizeibeamte wie heute – mit einer Rekordaufklärungsquote von 58,5 %. Hessen ist inzwischen eines der sichersten Bundesländer in Deutschland geworden. Das war in Ihrer Zeit nicht der Fall, und das hätte auch in Ihrer Zeit sein können – bei entsprechenden Anstrengungen.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht schauen Sie einmal in die Bundesrangliste!)

Meine Damen und Herren, das sind klare Fakten, die man nicht wegredden kann.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Erde ist eine Scheibe!)

Wer allerdings der Opposition heute und auch in den letzten Wochen zugehört hat, der konnte meinen, Hessen gehe es richtig schlecht, und Hessen stehe kurz vor einer Katastrophe. Ich zitiere aus einer kürzlichen Pressemitteilung der SPD-Fraktion. Darin steht – man behalte als Hintergrund im Auge, was ich eben an Fakten vorgetragen habe –

Das Land lebt von der Substanz, ... [Es] herrscht Stillstand.

(Norbert Schmitt (SPD): Richtig! – Demonstrativer Beifall des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Zum Glück glaubt Ihnen das in der Öffentlichkeit keiner. Meine Damen und Herren, es ist eher Ausdruck einer besorgniserregenden Realitätsverweigerung. Die Qualität Ihrer Politik hängt auch davon ab, dass Sie Realitäten zur Kenntnis nehmen und sie nicht einfach ignorieren und ausblenden, weil sie Ihnen nicht passen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sagt der Richtige!)

Die Opposition redet Hessen schlecht. Sie hofft, daraus politischen Vorteil zu gewinnen. Dieses kurzsichtige Spiel wird Ihnen aber erneut nicht gelingen.

Unser Land steht heute besser da als jemals zuvor.

(Frank Lortz (CDU): Sehr richtig!)

Es steht selbstverständlich besser da, als es jemals zu rot-grünen Zeiten der Fall war. Wir werden diese erfolgreiche Arbeit fortsetzen.

Warum geht es Hessen gut? – Dies ist so, weil nicht grüne Wirtschafts- und Fortschrittsfeindlichkeit und sozialistische Gleichmacherei, sondern eine christlich-liberale Ko-

alition regieren, die für Wachstum und Wohlstand für die Bürger sorgt. Das ist es mit einem Satz gesagt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Unser Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014 wird diese Erfolgsgeschichte fortschreiben. Grundlage für unseren Wohlstand werden weitere Investitionen in der Größenordnung von 2,1 Milliarden € sein. Allein für Straßen, Brücken und den Hochbau sind 55 Millionen € vorgesehen. So wird Hessen weiterhin der Wachstumsmotor in der Mitte der Republik bleiben.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist gar nicht wahr!)

Grundlage für unseren Wohlstand ist eine gute Infrastruktur. Das unterscheidet uns insbesondere von den GRÜNEN.

(Norbert Schmitt (SPD): Es ist die geringste Investitionsquote!)

Eine gesunde Infrastruktur bedeutet Straßen, Flughäfen, Krankenhäuser und Schulen. Das kapieren die Mitglieder der GRÜNEN bis zum heutigen Tage nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Man kann das sehen. Wie schon seit 30 Jahren wollen die GRÜNEN wiederum, ihren haushaltspolitischen Vorstellungen entsprechend, einen Großteil der Mittel für den Straßenbau einfach streichen. Sie kapieren nicht, dass der notwendige Ausbau der Straßen die Grundlage für die Mobilität der Menschen und der Wirtschaft im 21. Jahrhundert ist. So ist das. Das müssen Sie endlich einmal akzeptieren. Meine Damen und Herren, Sie halten noch immer Ihre Betonreden aus den Siebziger- und Achtzigerjahren. Damit kommen Sie nicht mehr zurande.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Überall kleben die GRÜNEN ihre Kampfpapare „Nein danke!“ Wir sagen: Wachstum und Wohlstand – „Ja bitte!“ Das ist unser Gegenvorschlag.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich nehme als Beispiel den Flughafen Kassel-Calden. Im nächsten Jahr werden wir dort 100.000 neue Passagiere haben. In der kommenden Dekade werden es bis zu 600.000 Passagiere pro Jahr werden können.

(Lachen der Abg. Tarek Al-Wazir und Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist eine Erfolgsgeschichte für Nordhessen. Das sehen übrigens Ihre sozialdemokratischen Freunde aus Nordhessen völlig anders als Sie.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wäre es nach Rot-Grün gegangen – –

(Zuruf)

– Ja, damals haben Sie sich bedauerlicherweise geeinigt. Das will ich gerade vortragen.

Wäre es nach Rot-Grün gegangen, wäre Kassel-Calden ein Luftlandeplatz für Zeppeline geworden. So war es im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag im Jahre 2008 vorgesehen.

Das ist das Gegenmodell, das wir ablehnen. Wir werben beim Bürger dafür, dass Kassel-Calden zu einem erfolgreichen nordhessischen Flughafen wird.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

Noch vor wenigen Tagen haben die GRÜNEN auf ihrem Parteitag die Investitionen für den Bau des Flughafens Kassel-Calden als „Schwachsinnsausgaben“ bezeichnet.

(Demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der LINKEN)

– Vielen Dank. Sie sind da völlig im Verein mit der Linkspartei. – Ich sage: Wer Finanzmittel für Arbeitsplätze, Mobilität und Wachstum als „Schwachsinnsausgaben“ beschimpft, darf für dieses Land niemals Verantwortung tragen. Dafür werden wir weiterhin kämpfen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die GRÜNEN stehen für Stillstand statt Mobilität, für Rückschritt statt Fortschritt und für Vergangenheit statt Zukunft. Meine Damen und Herren, das machen Sie mit Ihren Änderungsanträgen zu diesem Haushaltsplanentwurf auch immer wieder deutlich.

Lassen Sie mich Weiteres sagen. Herr Kollege Schmitt von der SPD hat laut einer kürzlich vorgelegten Pressemitteilung gesagt:

„Wir zeigen mit unseren Änderungsanträgen, dass Sparen ... möglich ist ...“

Herr Schmitt, gleichzeitig fordern Sie für diesen Doppelhaushalt Mehrausgaben in Höhe von 700 Millionen €. Meine Damen und Herren, Ihr Verhalten ist nicht nur widersprüchlich, es ist auch unredlich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Es ist unredlich. Sie behaupten, Sie wollten sparen, und wollen 700 Millionen € obendrauf tun.

Ich komme auf eine weitere Unrichtigkeit zu sprechen. Sie sprechen von Ihren Änderungsanträgen. Herr Schmitt, darf ich einmal fragen, warum Sie bis zu dieser Minute keinen einzigen Änderungsantrag zu dem Entwurf des Doppelhaushaltsplans eingebracht haben? – Nichts liegt vor. Sie reißen den Mund auf. Aber es gibt in diesem Parlament keine Änderungsanträge von Ihnen.

Ich empfehle Ihrem Fraktionsvorsitzenden, mit Ihnen ein Gespräch zu führen. Er sollte dafür Sorge tragen, dass Sie sich im Rahmen der Haushaltsberatungen endlich ordnungsgemäß parlamentarisch verhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Lachen der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel und Norbert Schmitt (SPD))

Die GRÜNEN sind da eindeutig solider. Das will ich ausdrücklich sagen. Denn sie haben wenigstens Änderungsanträge mit ihren Ansichten eingereicht.

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Sie können ruhig lachen. Ich bin mit einem Teil Ihrer Änderungsanträge überhaupt nicht einverstanden. Da lachen Sie zu Recht. Aber wenigstens haben Sie sich an dem formalen Verfahren korrekt beteiligt.

(Norbert Schmitt (SPD): Sie haben nicht einmal Ahnung vom parlamentarischen Verfahren!)

Rot-Grün will die Bürger unseres Landes ohne Not belasten. Sie würden das Wachstum zum Stillstand bringen.

Sie wollen einen Wassercent haben. Ich habe es gar nicht geglaubt, dass es den in Ihren Köpfen noch gibt. Ihr Wassercent ist nur ein Beispiel aus der rot-grünen Mottenkiste. Allein in den nächsten zwei Jahren wollen Sie den Bürgern 160 Millionen € aus der Tasche ziehen, und zwar nur deshalb, weil die Bürger Leitungswasser benutzen wollen. Meine Damen und Herren, Sie wollen den hessischen Bürgern 160 Millionen € wegnehmen.

Das ist eine Vorstellung, die Sie vor 20 Jahren entwickelt haben. Sie haben das während der acht Jahre rot-grüner Regierung leider auch praktiziert. Als eine der ersten Maßnahmen, als im Jahr 1999 die Regierung aus FDP und CDU angetreten ist, haben wir den Wassercent gestrichen. Den wird es mit uns auch weiterhin nicht geben. Denn das ist eine unsoziale Maßnahme, die außerdem wirtschaftsfeindlich ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Sie lernen nicht dazu. Morgens fordern Sie preiswerten Strom, und abends bitten Sie den Bürger mit dem Wassercent zur Kasse.

Lassen Sie mich ein weiteres Beispiel anführen. Das wurde bereits von dem Ministerpräsidenten angesprochen. Dabei geht es um die Frage, wie man in unserem Land Leistung fördert.

Ich will das hier einmal sagen. Unsere Gesellschaft kann nicht leben, wenn wir nicht leistungsfähige und leistungswillige Mitstreiter haben. Wir können den Schwachen in unserer Gesellschaft nicht helfen, wenn es nicht Starke gibt, denen wir nicht in den Arm fallen dürfen und die ihren Beitrag leisten, damit Schwachen eine Unterstützung des Staates zuteilwerden kann.

(Norbert Schmitt (SPD): Redet jetzt eigentlich Hänsel oder Gretel?)

Ich spreche vom Internat Hansenberg. Unser Land braucht Hochqualifizierte. Wir kämpfen gegen die Abwanderung der Spitzenkräfte ins Ausland nicht nur in Hessen, sondern bundesweit. Sie wollen aber einer der anerkanntesten Bildungseinrichtungen unseres Landes das Geld streichen. Das ist pure Ideologie. Leistungseliten sind bei Rot-Grün in Hessen unerwünscht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Al-Wazir, die bürgerliche Mitte sieht anders aus. Bürgerliche Mitte bedeutet, dass Anstrengung belohnt wird, dass Leistung für das Ganze, für sich selbst und für die Schwachen in unserer Gesellschaft belohnt wird. Das haben Sie immer noch nicht verstanden.

Bei der SPD galt immer schon das Motto: Nehmen ist seliger als Geben.

(Heiterkeit des Abg. Gottfried Milde (Griesheim) (CDU))

Wem es noch nicht aufgefallen ist, der weiß es, seitdem Kanzlerkandidat Peer Steinbrück seine Nebeneinkünfte offengelegt hat. Mehr als 1 Million € Honorar erhielt er für Vorträge von Banken, und noch mal 1 Million € erhielt er für Bücherlesungen.

Herr Schäfer-Gümbel, wie passt das eigentlich in Ihr linkes Weltbild hinein? – Morgens kritisieren Sie Seite an Seite für den demokratischen Sozialismus das Verhalten der Bank und prangern die hohen Managergehälter an, abends kassieren Sie von denselben Banken üppige Honorare. Das

nenne ich Doppelmoral. Das muss beim Namen genannt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Nehmen ist seliger denn Geben, das ist auch das Motto Ihrer Haushaltsankündigungen. Es sind ja noch keine Änderungsanträge vorhanden. Sie wollen Mehrbelastungen bei der Einkommensteuer, eine Erhöhung der Erbschaftsteuer, eine flächendeckende Erhöhung der Lkw-Maut, die Abschaffung des Betreuungsgeldes und die Einführung des Wassercentrs.

Ich will noch auf einen weiteren Punkt zu sprechen kommen, der die Unaufrichtigkeit der SPD in besonderer Weise verdeutlicht.

Die SPD wird nicht müde, die umfangreichen Maßnahmen und Geldmittel zur Verbesserung des Lärmschutzes am Frankfurter Flughafen klein- und schlechztureden. Ich zitiere Ihren Fraktionskollegen Grumbach,

(Hans-Jürgen Imer (CDU): Wo ist er denn?)

der kürzlich gesagt hat, das Programm der Landesregierung sei unzureichend. Herr Schäfer-Gümbel hat erst vor wenigen Wochen anlässlich des Jahrestags der Inbetriebnahme der neuen Landebahn gesagt:

Die nun angekündigten Entlastungen kommen nicht nur sehr spät, sie sind auch bei Weitem nicht umfassend genug.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

– Gut, Herr Schäfer-Gümbel. Dann aber frage ich Sie und auch Herrn Grumbach: Wenn das alles unzureichend und nicht umfassend genug sein soll – warum sehen Sie in Ihrem 700-Millionen-€-Zusatzpaket keinen einzigen Euro für den Lärmschutz vor? Das ist doch eine weitere Unaufrichtigkeit. Draußen machen Sie den Mund weit auf, und hier handeln Sie nicht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Seien Sie doch bitte konsequent – dann wären Sie wenigstens glaubwürdig.

Nein, Herr Schäfer-Gümbel, so geht das nicht. Sie können sich nicht morgens hinstellen und höhere Geldmittel für den Lärmschutz fordern,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Jetzt bin ich beeindruckt!)

dann aber, wenn Sie hier in der Haushaltsberatung Farbe bekennen müssen, nichts, aber auch gar nichts beantragen. Das halte ich für unseriös.

(Hans-Jürgen Imer (CDU): So ist es! Sehr richtig! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Schauen wir uns doch einmal Ihren Frankfurter Wahlkampf an!)

Zu Ihren ungewöhnlichen Gegenfinanzierungen ist schon ausreichend viel gesagt worden. Meine Damen und Herren, das kann doch der mitdenkende Bürger in Hessen nicht glauben: dass eine Opposition sagt, 700 Millionen € oben drauf – gleichzeitig sagen Sie, wir müssen sparen; schon das passt nicht zusammen –,

(Norbert Schmitt (SPD): Wieso?)

und auf die Frage, wie Sie das gegenfinanzieren wollen, sagen Sie: Dafür nehmen wir Steuern vom Bund, das Entscheidende machen wir im Bund. – Meine Damen und

Herren, das ist so kurzsichtig und so kurzschlüssig, dass ich glaube, mit dieser Argumentation werden Sie keinen Erfolg haben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Herr Schäfer-Gümbel, für eines muss ich Sie allerdings loben, und zwar für Ihre Ehrlichkeit in der Bildungspolitik. Sie sagen es ganz unverhohlen: Sie wollen den Systemwechsel im Schulwesen. Die Vokabel „Systemwechsel“ ist Ihre Vokabel. Ich habe Sie hier korrekt zitiert. Sie wollen Gymnasien und Förderschulen abschaffen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist unwahr! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist unseriös und unwahr!)

Sie wollen zurück zur Bildungspolitik der Siebzigerjahre. Meine Damen und Herren, Sie wollen das umsetzen, wovon die SPD seit 40 Jahren träumt: Einheitsschule, Einheitslehrer, Einheitschüler.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Unwahr, unwahr, unwahr!)

– Die Opposition ruft: „Unwahr!“

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Man soll nicht falsches Zeugnis ablegen!)

Ich will Ihnen jetzt wörtliche Zitate aus Ihrem Programm vorlesen, dann werden Sie Ihren Vorwurf „unwahr“ zurücknehmen müssen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich zitiere aus Ihrem Fraktionspapier vom 31. Oktober 2012. Das ist drei Wochen her, das gilt doch wahrscheinlich noch.

(Hans-Jürgen Imer (CDU): Das weiß man nie!)

Wörtliches Zitat:

Durch Aufhebung der schulformbezogenen Ausbildungsgänge für das Lehramt werden Hierarchien im Lehrerberuf abgebaut.

(Alexander Noll (FDP): Einheitslehrer!)

Meine Damen und Herren, was heißt das denn? Das heißt doch, dass es künftig keinen Gymnasiallehrer, keinen Hauptschullehrer, keinen Realschullehrer, keinen Volksschullehrer und auch keinen Lehrer im Berufsschulwesen gibt, sondern den Einheitslehrer.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn Sie es noch immer nicht kapiert haben, dann lese ich es nochmals vor:

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Durch Aufhebung der schulformbezogenen Ausbildungsgänge für das Lehramt werden Hierarchien im Lehrerberuf abgebaut.

Im Übrigen will ich hier einmal sagen: Was heißt denn hier Hierarchien?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Für uns gibt es gar keine Lehrer mehr!)

Für uns gibt es bei den Lehrerberufen kein Oben und Unten. Uns sind der Grundschullehrer und der Hauptschullehrer genauso wichtig wie der Gymnasiallehrer. Wo leben

Sie denn? Das ist kein Oben und Unten, das ist ein Nebeneinander mit unterschiedlichen Verantwortungen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Und wieso bezahlen Sie sie unterschiedlich?)

Ich zitiere Sie weiter, damit Sie nicht dazwischenrufen und behaupten, ich würde hier Unwahres vortragen. Ich trage nur aus Ihrem Programm vor.

(Norbert Schmitt (SPD): Wieso bezahlen Sie sie unterschiedlich?)

Ein weiteres Zitat vom 31.10.2012:

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist Unsinn, was Sie hier vortragen!)

Im Bereich der weiterführenden Schule strebt die SPD ... eine Schulstruktur an, in der sich alle weiterführenden Schulen bis zur Klasse 10 zu einer Gemeinschaftsschule weiterentwickeln.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Aha! – Gerhard Merz (SPD): Das hatten wir schon!)

– Ja, sehr gut: Das hatten wir schon. Das hatten wir vor allen Dingen zu Zeiten von Herrn von Friedeburg; hervorragend. Vor 40 Jahren haben Sie das schon versucht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Meine Damen und Herren, wenn ich mir vorstelle, dass wir im Rahmen des von Ihnen propagierten Systemwechsels

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ei, ei, ei!)

alle Schulformen abschaffen wollen: Das ist Sozialismus pur.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Dafür werden Sie bei der Bevölkerung keine Mehrheit bekommen.

(Norbert Schmitt (SPD): Eine solche Diffamierung ist unglaublich!)

Herr Schäfer-Gümbel, Sie stehen hier in einer bemerkenswerten Tradition der Bildungsideologie von von Friedeburg der Siebzigerjahre und der Frau Ypsilanti des Jahres 2008.

(Zurufe und Unruhe)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Bitte ein wenig mehr Ruhe.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Herr Schäfer-Gümbel, Sie sind und bleiben Anhänger sozialistischer Gleichmacherei. Wir aber wollen Schulvielfalt und Wahlfreiheit,

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

weil wir ein völlig anderes Verständnis von der Freiheit des Bürgers haben als Sie. Das unterscheidet uns fundamental.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, in der praktischen Alltagspolitik lassen wir die Lehrer, Eltern und Schüler nicht im Regen stehen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nein, überhaupt nicht!)

In dieser Legislaturperiode haben wir 2.500 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen. Wir erhöhen die Mittel für die Schulen um 100 Millionen €. Wir sorgen schon jetzt für die kleinsten Grundschulklassen in ganz Westdeutschland, in allen westlichen Bundesländern.

Meine Damen und Herren, ich will noch auf einen anderen Sachverhalt hinweisen, der mir dauerhaft Sorge macht. Sie, Herr Schäfer-Gümbel, betonen immer wieder, dass Sie – wenn es das Wahlergebnis erfordern würde – auch mit der Linkspartei gemeinsame Sachen machen würden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch schlimmer: sogar mit Ihnen! – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Das ist fast nicht verwunderlich, denn auch die Linkspartei kämpft für den demokratischen Sozialismus. – Wir haben es immer kritisiert.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Das hat aber auch Ihr heutiger Kanzlerkandidat Peer Steinbrück seinerzeit gesagt. Genau zu Ihren Vorstellungen von einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei hat er wörtlich Folgendes gesagt:

Ich halte die Risiken der politischen Szenarien ... für unvertretbar.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir stehen zwischen Pest und Cholera.

Meine Damen und Herren, als Steinbrück das an die Adresse der Genossen aus Hessen sagte,

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

haben die Genossen aus Hessen wie folgt geantwortet, wörtliches Zitat:

Steinbrück benutzt „eine Sprache des populistischen Aufwiegelns dumpfer Ressentiments, die abschreckend und abstoßend wirkt und nicht in eine demokratische Kultur der Aufklärung passt“ ... Er hat „damit die Grenze des Zumutbaren im politischen und persönlichen Umgang überschritten“.

Meine Damen und Herren, das sage nicht ich Ihnen, sondern Herr Steinbrück sagt Ihnen das – und wo er recht hat, da hat er recht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Ich werde nicht müde, von diesem Platz aus immer wieder zu sagen: Es ist Aufgabe der Opposition in einer Demokratie, konstruktive Gegenvorschläge zu machen und den Menschen Alternativen aufzuzeigen, damit sie die Wahl haben, welche Ideen und Konzepte aus ihrer Sicht die besseren sind.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, welche haben Sie denn? Sie haben kein Einziges genannt!)

– Herr Al-Wazir, das sagen Sie jedes Mal. Schauen Sie sich doch den Haushaltsplan an. Das ist in Form gegossene Zukunftsprogrammatik dieser Regierung für die nächsten zwei Jahre.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zurufe von der Opposition)

Sie lesen ja den Haushaltsplan mit seinen vielen Akzenten und zusätzlichen Programmen gar nicht.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Regierung kritisiert Opposition!)

Ich werde also nicht müde, Ihnen immer wieder zu sagen: Demokratie lebt vom Wettbewerb. Mit dem aber, was Sie heute hier präsentiert haben – und zwar sowohl mündlich als auch mit Ihren Änderungsanträgen; da kann ich nur die GRÜNEN ansprechen, weil die SPD noch immer keine Änderungsanträge vorgelegt hat –, machen Sie es den Menschen leicht, sich zu entscheiden, denn Sie haben keine Alternativen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Oi, oi, oi!)

Das, was Sie hier im Einzelnen vortragen – ich nenne nur die Schulpolitik –, sind abschreckende Beispiele.

Ich kann es Ihnen nicht ersparen: Sie sind schlichtweg, auch im Bundesvergleich, eine schlechte und innovationsarme Opposition. Ich habe das Gefühl, man kann sich auch in 13 Jahren Opposition nach und nach so abschleifen, dass jegliche Konturen und jeglicher Leistungswille zu vermissen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Günter Rudolph (SPD): Müder Beifall, müder Beifall!)

Meine Damen und Herren, das sage nicht nur ich. Vor wenigen Tagen, es ist genau neun Tage her, wurde das von einem angesehenen hessischen Journalisten geschrieben. Im Hinblick auf den Auftritt der GRÜNEN sagt er:

Mit erstaunlich leisen Tönen haben die hessischen GRÜNEN ... ihren Landtagswahlkampf eröffnet. Mehr routiniert als inspiriert wirkten die Reden ... [von] Tarek Al-Wazir ... Es war eben das, was man vom Spitzenmann einer Oppositionspartei bei einer Parteitagsrede erwarten darf, aber auch nicht mehr. Der Beifall ... fiel dementsprechend höflich, aber kurz aus.

Meine Damen und Herren, das ist auch unser Eindruck von dem, was Sie heute hier vorgetragen haben.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich auf einige ungewöhnliche Sachverhalte, die viel über das Selbstverständnis der SPD verraten, zu sprechen kommen. Herr Schäfer-Gümbel tritt in völliger Verkennung seiner Rolle so auf, als besitze er im Landtag eine parlamentarische Mehrheit.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wie anders kann man das eigentlich bei folgendem Sachverhalt deuten? Im Oktober, also vor knapp vier Wochen, gab es ein Gespräch zwischen dem Landesvorsitzenden der SPD Hessen und Vertretern des Bundes der Vertriebenen. Nach dieser gemeinsamen Sitzung hat der Bund der Vertriebenen eine Presseerklärung herausgegeben, in der er –

ich habe nachgefragt – sehr zutreffend das Gespräch zwischen dem BdV und Herrn Schäfer-Gümbel wiedergeben hat.

Herr Schäfer-Gümbel fragt in diesem Treffen, ob der Bund der Vertriebenen bereit sei, die SPD in der Landtags- und der Bundestagswahl zu unterstützen, indem er erklärt: Wir brauchen Steuererhöhungen, einen höheren Spitzensteuersatz, eine Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuerreform. – Dann wird der BdV gefragt – das finde ich ziemlich dreist –, ob er an der Seite der SPD öffentlich Position beziehen werde. – Meine Damen und Herren, das ist ein einmaliger Vorgang, dass eine politische Partei in einem solchen Gespräch versucht, einen parteipolitisch neutralen Verband parteipolitisch zu vereinnahmen. Das ist unerhört.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Schäfer-Gümbel, ich frage Sie: War das Ihr Versuch, den BdV Hessen politisch unter Druck zu setzen, nach dem Motto: „Wer sich nicht parteipolitisch für Sie positioniert, dem werden die Mittel gestrichen“? – Meine Damen und Herren, mit so einer Attitüde dürfen Sie niemals ein Regierungsamt in diesem Land übernehmen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Siehe Erika Steinbach!)

Ich spreche einen zweiten Sachverhalt an. Die Landesregierung hat den fachlich hoch qualifizierten Kollegen Milde der Helaba zur Ernennung als Geschäftsführers der Wl-Bank vorgeschlagen.

(Zurufe der Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Günter Rudolph (SPD))

Herr Schäfer-Gümbel, stimmt es, dass Sie versucht haben, Druck auf die Helaba auszuüben, um die Berufung von Herrn Milde zu verhindern?

(Zurufe von der SPD)

Ich frage Sie, weil ich dazu Vermutungen in der Zeitung gelesen habe. Vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen.

(Unruhe bei der SPD)

Dann möchte ich Folgendes auf die aus Ihren Reihen vortragene Kritik entgegnen: Im Jahr 2006 hat die damalige Landesregierung Koch einen hochqualifizierten Geschäftsführer vorgeschlagen. Er ist es dann auch geworden. Er war Mitglied der SPD. Da habe ich von Ihnen keine negativen Kommentierungen gehört. Ich bitte Sie, sich an der Sache zu orientieren und nicht am Parteibuch.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ganz dünnes Eis!)

Herr Schäfer-Gümbel ruft dazwischen: „Ganz dünnes Eis!“ – Das sehe ich genauso. Da sind wir uns sehr einig. Das ist ganz dünnes Eis, auf dem Sie sich hier bewegen.

Lassen Sie mich einen dritten und einen vierten Vorgang ganz kurz ansprechen. Er passt aber in die Vorstellung von Sozialdemokraten im Umgang mit dem Staat.

(Zurufe von der SPD)

Der Landtagsabgeordnete Dr. Spies lädt zu einer SPD-Veranstaltung am zum Thema Vermögenssteuer 7. November in Marburg ein. Da er aber die Befürchtung hat, dass nicht

genügend Leute kommen, lädt er einen nicht geringen Teil von Universitätsangehörigen ein.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist nicht verboten!)

– Das ist nicht verboten. Jetzt geben Sie mir auch recht. – Aber wie hat er es gemacht? Über die Hauspost der Universität Marburg.

(Zurufe von der CDU)

Da sind Sie sprachlos. Das geht nicht an, dass sozialdemokratische Abgeordnete öffentliche Institutionen missbrauchen, um zu parteipolitischen Veranstaltungen einzuladen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Eine Woche später lädt der SPD-Bundestagsabgeordnete Bartol zu einer SPD-Veranstaltung ein.

(Günter Rudolph (SPD): Wir sind im Hessischen Landtag!)

– Das hat etwas mit hessischen Institutionen zu tun. Es geht hier um eine allgemeinspolitische Aussprache. Sie haben sich auch nicht nur an den Haushaltsplanzahlen orientiert.

(Unruhe bei der SPD)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Bartol lädt zu einer SPD-Veranstaltung ein, wiederum lädt er eine ganze Reihe von Universitätsangehörigen über die Hauspost der Uni Marburg ein. Meine Damen und Herren, das geht nicht. Wenn ich das höre, habe ich die Befürchtung, dass Sie, wenn Sie jemals Verantwortung in der Regierung übernehmen würden, sich an staatlichen Einrichtungen parteipolitisch bedienen würden. Das geht nicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Anhaltende Zurufe des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Meine Damen und Herren, ich will hier klar und deutlich sagen –

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, einen Moment bitte. – Bitte ein wenig mehr Ruhe im Raum, man muss auch den Redner verstehen können.

(Unruhe)

Bitte ein wenig mehr Ruhe, bitte weniger Zwischenrufe. Das gilt auch für die SPD-Fraktion.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Ich verstehe die Aufregung der SPD-Fraktion nicht. Herr Dr. Spies, es geht nicht so, wie Sie das denken. Dieser Vorgang ist inzwischen längst in der heimischen Presse publik geworden.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na so was!)

Deswegen sage ich Ihnen nochmals: Unterlassen Sie es, staatliche Einrichtungen und universitäre Einrichtungen auf diese Weise zu nutzen und zu parteipolitischen Veranstaltungen einzuladen. Unterlassen Sie es.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die christlich-liberale Koalition hat einen grundsoliden Haushaltsplan mit klaren Zukunftsperspektiven vorgelegt. Mit unserem Haushalt unterscheiden wir uns deutlich von Rot-Grün. Rot will Gymnasien und Förderschulen abschaffen. Grün will Straßenbau behindern. Rot-Grün fordert eine unverantwortliche Aufblähung der Staatsaufgaben und veranstaltet als Gegenfinanzierung Luftbuchungen.

Meine Damen und Herren, die Alternativen sind klar und liegen offen zutage. Weil diese Alternativen offen zutage liegen, sage ich: Das beruhigt mich im Interesse unseres Landes. Und es beruhigt mich im Interesse unserer Bürger in Hessen. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Herr Dr. Spies hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet. Herr Dr. Spies, Sie haben zwei Minuten.

Dr. Thomas Spies (SPD):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Kollege Wagner, ich habe allerdings mit großem Interesse festgestellt, welche Heiterkeit die CDU in Marburg auszulösen bereit ist.

(Zurufe von der CDU)

Wir stellen fest: Es gelingt mir, einen Wissenschaftler von internationalem Rang für eine Veranstaltung nach Marburg zu holen. In einer Universitätsstadt ist es nicht nur üblich, sondern meines Erachtens auch dringend geboten, in einer Frage, die die Gesellschaft insgesamt betrifft, auch den sich mit dieser Frage beschäftigenden Fachwissenschaftlern die Gelegenheit anzubieten, sich an dieser Debatte zu beteiligen.

Verehrter Herr Kollege Wagner, eine Vorschrift, die vorschreibt, dass Briefe von der Biegenstraße 33 in andere Gebäude in der Biegenstraße in Marburg ausschließlich durch Verwendung der Post oder eines anderen Unternehmens transportiert werden und keinesfalls von Hand in einen Briefkasten gebracht werden dürfen, eine solche Vorschrift wäre mir neu. Deswegen habe ich mit großer Irritation zur Kenntnis genommen, welche Aufregung es bei der CDU auslöst, dass man Briefe in einen Briefkasten einwerfen kann, ohne die Post zu beschäftigen.

Wenn Sie hier kundgetan hätten, dass die schwierige Lage der Deutschen Post es erforderlich gemacht hätte, Porto zu verwenden, um einen Brief in ein Gebäude der Universität zu befördern, so hätte ich Ihr Argument zwar nicht geteilt, aber nachvollzogen. Herr Kollege Wagner, dass Sie aber hieraus einen Skandal machen wollen, dass ich Briefe bei der Universität von Hand einwerfe, das ist allenfalls Gegenstand von Heiterkeit. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Dr. Spies. – Herr Dr. Wagner, Sie haben die Möglichkeit, zwei Minuten zu erwidern.

Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich kann es kurz machen: Erstens bedanke ich mich bei Herrn Dr. Spies dafür, dass er meinen Vorwand eingestanden hat. Zum Zweiten muss ich feststellen: Er hat nichts, aber auch gar nichts begriffen. Sie sind offensichtlich weiter bereit, die Hauspost der Universität Marburg für Ihre parteipolitischen Veranstaltungen zu nutzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Dr. Wagner. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist der Einzelplan 02 gelesen.

Es wurde vereinbart, dass wir eine Stunde Mittagspause einlegen. Wir sehen uns um 14 Uhr wieder.

(Unterbrechung von 13:00 bis 14:03 Uhr)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 01 – Hessischer Landtag –

auf. Es wurde vereinbart, dass zu diesem Einzelplan keine Aussprache stattfindet.

Ich rufe jetzt den

Einzelplan 03 – Hessisches Ministerium des Innern und für Sport –

auf. Ich erteile das Wort in der vorgesehenen Reihenfolge zuerst Frau Faeser für die SPD-Fraktion.

Nancy Faeser (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich sehe, dass die Einzelpläne in der Haushaltsdebatte wie immer „große“ Aufmerksamkeit genießen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei gibt es doch vieles zu bereden. Herr Innenminister, dazu haben zumindest wir jetzt Gelegenheit.

Eines will ich vorweg sagen. Der Haushaltsplanentwurf für das hessische Innenministerium dient einem sicher nicht, nämlich der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit.

(Beifall bei der SPD)

Von Jahr zu Jahr – das muss man leider so sehen – werden die Produkte immer mehr zusammengefasst. Es wird immer intransparenter. Eines ist dabei leider sicher – deshalb sollte man sich dieses Themas einmal annehmen –: Das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik gewinnt man so mit Sicherheit nicht zurück, weil die Menschen nämlich wissen wollen, was für ihre innere Sicherheit getan wird, wofür das Geld ausgegeben wird, wie hoch die Mittel für den Sport sind, wie viel Geld für die Feuerwehren aufgebracht wird. Insofern appelliere ich an Sie, diesen Haushalt endlich transparenter zu gestalten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ein sehr schwieriges innenpolitisches Jahr liegt hinter uns. Im November vergangenen Jahres kam die Wahrheit über eine mordende rechte Terroristengruppe ans Licht. Im Zuge der Aufklärung der Taten des Nationalsozialistischen Untergrundes wurde eine Reihe von Aufklärungsspannen und unzulässigen Vernichtungen von Akten offenbar, die leider kein gutes Licht auf die Sicherheitsbehörden in der gesamten Bundesrepublik werfen. Der Deutsche Bundestag leistet mit seinem überparteilich arbeitenden Untersuchungsausschuss zum NSU – ich glaube, das können wir hier gemeinschaftlich feststellen – eine sehr gute Aufklärungsarbeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Untersuchungsausschuss hat sehr große Defizite in der Aufklärung der Fälle festgestellt – unter anderem bei dem furchtbaren Mord an Halit Yozgat in Kassel. Auch hier sind Fehler geschehen, wie der Untersuchungsausschuss herausgefunden hat. Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang insbesondere – das beschäftigt uns heute –, dass die Hessische Landesregierung nach wie vor die Haltung hat, dass sie, obwohl sie mit einem der Fälle befasst war, als einzige der Landesregierungen keine Fehler gemacht hat. Das ist ein sehr fataler Weg, denn es gilt für uns alle, gemeinsam daran zu arbeiten, das verloren gegangene Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen. Dazu gehört aber auch das Eingestehen von Fehlern.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte hier einen Satz von Thomas Carlyle zitieren, der hier, wie ich finde, in ausgezeichnete Weise passt und der uns allen – damit meine ich insbesondere den Ministerpräsidenten, der dieser Debatte leider nicht zuhört – zu denken geben sollte:

Der schlimmste aller Fehler ist, sich keines solchen bewusst zu sein.

Das trifft hier leider sehr deutlich zu. Was leider auch stimmt: An keiner Stelle in diesem Doppelhaushalt ist zu erkennen, was aus diesen Vorgängen für Folgerungen gezogen wurden. Es ist kein Geld für eine verstärkte Arbeit gegen den Rechtsextremismus vorgesehen. Ich halte das angesichts der Vorfälle, die wir auch hier in Hessen zu beklagen haben, für skandalös.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden deshalb beantragen, die Mittel für lokale Hilfen gegen rechts und für das „Beratungsnetzwerk Hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ aufzustocken. Es gibt in Hessen – auch das muss man leider festhalten – für diese Bereiche viel zu geringe Mittel aus dem originären Landeshaushalt; man verlässt sich viel zu sehr auf Bundeszuschüsse.

(Ulrich Caspar (CDU): Dann wird es demnächst also einen Erhöhungsantrag geben?)

– Das wird es. – Wir wollen auch das Netzwerk gegen Gewalt stärker fördern. Ich glaube, dass das auch in Ihrem Interesse liegt, denn das Netzwerk gegen Gewalt bekämpft sehr frühzeitig und präventiv jegliche Formen der Gewalt, d. h. auch in linksextremistischen und islamistischen Er-

scheinungsformen. Ich glaube, dass wir hier gemeinsam sehr viel früher und sehr viel mehr Mittel einsetzen sollten, um den Ausbruch von Gewalt rechtzeitig zu verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Wir beantragen, hierfür zusätzlich 240.000 € im Haushalt vorzusehen. Das sollte uns diese enorm wichtige Arbeit vor Ort wert sein. Es wäre ein gutes und verbindendes Zeichen dieses Hauses, wenn Sie sich dazu entschließen könnten, diese Anträge zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Innenminister, einen falschen Weg gehen Sie leider weiterhin in der Personalentwicklung bei der hessischen Polizei. Es werden 2013 erneut zu wenige, nämlich nur 460 Polizeianwärter ausgebildet. Erst 2014 wird es wieder 530 Anwärterstellen geben. Das reicht aber längst nicht aus, um das in der „Aktion düstere Zukunft“ abgebaute Kontingent von 1.200 Stellen auszugleichen. Ich erinnere noch einmal daran, dass in den Jahren 2004, 2005 und 2006 lediglich 200 neue Anwärter eingestellt wurden – statt der tatsächlich benötigten 850 Anwärter. Das ist übrigens ein Grunddefizit, das aus den Jahren 1999 und 2000 stammt, also aus der Zeit Ihres Vorgängers Volker Bouffier. Es ist also ein hausgemachter Personalmangel, dem Sie sich stellen müssen. Da hilft auch die Umverteilung bei der Bereitschaftspolizei nicht, und da helfen auch Pressekonferenzen nicht.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Frau Faeser, ich will darauf hinweisen: Die vereinbarte Redezeit ist abgelaufen.

Nancy Faeser (SPD):

Ich komme gleich zum Schluss. – Die innere Sicherheit hat bei Ihnen offensichtlich nicht den Stellenwert, den Sie immer nach draußen darstellen. Deswegen werden wir hier eine Aufstockung der Mittel beantragen.

Sparvorschläge machen wir bezüglich der Stellen, die Sie bei den Regierungspräsidien aufstocken wollen. Wir finden es nämlich sehr spannend, dass plötzlich neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Aufgaben des Schutzschirms und mit der Umsetzung der Beschlüsse des Energiegipfels befasst werden sollen. Herr Finanzminister, beim Schutzschirm sind wir bislang davon ausgegangen, dass die Verhandlungen schon sehr weit fortgeschritten sind. Eine Frage an die Kommunalaufsicht: Was sollen die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eigentlich tun?

Herr Innenminister, Sie haben auch im Ministerium selbst viel zu viel Personal. Die Stellenzahl des Jahres 1999 ist inzwischen verdreifacht worden. Zu Ihrem Einsparpotenzial darf ich Ihnen etwas aus dem „fuldainfo“ vom heutigen Tage vorlesen. Auch Ihr Koalitionspartner scheint damit nämlich nicht ganz einverstanden zu sein. Die Jungen Liberalen haben heute Folgendes veröffentlicht – ich darf Elias Knell, den neuen Vorsitzenden, zitieren –:

„Die CDU benimmt sich dabei wie Hänsel und Gretel. Überall schmeißt man mit leeren Versprechungen mal einen Brocken hin, steht auf der Suche zum Ziel aber am Ende vor der Hexe mit dem Namen

Neuverschuldung. Es liegt jetzt auch an der FDP, die Union nicht den Versuchungen der süßen Verschuldung erliegen zu lassen, sondern die Neuverschuldungshexe in den Ofen zu stecken und den Haushalt fit für ein freies Hessen zu machen“, Knell weiter. „Es scheint, als habe sich die CDU vom Arbeiten verabschiedet. Sie präsentiert bisher nur leere Versprechungen, aber nur wenig Konzept ...“

Dem haben wir nicht viel hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP))

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Vielen Dank, Frau Faeser. Ich weise darauf hin: Das waren eine Redezeit von 7:19 Minuten. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Bauer das Wort. Hier sind siebeneinhalb Minuten Redezeit angemeldet.

Alexander Bauer (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Stellenwert, den die innere Sicherheit für die SPD hat, kann man schon daran ablesen, dass Sie ursprünglich fünf Minuten Redezeit vorgesehen hatten.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist ziemlich albern!)

– Wenn Sie so viel dazu zu sagen haben, räumen Sie Ihrer Sprecherin doch mehr Redezeit ein.

(Günter Rudolph (SPD): Sie können eine Stunde reden, und es kommt nichts dabei herum!)

Es geht in diesem Einzelplan um 2 Milliarden €. Daher kann man sich schon einmal die Zeit nehmen, um darzulegen, wofür dieses Geld in Hessen gebraucht wird.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

Nur ein sicheres Hessen kann auch ein erfolgreiches Hessen sein. Eines darf ich feststellen: Hessen ist beides. Wir sind nämlich sicher und erfolgreich.

(Günter Rudolph (SPD): Ein konzentrierter Blödsinn!)

Der Einzelplan 03 weist Ausgaben in Höhe von 2 Milliarden € aus. Traditionell sind sie sehr personallastig. 2013 werden erstmals über 1 Milliarde € zur Deckung der Personalkosten bereitgestellt. Die Sachausgaben bleiben mit rund 400 Millionen € relativ stabil, und die Bauausgaben für Gebäude fallen mit rund 10 Millionen € kaum ins Gewicht.

Die Absenkung der Investitionsausgaben um 17 Millionen € und um weitere 11 Millionen € im Jahr 2014 resultiert hauptsächlich aus dem Abschluss des Projekts Digitalfunk. Das Projekt Digitalfunk kommt 2013/2014 in seine Schlussphase und kann daher kaum Mehrausgaben verursachen, und das bei einem Großprojekt, für das immerhin insgesamt 350 Millionen € veranschlagt worden sind.

Wichtig ist mir, an dieser Stelle hervorzuheben, dass die Kommunen vom Land Hessen – das ist einmalig im Bundesvergleich – einen Zuschuss für die Anschaffung der Endgeräte in Höhe von 30 % erhalten. Dafür werden im Haushalt 5 Millionen € bereitgestellt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn man die Schuldenbremse einhalten will, kann man auch in diesem Bereich keine großen Sprünge machen. Deshalb muss das Innenministerium ebenfalls einen Sparbeitrag leisten. Der Haushaltsplan weist deshalb für die nächsten Jahre einen Wegfall von 245 Stellen aus. Aber – das ist entscheidend – wir setzen klare Prioritäten: Wegfall der Stellen bei gleichzeitiger Schonung der Polizei, des Verfassungsschutzes und der Landesfeuerwehrschule.

(Beifall bei der CDU)

Die Hauptlast des Stellenwegfalls tragen folglich die Regierungspräsidien. Aber auch das Ministerium selbst trägt mit dem Wegfall von 50 Stellen erheblich zur Einsparung bei. Die Mehrstellen in den Regierungspräsidien – die 150 Stellen, die allerdings zum Haushaltsjahr 2017 mit einem kw-Vermerk versehen sind – werden für die Bereiche Lärmschutz am Flughafen, Energiewende und Umsetzung des Schuttschirms gebraucht. Nach meiner Erinnerung geht nämlich bei den Schuttschirmkommunen die Haushaltsaufsicht auf die Regierungspräsidien über.

Bei der inneren Sicherheit wird der Leistungsstand gehalten oder sogar verbessert. Im Laufe der letzten Jahre haben wir die Ausgaben für die Sachmittel der Polizei kontinuierlich gesteigert. Unseren Beamten in Hessen fehlt es an nichts; denn nur ein gut ausgerüsteter Polizist kann auch ein guter Polizist sein.

(Beifall bei der CDU)

Nicht nur die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, sondern auch die Sicherheit der Beamtinnen und Beamten ist uns wichtig. Die Polizei in Hessen gehört zu den am besten ausgestatteten Polizeien in unserem Land. Das war, ist und bleibt unser Ziel. In dem neuen Haushalt stehen beispielsweise weitere 1,7 Millionen € für die Anschaffung von neuen Polizeifahrzeugen zur Verfügung.

Auch die Personalsituation ist so gut wie nie zuvor. Wir haben in den letzten Jahren neue Polizeianwärter eingestellt. Andere Bundesländer haben Stellen abgebaut oder haben es noch vor, da sie bei der Polizei sparen wollen. Die hohe Zahl an Polizeikräften, die wir in Hessen haben, bleibt auch in Zukunft erhalten. Dafür steht die CDU. Auch in Zukunft werden wir neue Kommissaranwärter einstellen, um die aus Altersgründen ausscheidenden Beamten zu ersetzen. Wir haben bei der Polizei 13.764 Stellen. Dabei soll es auch bleiben; das ist eine auskömmliche Stärke.

(Günter Rudolph (SPD): Herr Bellino hat einmal gesagt, es seien 20.000! So daneben lag ich noch nie!)

Wir werden deshalb auch in den nächsten Jahren den Bedarf abdecken – Sie haben es erwähnt –: 460 Stellen im Jahr 2013 und 530 Stellen im Jahr 2014. Noch nie gab es so viele Polizeibeamte auf Hessens Straßen, und noch nie war die hessische Polizei so erfolgreich wie heute. Die Zahl der begangenen Straftaten ist so gering wie nie zuvor, und die Aufklärungsquote ist so hoch wie nie zuvor.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Darauf haben wir gewartet! Das konnte nicht ausbleiben!)

Hessen gehört unter der Regierungsverantwortung von CDU und FDP zu den sichersten Ländern in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Damit das so bleibt, ist in dem neuen Haushaltsplan ein zweites Haus des Jugendrechts in Frankfurt vorgesehen.

Das ist in Hessen ein Erfolgsmodell; denn hier arbeiten Mitarbeiter der vier Institutionen Staatsanwaltschaft, Polizei, Jugendgerichtshilfe und Täter-Opfer-Ausgleich erfolgreich unter einem Dach zusammen.

Über 18.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei sorgen täglich dafür, dass wir das gute Gefühl haben dürfen, in Hessen sicher zu sein. Sie tun das unter erheblichen Gefährdungsrisiken, unter großen Belastungen und auch unter Entbehrungen. Ich denke z. B. an die Belastungen der Familien. Deshalb nutze ich die Gelegenheit gern, um ihnen Dank zu sagen: Ich danke allen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Hessen für diese hervorragende Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Die Polizei in unserem Land ist stark belastet. Deshalb wird im Haushalt auch ein Betrag von 500.000 € zur Abfinanzierung der von den Beamtinnen und Beamten geleisteten Mehrarbeit bereitgestellt. Wir werden uns auch dafür einsetzen, durch weitere Strukturveränderungen den beruflichen Aufstieg innerhalb der Polizei zu verbessern.

Meine Damen und Herren, jeder, der unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bedroht, muss mit einem wehrhaften Staat rechnen. Deshalb werden wir laut Haushaltsplan den Verfassungsschutz weiter stärken. Die Feinde unseres Staates werden nämlich nicht mit Sparschweinen bekämpft, sondern nur mit starken Sicherheitsbehörden.

Selbstverständlich werden wir die Arbeit unserer Sicherheitsbehörden auch kritisch hinterfragen und weiter optimieren. Es darf nicht sein – darin sind wir uns einig –, dass Mörder viele Jahre lang unbehelligt bleiben. Hier werden wir äußerst sorgfältig aufklären müssen und auch Strukturen hinterfragen, so, wie es Innenminister Boris Rhein zugesagt und mittlerweile begonnen hat.

(Beifall bei der CDU)

Im Innenministerium gibt es jetzt eine Arbeitsgruppe, die eine Reform vorantreiben soll und Kooperationsaspekte mit anderen Ländern aufgreift. Als Projektverantwortlichen stellte Boris Rhein kürzlich den erfahrenen Juristen, Richter und Verwaltungsfachmann Wilhelm Kanther vor.

Wenn der braune Mob erstarkt, kann die Schlussfolgerung nicht lauten: „Schwächt den Verfassungsschutz“, oder: „Schafft den Verfassungsschutz ab“. Aber einige scheinen zu vergessen, dass das Problem nicht so sehr der Verfassungsschutz, sondern der Extremismus in unserem Land ist, insbesondere der Rechtsextremismus.

(Beifall des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Deshalb wollen wir nicht den Verfassungsschutz, sondern die extremistischen Bestrebungen in unserem Land abschaffen. Das ist das Entscheidende; darauf kommt es an.

(Beifall bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Sicherheit tragen auch die zahlreichen freiwilligen Feuerwehren in unserem Land bei. Auch in diesem Punkt bleibt es in Hessen bei der Wertschätzung des Ehrenamts. Sie drückt sich z. B. in der Anerkennungsprämie für langjährig Aktive aus, für die auch in dem neuen Haushaltsplan Mittel hinterlegt sind. Die Förderung des Baus von Feuerwehrhäusern und der Anschaffung von Feuerwehrfahrzeugen ist eine zentrale Aufgabe des Brandschutzes in Hessen. Sie wird auch in

Zukunft auf hohem Niveau ausgeführt. Bei uns in Hessen wird das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer nicht zweckentfremdet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist auch in Zukunft ein wichtiges Ziel der hessischen Politik, den Sport in unserem Land zu fördern. Die Sportförderung ist bekanntlich im Innenministerium beheimatet. Es sollen Menschen aller Bevölkerungsschichten und aller Altersgruppen Chancen und Anreize für eine sportliche Betätigung gegeben werden. Deshalb bleiben im Sportland Hessen die bisherigen Förderprogramme erhalten, und es werden Mittel auf dem gewohnten Niveau, nämlich 11 Millionen €, für die Sportförderung zur Verfügung stehen.

Dieser Haushaltsplanentwurf belegt in jeder Hinsicht, dass trotz Einsparungen gilt: Am Geld wird die Sicherheit in Hessen nicht scheitern. Das garantieren diese Koalition, dieser Innenminister und dieser Ministerpräsident wie niemand sonst. CDU und FDP gestalten die Zukunft mit Sicherheit. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Heinrich Heide:

Schönen Dank, Herr Kollege Bauer. – Das waren 8:16 Minuten. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Frömmrich das Wort. Herr Kollege, vorgesehen sind fünf Minuten Redezeit.

Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, wenn wir über die Sicherheit reden, müssen wir am Anfang die Gemeinsamkeiten betonen. Das heißt, die Sicherheit zu gewährleisten ist eine der wichtigsten Aufgaben für den Staat. Ich glaube, darin sind wir alle uns sehr schnell einig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP)

Wir sollten uns auch sehr schnell darüber einig sein, dass die besten Investitionen in die innere Sicherheit Investitionen in eine gute Bildung, in eine gute Betreuung, in soziale Projekte und in die Prävention sind. Denn wenn wir dort investieren, brauchen wir nachher nicht Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die die Probleme auf der Straße auf sammeln. Auch darüber sollten wir uns einig sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Frau Kollegin Faeser hat zum Themenkomplex NSU das Nötige gesagt. Ich glaube, dass wir dem Beispiel folgen sollten, von dem wir in der Anhörung des Innenausschusses gehört haben. Da hat uns der Kollege der CSU – ich betone: der Kollege der CSU – aus Bayern erzählt, wie sie seinerzeit die parlamentarische Kontrolle verbessert haben, nämlich in Zusammenarbeit aller Fraktionen. Das ist auch die Aufforderung in Richtung der Regierungsfractionen: Wenn wir die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes verändern und verbessern wollen, dann sollten wir das gemeinsam tun. Das sollte ein Anliegen sein, das wir alle vertreten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wenn man über Rechtsextremismus und NSU redet, dann muss man auch die Projekte zur Bekämpfung des Rechtsextremismus unterstützen. Wir brauchen im Bereich der Prävention eine Verstärkung der Mittel. Meine Fraktion hat das angesprochen und auch beantragt. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von letzter Woche stellt fest, dass seit 2006 die Gruppe von Menschen, die ein rechtsextremes Weltbild haben, von 6,6 auf 15,8 % gestiegen ist. Das ist erschreckend und muss uns zum Handeln zwingen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Der Erhebung der Friedrich-Ebert-Stiftung zufolge sind in Deutschland in hohem Maße auch antisemitische und antiislamische Einstellungen vorhanden. Antisemitische Einstellungen seien bei mindestens knapp einem Drittel, also 28 %, in der einen oder anderen Form festzustellen. Daneben gebe es ein enormes Potenzial an antiislamischen Haltungen. So seien 36,2 % islamfeindlich und 60,8 % islamkritisch. Auch das muss uns zum Handeln zwingen. Deswegen wollen wir die Präventionsprojekte in dem Bereich deutlich verstärken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, in der Debatte heute Morgen, auch in der Rede des Innenministers, habe ich ein bisschen vermisst, Herr Kollege Bauer: Wenn man über Haushaltsfragen und Haushalte diskutiert, muss man auch darüber diskutieren, dass wir einen Haushalt vorgelegt bekommen haben, der immer noch neue Schulden macht. Ich hätte mir gewünscht, dass Sie sagen, wie von Ihrer Seite die Zukunft aussieht, wie der Bereich des Personals aussieht.

Wenn Sie einen Blick in die Eröffnungsbilanz werfen, die wir 2009 vorgelegt bekommen haben, dann werden Sie feststellen, dass wir dort allein für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen 38 Milliarden € zurückgelegt haben. Wenn Sie dann in die neueren Erhebungen schauen, stellen Sie fest, dass wir schon im Jahr 2010 40 Milliarden € und im Jahr 2011 42 Milliarden € Rückstellungen hatten. Man muss daher darüber reden, und ich finde, eine Regierung muss Vorschläge vorlegen, wie man in diesem Bereich zu Einsparungen und Verbesserungen der Haushaltslage kommt. Das bleiben Sie uns schuldig. Das ist auch ein Teil des Einzelplans 03, über den wir reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie reden aber nicht darüber, wie man diese Lawine von Kosten, die auf die zukünftigen Generationen zulaufen, in den Griff bekommt, sondern Sie legen auf das, Herr Innenminister, was wir an Personalbestand haben, noch einmal 179 Stellen drauf: 70 Stellen beim Regierungspräsidium in Darmstadt, 47 Stellen beim Regierungspräsidium in Gießen, 34 Stellen beim Regierungspräsidium in Kassel und 28 Stellen bei Polizeibehörden.

(Alexander Bauer (CDU): Die kw-Vermerke haben Sie übersehen!)

Wenn man weiß, dass die Personalkosten in der Zukunft so aus dem Ruder laufen, dass die Pensionskosten und die Beihilfekosten so aus dem Ruder laufen, dann muss man wenigstens zeigen, in welche Richtung man ungefähr will. Meine Damen und Herren, das tun Sie nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Sie beschimpfen sogar noch die, die dazu wenigstens einen Vorschlag vorgelegt haben. Unsere Fraktion hat zur Beihilfe einen Vorschlag vorgelegt. Wir wissen, dass es keine vergnügungsteuerpflichtige Veranstaltung ist, sich darüber mit den Interessenvertretungen auseinanderzusetzen. Aber wir haben vorgeschlagen, die Beihilfe dahin gehend anzupassen, was in anderen Bundesländern und im Bund heute üblich ist.

Aber Sie stellen eben nicht den Haushalt auf Zukunft. Sie stellen den Haushalt eben nicht in die Richtung, dass Sie sagen, wie wir konsolidieren und wie wir von zusätzlichen Schulden herunterkommen, sondern bei Ihnen ist angesagt: „Weiter so“. Meine Damen und Herren, ich finde, das ist der falsche Weg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege Frömmrich. – Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Dr. Blechschmidt das Wort.

Dr. Frank Blechschmidt (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Der Innenhaushalt betrifft einen der Schwerpunkte der Arbeit dieser Koalition. Das kann man auch an der Entwicklung der Zahlen erkennen. Ich möchte das eingangs feststellen, weil ich glaube, dass das Bekenntnis, das heute alle zum Extremismus, zur Bekämpfung des Extremismus, des Rechtsextremismus abgelegt haben, unisono Auffassung des Innenausschusses und auch dieses Landtags ist und weiterhin bleiben sollte. Ich sage das eingangs, habe den Vorspann allerdings auch so gewählt, weil wir in der Haushaltsdebatte sind. Aber ich glaube, dass das heute auch von meiner Person für die FDP zum Ausdruck gebracht werden sollte, weil das die Klammer ist, die Demokraten zusammenhalten sollte, wo wir mit einer Stimme reden müssen.

(Beifall)

Die Sicherheit unserer Bevölkerung hat für die bürgerliche Koalition aus CDU und FDP oberste Priorität. Deshalb leisten wir auch im Innenressort durch Personalkonsolidierung einen Beitrag zum allgemeinen Sparkurs, ohne jedoch die Kernbereiche, insbesondere Polizei und Feuerwehr, personell zu schwächen. Der Kollege Bauer hat das schon ausgeführt.

Hessen hat über Jahre hinweg mehr Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter ausgebildet, als für den Erhalt der Personalstärke eigentlich notwendig gewesen wäre.

(Holger Bellino (CDU): Sehr richtig!)

Wir führen dies nun langsam auf den tatsächlichen Bedarf zurück, ohne jedoch eine Stelle – nicht eine Stelle, sondern gar keine Stelle – bei der Polizei einzusparen. Wir bauen diesen Bereich vielmehr weiter aus und stärken ihn.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir setzen damit unseren Kurs fort, Polizei dort einzusetzen, wo sie am wirkungsvollsten ist. Wir haben, wo notwendig, Beamtinnen und Beamte eingestellt, statt bloße Planstellen zu schaffen – diesen Zungenschlag erlaube ich

mir auch dieses Jahr –, wie vormals Rot-Grün oder andere Bundesländer.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Sagen Sie noch einmal, in welchem Jahrhundert das war!)

– Ja, Herr Frömmrich, die Zeit vergeht. Aber man darf es nicht vergessen und muss es bei der Debatte immer wieder erwähnen, damit es nicht vergessen wird. Sonst wird eine Haushaltsdebatte in diesem Bereich etwas einseitig. Man muss immer wieder einmal daran erinnern, auch wenn Sie meinen, dass das Jahrhunderte zurückliegen würde, was Rot-Grün damals gemacht hat. So lange liegt das gar nicht zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und des Abg. Alexander Bauer (CDU) – Alexander Bauer (CDU):
Nur wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft gestalten! – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Wir haben nämlich Polizistinnen und Polizisten auf die Straße gebracht – das liegt nach Ihrer Auffassung auch Jahrhunderte zurück; aber so kurz ist das gar nicht her –, statt in die Amtsstuben, wie vormals Rot-Grün, oder sie nur als Planstellen vorzuhalten, ohne Menschen dahinter zu sehen.

Für uns gilt weiter: Hessen ist im Bereich der Sicherheit unverändert gut aufgestellt. Dafür haben wir vor allem unseren Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu danken. Das möchte ich ausdrücklich im Landtag für die FDP-Fraktion anführen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich möchte auch kurz auf die Kriminalstatistik eingehen. Auch das gehört zur Haushaltsdebatte. Diese lässt unverändert Fortschritte erkennen. Ich gehe davon aus, dass der Innenminister in seinem Beitrag darauf vielleicht auch noch einmal eingeht.

Wo Probleme offenbar werden, steuern wir entschieden nach, während die Opposition, so meine Auffassung, auch am heutigen Tage ein bisschen – ich will es einmal so ausdrücken – konzeptionelle Selbsterfindung betreibt. Wir machen praktische Arbeit, praktische Innenpolitik, und die ist mit Menschen, mit Polizeibeamten verbunden.

Wir reagieren überdies auf den administrativen Mehrbedarf bei den Regierungspräsidien. Auch das ist im Haushalt ersichtlich. Der Kollege Bauer hat darauf hingewiesen. Wir schaffen dort notwendige Kapazitäten – die sind ganz entscheidend –, und zwar in den Regierungspräsidien in Darmstadt, in Gießen und in Kassel, damit die Bürgerinnen und Bürger eine effiziente Aufgabenerfüllung bekommen, die sie – auch das erlaube ich mir – zu Recht erwarten dürfen und erwarten können.

Sehr geehrte Damen und Herren, wir investieren weiterhin in die Sicherheit unseres Landes, in die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger. Die Landesfeuerwehrschule in Kassel wird bis Ende 2014 modernisiert. Über die Landesjugendfeuerwehrschule in Marburg-Cappel werden – auch das wurde schon erwähnt – derzeit Gespräche geführt.

Die Einführung des BOS-Digitalfunks wird über den Verlauf des Doppelhaushalts abgeschlossen sein. Damit verfügen die hessische Polizei und die Feuerwehr künftig flächendeckend – auch das wurde schon erwähnt und soll noch einmal wiederholt werden – über die neue, verbesserte Funktechnologie. Auch die Kommunen werden durch

die Landesregierung bei der Einführung des Digitalfunks maßgeblich unterstützt.

Auch diesen Hinweis erlaube ich mir: Es ist im Einzelplan 03 ersichtlich, dass die Kommunen unter Schwarz-Gelb mehr Einnahmen als jemals zuvor in der Geschichte dieses Landes erhalten. Wir haben die Gemeindeverfassung reformiert und führen eine rechtssichere Möglichkeit zur Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge ein. Am gestrigen Abend haben wir das so beschlossen.

Moderne, bürgernahe und effiziente Verwaltung wird von uns auch weiterhin als Thema im Landtag begleitet. Durch den Rettungsschirm des Landes zur Entschuldung der Kommunen, den mehr und mehr Kommunen nutzen wollen, tragen wir dazu bei, auch in der Fläche vor Ort, die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene für die Zukunft zu erhalten, und das ist auch wichtig, hier festgestellt zu werden. Heute Morgen war bei der Opposition der Zungenschlag anders; ich vertrete sehr selbstbewusst, dass wir die kommunale Ebene gestärkt haben und weiterhin stärken werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir setzen auch auf bewährte Projekte. Wir haben Mittel aus dem Innenbereich für das zweite Haus des Jugendrechts in Frankfurt bereitgestellt. Auch aus Sicht der Polizei sind die Häuser des Jugendrechts ein Erfolgsmodell, das sich langfristig auszahlen wird. Wir heben auch dort, wo es vertretbar erscheint, Synergien, etwa durch eine verstärkte Kooperation mit unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz auf dem Gebiet der Wasserschutzpolizei auf dem Rhein. Auch hier werden wir dafür Sorge tragen, dass es für alle Beteiligten zu einer vorteilhaften und vertretbaren Lösung kommt. Weitere Beispiele für Kooperationsmöglichkeiten, auch im Haushalt ersichtlich, betreffen das Landespolizeiorchester, die polizeiliche IT, DNA-Untersuchungen, die Fort- und Weiterbildungen, Ausbildung und weitere Themen.

Auch die geplanten Baumaßnahmen im Haushalt sorgen für Abhilfe bei dringenden Raumproblemen. Angegangen werden z. B. Liegenschaften in Butzbach, in Melsungen und – darüber bin ich auch erfreut – in Usingen, in meinem Wahlkreis, wo ein Gebäude für die Polizeistation genutzt wird. Was wir auch angegangen haben, ist nämlich, dort das Amtsgericht zu schließen, und dies mündet in eine auch für die Polizei sehr sinnvolle und für den Steuerzahler nützliche Lösung, nämlich die Polizei vor Ort zu stärken und hier weitere Polizeipräsenz auszubauen.

Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen, der vorliegende Haushalt zeigt speziell für den Innenbereich als einen der Schwerpunkte der Arbeit dieser Landesregierung, dass nach wie vor die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger, ich hatte es mehrfach erwähnt, bei uns, der CDU und der FDP, in guten und verantwortungsvollen Händen ruht. Ich gehe davon aus, dass dies auch die nächsten Jahre der Fall sein wird, und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Dr. Blechschmidt. – Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr Schaus das Wort. Ihnen wurden zehn Minuten genehmigt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Nur wir haben zehn Minuten!)

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn Herr Bauer den Reigen damit eröffnet, wie wichtig Innenpolitik ist, darf ich sagen, dass unsere Redezeit 30 % höher liegt als die der CDU zu diesem Thema. Insofern, Herr Bauer, haben Sie, was den Stellenwert der Innenpolitik angeht, vorhin eine falsche Debatte angefangen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

„Ist Hessens Innenminister Boris Rhein (CDU) zum Außenminister aufgestiegen?“, lautete angesichts der geballten Anzahl der jüngsten Auslandsreisen die Überschrift unserer Presseerklärung von letzter Woche. Denn betrachtet man die letzten Arbeitswochen von Herrn Rhein, könnte man den Eindruck gewinnen, er wäre zum Außenminister aufgestiegen oder – vielleicht besser formuliert – ausgestiegen. Herr Minister, publizistisch aufbereitete Auslandsreisen zu acht deutschen Polizisten in Afghanistan, dann gleich in den Kosovo und nach einem kurzen Zwischenstopp in Mühlheim

(Zuruf des Ministers Boris Rhein)

– hören Sie doch einmal zu – gleich weiter nach Israel: Dieses atemberaubende Tempo von Auslandsreisen kann selbst Guido Westerwelle nicht mehr toppen.

Herr Minister, umso mehr freue ich mich, dass Sie wohlbehalten in die Niederungen der hessischen Landespolitik zurückgefunden haben, denn hier gibt es für Sie eigentlich ganz viel zu tun.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Günter Schork (CDU))

Ich erinnere daran, dass die wichtige Stelle der LKA-Präsidentin seit Langem unbesetzt ist. Ebenso ist die Stelle des Landeswahlleiters immer noch vakant, und dies, obwohl Hessen unmittelbar vor dem Beginn eines Superwahljahrs steht. Die Dienstrechtsreform, auf die mehr als 120.000 Beamtinnen und Beamte in Hessen schon seit Langem warten, wird seit über drei Jahren geschoben und geschoben und soll jetzt, so ist aus den Koalitionsfraktionen zu hören, endlich im Dezember, allerdings als CDU- und FDP-Antrag, eingebracht werden.

(Wolfgang Greilich (FDP): Es sind doch meistens CDU/FDP-Anträge!)

Keine andere Landesregierung hat bei den öffentlich Beschäftigten einerseits derartig brachial gekürzt und andererseits auch noch die Arbeitszeit der Beschäftigten so weit heraufgesetzt. Nur hessische Beamte arbeiten 42 Stunden in der Woche, und zwar bis zum 67. Lebensjahr. Dafür werden sie dann auch noch mit sechs- oder siebenmonatiger Verzögerung ihrer Besoldungserhöhung belohnt. Die öffentlich Beschäftigten sollen weiterhin das ausbaden, was die Politik angerührt hat, und so bleiben Sie, Herr Minister, Ihrer Linie treu, wenn Sie trotz der bevorstehenden Tarifverhandlungen für die Landesbediensteten nur die Hälfte der Tarifsteigerung bei Bund und Kommunen in den Haushaltsplan einplanen. Hier fordern wir selbstverständlich eine vollständige Einstellung der Beträge.

Um dem weiteren Rückgang an Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, insbesondere auf dem Land und bei der Be-

reitschaftspolizei, entgegenzuwirken, brauchen wir mehr Anwärter. Hier fordern wir erneut, die Einstellungen auf 600 pro Jahr zu erhöhen. Herr Minister, in diesem Zusammenhang möchte ich Sie auch persönlich mit allem Nachdruck auffordern, die Absprachen mit dem Land Rheinland-Pfalz über die Schließung der Wiesbadener Wasserschutzpolizeidienststelle unverzüglich rückgängig zu machen. Es kann doch nicht sein, dass eine leistungsfähige und gut arbeitende hessische Polizeidienststelle den Interessen von Rheinland-Pfalz gerade mal geopfert wird. Herr Minister, das geht so nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein trauriges Beispiel ist zudem die Einführung des Digitalfunks bei Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten. Diese war zwar bereits für das Jahr 2006, zugegeben von Ihrem Vorgänger im Amt des Innenministers, angekündigt, ist aber immer noch nicht umgesetzt; von den Vergabeskandalen in diesem Bereich mal ganz zu schweigen. Die Interessen der Kommunen vertreten Sie, Herr Rhein, als zuständiger Minister sowieso nie. Da ist von Ihnen gar nichts zu hören und zu sehen, weder in der Diskussion über deren finanzielle Situation um einen gerechten kommunalen Finanzausgleich und schon gar nicht bei der Energiewende. Ich erinnere nur an die HGO-Novellierung, als Sie die FDP einfach gewähren ließen und dadurch den von den Kommunen nachdrücklich geforderten Einstieg von Stadtwerken in die Energieerzeugung aus Windkraft vereitelten.

(Beifall bei der LINKEN)

Hessische Kommunen stehen mit bald 20 Milliarden € im Saldo, Tendenz steigend. Dazu kommen noch Milliarden € Schulden der öffentlichen Unternehmen. In jedem Fall ist klar: Wir brauchen eine grundlegende Verbesserung der Finanzausstattung aller Kommunen statt einen löchrigen sogenannten Rettungsschirm für einige. Der löst nämlich überhaupt nichts.

Wenn die Stadt Rüsselsheim nun mit der Begründung aussteigt, sie könne die Sparauflagen in den nächsten Jahren nicht erfüllen, bestätigt dies unsere Einschätzung, dass der sogenannte Rettungsschirm nur den Zweck verfolgt, weitere Leistungsverlechterungen für die Bevölkerung vorzunehmen.

Keine andere Regierung hat einen derartig brachialen Ausverkauf öffentlichen Eigentums vorgenommen und ÖPP-Projekten das Wort geredet. Dabei ist es Ihnen ganz egal, ob die privaten Leistungen – wie etwa in der JVA Hünfeld – teurer sind oder die Fenster aus dem neuen Justizzentrum in Wiesbaden fallen: Es wird unbeeindruckt weiter privatisiert. Wir hingegen sagen: Es muss Schluss mit dem Privatisierungswahn sein. Deshalb fordern wir auch die Umwandlung des PPP Kompetenzzentrums in eine Unterstützungs- und Beratungsstelle zur Rekommunalisierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Gerne!)

– Herr Kollege Arnold.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Vielen Dank für die Möglichkeit einer Frage. Herr Kollege, würden Sie mir zustimmen, dass PPP mit Privatisierung überhaupt nichts zu tun hat?

(Lachen der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Denn dieses Beschaffungsverfahren sieht ja ausdrücklich vor, dass das Eigentum im Eigentum des Landes bleibt.

Hermann Schaus (DIE LINKE):

Herr Dr. Arnold, ich bin Ihnen für diese Frage unendlich dankbar, weil es mir die Möglichkeit eröffnet, endlich einmal darzulegen, dass PPP nach unserer Ansicht noch viel schlimmer als Privatisierung ist. Hier werden Verträge mit privaten Anteilseignern geschlossen, die den öffentlichen Dienst knebeln und letztendlich die Verantwortung dafür sozusagen an die öffentliche Hand zurückgeben. Die Beispiele dafür – seien es die Schulen in Offenbach oder das Justizzentrum – beweisen und belegen doch gerade, dass es bei PPP so ist, dass das Risiko bei der öffentlichen Hand verbleibt, während die Privaten den Profit machen – und all das nur, weil die öffentliche Hand nicht genug finanzielle Mittel hat, um ihre eigentlichen Aufgaben zu erfüllen. Somit sehe ich PPP noch viel kritischer als Privatisierung.

(Beifall bei der LINKEN)

Unzulänglichkeiten – das ist hierbei eine zurückhaltende Formulierung – müssen wir im Übrigen auch bei der lückelosen Aufklärung der NSU-Morde feststellen. Zu nennen ist hierbei die Aufarbeitung der Rolle von Mitarbeitern des hessischen Geheimdienstes. Hier wird weiter gemauert, und statt öffentliches Licht und öffentliche Luft an die Arbeit des Verfassungsschutzes zu lassen, wird das Gegenteil gemacht.

Derzeit erhält die Öffentlichkeit einen kleinen Einblick in die Arbeit der Inlandsgeheimdienste, erzwungen durch die Medien und die Untersuchungsausschüsse in Bund und Ländern. Was wir dort sehen, ist erschreckend und eines demokratischen Staates unwürdig. Schon seit Jahren fordern wir als LINKE, die Mittel des Inlandsgeheimdienstes umzuschichten, um ein eigenes Landesprogramm gegen rechte Strukturen und Gewalt aufzulegen. Die derzeitigen Erkenntnisse lassen deshalb nur einen Schluss zu: Der Inlandsgeheimdienst ist aufzulösen und durch eine öffentlich zugängliche, vor allem aber wissenschaftlich und präventiv arbeitende Informations- und Dokumentationsstelle zu ersetzen, die mit den Bürgern und für die Bürger statt gegen sie tätig ist.

Auf dieser Grundlage basieren unsere Haushaltsanträge, die gleichzeitig zu einer erheblichen Kosteneinsparung beitragen. Zu unseren Vorschlägen gehört auch, einem eigenständigen Landesprogramm gegen Rassismus mindestens 2 Millionen € zur Verfügung zu stellen. Die 150.000 €, die Hessen derzeit ausschließlich für die Aufstockung von Bundesprogrammen ausgibt, sind angesichts der Gefahren durch rechte Gewalt zu wenig.

Den von den Regierungsfractionen vorgelegten Entwurf lehnt die LINKE ab. Er macht überhaupt keine Vorschläge, wie der enormen Unterfinanzierung des Landes und der Kommunen begegnet werden soll. Im Gegenteil: Er ist ein nur für die Wahlen zusammengeschustertes Flickwerk. Selbst dort, wo Spielräume verteilungspolitisch genutzt

werden, erfolgt dies mit Schwerpunkten, die die Fraktion der LINKEN unmöglich mittragen könnte.

Herr Minister Rhein, Sie sehen also: Die Rolle des Weltpolitikerkklärers, der gleichzeitig über große Probleme vor der eigenen Haustür hinwegsieht, ist unangemessen. Sie sollten Ihre verbleibende Amtszeit nutzen, um endlich Innenpolitik in und vor allen Dingen für Hessen zu betreiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU):
Er macht beides! – Gegenruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das glauben Sie doch selber nicht!)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Schaus. – Für die Landesregierung spricht Herr Innenminister Rhein. Bitte sehr.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass ich ausgerechnet von Herrn Schaus keine Nachhilfe in Sachen innere Sicherheit brauche – das nur vorweg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Insgesamt sind im Einzelplan 03 Ausgaben in Höhe von knapp 2 Milliarden € veranschlagt. Der große Brocken sind – das ist im Innenhaushalt traditionell so – die Personalausgaben, die mit 1,02 Milliarden € erstmals die Grenze von 1 Milliarde € knacken. Stabil sind nach wie vor die Sachausgaben mit 400 Millionen € und die 10 Millionen € bei Bauausgaben. Das sind die „trockenen“ Eckdaten dieses Haushalts. Aber viel weniger trocken sind ein paar andere Zahlen, die eines unmissverständlich deutlich machen, nämlich dass das Thema innere Sicherheit – auch in diesem Haushalt ist es einer der umfangreichsten Sicherheitshaushalte überhaupt – das Erfolgsthema Nummer eins dieser schwarz-gelben Landesregierung ist. 58,5 % Aufklärungsquote sind ein Rekord seit Einführung der Polizeilichen Kriminalstatistik im Jahre 1971. Interessant ist auch: Das sind 10,8 Prozentpunkte mehr gegenüber der Zeit, als Sie Verantwortung für die innere Sicherheit getragen haben, meine Damen und Herren.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ach nein, das ist ja unglaublich!)

Die registrierte Gesamtkriminalität haben wir ein weiteres Mal um 1,3 Prozentpunkte deutlich nach unten und unter die magische Grenze von 400.000 gedrückt. Die Häufigkeitszahl liegt bei 6.541 – auch das ist ein Rekordwert, nämlich der niedrigste Wert seit 1981.

(Beifall bei der CDU)

Das sind Erfolge, die nicht einfach so vom Himmel gefallen sind. Das sind vielmehr Erfolge, die Resultat einer sehr konsequenten und entschlossenen Sicherheitspolitik sind. Genau in dieser Tradition steht auch der Haushalt 2013/2014.

Frau Faeser, wir haben Jahre der Ausbildungs- und der Einstellungsoffensive gehabt, in denen wir bei der hessischen Polizei Anwärter weit über Bedarf eingestellt haben. Wir haben jetzt eine Stellenzahl bei der hessischen Polizei erreicht, die die höchste Stellenzahl seit jeher ist.

(Beifall bei der CDU)

Das soll auch so bleiben. Während andere Bundesländer – in der Regel sind es SPD-regierte Länder, im Falle von Baden-Württemberg grün geführt, aber wir beziehen uns mal insbesondere auf Rheinland-Pfalz – bei der Polizei kürzen und sparen, was das Zeug hält, wird bei der hessischen Polizei keine einzige Stelle gestrichen. Das Gegenteil ist der Fall: Ich habe mit dem Finanzminister eine – wir nennen es einmal so – Stellengarantie für die durch die Einstellungs-offensive erreichte Top-Zahl von 13.764 bei der hessischen Polizei vereinbaren können. Das heißt, dass jede Stelle, die bei der hessischen Polizei durch Ruhestand oder andere Umstände frei wird, unmittelbar wieder besetzt wird; natürlich im Rahmen von Prognosen. Wenn die Prognose unterschritten wird, wird durch Mehreinstellungen nachgesteuert. Das ist ganz anders als beispielsweise in Rheinland-Pfalz, wo einfach einmal 500 Stellen bei der Polizei gestrichen wurden. Das ist die Realität in anderen Bundesländern, wenn die SPD für die innere Sicherheit Verantwortung trägt.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Aber wir tun noch viel mehr als nur das. Denken Sie einmal an die halbe Million €, die wir für die Mehrarbeitsvergütung in den Haushalt gestellt haben. Denken Sie an die 18,7 Millionen € für Ersatzbeschaffungen für Fahrzeuge im Jahr 2013 und an die 18,8 Millionen € für Ersatzbeschaffungen im Jahr 2014. Oder denken Sie an die Verbesserung der Schutzausstattung. Ich könnte das noch weiter ausführen, will es aber mit Blick auf die Zeit unterlassen.

Sie haben mit dem Thema Prävention begonnen und uns vorgeworfen, wir würden dafür nichts tun – das ist vollkommener Unsinn angesichts der Zahlen im Haushalt: 1,1 Millionen € stehen auch in diesem Haushalt für das Thema Prävention bereit. Ein Projekt, das dem sehr geschätzten Kollegen Hahn und mir besonders am Herzen liegt, ist ein in Wiesbaden und Frankfurt-Höchst begonnenes Projekt, nämlich die Häuser des Jugendrechts. Wir wollen ein drittes Haus des Jugendrechts und haben dafür natürlich auch in diesem Haushalt die entsprechenden Gelder veranschlagt und Vorsorge getroffen.

Thema Feuerwehr, ein sehr gutes Projekt, ist ja auch ein Projekt von uns.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

– Machen Sie sich nicht lächerlich, Frau Faeser; das muss ich wirklich einmal so sagen. Dieses Thema haben Sie hier noch nie angepackt und umgesetzt. Das haben wir umgesetzt, Christean Wagner war Justizminister, ich war rechtspolitischer Sprecher. Ich erinnere mich also sehr gut an das, was ich hier sage.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

An etwas anderes erinnere ich mich noch viel besser, nämlich wie es früher bei der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz gewesen ist. Niemand in Hessen konnte sich bei Wagen, Fahrzeugen und Häusern auf irgendeine Förderung des Landes verlassen.

(Beifall bei der CDU – Günter Rudolph (SPD): Wann war das? Vor dem Ersten Weltkrieg?)

Rot-Grün hat das mit der volatilen Feuerschutzsteuer begründet. Die Feuerschutzsteuer ist in der Tat mal oben und mal unten – das ist überhaupt keine Frage –, aber das ist

doch kein Grund, die Feuerwehrleute, die das freiwillig leisten, darunter leiden zu lassen, so wie Sie von Rot-Grün es getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen haben wir festgelegt, dass Feuerwehr und Katastrophenschutz Jahr für Jahr mit 30 Millionen € fest gefördert werden. Mit diesem Haushalt wird das auch in Zukunft so bleiben, meine Damen und Herren.

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

(Minister Boris Rhein: Von Frau Faeser sehr gerne!)

– Bitte schön.

Nancy Faeser (SPD):

Herr Innenminister, können Sie benennen, wie hoch die Feuerschutzsteuer aktuell ist und was die Landesregierung dann – weil Sie gerade sagten, dass Sie die Ausfälle ausgeglichen haben – obendrauf gelegt hat? Das heißt, wie viele Mittel sind in diesem Haushalt noch obendrauf gekommen?

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Aber selbstverständlich kann ich Ihnen das sagen, verehrte Frau Kollegin Faeser. Wir haben in den vergangenen Jahren originäre Haushaltsmittel in Millionenhöhe draufgelegt,

(Beifall bei der CDU – Nancy Faeser (SPD): In diesem Jahr!)

um die Ausfälle der Feuerschutzsteuer auszugleichen. Ich bedanke mich ausdrücklich für diese freundliche Frage. Ich will Ihnen auch sagen, was wir ausgegeben haben:

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In diesem Jahr!)

Wir haben die Zahl der Katastrophenschutzfahrzeuge von 278 auf über 500 nahezu verdoppelt.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie hoch waren die Zahlen in diesem Jahr?)

Wir haben allein im Jahr 2012 fast 100 Feuerwehrfahrzeuge und über 40 bauliche Maßnahmen aus originärem Haushaltsgeld und nicht nur aus Mitteln der Feuerschutzsteuer gefördert.

(Nancy Faeser (SPD): Das hilft aber nicht für dieses Jahr!)

Das ist die Realität, und das wird auch so weitergehen, genauso wie ein anderer ganz wichtiger Punkt, nämlich: Wir modernisieren die Hessische Landesfeuerwehrschule mit 6,2 Millionen € zusätzlich.

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Minister, es gibt noch eine Frage.

Boris Rhein, Minister des Innern und für Sport:

Wer hat jetzt schon wieder eine Frage? – Lassen Sie mich einfach zu Ende reden, dann können wir sehen, wie wir weiter verfahren.

Mit dem gleichen Tempo investieren wir in den hessischen Sport. Hessen ist das Sportland Nummer eins in Deutschland. Mit Blick auf die Zeit will ich gar nicht auf die Zahlen eingehen. Es ist schon enorm, was wir leisten. Denken Sie allein an das Hallenbadinvestitionsprogramm. 50 Millionen € haben wir in den hessischen Schwimmsport, in die hessischen Hallenbäder investiert. 100 Projekte sind gefördert worden. Das Programm läuft in diesem Jahr aus. Wir ersetzen es durch ein Programm für herausragende Sportanlagen mit jährlich 10 Millionen €. Das soll uns mal irgendein Landtag, irgendeine Landesregierung nachmachen. Das macht kein Land so erfolgreich wie Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Ich könnte auch noch auf die 150 Stellen bei den Regierungspräsidien eingehen, die wir zusätzlich für Lärmschutz, für den Kommunalen Schuttschirm und den Energiegipfel bekommen. Das will ich aber gar nicht machen,

(Nancy Faeser (SPD): Dann würde ich gern wissen, was Sie da machen!)

weil mich der Antrag der GRÜNEN – die SPD hat zu diesem Haushalt, glaube ich, gar keinen Antrag gestellt – sehr verlockt.

(Zuruf von der CDU: Einen einzigen!)

– Einen einzigen. Der Antrag sieht vor, die Wochenarbeitszeit der Beamtinnen und Beamten schrittweise auf 40 Stunden zu reduzieren. Das ist ein interessanter Vorschlag. Selbst wenn man von zwei Schritten im Jahresabstand zwischen 2013 und 2014 ausgeht, die Sie vorhaben,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mehr als zwei Schritte!)

ist nicht nachvollziehbar, wie Sie das 2013 mit 10 Millionen € und 2014 mit 20 Millionen € hinbekommen wollen. Der Vorschlag ist ja geradezu lächerlich.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich will es Ihnen einmal vorrechnen: Wenn wir ganz richtig rechnen, nämlich ohne die Weiterführung des Lebensarbeitszeitkontos – das haben Sie in Ihrem Antrag auch außer Acht gelassen –, dann hätten wir jährliche Kosten von rund 150 Millionen €, wenn wir es so machen, wie Sie vorschlagen. Das würde 3.000 Vollzeitäquivalenten entsprechen. Das ist die Realität, von der wir ausgehen. Mit Ihren 10 Millionen €, die Sie in den witzhaften Antrag – so muss man ihn fast nennen – geschrieben haben, könnte man im Haushaltsjahr 2013 ca. ein Fünfzehntel der 150 Millionen € finanzieren. Das wäre rein rechnerisch das Fünfzehntel einer Stunde. Sie würden den hessischen Beamtinnen und Beamten also vier Minuten schenken. Mit den 20 Millionen € im Haushalt 2014 könnte man die Reduktion entsprechend verdoppeln.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Angefangen mit der Schichtarbeit!)

Wenn man schrittweise so vorgehen würde, wie Sie es vorschlagen, und zwar je Haushaltjahr 10 Millionen € obendrauf legen würde, dann könnte man rein rechnerisch ab

dem 15. Jahr alle Stellen, um die es hier geht, kompensieren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das hat doch nichts mit seriösen Anträgen, mit seriöser Haushaltspolitik zu tun. Das ist doch lächerlich und ein witzhafter Antrag, den Sie gestellt haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie streuen den Menschen Sand in die Augen. Das ist leider die Realität. So funktioniert keine verantwortungsvolle Haushaltspolitik. Wie es besser geht, können Sie dem vorgelegten Haushalt entnehmen, insbesondere dem Einzelplan 03. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Innenminister. – Damit sind wir am Ende der Rednerliste zu Einzelplan 03. Die Abstimmung ist für morgen früh vereinbart.

Ich rufe den

Einzelplan 04 – Hessisches Kultusministerium –

auf. Dazu erteile ich Frau Kollegin Habermann für die SPD-Fraktion das Wort.

Heike Habermann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das wars, wir haben fertig. – Diese Botschaft vermittelt der Einzelplan 04 des Kultusministeriums. Es gibt keine neuen Impulse, noch nicht einmal den Versuch, angeblich selbst gewünschte Projekte weiterzuführen. Getroffene Zusagen und gegebene Wahlversprechen werden gebrochen. Bei dieser Leistungsbilanz der Bildungspolitik bleibt Ernüchterung zurück.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich dies in der Kürze der Zeit anhand von vier Punkten verdeutlichen:

Das wars zum Thema „Ganztagsschulentwicklung in Hessen“. Das Ganztagsschulprogramm der Landesregierung mit jeweils 115 neuen Lehrerstellen pro Schuljahr läuft im Sommer 2013 aus. Erklärtes Ziel der Hessischen Landesregierung war es, bis 2013 ein wohnortnahes Angebot für alle Schülerinnen und Schüler zu schaffen. Dieses Ziel ist weit verfehlt worden. Insbesondere in Grundschulen suchen Eltern oft verzweifelt nach einem Betreuungs- und Bildungsangebot am Nachmittag.

Im Haushalt 2014 findet sich kein zusätzlicher Stellenansatz für die Fortführung des Ganztagsschulprogramms. Es gibt die Absichtserklärung aus der kursorischen Lesung, auch zum Schuljahr 2013/2014 115 Stellen zur Verfügung zu stellen. Leider wurde die Frage, woher die zusätzlichen Stellen kommen sollen, nicht beantwortet. Es bleibt einmal mehr der Rückgriff auf die sogenannte demografische Rendite, die allerdings schon dafür herhalten soll, eine 105-prozentige Lehrerversorgung zumindest auf dem Papier darzustellen. Es gibt offensichtlich weder ein Konzept noch den politischen Willen, endlich Ganztagsschulen in Hessen zu ermöglichen, die diese Bezeichnung auch verdienen.

(Beifall bei der SPD)

Das wars auch endgültig mit dem Wahlversprechen einer 105-prozentigen Lehrerversorgung. 1.600 Stellen fehlen zur Erfüllung dieser Zusage an die Schulen, die seit Jahren darauf warten. Richten soll es auch hier einmal mehr die demografische Rendite. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage vom 2. November 2012 heißt es allerdings: „Aufgrund der ‚demografischen Rendite‘ werden voraussichtlich ca. 250 Stellen bereitstehen.“ Darüber hinaus stellt die Landesregierung fest, dass wegen der Umstellung von G 9 auf G 8 voraussichtlich weitere 630 Lehrerstellen an den Gymnasien zur Verfügung stehen. Diese, meine Damen und Herren, werden jedoch keinesfalls zugunsten einer 105-prozentigen Lehrerversorgung auf andere Schulen verteilt werden können, zumal die Rückkehrmöglichkeit nach G 9 die Rechnung ohnehin obsolet werden lässt. Wie auch immer, es bleibt ein erhebliches Delta an Stellen zu den versprochenen 105 %.

Sie sind ohnehin ein Jahr im Verzug, Frau Kultusministerin, denn die 105 % wurden bereits zum Schuljahresbeginn 2012/2013 versprochen, wie man einer Elterninfo Ihrer Vorgängerin vom Mai 2009 entnehmen kann. Darin ist wörtlich als Information an alle Eltern zu lesen: Bis zum Schuljahr 2012/2013 steigern wir dann die Unterrichtsversorgung auf 105 % und vergrößern gleichzeitig Möglichkeiten, aus Stellen Geld zu machen.

Ich glaube, hier kann man mit gutem Gewissen sagen: versprochen, gebrochen; aus den 105 % wird hier in Hessen nichts mehr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das wars auch beim Thema Inklusion. Zusätzliche Lehrerstunden für die inklusive Schule gehen zulasten der bisherigen Klassengrößen im gemeinsamen Unterricht. Die Standards des gemeinsamen Unterrichts werden sukzessive abgebaut und weichen einer völlig unzureichenden Zuweisung für inklusive Pädagogik. Sie zerstören damit die Bereitschaft von Regel- und Förderschulen, engagiert daran mitzuarbeiten, dass Inklusion gelingt und gesellschaftlich akzeptiert wird.

(Beifall bei der SPD)

Der Verdacht, Inklusion sei in Wirklichkeit von dieser Landesregierung unerwünscht, hat sich für viele bereits zur Gewissheit entwickelt. Wer inklusive Schule will, muss auch in seinen Haushaltsplänen erkennen lassen, dass sie gefördert wird. Wer das nicht tut, lässt Eltern und Schulen allein und verhindert letztlich die Akzeptanz für gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Förderbedarf in der Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Mein letzter Punkt. Das wars auch mit der Zusage an die freien Träger der Ersatzschulen, dass zum 1. Januar 2013 ein neues Ersatzschulfinanzierungsgesetz in Kraft treten sollte, mit dem dem Ungleichgewicht in der Finanzierung gegenüber staatlichen Schulen ein Ende gesetzt werden sollte.

Gemeinsam mit den Trägern wurde einvernehmlich ein Finanzierungsmodell verhandelt. Der Kabinettsentwurf des Gesetzes liegt wohl vor. Was fehlt, ist der Gesetzentwurf in der parlamentarischen Beratung. Was vor allem fehlt, ist eine Finanzierung dieses Gesetzentwurfs in den Haushaltsplanentwürfen für 2013 und 2014. Die Steigerung des Ansatzes für Ersatzschulen beruht lediglich auf dem Anstieg

der Schülerzahlen. Kein Gesetz und kein Geld, und das nach einem Vorlauf von acht Jahren, in denen regelmäßig die Zusagen an die freien Träger erneuert wurden.

Frau Kultusministerin, ich bin sehr gespannt: Sie können dem Haus gegenüber darlegen, wie ein Gesetz, das noch nicht da ist, ab dem nächsten Jahr finanziert werden kann, obwohl im Haushalt dafür kein Geld ist. Wir warten gespannt auf die Initiativen der Regierungsparteien.

(Beifall bei der SPD – Günter Schork (CDU): Sie haben nicht zugehört!)

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsplan ist ein Vermächtnis an eine neue Landesregierung, das viele zugeschüttete Baugruben enthält, die mit aller Eile mit ein paar Fuhren Sand aufgefüllt wurden. Er ist genau wie die Bildungspolitik der vergangenen Jahre mutlos, kraftlos, perspektivlos und ein Zeugnis für gebrochene Wahlversprechen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Günter Schork (CDU))

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Frau Habermann. – Für die CDU-Fraktion spricht der Herr Kollege Schork.

Günter Schork (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorgelegte Haushaltsplan für die Jahre 2013 und 2014 zeigt im Einzelplan 04 erneut, welch hohen Stellenwert die Bildungspolitik für diese Landesregierung und für die CDU- und die FDP-Fraktion in diesem Hause hat.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Mit dem Haushaltsansatz für die Jahre 2013 und 2014 steigt der Bildungsetat im Lande Hessen auf einen historischen Höchststand. Im Jahr 2013 werden die Mittel um weitere 100 Millionen € erhöht zu einem Gesamtetat von über 3,4 Milliarden €. In keinem der 13 deutschen Flächenländer wird mehr pro Kopf für Bildung ausgegeben als in Hessen. Nirgendwo sind diese Ausgaben höher. Die Steigerungsraten im hessischen Bildungsetat sind mit die höchsten in der Bundesrepublik Deutschland. Darauf können wir stolz sein, insbesondere dann, wenn wir uns vor Augen führen, woher wir kommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

1999 hatten wir einen Bildungsetat von 2,3 Milliarden €, im Jahr 2013 von über 3,4 Milliarden €. Das sind mehr als 45 % Steigerung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das schlägt sich auch sehr konkret in den Schulen nieder. Ich nehme das Beispiel der Unterrichtsversorgung. Wir haben zu Beginn der Legislaturperiode versprochen, dass wir in dieser Legislaturperiode 2.500 zusätzliche Lehrerstellen schaffen. Mit dem Haushalt 2012 haben wir 2.300 Stellen neu geschaffen. Im Haushaltsentwurf für 2013 sind weitere 200 Stellen. Damit sind die 2.500 Stellen erfüllt. Ich stelle fest: Versprechen gehalten, die Koalition löst ihre Versprechen ein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch da sage ich: Es ist eine große Leistung, insbesondere wenn man in die Nachbarländer sieht, wo jetzt nicht zusätzliche Lehrerstellen aufgebaut werden, sondern wo allein in Baden-Württemberg 11.900 Lehrerstellen von Grün-Rot gestrichen werden.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Das Nachbarland Rheinland-Pfalz ist ebenfalls ein Beispiel für Bildungsabbau. Wir gehen den anderen Weg.

(Gerhard Merz (SPD): „Das machen die alles von unserem Geld“!)

– Es ist schön, dass Sie das sagen, Herr Merz. Endlich haben Sie es verstanden.

(Gerhard Merz (SPD): Ich zitiere nur aus Ihren Reden!)

Damit sind in Hessen 50.394 Lehrerstellen vorhanden und besetzt. Die Lehrer-Schüler-Relation ist auf einem historischen Höchststand und beträgt einen Lehrer auf 16 Schüler. Die Unterrichtsversorgung liegt über 100 %, und wir sind auf dem Weg zu den angestrebten 105 %. Auch dies können Sie nicht leugnen.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Auf dem Weg, aber Sie kommen nie an!)

Wir haben – auch ein Ergebnis der Politik in dieser Legislaturperiode – wesentlich kleinere Klassen. Wir haben die Sternchenregelung abgeschafft, die Rot-Grün eingeführt und womit es die Klassen erheblich vergrößert hat. Allein die Abschaffung der Sternchenregelung hat in der Summe 1.600 Lehrerstellen bedeutet. Inzwischen haben wir es erreicht, dass in der Grundschule weniger als 20 Schüler in jeder Klasse sitzen.

Die Ganztagsangebote hat Frau Kollegin Habermann angesprochen. Wir haben in den letzten Jahren jedes Jahr 115 Stellen zusätzlich für Ganztagsangebote zur Verfügung gestellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir werden – das wissen Sie ganz genau, auch wenn Sie es jetzt anders dargestellt haben – auch zum Schuljahresbeginn 2013 und zum Schuljahresbeginn 2014 jeweils weitere 115 Stellen für die Ganztagsangebote bereitstellen. Damit haben wir erreicht, dass in über 850 Schulen ein Ganztagsangebot zur Verfügung steht.

Heute Morgen wurde es angesprochen, jetzt nochmals: Wir wollen keine verpflichtenden Ganztagsangebote.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wollen, dass die Eltern die Wahlmöglichkeit haben, dass ihre Kinder entweder Ganztagsangebote wahrnehmen oder die Nachmittage bei ihren Eltern verbringen können. Das unterscheidet uns von der SPD.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir wollen die Wahlfreiheit, Sie wollen verpflichtende Angebote. Dann müssen Sie den Widerspruch auflösen, wieso denn bei G 8 ein Unterricht an drei bis vier Tagen am Nachmittag die große Katastrophe ist, Sie aber gleichzeitig sagen: In den Grundschulen können wir das den Sechs- bis Zehnjährigen bei einem verpflichtenden Ganztagsangebot zumuten, dass sie jeden Nachmittag an der Schule sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Heike Habermann (SPD): Da braucht man Schmerzensgeld!)

Das Thema Ersatzschulfinanzierung – Frau Habermann, auch da sprechen Sie wider besseres Wissen.

(Heike Habermann (SPD): Nein!)

Sie waren gemeinsam mit dem Kollegen Wagner, mit mir, mit dem Kollegen Döweling und mit der Kollegin Cárdenas bei der Podiumsdiskussion bei dem Verband der Privatschulen.

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

Da hat der Herr Kollege Wagner von den GRÜNEN – er sehe es mir nach,

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ich nicht!)

wenn ich es jetzt darstelle – gesagt, er sagt uns, wie wir es machen müssen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ihr mal auf mich hören würdet!)

Er hat damit genau das gesagt, was ich vorher auch gesagt habe: Wir machen im Jahr 2013 ein Gesetz zur Ersatzschulfinanzierung. Das kann rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft treten. Und in dieses Gesetz schreiben wir die Finanzierung. – Das ist gesetzesmäßig absolut korrekt, und damit ist auch klar, dass im Jahr 2013 – –

(Zuruf der Abg. Heike Habermann (SPD))

– Auch haushalterisch absolut korrekt. Wenn Sie es nicht glauben, dann unterhalten Sie sich mit dem Kollegen Wagner. Der Kollege Wagner hat dies so vorgetragen und mich bestätigt. Damit ist es ein Leistungsgesetz. Damit können die erforderlichen Zahlungen im Jahr 2013 fließen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da sind wir mal gespannt!)

Wir haben versprochen, dass wir dies tun. Sie werden im ersten Halbjahr 2013 erleben, dass wir auch dieses Versprechen halten.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Noch zwei Bemerkungen. Zum Thema G 8/G 9 werden wir sicher im weiteren Fortgang um den Gesetzentwurf Diskussionen führen. Sie haben heute Morgen und auch in Ihrer Rede, Frau Habermann, gesagt, es gäbe ein großes Interesse an der Rückkehr zu G 9. Ich stelle hier fest, das ist nicht feststellbar.

(Nancy Faeser (SPD): Wie bitte?)

Sehen Sie sich die Rückmeldungen der Gymnasien zu dem Thema Wechsel G 8/G 9 an, und dann werden Sie feststellen, dass der überwiegende Teil – mehr als zwei Drittel der Gymnasien – bei G 8 bleiben will, weil G 8 eben im Gegensatz zu Ihrer Meinung ein Erfolgsmodell ist, das sich bewährt hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Heute Morgen hat der Kollege Schäfer-Gümbel gesagt, wir würden viel machen, und er hat unter anderem kritisiert, dass es SchuB-Klassen gibt.

(Holger Bellino (CDU): Nicht zu fassen!)

Ich frage Sie in aller Deutlichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ob Sie allen Ernstes daran glauben

und darauf hinarbeiten, das bewährte Modell der SchuB-Klassen in den Hauptschulen abzuschaffen. Wir glauben, dass dies ein Erfolgsmodell ist.

(Holger Bellino (CDU): Es ist eines!)

Wir sind dabei, in den Verhandlungen über die finanziellen Mittel aus dem ESF zu erreichen, dass diese auch in Zukunft über die Förderperiode 2013, wo die Mittel bis 2015 verausgabt werden können, weiter für dieses Erfolgsmodell zur Verfügung stehen.

Unter dem Strich ist festzustellen: Wir, die CDU-geführte Landesregierung, die CDU-Fraktion und auch die FDP-Fraktion in diesem Hause, stehen für Wahlfreiheit und Schulvielfalt. Und das werden wir auch in Zukunft so handhaben. So wird es auch in Zukunft bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege Schork. Das war jetzt allerdings drei Minuten überzogen. Ich weise nur darauf hin. Die Redezeit geht am Ende den nachfolgenden Rednern verloren.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Ich bin der Letzte, das ist kein Problem! – Allgemeine Heiterkeit)

Herr Wagner, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Fünf Minuten waren angemeldet.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Haushaltsberatungen im Hessischen Landtag sind dafür da, Alternativen aufzuzeigen und zu diskutieren. Genau das haben wir hier beim Einzelplan 04. Es gibt die Alternativen. Es gibt einmal den Haushaltsplanentwurf der Landesregierung. Den beschreibe ich einmal mit einem „Weiter so“ mit der Politik der vergangenen 13 Jahre.

(Mario Döweling (FDP): Die waren auch erfolgreich!)

Und es gibt die Alternativen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt die Wahl zwischen „Weiter so“ und einem neuen Aufbruch für unsere Schulen. Es gibt die Wahl zwischen „Weiter so“ mit der gescheiterten Bildungspolitik der letzten 13 Jahre und neuen pädagogischen Konzepten. Es gibt die Entscheidung zwischen „Weiter so“ mit dem alten Schulkampf, der unser Bundesland seit Jahrzehnten lähmt, und dem Angebot für einen Schulfrieden, für den BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in diesem Haus steht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schwarz-Gelb hatte 13 Jahre Zeit, die Dinge an unseren Schulen zu ordnen. Mir fällt kein Zacken aus der Krone, zu sagen: Es war nicht alles schlecht, was Sie gemacht haben.

(Mario Döweling (FDP): Oh!)

Aber wo stehen wir mit unseren Schulen? Sind wir wirklich gut genug mit unseren Schulen? Haben wir tatsächlich

die bestmögliche Förderung für alle Schülerinnen und Schüler? Das haben wir nach 13 Jahren eben nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach 13 Jahren sind wir meilenweit vom Bildungsland Nummer eins entfernt. Alle Studien bescheinigen uns, Hessen ist bestenfalls im Mittelfeld. Nach 13 Jahren schwarz-gelber Schulpolitik haben wir nach wie vor ein Fünftel aller Schülerinnen und Schüler, die unsere Schulen verlassen und vermutlich erhebliche Probleme auf ihrem weiteren Lebensweg haben werden. Man kann doch nicht sagen: „Weiter so“, sondern da muss man sich einmal etwas Neues überlegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Alexander Bauer (CDU): Das war früher noch viel mehr!)

Es ist nach 13 Jahren schwarz-gelber Bildungspolitik nicht gelungen, den extrem starken Zusammenhang zwischen sozialem Hintergrund des Elternhauses und dem Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler zu entkoppeln. Da kann man nicht „Weiter so“ sagen, wenn nach wie vor der Geldbeutel der Eltern entscheidet, wie erfolgreich ein Kind an der Schule ist, und nicht das, was ein Kind im Kopf hat. Es ist doch ein Skandal in unserem Land, dass sich daran nach 13 Jahren nichts getan hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Wir haben immer noch keine 105-prozentige Lehrerversorgung, wie sie von der Koalition versprochen wurde

(Alexander Bauer (CDU): Sie hatten einmal 85 %!)

und wie sie für unsere Schulen so wichtig wäre. Meine Damen und Herren, was wäre jetzt also zu tun, um Hessen besser zu regieren, um diese verbrauchte und erschöpfte Bildungspolitik von Schwarz-Gelb endlich abzulösen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir brauchen einen Schulfrieden. Wir müssen endlich mit den ideologischen Schlachten aufhören.

(Lachen des Abg. Mario Döweling (FDP))

Wir müssen endlich damit aufhören, dass die jeweilige Mehrheit im Landtag glaubt, ihr Weltbild, ihr Schulbild ins Gesetzblatt zu schreiben und allen vorzuschreiben, egal ob sie es wollen.

(Mario Döweling (FDP): Landen wir jetzt bei der SED?)

Wir brauchen endlich einen Respekt vor den hessischen Eltern, dass einzig der Wille der Eltern entscheidet, wie Schulen in Hessen organisiert werden, und nicht schwarze, rote oder gelbe Ideologien, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir endlich zuhören, was die Eltern wollen, dann geht es eben nicht um ein Entweder-oder zwischen gegliedertem Schulsystem und längerem gemeinsamen Lernen, sondern es geht darum, unseren Schulen endlich Veränderung zu ermöglichen.

(Beifall der Abg. Heike Habermann (SPD))

Das bedeutet eben, dass wir endlich den Grundschulen die Möglichkeit geben, den flexiblen Schulanfang einzuführen,

dass man sich gleich von Anfang an um die optimale Förderung der Kinder kümmern kann.

(Zuruf des Abg. Mario Döweling (FDP))

Meine Damen und Herren, das bedeutet, dass wir, wenn wir zuhören, was die Eltern wollen, uns endlich um das Bildungs- und Betreuungsangebot in der Schule kümmern, weil hier Eltern riesige Probleme haben. Das haben Sie 13 Jahre lang schlicht und ergreifend völlig verpennt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir von einem Schulfrieden reden, dann kann man diesen Schulfrieden nicht mit sich selbst machen, meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb.

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na!)

Ich weiß, Sie haben alle Hände voll zu tun, um sich in der Koalition auf eine Bildungspolitik zu verständigen. Aber Schulfrieden bedeutet nicht, dass man nur das macht, was die Eltern wollen, die Sie gewählt haben, sondern dass man endlich auch die Eltern ernst nimmt, die ein anderes pädagogisches Konzept für die Mittelstufe wollen. Deshalb brauchen wir endlich das Angebot für längeres gemeinsames Lernen in der Mittelstufe als Angebot und nicht als Pflicht.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das haben wir doch!)

Solange Sie den Elternwillen ignorieren, können Sie für sich nicht den Schulfrieden in Anspruch nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Brigitte Hofmeyer (SPD))

Wenn wir den Schulfrieden wollen, für den wir GRÜNE stehen, dann müssen wir endlich inklusive Schulangebote haben, damit auch die Eltern mit Kindern mit Behinderungen eine entsprechende Schule für ihr Kind finden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Zulasten der Kinder!)

Es kann doch im Jahr 2012 nicht sein, dass immer noch Ihre Antwort für Eltern mit behinderten Kindern darin besteht, dass die Kinder in der Regel auf die Förderschule müssen und dass sie nicht an der wohnortnahen Schule gemeinsam mit anderen Kindern beschult werden können.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das wollen die Eltern!)

Meine Damen und Herren, das kann im Jahr 2012 doch nicht die Gesellschaft sein, in der Sie leben wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Die Alternativen liegen vor: Weiter so mit der erschöpften und verbrauchten schwarz-gelben Bildungspolitik,

(Frank Lortz (CDU): Na, na, na! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Es wird auch nicht wahr, wenn Sie es wiederholen!)

oder ein neuer Anfang und ein Schulfrieden mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei dem einzig der Elternwille zählt. Die Alternativen liegen vor. Dafür ist Parlamentarismus da. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Brigitte Hofmeyer (SPD))

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Kollege Wagner, vielen Dank. – Für die FDP-Fraktion erhält jetzt Herr Döweling das Wort. Bitte schön.

Mario Döweling (FDP):

Herr Präsident, vielen Dank. – Ich möchte eine kleine Vorbemerkung machen. Ich fand es schon drollig, wie die GRÜNEN jetzt doch mehr oder weniger verzweifelt versuchen, sich von ihrem Wunschkoalitionspartner SPD zu distanzieren. Offensichtlich hat die Führung der SPD-Fraktion aus Protest schon den Saal verlassen. Ich kann das irgendwie nachvollziehen, dass jetzt die Absetzbewegungen von Ihnen kommen.

Wir wollen über den Haushaltsentwurf sprechen. Über den Schulfrieden und Ähnliches können wir morgen früh noch einmal sprechen.

Sie haben gesagt: weiter so. Dazu kann ich nur rufen: ja-wohl, weiter so. Wir wollen weitermachen, damit das geschieht, was wir in den letzten Jahren gemacht haben, nämlich dass das Prinzip gilt, dass Bildung in Hessen auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung eindeutig Priorität genießt und dass wir das auch mit den entsprechenden Haushaltsmitteln hinterlegen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Schauen Sie sich den Bildungsetat seit 1999 an. Da muss man doch ganz klar sagen: Er wurde deutlich erhöht, nämlich um 1,1 Milliarden € seit 1999. Von 1999 bis zum Jahr 2014 wird er von 2,4 Milliarden € auf 3,5 Milliarden € steigen. Das ist die Entwicklung im Ausgabenansatz. Das ist doch ein deutliches Zeichen dafür, dass Bildung bei uns eine klare Priorität genießt. Denn das liegt über den üblichen Steigerungen zum Ausgleich der Inflation.

Wir finden für die beiden nächsten Jahre keinen Sparhaushalt im Sinne von hohen Konsolidierungsbeiträgen vor, wie es bei den letzten beiden Haushaltsplänen der Fall war. Das war richtig und notwendig, auch wenn es sehr schmerzhaft war. Das sage ich als Bildungspolitiker ganz klar.

Aber man muss eben das große Ganze sehen. Das ist der Unterschied, wenn man regiert und in diesem Land gestaltet. Da gibt es einen Unterschied zur Opposition, die schöne Forderungen formulieren kann.

Sie sollten sich die Zahlen einmal anschauen. Das kann man Ihnen gar nicht oft genug sagen. Da muss man sagen: Wir haben bei einer leider sinkenden Schülerzahl – daran kann die Politik sehr wenig ändern – in Hessen eines getan. Wir haben das heute auch schon gehört. Anders als in den Nachbarländern, die von Ihnen mit regiert werden, haben wir die Zahl der Lehrer permanent erhöht. Wir hatten noch nie so wenige Schüler. Ich sage aus meiner Sicht heraus: leider. Wir hatten in der Relation dazu aber auch noch nie so viele Lehrer. Herr Präsident, mit Ihrer Erlaubnis zeige ich Ihnen das gerne noch einmal anhand einer Grafik.

(Der Redner hält eine Grafik hoch.)

Schauen Sie sich einmal an, wie die Schere auseinanderklafft. Das Grüne, das nach unten zeigt, ist die Schülerkurve. Die blaue Linie zeigt die Zahl der Lehrer.

Das ist eine Statistik, die bis 1996 zurückreicht. Wir sehen deutlich: Es gibt jetzt mehr Lehrer und weniger Schüler. Die Schüler-Lehrer-Relation ist so gut, wie sie noch nie in diesem Land war.

(Beifall des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

Rund 788.000 Schülerinnen und Schüler und rund 50.400 Lehrerstellen gibt es. Das ist doch eine beachtliche Leistung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dazu kann ich nur sagen: versprochen, gehalten. Das gilt auch für das Versprechen, in dieser Legislaturperiode 2.500 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen. Das kommt noch zu dem, was wir ohnehin an Lehrern immer wieder einstellen, weil andere in die wohlverdiente Pension gehen. Der Rest von dieser Tranche ist in dem Plan für die beiden Haushaltsjahre dargelegt. Das werden wir tun.

Wir haben alle Klassen signifikant verkleinert. Wir haben in keiner Grundschule in diesem Land eine Klasse mit mehr als 25 Schülerinnen oder Schülern.

Wir haben, aufwachsend, die Klassen an den weiterführenden Schulen signifikant verkleinert. Inzwischen sind wir bei Klasse 9. Das sind Erfolge, die lassen sich nicht wegreden. Die wollen wir auch nicht wegreden. Das ist richtig, das ist gut. Das haben wir für Hessen gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie der Abg. Hans-Jürgen Irmer und Armin Schwarz (CDU))

Es gibt eine weitere Erfolgsgeschichte. Das ist ganz klar das Thema Ganztagschule. Ihnen geht das natürlich alles nicht schnell genug. Ich sage Ihnen: Jedes Jahr gibt es zusätzlich noch einmal 115 Stellen obendrauf. Das ist in Zeiten der Haushaltskonsolidierung eine beachtliche Leistung. Das muss man erst einmal übertreffen.

Das Wichtige daran ist: Wir sagen nicht von oben herunter, wo diese Stellen eingesetzt werden sollen. Vielmehr überlassen wir es den Menschen vor Ort, das zu entscheiden. Wir überlassen das den Schulträgern im Rahmen der Schulentwicklungsplanung. Das ist der einzig richtige und vernünftige Weg.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Hans-Jürgen Irmer und Armin Schwarz (CDU))

Ich komme jetzt zum Thema Inklusion. Natürlich kann man sich auch da immer wieder fragen: Geht das alles schnell genug? Müssen wir ein höheres Tempo einlegen? – Da sage ich ganz klar: Da gilt es schon, mit Sorgfalt und Bedacht zu arbeiten.

Wir haben die Weichen über das neue Hessische Schulgesetz und über die entsprechende Verordnung gestellt. Nun gilt es erst einmal, dafür zu sorgen, dass wir gleiche Bedingungen und gleiche Startchancen vorfinden. Von da aus müssen wir dann das Netz über Hessen spannen und die inklusiven Angebote weiter ausbauen.

Wir haben dazu allein in diesem Schuljahr über 1.600 Förderschullehrerstellen an die allgemeinbildenden Schulen in den gemeinsamen Unterricht gegeben. Das werden mit Sicherheit nicht die Letzten sein. Wir sind da erst ganz am Anfang.

Wenn Sie ehrlich sind, sagen Sie selbst: Das ist ein Prozess, der wird mehrere Jahre, wenn nicht sogar über zehn

Jahre, dauern. Von daher, denke ich, sollte man da nicht alles schlechtreden. Vielmehr sollte man gerade bei diesem wichtigen und sensiblen Thema etwas Muße walten lassen, um das entsprechend würdigen zu können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sollten lieber schauen, wie Sie diesen Prozess mitgestalten können.

Wir haben bis jetzt zum Haushaltsplanentwurf unter anderem einen Änderungsantrag vorgelegt. Wir wollen die Zuwendungen an den Hessischen Volkshochschulverband um 65.000 € erhöhen. Unserer Ansicht nach ist das eine wichtige Maßnahme, um die dort geleisteten Arbeiten hinsichtlich der Weiterbildung und des lebenslangen Lernens zu fördern. Dabei geht es um die Beratung und Koordination der Projekte. Es ist schon ein immenser Aufwand, der dort betrieben wird. Das hat diese Koalition, also die Fraktionen der CDU und der FDP, so gesehen. Deswegen haben wir diesen Änderungsantrag gestellt.

Das geschieht nicht zuletzt auch, um Maßnahmen zu fördern, die hinsichtlich der nationalen Strategie zur Alphabetisierung erforderlich geworden sind. Auch das ist ein sehr wichtiges Thema. Das ist eigentlich schlimm genug. Wir haben in Deutschland immer noch eine sehr hohe Alphabetenquote. Daran müssen wir arbeiten. Dazu wollen wir in Hessen unseren Teil beitragen.

Jetzt könnte man sich natürlich fragen: Was ist denn mit den tollen Konzepten der Opposition, von denen Sie hier so viel gesprochen haben?

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Welche Opposition?)

Dazu muss ich sagen: Frau Habermann hat hier zehn Minuten lang eine Philippika gehalten, die zum Inhalt hatte, was wir alles schlecht machen und was wir alles besser machen könnten. Ich sage einmal ganz klar: Außer den verschwurbelten Ausführungen, die Herr Schäfer-Gümbel heute Morgen gemacht hat, bleibt zu fragen, wo denn die Vorschläge der SPD-Fraktion sind. Ich habe in diesen zehn Minuten keinen einzigen substanziellen Änderungsvorschlag gehört, was wir am Haushaltsplanentwurf anders machen sollen und was denn besser wäre.

(Zuruf von der FDP: Es gibt doch keinen!)

Wir haben das heute Morgen schon während der Generaldebatte gehabt. Es gibt ominöse Ausführungen hinsichtlich genereller Effizienzeinsparungen und Ähnlichem. Sie wollen da Millionen € generieren.

Aber ich frage: Was sind konkret die Vorschläge für den Einzelplan des Kultusministeriums? – Frau Habermann hat keinen einzigen vorgetragen. Das ist keine seriöse Politik. Das ist es nicht einmal für eine Oppositionsfraktion. Man muss schon sagen, was man will, wie man es will und wie man es finanzieren will.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Hans-Jürgen Irmer und Armin Schwarz (CDU))

Schauen wir uns jetzt einmal an, was die Fraktion der GRÜNEN vorgelegt hat.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

– „Ja“, sagt Herr Kollege Wagner. – Sie haben eine Menge Änderungsanträge gestellt. Die kommen auch alle ganz nonchalant daher. Hier wollen Sie einmal ein Milliönchen € mehr haben, da wollen Sie einmal ein Milliönchen € mehr haben. Das sieht eigentlich so weit ganz gut

aus. Sie haben sogar Gegenfinanzierungsvorschläge gemacht.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehen Sie einmal!)

Schauen wir uns die doch einmal an. Was ist das denn? – Wenn wir hineinschauen, sehen wir wieder, dass das zum Teil pure Ideologie ist. Sie wollen den Etat der Internatsschule Schloss Hansenberg um eine halbe Million € kürzen. Das ist der einzige Leuchtturm, den wir bei der Förderung der Hochleistenden in der Form einer Internatsschule in Hessen haben. Da wird anerkanntermaßen gute Arbeit geleistet.

Ich glaube nicht einmal, dass das Ihre persönliche Meinung ist. Sie waren mit mir gemeinsam auch schon da und haben gesehen, was dort gemacht wird, und dann haben Sie da wieder diese Kürzung vorgesehen.

Dann haben Sie, wie die SPD-Fraktion, noch so einen schönen Posten: effizienterer Mitteleinsatz für Sachausgaben. Im Jahr 2013 sollen das 28 Millionen € sein, im Jahr 2014 sollen es 42 Millionen € sein. Es ist schön, das so pauschal zu sagen. Sie könnten aber auch einmal genau sagen, bei welchen Produkten im Haushaltsplan Sie kürzen wollen. Auch da bleiben Sie herrlich unkonkret.

Mein persönlicher Liebling ist die „demografische Dividende“. 9 Millionen € sollen es im Jahr 2013 und 31 Millionen € im Jahr 2014 sein.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind die Zahlen aus dem Kultusministerium!)

Das ist etwas, was gerne für verschiedenerlei Sachen verplant wird. Auch hier bleiben Sie die Antwort auf die Frage schuldig, wie Sie es denn machen wollen. Wollen Sie etwa Schulen schließen? – Ich weiß nicht, wie Sie das mit der demografischen Dividende vorhaben.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind die Zahlen Ihrer eigenen Ministerin!)

Herr Kollege Wagner, ich schaue in den Main-Kinzig-Kreis, wo Ihr Schuldezernent gerade einen Sturm der Entrüstung ausgelöst hat, weil er fleißig Grundschulstandorte zumachen wollte. Dazu kann ich nur sagen: Wenn das Ihre Gegenfinanzierung sein soll, dann wird mir angst und bange. Ich bin froh, dass Sie angesichts der ländlichen Räume in Hessen nicht die Verantwortung tragen. Denn das ist keine solide Art und Weise der Gegenfinanzierung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: So ein Unsinn!)

– Ja, solch ein Unsinn. Da gebe ich Ihnen völlig recht, Herr Kollege Frömmrich. So ist das.

Zu guter Letzt natürlich noch die LINKEN. Die LINKEN bleiben, wie immer, herrlich konsequent in ihren Forderungen. Sie gehen gleich in die Vollen: eine halbe Milliarde Euro mehr in mehreren Jahren. 7.350 Lehrerstellen mehr wollen sie in den Kultusetat packen und das natürlich mit ihrem alten Steckenpferdchen, der Vermögensteuer, und was sie da alles in petto haben, gegenfinanzieren. Dazu kann ich nur sagen: Das glauben Sie doch eigentlich selbst nicht. Ich zumindest glaube es Ihnen nicht. Das ist ja an Absurdität gar nicht zu überbieten.

Fassen wir zusammen: Was kommt von der Opposition? – Nicht viel. Ein paar Vorschläge, aber keine solide Gegenfinanzierung.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es bleibt dabei: Es gibt keine vernünftige Alternative zu einer Schulpolitik, wie sie CDU und FDP hier in Hessen betreiben. Das ist gut so, und das wird auch nach der nächsten Wahl so bleiben. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Der Redner verlässt das Rednerpult.)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Kollege Döweling, der Kollege Frömmrich wollte Ihnen eigentlich noch eine Frage stellen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Ich stelle sie gleich Frau Beer, das ist noch besser!)

Für die Fraktion DIE LINKE Frau Cárdenas, bitte.

Barbara Cárdenas (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Jahr war ein Jahr weiterer Verschlechterungen im hessischen Bildungswesen. Zwei neue, völlig absurde Gesetze wurden bzw. werden noch verabschiedet: eines zum Landesschulamt, das niemand braucht und keiner will; und eines zu dem G-8/G-9-Gewurstel, das Sie den Schulen, Eltern und Lehrerinnen und Lehrern unter dem Euphemismus „Wahlfreiheit“ nun zumuten wollen. Der breite Widerstand dagegen ist berechtigt, und wir werden ihn auch weiter unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn sich ein schlechtes Jahr dem Ende zuneigt, schaut man eigentlich hoffnungsvoll nach vorne, frei nach dem Motto: „Es kann ja nur besser werden.“ Aber mit diesem Landeshaushalt für die nächsten beiden Jahre wird nichts besser, rein gar nichts. Das ist unsere Meinung.

Da wird gegen die breiten Proteste beschlossen, ein Landesschulamt einzurichten, in dem hoch dotierte Posten aus den Reihen der FDP besetzt werden – aber Geld zur Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern wird im Sparmodus zur Verfügung gestellt. Nur je 115 Lehrerstellen sind für 2013 und 2014 für Ganztagschulen vorgesehen, ganze 115. Darauf sind schon andere eingegangen. In Hessen existieren rund 1.700 Schulen, und davon sind die wenigsten echte Ganztagschulen. Für diese wollen Sie, um das Ganztagsangebot auszubauen, je 115 Stellen schaffen? Das ist nach unserer Meinung blanker Hohn.

Und den haben wir nicht nur hier entdeckt. In Ihrem Haushalt lässt sich an keiner Stelle ein Posten finden, der darauf hindeutet, dass die Landesregierung ihre Verpflichtung wahrnimmt und endlich ein inklusives Schulwesen schafft, wie in der UN-Behindertenrechtskonvention versprochen, die von der Bundesrepublik ratifiziert wurde. Vielmehr berufen Sie sich auf die unsägliche Gesetzgebung im letzten Jahr, in der alle Bemühungen in diese Richtung unter einen Mittelvorbelt gestellt wurden.

Meine Damen und Herren, nicht nur aus dem Hessischen Schulgesetz geht hervor, dass Sie Inklusion nicht nur nicht

vorantreiben, sondern sie gar nicht wollen. Auch dieser Landeshaushalt bestätigt das. Das ist nicht nur beschämend, sondern es verletzt eingegangene Verpflichtungen. Die Quittung dafür werden Sie bekommen, da bin ich sicher. Aber bis dahin werden viele Kinder, Eltern und Lehrer unter genau diesen schlechten Voraussetzungen, unter Ihrer Politik leiden müssen.

Herr Döweling, Ihre Art, hier Bedachtsamkeit zu fordern, ist völlig fehl am Platz. Das ist nur ein weiteres Hinauszögern eingegangener Verpflichtungen, die Sie nicht erfüllen wollen.

Für Sie ist Bildung längst zur Ware verkommen. Was Sie mit Ihrem Landeshaushalt aufstellen, stellt die Weichen so, dass Sie die Bildung weiterhin dem Markt überlassen.

Für uns ist Bildung Menschenrecht. Bildung ist das, was wir unseren Kindern für die Zukunft auf den Weg geben, das, was diese für die Bewältigung ihrer Zukunft in hoher Qualität benötigen.

Dieses Land ist wohlhabend. Wie kann es sein, dass so wenig in gute, in gerechte und in inklusive, also gemeinsame, Bildung, in Bildung von Anfang an, investiert wird?

Bei Ihnen liegen die Prioritäten in der stetigen Ökonomisierung und Privatisierung von Gütern und Aufgaben, für die unseres Erachtens aber der Staat die Verantwortung tragen muss.

(Horst Klee (CDU): Das haben wir gesehen!)

Frau Kultusministerin, Herr Döweling, wir haben natürlich einen Gegenentwurf. Sie haben recht: Wir sind da in die Vollen gegangen. Unser Gegenentwurf tastet sich nicht an Sparanforderungen entlang, sondern er fordert das an Mitteln ein, was unseres Erachtens für eine gute Bildung für alle erforderlich ist.

(Zuruf der Abg. Bettina Wiesmann (CDU))

Mit unseren bildungspolitischen Haushaltsforderungen setzen wir uns explizit für die flächendeckende Einrichtung von wirklichen Ganztagschulen ein.

(Zuruf des Abg. Günter Schork (CDU))

Insbesondere im Grundschulbereich – darauf sind auch schon meine Vorredner eingegangen – ist die Situation skandalös, also dort, wo die schulischen Grundlagen für Bildungserfolg überhaupt gelegt werden. Sie wissen, wie alle Studien zeigen, ist dieser in unserem Land in hohem Maße abhängig von der Möglichkeit, dass Eltern Hausaufgaben beaufsichtigen, ihre Kinder fördern und unterstützen – oder aber teure Nachhilfe bezahlen. In wirklichen Ganztagschulen, in denen Hausaufgaben Schulaufgaben sind, wird dieser Zusammenhang entkoppelt.

(Beifall bei der LINKEN)

Davon aber gibt es in Hessen leider nur eine verschwindend kleine Anzahl.

Dazu fällt mir nochmals das Wort ein, das Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, in den letzten Wochen ausgiebig in die Welt hinausposaunt haben: die Wahlfreiheit. Welche Wahl haben denn Eltern, die ihre Kinder nicht ausreichend unterstützen können, weil sie arm, alleinerziehend oder in der deutschen Sprache nicht ausreichend heimisch sind? Sie können sich diese ganztägig arbeitenden Schulen nicht schnitzen.

Meine Damen und Herren, was brauchen wir, um in Hessen flächendeckend echte Ganztagsschulen zu ermöglichen? Wir brauchen nicht 115 Lehrerinnen und Lehrer pro Jahr, wir brauchen 2.500 zusätzliche Lehrerstellen, um dies zu erreichen. Aber mit den Lehrerstellen allein ist es noch nicht einmal getan: Für den notwendigen Aufbau von ganztätig und inklusiv arbeitenden Schulen sind zusätzliche Fachkräfte einzustellen. In einem ersten Schritt halten wir daher 2.500 Schulsozialarbeiter- und Schulsozialarbeiterinnen- sowie Schulpsychologenstellen für erforderlich.

Dies war auch ein deutliches Signal auf unserer Tagung am Anfang dieses Monats hier im Landtag. Experten hielten für die Entwicklung des geforderten und ratifizierten inklusiven Schulsystems – also für die flächendeckende Einrichtung inklusiver Schulen; und sie meinten, man müsse von diesen Bedarfen vor Ort ausgehen – multiprofessionelle Teams an den flächendeckend ganztätig arbeitenden Schulen für notwendig. Wir sehen das genauso.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine weitere, dringend notwendige Aufgabe ist die Herstellung der tatsächlichen Lernmittelfreiheit. Sie erinnern sich: Im September haben wir einen solchen Gesetzentwurf eingebracht. Die Lernmittelfreiheit ist bereits im Hessischen Schulgesetz verankert, doch sie wird per Verordnung derart eingeschränkt, dass von wirklicher Lernmittelfreiheit nicht mehr die Rede sein kann. Vielmehr ist es eine Frechheit, was in der Verordnung über die Durchführung der Lernmittelfreiheit geregelt ist: Die meisten notwendigen und für den Schulbesuch nicht entbehrlichen Lernmaterialien sind von der Lernmittelfreiheit ausgenommen.

Frau Ministerin, ich habe Ihnen diese Frage schon in der ersten Lesung unseres Gesetzentwurfs im Plenum gestellt: Was sollen Eltern denn machen, die es sich nicht leisten können, mehrere Hundert Euro für Stifte, Hefte, Turnschuhe, Schultaschen, im weiteren Verlauf des Jahres für Kopierpauschalen usw. auszugeben?

Wir fordern erst einmal 12 Millionen € für die tatsächliche Umsetzung der Lernmittelfreiheit, die Sie gesetzlich festgelegt haben und wie sie in unserem Gesetzentwurf definiert ist. Dieser Betrag ist geschätzt und hängt von den Summen ab, die die Schulträger vom Land als Ausgleich fordern werden.

Eine weitere Forderung ist die Verkleinerung der Klassen. Dies ist nicht allein im Rahmen der Umsetzung eines inklusiven Schulsystems notwendig – nicht allein, aber dann natürlich unbedingt. Klassenverbände von 30 Kindern – durch bestimmte Schlupflöcher können es sogar noch mehr werden – lassen eine individuelle Förderung, auf die jedes Kind einen Anspruch hat, nicht nur die Kinder mit Behinderungen, nicht zu. Um die Klassen um 20 % zu verkleinern, müssen weitere Lehrerstellen geschaffen werden, und zwar ungefähr 1.000.

Lassen Sie mich – wie auch die anderen – noch kurz auf die versprochene 105-prozentige Lehrerversorgung eingehen. Frau Ministerin, nach Ihrer Klarstellung soll die jetzt nicht mehr überall erreicht werden, sondern, nach Ihren Worten, nur „im Durchschnitt“.

Bitte schön: Welche Schulen haben denn eine Versorgung von 110 %, sodass Sie bei einer Versorgung von knapp 100 % bei den anderen Schulen auf diese knapp 105 % kommen können? Wenn es tatsächlich so wäre, so würde

es die Ungerechtigkeit doch nur auf die Spitze treiben, wenn Sie so etwas verteidigen würden. Unseres Erachtens ersetzt Rechentrickserei keine Politik.

(Beifall bei der LINKEN)

Schaut man sich die reale Lehrerversorgung an – ich beziehe mich hier auf Daten der GEW –, so sind wir selbst von einer 100-prozentigen Abdeckung weit entfernt.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Allein um dies zu verwirklichen, brauchen wir de facto 2.000 neue Lehrerstellen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Die GEW hat wahrscheinlich wieder diese Rede geschrieben!)

Alles in allem machen unsere bildungspolitischen Haushaltsforderungen eines deutlich:

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Herr Nagel steht Ihnen besonders nah! – Gegenruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE): Näher als Ihnen!)

Die 200 Lehrerstellen, die die Landesregierung in den nächsten zwei Jahren laut Haushaltsplanentwurf vorsieht, bzw. die 115 Lehrerstellen für die Ganztagsschulen jedes Jahr, sind nichts als ein schlechter Witz.

Abschließend möchte ich noch auf einen eher kleineren Haushaltsposten eingehen, der uns aber wirklich sehr am Herzen liegt. Erfreulich ist, dass das Projekt JeKi – Jedem Kind ein Instrument – weiter fortgesetzt wird. Wenn man es aber schon beschließt, sollte der Name des Projekts wenigstens annähernd Programm sein. Wir fordern eine Ausweitung von JeKi, um irgendwann möglichst wirklich jedem hessischen Kind zu ermöglichen, an der Schule kostenlos das Spielen eines Instruments zu erlernen.

(Beifall bei der LINKEN)

Warum das so notwendig ist, haben wir gestern Abend auf dem parlamentarischen Abend der Musikschulen eindrucksvoll erfahren können. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Vielen Dank, Frau Cárdenas. – Das Wort hat die Kultusministerin, Frau Beer.

Nicola Beer, Kultusministerin:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Für FDP und CDU hat Bildung Priorität. Das kann man an dem Einzelplan für das Kultusministerium ablesen. Das ist richtig so, denn Investitionen in die Bildung und in eine Schulpolitik mit Herz und Verstand sind Zukunftsinvestitionen.

Ich habe mich, als ich der Debatte gelauscht habe, ein bisschen gewundert, weil die eigentliche Frage, um die es wirklich gehen muss, nämlich dass die Kinder im Mittelpunkt stehen. – Kinder müssen qualitativ hochwertigen Unterricht bekommen, individuell gefördert werden, Potenziale entwickeln können, ihre Neugier aufrechterhalten können, motiviert werden, nachzufragen und mehr wissen und mehr lernen zu wollen, damit werden auch Lernerfolge geschaffen, die wiederum die Lernmotivation steigern – in dieser Debatte heute keine Rolle gespielt hat.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt überhaupt nicht!)

Es ist nur eine Strukturdebatte geführt worden. Wenn ich auf die Tribüne sehe und immer wieder beobachte, dass Schulklassen da sind, die diese Debatten verfolgen, dann meine ich, das ist der falsche Akzent. Es geht um die Zukunft dieser jungen Menschen, die oben auf der Tribüne sitzen. Es geht darum, dass sie qualitativollen Unterricht bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen stehen diese Landesregierung und die Koalitionsfraktionen dafür, dass in Hessen Qualität in der Bildung Vorrang hat, und wir diese Qualität mit Freiheit und Vielfalt in unserem Schulsystem abstützen.

Qualitätsvoller Unterricht, individuelle Förderung, das braucht eine Vielfalt an Schulen. Das hat hier manch einer, insbesondere auf den Oppositionsbänken, noch nicht verstanden. Frau Habermann, wenn wir eine Vielfalt von Schulen haben, dann können wir Wahlfreiheit für Eltern möglich machen. Eltern müssen die Auswahl haben, welche Schule zu ihrem Kind passt. Schulen müssen sich ein Profil geben und Schwerpunkte setzen. Diese Landesregierung wird immer dafür sein, dass Eltern die Wahlfreiheit haben, für ihre Kinder den Bildungsgang zu wählen, die Schulform zu wählen und auch die Dauer der Beschulung zu wählen. Frau Habermann, das gilt durch das gesamte Bildungssystem. Das ist eine ganz deutliche Absage an die Einheitsschule und die Zwangsjacke, die Sie mit der SPD den Kindern verpassen wollen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Selbstverständlich umfasst das auch die Privatschulen und die freien Träger. Das ist von Herrn Döweling und Herrn Schork ausgeführt worden. Sie wissen ganz genau, dass die Verhandlungen andauern. Das nächste Gespräch des runden Tisches findet am 30.11. statt. Die Ergebnisse werden wir sowohl in dem entsprechenden Gesetz als auch im Haushalt absichern.

In diesem Einzelplan haben wir 3,5 Milliarden € – für mehr Lehrer, und zwar solide finanzierte Lehrer. Es ist nicht wie in dem Konzept der GRÜNEN, bei denen über das Einkassieren der demografischen Rendite hinten wieder rausgenommen wird, was vorne reingesteckt wird, lieber Herr Kollege Wagner.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das sind doch Ihre eigenen Zahlen!)

Wir werden schon zum 1. Februar 2013 den selbstständigen Schulen 103 % Lehrerversorgung zuweisen und zum 01.08.2013, also zu Beginn des nächsten Schuljahres, eine weitere deutliche Erhöhung der Zuweisung für alle Schulen in unserem Land vornehmen.

3,5 Milliarden € – für kleinere Klassen: 1.170 Lehrerstellen, Stand heute, ohne diese in die 105 % einzurechnen. Man könnte an dieser Stelle auch anders rechnen.

3,5 Milliarden € – für mehr Ganztagschulen. Frau Cárdenas, es ist wichtig, da haben Sie recht, dass wir diese Möglichkeiten eröffnen. Wir haben aber bereits 95 % unserer Grundschulen mit einem Betreuungsangebot. Es sind bereits 50 % der infrage kommenden Schulen im Ganztagsprogramm des Landes. Wir wollen aber weiter fortfahren. Wir werden trotz der Unkenrufe der SPD jedes Jahr wieder 115 Stellen zusätzlich in Ganztagsangebote inves-

tieren: 70 Millionen € jetzt, 75 Millionen € im Jahr darauf, 80 Millionen € im weiteren Jahr darauf.

Frau Habermann, das ist mehr, als Sie mit Ihren Plänen vorgelegt haben. Wenn Sie davon sprechen, dass Sie 20 % mehr Zuweisungen machen wollen, kann ich Ihnen nur sagen: Nach der aktuellen Erlasslage sind das bis zu 30 %. Unsere Grundschulen haben 27,5 % mehr Zuweisung im Profil 3.

(Heike Habermann (SPD): Wir haben sechs Grundschulen!)

Das bedeutet, wir würden bei Ihren Plänen Zuweisungen verlieren. Meine Damen und Herren, das gilt nicht nur für das Profil 3, sondern wir haben in der Erlasslage schon im Profil 2 die 20 % plus. Es ist also eine reine Mogelpackung, die Sie aufstellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vor allem wundere ich mich über die Zwangsfantasien, die Sie immer wieder präsentieren. Eltern wollen aussuchen können. Es gibt Eltern, die möchten die gebundene Ganztagschule, deswegen wird das Profil 3 ausgebaut. Der weit überwiegende Anteil der Eltern sagt uns: Wir möchten selbst entscheiden, an welchem Tag und wie lange unser Kind zur Schule geht. Unser Kind nimmt vielleicht auch andere Angebote außerhalb der Schule wahr, in Vereinen, im Sport, in der Feuerwehr, in der Kirche oder schlicht mit seinen Freunden. – Genau das ermöglichen wir Schulen sowohl im Profil 1 als auch im Profil 2, nämlich eine Abdeckung bis in den Nachmittag hinein für die Eltern, die das auswählen. Das können sie sich bei uns Halbjahr für Halbjahr flexibel aussuchen. Das ist richtig so.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

3,5 Milliarden € – für mehr selbstständige Schulen. Das ist ein Erfolgsmodell. Das ist ein Modell, das gerade dafür da ist, mehr Qualität, mehr individuelle Förderung in Schulen zu ermöglichen: Schulen mit einem eigenen Budget, Schulen, die die Möglichkeit haben, selbst Personalentwicklung und Personaleinstellungen zu machen, Schulen, die die Möglichkeit haben, andere pädagogische Konzepte auszuprobieren. Wir werden diese Schulen weiter voranbringen und nicht wie die GRÜNEN mit Kürzungen von 2 Millionen € bei Fortbildung, bei Lernmitteln, bei Schulsport, bei Schule und Gesundheit –

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist falsch!)

– Ja, Entschuldigung, lieber Herr Wagner, genau in dem Etatposten, den Sie um 2 Millionen € kürzen wollen, ist jenseits der bereits festen Verpflichtungen nur noch dieser variable Bereich enthalten. Das wird an die Fortbildungsprogramme der Schulen gehen, das wird auf die Lernmittel gehen, die im kleinen und großen Schulbudget enthalten sind. Das sind die Posten, die dort zu streichen sind. Wenn Sie das nicht wollen, müssen Sie diesen Änderungsantrag zurückziehen.

(Beifall bei der FDP)

3,5 Milliarden € – auch für mehr Inklusion: allen Unkenrufen zum Trotz, Stand heute, 1.604 Förderschullehrerinnen und -lehrer in den Regelschulen. Jedes Jahr werden weitere 40 dazukommen. Aber wir setzen, anders als mancher hier im Raum, vor allem auch auf Prävention. Wir haben allein im präventiven Bereich, also ohne Feststellung des Anspruchs auf sonderpädagogische Förderung, rund 26.000

Schülerinnen und Schüler, die von Förderschullehrern in den Regelschulen betreut werden, damit diesen jungen Menschen frühzeitig geholfen wird und sie ihre Benachteiligungen ausgleichen können, bevor sie sich zu wirklichen Behinderungen ausprägen.

Meine Damen und Herren, von daher kann man mit Fug und Recht sagen: ein Schulsystem, das auf Qualität setzt, auf individuelle Förderung, das Kind in den Mittelpunkt stellt und in einem Rahmen von Freiheit und Wahlfreiheit und Vielfalt agiert. Das ist wirklich ein Kontrastprogramm zu dem, was die Opposition anbietet, insbesondere zu den Zwangsfantasien, die Frau Habermann bzw. heute Morgen Herr Schäfer-Gümbel unter dem Anspruch der Gleichmacherei angeführt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Ihr Haus der Bildung ist wie ein Kartenhaus zusammengestürzt, denn es ist auf Sand gebaut. Heute konnte man hier hören, dass Sie sich zur Abschätzung des Elternwillens allen Ernstes auf die Studie eines Matschhosenherstellers stützen, der in Hessen gerade einmal 216 Leute befragt hat. Ich hatte gedacht, dass wenigstens Ihre Grundlagen etwas solider wären.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Erwischt!)

Lassen Sie mich zum Schluss Ihre Ausführungen zu einem Thema ansprechen, die mich heute Morgen in der Generalaussprache wirklich erschreckt haben. Ich glaube, man kann daran sehr deutlich machen, was der Unterschied zwischen der Bildungspolitik, die von dieser Regierung, von FDP und CDU vorangetrieben wird, und zumindest dem ist, was die SPD-Fraktion in diesem Hause offenkundig unterstützt und vorantreiben will. Wir als bürgerliche Regierung machen eine Bildungspolitik über die gesamte Bandbreite, über alles, was Bildung bedeuten kann. Für uns fängt der Mensch nicht erst mit dem Abitur an. Für uns ist es wichtig, dass unser Schulsystem Anschlussfähigkeit und Durchlässigkeit garantiert.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dafür werden wir uns, dafür werde ich mich ganz persönlich immer wieder mit aller Kraft einsetzen. Wir erzielen hier auch sehr gute Ergebnisse.

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was?)

40 % der Hochschulzugangsberechtigungen in diesem Land werden an beruflichen Schulen erworben. 59 % der Schülerinnen und Schüler mit einem Realschulabschluss gehen anschließend auf eine Oberstufe, sei es in einem beruflichen oder an einem sonstigen Gymnasium. Der „Chancenspiegel“ der Bertelsmann Stiftung bescheinigt uns, dass Kinder aus bildungsfernen Schichten in Hessen mit die besten Möglichkeiten haben, aufs Gymnasium zu kommen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wenn Herr Schäfer-Gümbel heute Morgen im Zusammenhang mit Hauptschülern und Schülern mit Realschulabschluss oder einem beruflichen Abschluss von „Bildungsabsteigern“ spricht, dann ist das eine Frechheit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es gibt viele Menschen in diesem Lande, die einen Haupt- oder Realschulabschluss gemacht haben, die anschließend eine berufliche Ausbildung durchlaufen haben. In unseren Reihen sitzen zahlreiche solcher Menschen: Wir haben Bankkaufleute, Landwirtschaftsmeister, Schreinermeister, Erzieherinnen in diesen Reihen. Das sind doch keine „Bildungsabsteiger“. Diese Menschen erwirtschaften die Basis unseres Wohlstandes.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das sind unsere Fachkräfte. Früher war die SPD einmal stolz darauf, dass ein Maurermeister aus Kassel, Holger Börner, Ministerpräsident dieses Landes wurde.

(Lothar Quanz (SPD): Er war kein Maurermeister!)

Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass sich jedes Kind seine Zukunft erschließen kann. Wir bieten ein durchlässiges, ein anschlussfähiges Schulsystem. Wir setzen auf die Wirkkraft aller Bildungsgänge und aller Schulformen. Deswegen wird es für die FDP und die CDU dabei bleiben: ein Schulsystem mit Qualität, Freiheit und Vielfalt. Dafür steht dieser Einzelplan.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Frau Kultusministerin. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu Einzelplan 04.

Dann kommen wir zu

Einzelplan 05 – Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa –

Das Wort hat Frau Hofmann für die SPD-Fraktion.

Heike Hofmann (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der hessischen Justiz ist das Ende der Fahnenstange erreicht. Die Justiz ist an der Grenze der Belastbarkeit angekommen. – Das sind keine Worte der Opposition, wie Sie vielleicht meinen oder erwarten würden. Das sind O-Töne aus der Mitgliederversammlung des Deutschen Richterbundes in der vergangenen Woche.

(Marius Weiß (SPD): Recht haben sie!)

Hintergrund dieser klaren Worte ist, dass in der Justiz auch in den nächsten Jahren weiter Personal abgebaut werden soll. Bis 2016 sollen 11 Millionen € an Personalkosten eingespart werden. Was bedeutet das? Das sind 30 Richterstellen in der ordentlichen Justiz. Dazu kommen 40 Richterstellen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Besonders schwer trifft es aber die Folgedienste mit 280 Stellen. Auch die Auszubildendenstellen erwischt es: 70 Auszubildendenstellen werden nach dem Willen der Landesregierung in den nächsten Jahren abgebaut.

Meine Damen und Herren, das ist umso schmerzlicher, als bereits in den letzten Jahren im Rahmen der „Operation düstere Zukunft“ in der Justiz über 800 Stellen abgebaut worden sind. Angesichts dieser Fakten ist es zynisch, wenn der Justizminister behauptet, die Justiz sei im Vergleich zu anderen Ressorts „geschont“ worden; dafür habe er sich als stellvertretender Ministerpräsident persönlich verwendet.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern sei die Richterdichte in Hessen ja sehr gut.

(Günter Rudolph (SPD): Er kann viel behaupten!)

Das ist purer Zynismus angesichts der Tatsache, dass nach den PEBB§Y-Zahlen die Belastungsquote bei den Richterinnen und Richtern bei weit über 100 % und bei den Staats- und Anwaltschaften bei ca. 140 % liegt.

Angesichts dieser Zahlen fühlen sich die Betroffenen auch deshalb hinters Licht geführt, weil Sie damals, als Sie die Gerichte geschlossen haben, gesagt haben: Wir schließen lieber Gerichte, als dass wir Personal abbauen. – Meine Damen und Herren, heute ist klar: Wir werden weniger Gerichte und weniger Personal haben.

Der Justizminister behauptet immer: So schlimm ist das alles ja gar nicht, weil wir Synergien durch den Einsatz von IT erzielen. – Moderne Technik soll also Personal ersetzen. Herr Minister, was Sie dabei übersehen: Der Einsatz von IT und die Umwandlung in IT-Prozesse erfordert erst einmal mehr Personal. Außerdem übersehen Sie, dass die beste und modernste Technik die Entscheidung eines Richters nicht ersetzen kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir kritisieren zudem, dass die Justiz bei der Modernisierung der Arbeitsabläufe keine Mitspracherechte hat und die Personalvertretungen unter dieser Landesregierung mundtot gemacht worden sind.

(Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Das ist eindeutig falsch!)

Herr Kollege Müller, das wird dieser Landesregierung noch auf die Füße fallen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LINKEN – Zurufe von der FDP)

Auf der einen Seite bauen Sie Personal ab. Auf der anderen Seite ist für die Ausweitung der IT immer Geld da. Ein Blick in den Haushalt zeigt: Für IT stehen 2012 round about 29 Millionen € zur Verfügung; 2014 sollen es bereits 31 Millionen € sein. Meine Damen und Herren, eine gute und effiziente Justiz braucht aber vor allen Dingen einen auskömmlichen Personalbestand. Deshalb lehnt die SPD-Fraktion den weiteren Personalabbau in der Justiz ab.

(Beifall bei der SPD)

Damit ist es aber nicht genug. Ich habe schon darauf hingewiesen, dass in der jüngeren Vergangenheit hier in Hessen mehr als zehn Gerichte geschlossen worden sind. Gerichte kann man aber nicht wie eine überflüssig gewordene Grillhütte schließen. Es gibt den Justizgewährungsanspruch nach Art. 19 Abs. 4 des Grundgesetzes. Sie erschweren mit diesen Gerichtsschließungen, die Sie sukzessive vollzogen haben, den Zugang des Bürgers zum Recht. Das ist absolut kritikwürdig und wird von uns nicht mitgetragen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Auch die Verwaltung der Justizgebäude, die im Moment durch das Hessische Immobilienmanagement vorgenommen wird, ist aus unserer Sicht – freundlich formuliert – verbesserungsbedürftig. Die Verwaltung der Justizgebäude durch das HI verschlingt allein 2012 über 80 Millionen €.

Aus vielen Gesprächen mit Mitarbeitern von Gerichten und Behörden wissen wir aber, dass man sich in der Justiz wünscht, vor Ort, also dezentraler, organisiert und verwaltet zu werden.

Ich bin mir sicher, dass in diesem Bereich Gelder effizienter eingesetzt werden können und dass die Justiz besser organisiert und verwaltet werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Letzter Aspekt. Auch im Strafvollzug gibt es einiges zu bemängeln. Es liegt einiges im Argen.

(Marius Weiß (SPD): Das ist wohl wahr! – Vizepräsident Lothar Quanz übernimmt den Vorsitz.)

Gerade im AVD – das sind die Strafvollzugsbediensteten – sind jetzt schon 5 % Stellen zu wenig ausgewiesen. Bis 2015 sollen noch einmal 80 bis 100 Stellen abgebaut werden. Was bedeutet das? Jeder, der sich im Strafvollzug auskennt, weiß doch, wie wichtig es ist, dass wir genügend Personal für die Behandlung des einzelnen Gefangenen haben. Nur so kann die Wiedereingliederung des Einzelnen in die Gesellschaft gelingen, und nur so kann vor allen Dingen die Sicherheit unserer Bevölkerung gewährleistet werden.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Nein, auch da sind Sie auf dem Holzweg. Sie sparen an der falschen Stelle.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Lassen Sie mich abschließend sagen: Im Justizressort werden völlig falsche Akzente gesetzt. Sie sind auf dem Holzweg, und Sie hinterlassen darüber hinaus einen Scherbenhaufen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Hofmann. – Als Nächster spricht Herr Kollege Müller für die FDP-Fraktion.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Das ist offensichtlich so vereinbart worden. – Herr Müller, Sie haben das Wort.

(Marius Weiß (SPD): Sagen Sie einmal, wie sich die 700.000 € bei der JVA Hünfeld zusammensetzen!)

Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Hofmann, ich glaube, Sie sollten nicht, wie es eben der Fall war, der Justiz unrecht tun. Die Justiz in Hessen funktioniert hervorragend. Ich bitte Sie, hier nicht ständig zu versuchen, die Justiz in Hessen schlechtzureden. Das hat die Justiz in Hessen mit ihren hervorragenden Leistungen nicht verdient.

(Beifall bei der FDP)

Mir ist auch aufgefallen, dass Sie, wie schon in den letzten Jahren, kein Wort zum Thema Europa und auch kein Wort zum Thema Integration verloren haben. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich finde das ein bisschen bedauerlich; denn das sind zwei nicht unwichtige Politikbereiche, die ebenfalls in diesem Ressort angesiedelt sind.

Ich glaube, insgesamt ist dieser Einzelplan hervorragend aufgestellt. Jedenfalls liegt seitens der Opposition kein einziger Änderungsantrag vor, über den wir hier zu entscheiden hätten. Das spricht sehr deutlich dafür –

(Heike Hofmann (SPD): Das stimmt doch gar nicht!
– Marius Weiß (SPD): Die kommen noch!)

– Ach, es kommen noch welche? Dann lassen Sie sich aber Zeit. Es ist schade, dass wir nicht in der heutigen Sitzung, sondern erst beim nächsten Mal darüber sprechen können, wenn keine Beratung mehr möglich ist. Aber gut.

(Beifall bei der FDP – Marius Weiß (SPD): Das ist ein ganz normaler Vorgang!)

Ich will zunächst in Bezug auf die Integrationspolitik sagen, dass hier weiterhin ein Schwerpunkt unserer Arbeit liegen wird. Das Projekt Modellregionen Integration wird im Moment ausgewertet. Wir werden die Mittel, die wir bislang dort investiert haben, aufstocken und sie für die Finanzierung kommunaler Projekte verwenden, um die Kommunen in ihrer Arbeit zu unterstützen. Künftig werden wir 1,8 Millionen € dafür bereitstellen.

(Beifall bei der FDP)

Wir finanzieren niederschwellige Sprachkurse für Erwachsene, und wir fördern und qualifizieren die ehrenamtlichen Integrationslotsen. Das ist ein ganz wichtiger Bereich, in dem sehr erfolgreich gearbeitet wird. Das werden wir auch fortsetzen. Die Enquetekommission hat ihre Beratungen abgeschlossen. Herr Mick, der Berichterstatter, wird demnächst den Bericht vorlegen. Auch dann werden wir hier noch einmal intensiv über dieses Thema diskutieren.

Was die Europapolitik betrifft: Ich bin froh, dass wir einen Konsens darüber haben, dass die Europapolitik für das Land Hessen von erheblicher Bedeutung ist, und auch darüber, dass wir in Brüssel neue Räumlichkeiten brauchen. Hier werden wir erhebliche Investitionen tätigen, bzw. wir sind bereits dabei, zu investieren. Ich glaube, das sind richtige und wichtige Zukunftsinvestitionen; denn in Brüssel werden immer mehr Entscheidungen getroffen. Daher ist es wichtig, dass wir Hessen in Brüssel dabei sind. Das wird auch künftig mit der neuen Europastaatssekretärin Frau Dr. Breier und dem Europaminister Jörg-Uwe Hahn der Fall sein.

Den größten Bereich nimmt die Justiz ein. Wenn ich sehe, mit welch modernen Arbeitsmitteln und welch guten Arbeitsplätzen die Richterinnen und Richter, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Amtsanwältinnen und Amtsanwälte und alle anderen im Vergleich zu vor zehn oder 15 Jahren ausgestattet sind, muss ich ganz ehrlich sagen: Ich kann das, was die Kollegin Hofmann hier eben erzählt hat, fast nicht glauben.

(Beifall bei der FDP)

Die Arbeitsbedingungen haben sich in einem Ausmaß verbessert, wie man es kaum zu hoffen gewagt hätte. Wir haben mittlerweile ganz hervorragende Bedingungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Justiz.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat denn der Richterbund erzählt?)

Wir haben in der Justiz viel erreicht, und wir haben noch viel vor. Wir haben die Ausstattung verbessert, und wir haben Vollzugsgesetze des Landes geschaffen: für den Strafvollzug, den Jugendstrafvollzug und die Untersuchungshaft. Wir haben einen sicheren Strafvollzug. Verglichen mit den Neunzigerjahren ist er deutlich sicherer. Wir haben einen Rückgang bei den Verurteilungen, wie die Strafverfolgungsstatistik zeigt. Das bedeutet auch, dass die präventive Arbeit, die wir machen, Früchte trägt.

Mit der Einrichtung der Schwerpunktstaatsanwaltschaft Wirtschaftskriminalität in Frankfurt verfolgen wir bei der Wirtschaftskriminalität einen hervorragenden Ansatz.

Wir werden in den nächsten Jahren weiter an der Modernisierung arbeiten. Das Thema E-Justice hatten wir gerade. Daran führt kein Weg vorbei. Das ist selbstverständlich. Wenn Sie die Debatte auf der Tagung des Richterbunds am letzten Freitag weiterverfolgt hätten, hätten Sie gemerkt, wie wichtig dieses Feld ist, dass es einhellig unterstützt wird und dass sehr wohl die Absicht besteht – das wird auch schon umgesetzt –, gemeinsam mit Praktikern die entsprechenden Konzepte zu erarbeiten. Wenn wir dafür zusätzliche Mittel einstellen, sind auch das Investitionen in die Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Wir werden die Aufgabe im Zusammenhang mit der Sicherungsverwahrung lösen. Auch hierfür sind entsprechende Mittel in den Haushalt eingestellt worden. Wir werden gerade bei der Betreuung der Sicherungsverwahrten zu deutlichen Verbesserungen kommen, so, wie es auch in den Urteilen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Bundesverfassungsgerichts vorgesehen ist.

Wir haben mit den Häusern des Jugendrechts wichtige Einrichtungen aufgebaut, die gut funktionieren und Vorbildfunktionen haben. Aus anderen Bundesländern kommen viele, um sich das anzuschauen. Auch da sind wir in der Prävention aktiv. Das ist richtig, und deswegen verfolgen wir dieses Konzept in den nächsten Jahren weiter. Das gilt auch für das zweite Haus des Jugendrechts in Frankfurt. Das ist ein weiterer Punkt, dem wir uns in den nächsten Jahren intensiv widmen werden.

Ja, es ist richtig: Wir haben auch mit Einsparungen zu kämpfen. Aber, Frau Hofmann, Sie machen es sich in der SPD immer recht einfach. Sie legen einfach immer mehr Geld drauf. Finanzierungsvorschläge kommen von Ihnen nicht.

(Heike Hofmann (SPD): Das stimmt doch gar nicht!)

Sie erhöhen für alles und jedes die Steuern. Sie wollen mit diesen Geldern einen Haushaltsausgleich erreichen und wesentlich mehr in die Bildung sowie in die Kindertagesstätten investieren. Sie wollen 50 Millionen € mehr in den Verkehr investieren. Auch ich finde das super; aber es muss finanziert werden. Es gibt eine Schuldenbremse.

Ich darf Sie daran erinnern, dass die SPD-Fraktion die Einführung der Schuldenbremse mitgetragen hat. Dann müssen Sie dieser Schuldenbremse aber auch gerecht werden, indem Sie eine entsprechende Haushaltspolitik auf den Weg bringen, und Sie dürfen nicht ständig irgendwelche Wolkenkuckucksheime aufbauen und den Menschen etwas versprechen, was Sie später nicht halten können.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Insofern glaube ich, dass wir – das machen wir nicht aus Vergnügen; Sie können mir glauben, wir würden gern darauf verzichten – in allen Bereichen der Landesverwaltung Einsparungen vornehmen müssen, auch beim Personal.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Müller, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Faeser?

Stefan Müller (Heidenrod) (FDP):

Nein, wir haben jede Menge Möglichkeiten, um uns zu unterhalten. – Daran führt leider kein Weg vorbei. Wir erarbeiten zusammen mit den Betroffenen – den Gerichtsbarkeiten – Konzepte dafür, wie wir das umsetzen müssen. Das ist der Unterschied zwischen der Arbeit der Hessischen Landesregierung und z. B. der Arbeit der rot-grün geführten Landesregierung von Nordrhein-Westfalen. Sie stülpen den Betroffenen die Konzepte über und sagen: Was wollen denn die nachgeordneten Behörden? Wir sagen denen, wo es langgeht. – Das ist O-Ton Ministerpräsident Kurt Beck in Rheinland-Pfalz gegenüber den Mitarbeitern der dortigen Justiz. So geht es bei uns nicht. Wir erarbeiten diese Konzepte zusammen mit den Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Bereichen.

(Zurufe von der SPD)

Ich darf anmerken, dass wir auch hier Schwerpunkte bilden. Wir haben in Hessen so viele Staatsanwälte wie noch nie. Das ist auch wichtig; denn die Staatsanwaltschaft ist außerordentlich belastet. Das zeigt sehr genau, dass wir nicht blind irgendwelche Stellen streichen, sondern dass wir uns das Punkt für Punkt anschauen und dann mit den Betroffenen über die entsprechenden Entscheidungen diskutieren.

Wir haben – das möchte ich noch einmal betonen – eine hervorragend arbeitende Justiz. An der Stelle kann man einmal allen danken, die in der Justiz daran mitarbeiten: herzlichen Dank für den großartigen Einsatz, den Sie zeigen. – Natürlich haben wir eine hohe Auslastung. Die gibt es in allen Bundesländern, in anderen Bundesländern ist sie sogar noch höher als in Hessen. Deswegen ist der Einsatz besonders zu würdigen. Wir, die FDP, arbeiten daran, dass der Rechtsstaat als Grundlage unserer Gesellschaft und auch unserer Wirtschaft weiter so funktioniert wie bislang. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Kollege Müller. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Frau Kollegin Öztürk.

Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte gern für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Schwerpunkt unserer Rede auf den Integrationsteil und die Integrationsarbeit der Landesregierung setzen. Denn das ist genau der Teil, in dem, wie auch der Kollege Müller gerade ausgeführt hat, Herr Hahn alles erledigen und alles gut machen würde. Wir sind anderer Meinung. Das möchte ich hier auch gleich kundtun.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Zurufe von der CDU: Ei, ei, ei!)

– Nicht direkt „ei, ei, ei“. Hören Sie sich das Ganze einmal an.

Wir haben den Doppelhaushalt 2013/2014 vorliegen. Wenn die Landesregierung die Arbeit, die Integrationspolitik oder auch ihre Europapolitik ernst nehmen würde, dann

müssten im Haushalt maßgebliche zukunftsweisende und innovative Projekte zu finden sein. Ein Blick in den Haushalt zeigt aber ganz deutlich: Fehlanzeige. Sie machen weiter wie bisher. Sie lassen nach wie vor die Kommunen, die zahlreichen ehrenamtlichen Initiativen, die Vereine und die Landkreise arbeiten. Was Sie machen, ist, mit Projektgeldern den einen oder anderen sehr gut gemeinten und vor Ort funktionierenden Auftrag zu unterstützen. Aber Sie machen klar, für Sie ist Integration immer noch ein Projekt. Es ist nämlich keine nachhaltige und keine strukturelle Aufgabe der Landesregierung. Sie schieben das von sich weg. Das finden wir nicht in Ordnung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Sie sind hier als Integrationsminister angetreten, der gern die Integration als Querschnittsaufgabe durch die verschiedenen Ministerien durchdeklinieren möchte. Sie haben bei den Leuten sehr viele Erwartungen geweckt, dass Sie endlich versuchen wollen, mit Überzeugung und einer neuen innovativen Art die Integration nach vorne zu bringen. Leider müssen wir aber sagen, dass sowohl die vorherige Landesregierung als auch die jetzige Landesregierung in Kooperation mit der FDP seit 13 Jahren beim Thema Integration keine innovativen Schritte nach vorne gegangen ist und stattdessen Stillstand zeigt und andere arbeiten lässt.

Im Jahr 2011 – ich schaue in die Zahlen – hatten Sie 1,2 Millionen € für Integration angesetzt. Im Jahr 2013 sollen das 1,3 Millionen € und im Jahr 2014 3,1 Millionen € sein. Sie meinen, mit mehr Geld können Sie mehr machen.

(Lachen des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

Aber ich finde, das ist fatal; denn mit mehr Geld und ohne Ideen und ohne Konzepte macht man noch lange keine Innovation.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Ministers Jörg-Uwe Hahn)

– Nein, wir haben von Ihnen nie gefordert, dass Sie immer nur mehr Geld einstellen sollen, sondern wir haben von Ihnen Konzepte gefordert. Wir haben von Ihnen eine Idee gefordert. Wir haben von Ihnen eine Schwerpunktsetzung gefordert. Herr Hahn, die fehlt bis heute. Das müssen Sie sich schon anhören. So einfach geht das auch nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wahllos Geld ausgeben: Das ist das, was diese Landesregierung kann. Nach außen hin möchte sie immer suggerieren, sie sei die Regierung, die wirtschaften könne, sie sei die Regierung, die mit Zahlen umgehen könne. Was stellen wir stattdessen fest? Sie ist erschöpft. Sie ist ideenlos. Sie möchte abgewählt werden. Das werden wir hoffentlich im Jahr 2014 erreichen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht alles schlecht, was Sie angefangen haben.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Ah!)

Wir haben es begrüßt, als Sie im Jahr 2009 die Integrationskonferenz einberufen haben. Wir als GRÜNE haben es begrüßt, dass Sie gesagt haben: „Wir möchten den islamischen Religionsunterricht einführen.“ Wir haben es auch begrüßt, dass Sie gesagt haben: „Wir möchten mit Modellregionen vor Ort schauen, was die besten Projekte sind.“ Wir haben aber auch von vornherein gesagt: Wenn Sie

ernsthaft erfolgreich sein wollen, dann müssen Sie vorlegen, was z. B. die Kommunen vor Ort brauchen, wie sie unterstützt werden können. – Wir haben bald das Jahr 2013. Sie wollen immer noch nicht sagen, wie Sie die Kommunen vor Ort unterstützen wollen, damit eine interkulturelle Öffnung stattfinden kann. Sie haben immer noch keine Antwort darauf, wie beispielsweise mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der öffentlichen Verwaltung angestellt werden können.

Integration durch Arbeit und Integration durch Bildung, das sind wichtige Themen, die Sie in Ihrer Integrationskonferenz selbst genannt haben. Was Sie aber nicht nennen, ist, wie Sie dieses Ziel erreichen können. Meine Damen und Herren, das kann doch nicht ernst gemeinte Integrationspolitik sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu der Einführung des islamischen Religionsunterrichts haben wir von vornherein gesagt: „Wer den Willen hat, muss auch handeln.“ Wir sind bald im Jahr 2013 angekommen. Sie kündigen ständig die Einführung des islamischen Religionsunterrichts an, aber wir sehen noch keine konkreten Schritte. Sie bewerten noch immer die Gutachten der Gutachter und können uns immer noch nicht sagen, wann wir endlich damit beginnen können. Ich muss sagen, Sie sind kein Integrationsminister, sondern Sie sind ein Integrationsbehaftungsminister.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Oh!)

Damit können Sie die Menschen draußen nicht hereinlegen. Das ist ein Für-dumm-Verkaufen der Wählerinnen und Wähler. Das muss ich leider so sagen. Wenn diese Landesregierung keine eigenen Ideen hat, wenn sie erschöpft ist, wenn sie verbraucht ist, dann wünschen wir uns, dass sie den Laden endlich verlässt, damit es andere machen können, die es wollen und die es auch besser können. Die Wählerinnen und Wähler werden es Ihnen zeigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke sehr, Frau Öztürk. – Für die CDU-Fraktion hat sich Herr Kollege Honka zu Wort gemeldet. Herr Honka, auch für Sie sind fünf Minuten vorgesehen.

Hartmut Honka (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Glücklicherweise hat der Kollege Müller darauf hingewiesen, dass der Geschäftsbereich des Einzelplans 05 nicht nur die Justiz betrifft, sondern noch zwei weitere Bereiche. Von daher gestatten Sie mir, dass ich meine Rede, deren Redezeit knapp bemessen ist, in die drei Bereiche einteilen möchte. Das Hauptaugenmerk liegt auf der Justiz, die in Hessen mit ausreichend Gerichtsstandorten auch weiterhin flächendeckend gut aufgestellt ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch wenn die Zeit knapp ist: Ein Blick in das Wunschregierungsprogramm der SPD lohnt sich. Denn darin bekennt sie sich ausdrücklich dazu, dass sie die von der Landesregierung geschlossenen Gerichtsstandorte nicht wieder wird

eröffnen können. Meine Damen und Herren, wenn das alles so schlimm ist, dann müssten Sie eigentlich genau das Gegenteil davon hineinschreiben. Ansonsten kann ich nur gewisse Schlüsse aus dem ziehen, was Sie dort schreiben.

(Marius Weiß (SPD): Das ist doch Unsinn!)

Wir setzen Schwerpunkte in der Justiz. Wir denken auch an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ein Schwerpunkt dabei ist z. B. das Thema Sicherheit, gerade in den kleineren Amtsgerichten oder den Staatsanwaltschaften. Wir werden für über eine halbe Million Euro neue Detektorrahmen anschaffen, damit überall dort eine vernünftige Sicherheit gewährleistet werden kann, wo sie im Einzelfall erforderlich ist.

Auch das Thema Sicherungsverwahrung ist bereits angesprochen worden. Das ist ein nicht gerade günstiges Thema für die Haushaltspolitiker im Hause. Wer sich das vorstellt: Wir müssen dort einen zweistelligen Millionenbetrag investieren, wie Sie vielleicht wissen, für einen Neubau. Wir machen einen Umbau in der bestehenden Justizvollzugsanstalt in Schwalmstadt und damit an dem Standort, der der gewünschte Standort der Beschäftigten für die neue Sicherungsverwahrung in Hessen ist.

Gleichzeitig zeigen wir durch unsere Zusammenarbeit mit dem Freistaat Thüringen, dass wir in der Lage sind, nicht nur das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und die Therapieangebote für die Sicherungsverwahrten, sondern auch die finanzpolitische Verantwortung in Übereinstimmung zu bringen, und zwar indem wir verantwortungsvoll mit dem Steuergeld umgehen und dafür sorgen, dass zwei Bundesländer eine Einrichtung gemeinsam betreiben werden, was damit auf Dauer für beide günstiger ist, als hätten sie zwei Einrichtungen gebaut.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch das Thema moderne IT ist bereits angesprochen worden. Wir haben nicht nur die GIT geschaffen, wie sie so schön heißt, die Gemeinsame IT-Stelle der hessischen Justiz, sondern wir haben bei dieser Gemeinsamen IT-Stelle auch die Gemeinsame elektronische Überwachungsstelle der Länder angesiedelt, die mit der Aufenthaltsüberwachung der Fußfesselträger – so will ich es kurz zusammenfassen – beauftragt ist.

(Zuruf des Abg. Marius Weiß (SPD))

Wir haben den wunderschönen Zustand, dass im Moment 14 von 16 Bundesländern mitmachen. Das heißt, 13 andere außer Hessen, und damit auch SPD-geführte Landesregierungen, sind der Meinung: Wir Hessen machen das Geschäft an der Stelle gut und richtig. Wir haben die Kompetenz dafür. – Von daher scheinen wir in Hessen dort auf dem richtigen Weg zu sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das weitere Haus des Jugendrechts ist bereits in der Diskussion sowohl über das Innenressort als auch über das Justizressort angesprochen worden. Deswegen überspringe ich das.

Als Letztes will ich noch die Jugendarrestanstalt Gelnhausen nennen, die wir erweitert haben und umbauen. Soweit wir das wissen, wird die Eröffnung dieser neuen Einrichtung Anfang des kommenden Jahres sein, sodass wir auch dort richtig aufgestellt sind.

Zur Integration. Frau Kollegin Öztürk, auch ich wollte hier beispielhaft das Thema islamischer Religionsunterricht anführen. Der Weg, auf den wir uns als Hessen gemacht haben, ist sicherlich nicht der einfachste Weg, um einen echten islamischen Religionsunterricht einzuführen. Andere Bundesländer haben es sich – ich erlaube mir, das so zu sagen – einfacher gemacht.

(Zuruf des Abg. Marius Weiß (SPD))

Sie haben es an der Stelle aber sicherlich auch verfassungsrechtlich bedenklich gemacht. Von daher ist der Weg, den wir gehen, wie ich eben gesagt habe, zwar nicht der einfachste, aber er ist der richtige Weg. Ich bin mir sicher, dass wir, wenn alle Gutachten endgültig erstattet sind, auch zu einem entsprechenden Beschluss kommen werden, bzw. dann ist es nur noch eine Entscheidung der Landesregierung. Von daher sind wir dort richtig aufgestellt.

Bereich Europa. Es ist angesprochen worden: Wir bauen ein neues Mehr-Regionen-Haus in Brüssel. Damit ist unsere Darstellung, wie wir uns als Land präsentieren, einzigartig, weil wir uns nicht nur als Land Hessen präsentieren, sondern zusammen mit unseren Partnerregionen. Es ist absehbar, dass unsere neue Partnerregion Bursa in unser neues Mehr-Regionen-Haus einziehen möchte, sodass wir auch dort die Menschen wieder zusammenbringen und zeigen: An Hessen führt auch in Brüssel kein Weg vorbei.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Schlussendlich möchte ich, um noch für die nachfolgenden Kollegen Zeit übrig zu lassen, und damit der Kollege Müller am Ende auch noch etwas hat, all den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Geschäftsbereich des Justizministeriums danken, in den Gerichten, in den Staatsanwaltschaften und in den Justizvollzugsanstalten. Allen, die wir dort im Angebot haben, möchte ich für ihren Dienst danken, weil sie den nicht für sich selbst erbringen, sondern für die Menschen in unserem Land. Dafür einen herzlichen Dank von dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Honka. – Als Nächster spricht Herr Dr. Wilken für die Fraktion DIE LINKE.

Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, der Sie jetzt als „Behauptungsminister“ diffamiert worden sind,

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Verteidigen Sie mich!)

ich will einmal schauen, wie Sie sich auf den Feldern behaupten. Sie werden Verständnis dafür haben, dass ich Ihnen nicht Vorschläge mache, wie Sie in Ihrem Ministerium Geld einsparen sollen. Es wäre wohl auch sehr vermessen, da Sie als Landesregierung in den nächsten zwei Jahren im Saldo sowieso 1,1 Milliarden € mehr ausgeben werden, als vorgesehen war. Von daher will ich mich darauf konzentrieren, Ihnen Vorschläge zu machen, was man mit dem Geld, das Sie ausgeben, denn Sinnvolleres tun könnte.

Der Rechnungshof hat Ihnen vorgerechnet, dass die Teilprivatisierung der Haftanstalt in Hünfeld viel Geld kostet. Wir haben gesagt, wir könnten dort 5,5 Millionen € jähr-

lich anders einsetzen. Wofür müssen die anders eingesetzt werden? – Sie sparen dort nämlich kein Geld, sondern geben noch mehr Geld aus und haben Haft- und Arbeitsbedingungen in der Anstalt verschlechtert. Es gibt nicht nur nach wie vor das Problem, mit einer 42-Stunden-Woche einen Schichtplan aufstellen zu können, sondern auch, dass Mitarbeiterinnen z. B. in der Werkstatt, so sie im Justizvollzugsdienst sind, auf einmal allein dastehen, weil um sie herum nur noch private Mitarbeiter sind und sie in gefährlichen Situationen keinen Rückhalt mehr von Kollegen bekommen können. All diese Probleme können Sie lösen, wenn Sie Geld anders ausgeben, wenn Sie dazu zurückkehren, dass eine Haftanstalt auch in Hessen nicht teilprivatisiert geführt werden darf.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, mein Vertrauen in Ihre ohnehin eingeschränkte Fähigkeit, Fakten wahrzunehmen, ist sehr gering. Ich möchte Sie trotzdem daran erinnern,

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Das wäre ein Lob!)

dass es bei den Betroffenen und in der Bevölkerung kein einhelliges Lob gegeben hat, dass Sie, nachdem Sie Gerichtsstandorte geschlossen haben, jetzt auch noch weiter in den Gerichten und bei den Richtern fleißig Personal abbauen wollen.

Der Richterbund, insbesondere die Vorsitzende des Richterbundes, hat Ihnen das richtig um die Ohren gehauen. Also behaupten Sie hier doch nicht, alle wären damit einverstanden, dass Sie die Gerichtsstandorte in Hessen weiterhin schwächen und damit die Möglichkeit von Bürgerinnen und Bürgern, in Hessen Recht zu bekommen, deutlich erschweren. Sie müssen nicht nur weiter fahren, um zu einem Gericht zu kommen, sondern müssen auch noch länger warten, bis Recht gesprochen wird. Das ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine letzte Bemerkung an den Europa- und Integrationsminister. Vielleicht setzen Sie sich in Zukunft auch etwas mehr für das ein, was alltagsweltlich in unseren Städten nach wie vor gebraucht wird. Als Querschnittsaufgabe Integration mit Blick auf Europa wünsche ich mir, dass wir nicht nur internationale Schulen haben, wo amerikanisch akzentuiertes Englisch gesprochen wird, sondern dass wir endlich einmal wieder dahin kommen, dass in unseren hessischen Schulen genügend muttersprachlicher Unterricht möglich wird. – Danke sehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Dr. Wilken. – Ich darf Herrn Staatsminister Hahn das Wort erteilen.

Jörg-Uwe Hahn, Minister der Justiz, für Integration und Europa:

Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich sehr für die Unterstützung, welche uns im vergangenen Jahr, auch bei der Aufstellung des Haushalts für die Jahre 2013 und 2014, die uns tragenden Fraktionen von CDU und FDP gegeben haben. Ich bedanke mich sehr bei all denjenigen, die außerhalb des Parla-

ments die Arbeit sowohl im Bereich der Justiz als auch im Bereich der Integration und Europa unterstützt haben.

Ich jedenfalls erlebe eine Wirklichkeit, in der unsere Arbeit von der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen bis hin zu einer Vielzahl von Gewerkschaften im Justizbereich im Großen und Ganzen als positives Zeichen gesehen wird. Ich bedanke mich dafür; wir machen weiter, und wir hoffen, dass mit diesem Haushalt die Akzente auch für die nächsten zwei Jahre positiv gesetzt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es würde den Rahmen von fünf Minuten sprengen, wenn ich Ihnen aufzählen würde, was in diesem Jahr getan wurde und was in den beiden anderen Jahren, was eigentlich die Aufgabe einer Haushaltsdebatte ist, getan werden soll. Ich will nur schwerpunktmäßig herausnehmen, dass wir eine eigenständige IT-Organisation für die Justiz eingeführt haben. Da sind wir bundesweit führend. Wir wissen, dass es einen Unterschied zwischen E-Governance auf der einen Seite und E-Justice auf der anderen Seite gibt. Für die Feinschmecker: Es kann nicht sein, dass die Unabhängigkeit der Justiz im Bereich der technischen Verarbeitung aufgehoben wird.

Ich würde Ihnen gern darüber hinaus noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir in Hessen die Arbeit bei der Verfolgung der elektronischen Fußfessel so gut durchführen, dass alle 16 Bundesländer eine Vereinbarung abgeschlossen haben und dass bundesweit jede, aber auch jede Maßnahme über die Verwaltung, über den Server und über die ausgebildeten Persönlichkeiten der hessischen Justiz abgewickelt wird.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir mit zwei Häusern des Jugendrechts sowohl in Frankfurt am Main wie auch hier in Wiesbaden einen sehr guten Lauf nehmen. Ich sage hier in der Landeshauptstadt sehr bewusst: Ich bin sehr dankbar, dass unsere Strategie, auf die Konflikte hinzuweisen, in Wiesbaden dazu geführt hat, dass jetzt auch eine viel engere Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Wiesbaden, den Polizeibehörden und den Justizbehörden organisiert ist. Wir möchten noch ein weiteres Haus des Jugendrechts im Norden von Frankfurt einrichten und haben deshalb Ihnen gegenüber auch entsprechende Haushaltsanträge in Höhe von 100.000 € gestellt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich würde gern darauf hinweisen, dass die Arbeit im Bereich dessen, wie man mit Tätern häuslicher Gewalt umgeht, erfolgreich ist und wir ab dem Jahre 2013 z. B. die JUKO in Marburg unterstützen. Das ist eine Herzensangelegenheit einer Vielzahl von Abgeordneten, nicht nur von denen, die aus Marburg kommen, aber auch von ihnen. Das haben wir zusätzlich zu den Maßnahmen, die wir bisher auf der einen Seite zur Prävention und auf der anderen Seite zur Nachsorge durchführen, einbringen können.

Ich bedanke mich beim Herrn Kollegen Honka genauso wie beim Kollegen Müller, dass beide auf das Thema der Sicherungsverwahrung eingegangen sind. Frau Kollegin Hoffmann, ich kann mich noch daran erinnern, dass Sie hier einmal eine bemerkenswerte Rede gehalten und mir vorgeworfen haben, ich würde immer nur ankündigen, weil es eine Phase gab, in der Hessen diese Organisation alleine durchzuführen schien. Damals standen Sie hier und haben mit ganzer Frauenmacht erklärt, dass ich doch wirklich im-

mer nur erzählen würde, und es würde nicht umgesetzt werden.

Ich darf Ihnen zusagen, dass der thüringische Justizminister, ein wie ich in Kassel geborener Jurist, mit dem Land Hessen, mit mir, noch in diesem Jahr einen entsprechenden Staatsvertrag unterzeichnen wird. Also auch hier war es wieder einmal Oppositions...; es hatte mit den Fachlichkeiten aber nichts zu tun. Ich bin dafür dankbar, dass wir diese Zusammenarbeit mit Thüringen organisieren können, weil sie effektiver ist und weil wir darüber hinaus in erheblichem Maße hessische Steuergelder einsparen können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich würde Ihnen gerne noch zusätzlich sagen, dass wir im Strafvollzug natürlich eine personelle Aufstockung vorgenommen haben und auch weiterhin vornehmen werden, denn wenn man eine zusätzliche Anlage wie die Sicherungsverwahrung hat, dann muss man auch zusätzliche Personalstellen einrichten.

Ich sage Ihnen genauso deutlich, dass ich die Äußerung von Frau Goedel für falsch halte. Ich hatte bereits, ich glaube, es war am vergangenen Freitag, die Möglichkeit, unverzüglich darauf zu replizieren. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich sage auch hier von diesem Pult: Jeder hat in der hessischen Justiz eine Rolle, und natürlich hat auch die Interessenvertretung der Staatsanwälte und Richter eine Rolle. Nur haben wir alle die Verantwortung, den Bürgerinnen und Bürgern einen einigermaßen wahren Blick über die Justiz in Hessen zu vermitteln. Es ist schlicht falsch, und es hat mit der Lebenswirklichkeit an hessischen Gerichten nichts zu tun, dass in irgendeiner Weise überhaupt eine Fahnenstange gesehen wird, geschweige denn, dass das Ende bereits da ist. Das sage ich hier sehr deutlich, auch in Verantwortung gegenüber meinen Mitarbeitern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Lassen Sie mich zum Thema Europa schlicht und ergreifend sagen: Wir machen das, was Sie uns vor drei Jahren in einem Grundsatzbeschluss als Auftrag gegeben haben, nämlich die Interessen des Landes Hessen in Brüssel zu vertreten – sowohl im Bereich der Lobbyarbeit, aber auch, wenn es um Gesetzgebung bzw. Rechtsetzung geht. Bodenverkehrsdienste sind eines der Themen, bei denen Lobbyarbeit in letzter Zeit erfolgreich durch die Hessische Landesvertretung in Brüssel betrieben wurde, und zwar in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften am Frankfurter Flughafen sowie der Luftverkehrswirtschaft und der Fraport AG. Dafür, dass wir uns dort endlich repräsentativ aufstellen, habe ich überhaupt kein schlechtes Gewissen, sondern ich freue mich sehr, wenn wir am 5. oder 6. Juni des nächsten Jahres unsere Landesvertretung, unser Mehr-Regionen-Haus, in Brüssel eröffnen werden. Seien Sie herzlich eingeladen, es ist eine Reise, gegen die der Bund der Steuerzahler sicherlich nichts einwenden kann.

(Norbert Schmitt (SPD): Das weiß man nicht!)

– Das ist richtig, das weiß man nicht genau.

Lassen Sie mich zum Thema Integration schlicht und ergreifend sagen: Frau Kollegin Öztürk, die Rede, die Sie eben gehalten haben, halten Sie erschöpft und ideenlos seit drei Jahren. Ich kenne keinerlei Initiative der GRÜNEN auf Landesebene zum Thema Integration. Ich kenne nur die kritische bis nöhlende Begleitung der Arbeit der Regierungsfractionen von CDU und FDP und in der Landesregierung.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das macht mich aber nicht kirre, weil ich weiß – nach einem Gespräch, das ich eben mit der Geschäftsführerin der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen gehalten habe –, dass das in Hessen offensichtlich alle anders sehen, wie auch der Kollege von der SPD immer eine andere Rede hält als Sie. Bleiben Sie bitte dabei, dass Sie nicht mehr aktiv in der Integrationsarbeit in Hessen tätig sein wollen.

(Zuruf der Abg. Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist ja auch typisch für die GRÜNEN, weil sie gemeint haben, das sei ihr Thema – da kam ein Liberaler, der macht das Thema auch nicht so schlecht, jetzt sind sie beleidigt. Bleiben Sie bitte beleidigt, wir brauchen Sie nicht mehr dazu.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf der Abg. Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Eines sage ich zum Schluss, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ich wehre mich von diesem Pult aus dagegen, dass mir vorgeworfen wird, wir würden die Bürgerinnen und Bürger für dumm verkaufen.

(Mürvet Öztürk (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch!)

Das zeigt, dass Sie von diesem Thema leider ganz, ganz wenig Ahnung haben. – Ich bedanke mich für Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Staatsminister Hahn. – Zum Einzelplan 05 gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben leider keine Zeit mehr!)

Ich darf dann aufrufen:

Einzelplan 06 – Hessisches Ministerium der Finanzen –
in Verbindung mit

Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung –
und

Einzelplan 18 – Staatliche Hochbaumaßnahmen –

Erste Wortmeldung vom Kollegen Schmitt, SPD-Fraktion. Vorgesehen sind fünf Minuten.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ausgerechnet der Herr Ministerpräsident und der CDU-Fraktionsvorsitzende werfen anderen Unseriosität vor. Dieser Vorwurf kommt ausgerechnet von einer Koalition und von einer Regierung, die den Haushalt wahrlich nicht im Griff haben und deren Haushalt man sicherlich nicht als seriös bezeichnen kann. Ausgerechnet diese Koalition wirft anderen vor, mehr Mittel ausgeben zu wollen. – Meine Damen und Herren, schauen Sie doch einmal in den Haushaltsplan hinein: Die Ausgabensteigerungen nach KFA und LFA betragen von diesem Jahr auf 2013 700 Millionen € und von diesem Jahr auf 2014 1,1 Milliarden €.

(Zuruf von der SPD)

Der Ministerpräsident ist gerade nicht anwesend, auch der CDU-Fraktionsvorsitzende nicht, aber Sie geben verdammt viel mehr Geld aus als in diesem Jahr. Da können Sie anderen wohl nur schlecht vorwerfen, dass diese zu viele Mittel ausgeben wollen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU)

Ihre Ausgaben explodieren, während notwendige Einschnitte und wirkliches Sparen in die Zukunft verschoben werden. Wir haben uns schon in der ersten Lesung ausgetauscht. Die Schulden steigen deshalb auf über 43 Milliarden € am Ende von 2014, und die Neuverschuldung 2013 wird 1,4 Milliarden € betragen – und dies, obwohl – das Abschiedsgeschenk der FDP an ihre Wähler – die Grunderwerbssteuer erhöht wird und die Rücklagen geplündert werden.

Die Frage der Seriosität im Finanzplan ist heute Morgen angesprochen worden. Eine halbe Milliarde €, also 500 Millionen €, sind als globale Minderausgaben bzw. Mehreinnahmen in der mittelfristigen Finanzplanung eingeplant – völlig unbelegt. Die Tarifsteigerungen sind überhaupt nicht im Finanzhaushalt eingeplant. Und da reden Sie von seriöser Haushaltspolitik? Das Gegenteil ist hier der Fall.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben heute Morgen den Ministerpräsidenten und Herrn Dr. Wagner mit einer Diffamierungs- und Verleumdungskampagne gegenüber SPD und GRÜNEN erlebt, die eigentlich unglaublich ist –

(Zuruf von der SPD: Er kann nicht anders!)

unglaublich dünn, und wahrscheinlich kann er auch nicht anders. Aber er kann lesen. Ich würde dem Ministerpräsidenten nicht vorwerfen, dass er nicht lesen kann, er kann lesen. Und wenn er lesen kann; dann ist der Vorwurf, den er uns heute Morgen gemacht hat, wir hätten keine Sparvorschläge unterbreitet, schlicht unredlich. Wir haben Sparvorschläge in Höhe von 318 Millionen € für das Jahr 2013 und von 420 Millionen € für das Jahr 2014 gemacht. Darüber kann man natürlich diskutieren. Aber die Vorschläge sind von uns gekommen.

Sie betreffen z. B. die explodierenden sächlichen Verwaltungsausgaben, insbesondere weiterhin wegen der IT-Ausstattung. Oder den Umstand, dass mit der Bilanzierung ein Ballon aufgeblasen wurde, der 1,4 Millionen € kostet; allein das Attest, das wir darauf für die einzelnen Haushalte bekommen. Wir haben eine deutliche Rückführung beispielsweise der Stellen in den Ministerien vorgeschlagen. Wir haben als Kürzungsvorschlag eine Rückführung der Personalaufstockung bei den RPs aufgenommen – allein der Schutzschirm wird 14 Stellen bei den Regierungspräsidien fressen, weil Sie die Aufsicht verlagern. Das ist doch eine irre Geschichte. Dazu haben wir alle Kürzungsvorschläge gemacht.

Wir haben auch Umschichtungen vorgeschlagen, z. B. im Kultusbereich. Wir sagen ja gar nicht, dass Sie in diesem Bereich zu wenig Geld ausgeben. Aber das Geld, das Sie ausgeben, geben Sie falsch aus – mit der Folge, dass wir eine ungeheure Fehlentwicklung im Bildungsbereich haben, Chancengleichheit nicht garantiert ist und andere Länder längst an uns vorbeigezogen sind, die an dieser Stelle weniger Geld ausgeben.

(Beifall bei der SPD)

Sie behaupten, dass wir die eingestellten Einnahmen nicht beeinflussen könnten. Wir haben 2013 bei den Einnahmen den Wassercent vorgesehen. Die Frage der Rhön-Kliniken ist übrigens auch noch immer ungeklärt – was machen Sie eigentlich mit den nicht getätigten Investitionen? Gibt es da eine Rückforderung? Wir haben vorgesehen, dass mehr Steuerfahnder und Betriebsprüfer eingestellt werden. Das sind unsere Einnahmenvorschläge; die sind beeinflussbar, Herr Minister. Aber Sie beeinflussen sie nicht, das ist an dieser Stelle Ihr Problem. Deshalb ist der heute Morgen vom Ministerpräsidenten hierzu erhobene Vorwurf schlicht falsch und unwahr, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Schmitt, die fünf Minuten sind erreicht.

Norbert Schmitt (SPD):

Ich komme zum letzten Satz. – Ja, meine Damen und Herren, wir wollen die Einnahmen erhöhen, weil es so in dieser Gesellschaft nicht weitergehen darf, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Deswegen müssen wir an die Vermögensteuer und die Spitzensteuersätze ran. Da sind wir uns mit der Bundes-SPD einig, und dafür kämpfen wir bei der Landtags- und der Bundestagswahl gemeinsam.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Danke, Herr Schmitt. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Milde.

Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will gleich mit dem anfangen, was der Kollege Schmitt zum Schluss gesagt hat: Wollen allein reicht nicht, man muss es am Ende auch können. Sie haben wieder den Beweis dafür erbracht, dass Sie es nicht können. Deswegen ist die zukünftige Politik in Hessen bei dieser Landesregierung in den besten Händen.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Weil immer wieder die Behauptung vorneweg getragen wird, man könne das alles mit Steuererhöhungen erreichen:

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das stimmt auch!)

Wir haben ein Grundprinzip in unserer Gesellschaft, nach dem starke Schultern mehr tragen als schwache Schultern. Die starken Schultern müssen in Deutschland viel tragen; das wurde heute Morgen diskutiert. Natürlich kann man immer mal wieder versuchen, noch etwas auf die starken Schultern draufzulegen. Wenn aber der Punkt erreicht ist, dass die starken Schultern zusammenbrechen, dann sind nur noch die schwachen da, und eine solche Zukunft wollen wir wohl nicht.

(Beifall des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Ich will kurz auf ein paar Dinge eingehen, die in den Einzelplänen 06, 17 und 18 für mich entscheidend sind.

Wir fangen einmal mit den Investitionen an. Es ist für dieses Land schon eine zukunftssträchtige Entscheidung, dass wieder 2,1 Milliarden € in Investitionen für die Infrastruktur des Landes gesteckt werden. Dazu gehören 100 Millionen € für den Landestraßenbau; das entlastet die Menschen und bringt Arbeitsplätze in die Region. Damit sollten wir alle zufrieden sein, anstatt wie die GRÜNEN zu versuchen, Zahlen zu erreichen, die wir vor 13 Jahren vorgefunden haben. Damals war es nämlich ein Drittel von dem, was wir heute haben.

Die SPD möchte den Zukunftsfonds abschaffen. Auch darin sind Mittel, die für Forschung und Hochschulen, aber auch für den Landesstraßenbau dringend notwendig sind. Dafür haben wir null Verständnis, meine Damen und Herren.

Wichtig im Einzelplan 17 ist z. B. der Kommunale Finanzausgleich. Von der SPD und auch von den GRÜNEN wird teilweise versucht zu instrumentalisieren, dass es auch in der Vergangenheit Kürzungen gab. Wir wollen einmal festhalten: Es handelt sich um den höchsten Kommunalen Finanzausgleich, den es je in der Geschichte des Landes gegeben hat. Mit 3,8 Milliarden € können die Kommunen über so viel Geld des Landes verfügen wie noch nie in der Geschichte. Darüber sind sie froh und wollen nicht von Ihnen beschimpft werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben dafür gesorgt, dass mit der Reform des Kommunalen Finanzausgleichs – woran sich die SPD im Prinzip nicht beteiligt hat, sie wollte ein bisschen Opposition machen – ein Stück mehr Gerechtigkeit in die Frage kommt: Wie findet der Ausgleich untereinander statt? Das ist ein guter Einstieg in die Frage: Wie kann man dem ländlichen Raum stärker helfen? Wie kann man die demografische Entwicklung im Kommunalen Finanzausgleich abbilden? Hier werden 72 Millionen € zugunsten des ländlichen Raums umgeschichtet. Auch die SPD hätte solch vernünftige Vorschläge für den Kommunalen Finanzausgleich machen können, meine Damen und Herren.

Ähnlich ist es mit dem Kommunalen Schutzschirm. Ich bin richtig entsetzt, dass jetzt schon wieder die Forderung kam, die Stellen in den Regierungspräsidien abzulassen.

(Nancy Faeser (SPD): Was sollen die denn machen?)

Natürlich geht es um die Aufsicht. Aber wir brauchen die Stellen grundsätzlich, wenn wir den Kommunalen Schutzschirm wollen.

(Nancy Faeser (SPD): Warum denn?)

Ich will Ihnen sagen: 2,8 Milliarden € Schuldenabnahme in den ärmsten Kommunen in Hessen, 400 Millionen € weiterer Zuschuss über Zinszuschüsse. Das sucht seinesgleichen in Deutschland, meine Damen und Herren. Die hessischen Kommunen können froh sein, dass sie die Landesregierung haben.

(Zurufe von der SPD – Holger Bellino (CDU): Sehr richtig!)

Es ist schlicht unzumutbar, dass Sie den Schutzschirm für die Kommunen abschaffen wollen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist unglaublich!)

Dazu gehört, dass wir über die Frage der Neuverschuldung diskutieren. Natürlich wurde das Thema angesprochen, der Weg ist auch nicht einfach. Aber die Neuverschuldung liegt gegenüber dem Planansatz 2010 im Jahr 2013 bei einem Drittel. Der Abbaupfad wird strikt und konsequent eingehalten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): 3 Milliarden € Schulden!)

Den Vorschlägen der SPD konnte ich übrigens nicht entnehmen – ich bin noch bei der SPD –,

(Marius Weiß (SPD): Sehr interessant!)

dass in Richtung Schuldenbremse irgendetwas anderes unternommen werden soll, als es die Landesregierung macht. Insofern kann das, was die Landesregierung vorgelegt hat, nur gut sein.

(Nancy Faeser (SPD): Wir stellen nicht 150 neu im Regierungspräsidium ein!)

Die Ausgabenerhöhungen, die Sie eben der Landesregierung vorgeworfen haben, die im Wesentlichen in Infrastruktur und in Bildung gehen,

(Marius Weiß (SPD): Stimmt doch überhaupt nicht!)

nehmen Sie einfach mit. Die 700 Millionen €, die Rot-Grün an zusätzlichen Ausgaben ohne jede Deckung gewünscht hat, kommen noch obendrauf. Von Ihnen brauchen wir nun wirklich keine Vorschläge, wie man mit der Neuverschuldung im Lande umgeht.

(Marius Weiß (SPD): Ach! So ein Quark!)

Als letzten Punkt will ich das Steuerabkommen mit der Schweiz ansprechen. Mit einer einfachen Zustimmung der Bundesländer, in denen Sie regieren, könnten wir Millionen € Mehreinnahmen für das Land erreichen. Das wäre gerecht und richtig und würde dem Land helfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Milde. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Erfurth für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehen wir uns einmal an, welche finanzpolitischen Aufgaben sich CDU und FDP vorgenommen hatten und was daraus geworden ist. Die Nettoneuverschuldung sollte vorrangig zurückgefahren werden, höhere Steuereinnahmen sollten zum Abbau des Haushaltsdefizits genutzt werden. Wie sieht die Lage aus? – Trotz sprudelnder Steuereinnahmen, trotz des Griffs in den Kommunalen Finanzausgleich, der sich 2013 auf 379 Millionen € aufgebaut hat, trotz der unterlassenen Zuführung in die Versorgungsrücklage – das sind 100 Millionen € – und trotz der Anhebung der Grunderwerbsteuer, die 220 Millionen € mehr Landeseinnahmen bringt, soll die Nettoneuverschuldung nur um 160 Millionen € zurückgefahren werden. Wer mitgerechnet hat, wird feststellen: Ohne die steigenden Steuereinnahmen auf Bundesebene hat sich das Land auf Kosten anderer um 699 Millionen € entlastet, die theoretisch mehr in der Landeskasse wären. Dennoch schafft es die Landesregierung,

die Neuverschuldung nur um 160 Millionen € zurückzunehmen.

Unsere Vorschläge, die die Nettoneuverschuldung um 230 Millionen € reduziert hätten, haben Sie abgelehnt. Wenn Sie noch einen Beweis gebraucht hätten, dann könnte man diesen wenigen Zahlen entnehmen: Schwarz-Gelb kann nicht mit Geld umgehen, die Regierung ist erschöpft, verbraucht, ihr fällt nichts Gutes für Hessen ein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wie sieht es mit einem anderen großen Projekt der Landesregierung aus? Die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs ist die Geschichte von der Reform zum Reförmchen. Mit großem Getöse wurde eine umfassende Neuordnung angekündigt. Das war allerdings schon im Mai 2006, damals noch unter Ihrem Vorgänger, Herr Dr. Schäfer, Herrn Weimar. Die Vorschläge haben einige besonders eklatante Fehlentwicklungen des Finanzausgleichs aufgezeigt. Es wurde versprochen, man wolle an den Problemen arbeiten und sie lösen. Dann wurde recht werbewirksam eine überparteiliche Mediatorengruppe eingesetzt, die lange vor sich hinarbeitete. Der Abschlussbericht wurde – immerhin – am 6. Oktober 2011 an den Ministerpräsidenten übergeben. Dann wurde eine Facharbeitsgruppe eingesetzt, die versucht hat, politische Einigkeit über die Reformvorschläge der Mediatorengruppe zu erzielen.

Ich muss sagen, Herr Finanzminister, der Gedanke, im Vorfeld mit allen Beteiligten über die Reform zu reden, war gut. Es ging um Fragen wie: Wo können wir uns einigen? Wo finden wir Schnittmengen? Wo können wir überzeugen? – Was dabei am Ende herauskam, ist gemessen an den Erwartungen, die Sie geweckt haben, aber vergleichsweise bescheiden. Aus der Reform wurde das Reförmchen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Hier fehlte schlicht und einfach die Kraft zur Umsetzung.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Herr Milde, Sie sagen, die Kommunen könnten froh sein, dass es die schwarz-gelbe Landesregierung gibt. Wo war denn die Landesregierung? Es gab keine Entscheidung, sondern das Zusammengehen auf dem minimalen Level. Sie haben sich nicht getraut, überhaupt eine Reform anzufassen, die den Namen verdient hätte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben sich nicht getraut, das Übel an der Wurzel zu fassen, nämlich die Finanzverteilung zwischen Kommunen und Land. Hier wäre eine Reform nötig gewesen. Das haben Sie sich nicht getraut anzufassen. Auch da zeigt sich: Die Regierung ist verbraucht. Sie bringt die nötige Reform der Kommunalfinanzen nicht zustande.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was macht die Landesregierung stattdessen? – Sie greift zu einer Zeit in den Kommunalen Finanzausgleich ein, da die Kommunalfinanzen ohnehin unter Wasser stehen, und sie entzieht den Kommunen zusätzlich Geld. Als Sie dann kurz vor der Kommunalwahl merkten, dass das Ganze so nicht weitergeht, erfanden Sie das Trostpflaster „Kommunaler Schutzschirm“. Wenn Sie die Kraft aufgebracht hätten, die Kommunalfinanzen grundlegend zu ändern, hätten Sie diese Reparaturmaßnahme nicht gebraucht. Unseren

Antrag, die Kommunen zu entlasten und den KFA um 170 Millionen € anzuheben, haben Sie abgelehnt. Das finde ich sehr bemerkenswert.

Das zu Ihren Worten, Herr Milde: Die Kommunen können froh sein, dass es Schwarz-Gelb gibt. – Wenn Sie unseren Antrag unterstützt hätten, dann hätten sich die Kommunen vielleicht freuen können. So aber geht es an der Sache vorbei.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und dem Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Vizepräsident Lothar Quanz:

Frau Kollegin, der freundliche Hinweis: Die fünf Minuten sind erreicht.

Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich danke Ihnen, Herr Präsident. – Ich kann nur sagen: Von engagierter Finanzpolitik kann man nicht reden. Wenn Sie einen Beweis brauchen, dass man so keine solide Haushaltspolitik machen kann, dann hat Schwarz-Gelb ihn abgeliefert. Wir können nur hoffen, dass wir die Regierung 2014 ablösen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Sie werden Verständnis haben, dass wir diese Hoffnung nicht teilen!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Frau Erfurth. – Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Kollege Noll zu Wort gemeldet.

(Nancy Faeser (SPD): Eine Abschiedsrede? – Norbert Schmitt (SPD): Und dann die Nachschulung?)

Alexander Noll (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die wesentlichen Bereiche des Haushalts sind bereits in den grundsätzlichen Stellungnahmen am Anfang zum Einzelplan 02 dargestellt worden. Deswegen will ich mich nur auf ganz wenige Aspekte beschränken, die sich im Prinzip aus den hier zur Diskussion stehenden Einzelplänen ergeben.

Zu steigenden Steuereinnahmen, die Grundlage dieses Doppelhaushalts sind, gehört natürlich auch eine gute Landespolitik. Diese Landespolitik sorgt dafür, dass es in Hessen boomt, dass wir Wirtschaftswachstum haben und den Jobmotor und Wirtschaftsmotor Frankfurter Flughafen hier in Hessen am Laufen halten.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Jobmotor Rechnungshof!)

Das wiederum sorgt dafür, dass wir gute Einnahmen haben. Wir stehen in Hessen sehr gut da, was die Steuereinnahmesituation betrifft, und vor allem auch, was das Überwinden der Finanzkrise betrifft. Da hat Hessen mit seinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gute Voraussetzungen geschaffen und diese Landesregierung gute Zeichen gesetzt.

Das schlägt sich auch nieder – im Gegensatz zu dem, was Sie, Frau Erfurth und auch Herr Schmitt, geäußert haben – in der Unterstützung der Kommunen. Ein Zeichen für die gute Entwicklung dieses Landes und seiner Steuern ist der Aufwuchs des Kommunalen Finanzausgleichs. Herr Kollege Milde hat es bereits in seiner Stellungnahme gesagt: Wir werden bald die Grenze von 4 Milliarden € überschreiten, wenn die positive Entwicklung im Lande Hessen so weitergeht. Das ist eine Größenordnung, die das Land Hessen noch nie an seine Kommunen ausgeschüttet hat.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist auch ein Zeichen für diesen gesunden Haushalt. Das ist im Übrigen auch ein Zeichen dafür, wenn Ausgaben steigen. Herr Schmitt, entscheidend ist am Ende die Frage, wie sich die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben schließt. Hier hat die Landesregierung mit dem Doppelhaushalt klare Zeichen dafür gesetzt, dass wir mit dem vorgenommenen Abbaupfad zur Reduzierung des Defizits die Schuldenbremse schon vor dem Jahr 2020 einhalten werden. Auf diesem Weg werden wir konsequent vorangehen.

Die Leistungsfähigkeit der Kommunen ist nach wie vor ein wichtiger Aspekt für gesunde Wirtschaftsentwicklung im Lande Hessen. Dazu zählt der Kommunale Finanzausgleich. Dazu zählt aber auch, dass sich die Landesregierung vollkommen unabhängig von der Frage, wer es denn verschuldet hat, der notleidenden Kommunen annimmt und mit dem Kommunalen Schuttschirm den Kommunen, die willens sind, sich selbst an dieser Aktion zu beteiligen, einen Weg aufzeigt, Schulden abzubauen und ihre Haushalte wieder in eine gesunde Lage zu bringen.

Das alles ist möglich mit diesem Doppelhaushalt. Das alles sind deutliche Anzeichen dafür, dass wir uns in Hessen auf einem sehr guten Weg zu einem schuldenfreien Haushalt, zu einem defizitfreien Haushalt befinden. Wir werden diesen Weg konsequent fortsetzen, auch über den Tag der Landtagswahlen hinaus in dieser Koalition.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Günter Rudolph (SPD): Zum Einzelplan 11 hätte ich gerne noch etwas gehört! Alles müssen wir selbst machen! – Gegenruf des Abg. Holger Bellino (CDU): Dann macht es doch!)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr Kollege Noll. – Ich darf Herrn van Ooyen für die Fraktion DIE LINKE das Wort erteilen.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Haushalt des Landes Hessen weist wieder einmal eine Neuverschuldung aus. Auch die Verankerung der Schuldenbremse in der hessischen Landesverfassung hat nichts daran geändert, aber auch gar nichts.

(Gottfried Milde (Griesheim) (CDU): Natürlich, der Abbaupfad!)

– Ich komme noch auf den Abbaupfad, Herr Milde. – Die Regierungsfaktionen und insbesondere die Partei der Beserverdienenden haben hier immer wieder gebetsmühlenartig wiederholt, dass das Geheimnis des Sparens der Verzicht sei. Herr Kollege Noll, tatsächlich müssen aber auch

Sie eingestehen, dass selbst eine schwarz-gelbe Landesregierung um Steuererhöhungen nicht herumkommt. Deshalb folgen Sie unserem Vorschlag und erhöhen die Grunderwerbsteuer.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist ein wichtiger, aber eben auch der einzige Punkt, in dem sich die hessische Haushaltspolitik auf dem richtigen Weg befindet.

(Norbert Schmitt (SPD), zur CDU gewandt: Kniefall vor der Linkspartei!)

Das ist umso bemerkenswerter, als ohne diese Steuererhöhung die Nettoneuverschuldung dieses Jahr in Hessen nicht sinken, sondern ansteigen würde.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, ich stelle also fest: Ohne Steuererhöhungen kann auch Schwarz-Gelb die Neuverschuldung des Landes nicht senken.

(Beifall des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Ich habe allerdings wenig Hoffnung, dass diese Landesregierung endlich die Konsequenzen zieht und einsieht, dass das Kürzen öffentlicher Leistungen nichts mit Haushaltskonsolidierung zu tun hat.

Herr Finanzminister Dr. Schäfer, in Ihrem Entwurf ist einiges im Argen. Tatsächlich bedienen Sie sich einiger Tricks, um die Zahlen schön aussehen zu lassen. Zum einen veranschlagen Sie einen Tarifabschluss nur mit der Hälfte dessen, was zu erwarten ist. Wenn die Beschäftigten des Landesdienstes – davon kann man ausgehen – eine Tarifabschluss erkämpfen wie gegenüber Bund und Kommunen, dann, Herr Schäfer, rechnet sich Ihr Etat für 2013 um 125 Millionen € schön und für 2014 sogar um 225 Millionen €.

Dazu kommt, dass die Einzahlungen für die Weimar-Rücklage – zwar einmalig für das Jahr 2013, das wird immer wieder betont – ausgesetzt worden ist. Dafür gibt es noch nicht einmal eine vernünftige Begründung. Allerdings bringt dies schon für das Jahr 2013 noch einmal gut 108 Millionen € und für 2014 immerhin weitere 12 Millionen € an Einsparungen, die sozusagen nicht auf dem Kreditwege aufgenommen werden müssen.

Wenn man jetzt noch die Rücklagenbewegung von 133 Millionen € im Jahr 2013 und 65 Millionen € im Jahr 2014 hinzunimmt, dann versteht man, was hier wirklich läuft: Durch Rechentricks, die allesamt nichts zur Haushaltskonsolidierung beitragen, schaffen Sie es, dass die Neuverschuldung auf dem Papier sinkt. Würden Sie aber einen seriösen Haushalt aufstellen, dann wäre klar, dass die Neuverschuldung 2013 sogar ansteigt.

Herr Finanzminister Dr. Schäfer, ich stelle fest, Ihre Strategie zur Einhaltung der Schuldenbremse ist im Jahr 1 nach der Verfassungsänderung bereits gescheitert. Ich werte das ausdrücklich als Erfolg derjenigen, die immer deutlich gemacht haben, dass sie eine Schuldenbremse ablehnen, weil sie nicht einzuhalten ist, die einen handlungsfähigen Staat brauchen und deshalb gegen die Schuldenbremse aktiv waren. Sie werden um weitere Steuererhöhungen im Bund nicht herumkommen; insbesondere die Vermögenssteuer wird als Landessteuer sicher entscheidend sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe eine Frage: Warum die GRÜNEN diese Steuer ablehnen und immer wieder eine Vermögensabgabe wollen, das ist mir nicht erklärlich, weil diese Vermögensabgabe dem Land gar nicht zugutekommen würde.

Ich will noch kurz einen anderen Punkt anschnitten; denn die Hessische Landesregierung hat sich in den letzten Wochen geoutet, was eigentlich ihre Hauptaufgabe ist: Sie ist für die Durchsetzung der Interessen der Banken und des Finanzkapitals verantwortlich. Sie hat sich als Finanzplatzkabinett mit der Mehrheit der Minister zusammengefunden und kämpft deshalb als Landesregierung gegen eine Finanztransaktionssteuer und gegen Bankenregulierung. Deshalb wird vehement für ein Steuerabkommen mit der Schweiz geworben und das Verbrechen der Steuerhinterziehung vernebelt. Der Ankauf von neuen Steuer-CDs aus den Steueroasen in aller Welt wird in Hessen nicht angegangen.

Ein letzter Punkt. Wir sind dafür, endlich mit der Privatisierung Schluss zu machen. Die Leo-I- und Leo-III-Geschichten sind Geschichte. Dennoch werden weiter Immobilien als Tafelsilber verschербelt.

Vizepräsident Lothar Quanz:

Herr Kollege van Ooyen, für Sie als Hinweis: Die fünf Minuten sind erreicht.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss. Auch die PPP-Projekte sind im Grunde genommen in der Kritik. Leider wird nur durch öffentlichen Druck das eine oder andere verhindert. Beim Nachrechnen durch die Rechnungshöfe und die Revisionsämter wird die Erkenntnis klarer, dass solche Projekte einfach überteuert sind und das Finanzgebaren hinterfragt und abgeschafft werden muss. Das wird ein für alle Mal deutlich, weil auch die Rechnungshöfe inzwischen diese Kritik teilen. Ich nehme an, dass wir diese PPP-Projekte abschaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Lothar Quanz:

Vielen Dank, Herr van Ooyen. – Für die Landesregierung spricht Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beraten gerade den Einzelplan 17 und den Einzelplan 06. Ich werte den Umstand, dass ich jedenfalls zum Einzelplan 06 in der Debatte keine besonderen Überpointierungen festgestellt habe – in manchen Redebeiträgen kam er gar nicht vor –, dass das Haus der Ansicht ist, mit der hessischen Steuerverwaltung so, wie sie aufgestellt und dotiert ist, zufrieden zu sein. Ich nehme das als ein Kompliment für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der hessischen Steuerverwaltung an dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Debatte konzentrierte sich auf den Einzelplan 17, unter dessen Schirm man alle politischen Fragestellungen der Haushaltspolitik gut diskutieren kann, weil am Ende dort alle Fäden des Haushalts zusammenlaufen. Lassen Sie

mich wenige Anmerkungen zu einzelnen Aspekten der Debatte machen.

Herr Abg. Schmitt, die innere Logik Ihres Vortrages erschließt sich mir an einer Stelle nicht. Sie werfen uns eine zu hohe Ausgabensteigerung vor. Darüber kann man diskutieren und streiten. Gleichzeitig aber eine weitere Ausgabensteigerung über 700 Millionen € anzukündigen, untermauert zumindest nicht die Seriosität der Kritik an der vorherigen Ausgabensteigerung;

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Alexander Noll (FDP))

es sei denn, man ist in der Lage, die eigenen Ausgabensteigerungen und die, die man den anderen vorwirft, durch seriöse Gegenfinanzierungsvorschläge zu untermauern.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Jetzt kenne ich bisher nur Ihre öffentliche Ankündigung und Ihre Rede, aber nicht einen einzigen Antrag zur Änderung des Haushalts. Üblicherweise ist es so, dass man den Versuch unternimmt – die LINKEN und die GRÜNEN haben das ja geschafft –, die Haushaltsanträge jenseits derer, die in der dritten Lesung noch einmal die letzten Punkte zusammenführen, aber das Gros der Haushaltsänderungsanträge rechtzeitig zur zweiten Lesung vorzulegen. Ich wundere mich, dass das der Sozialdemokratischen Partei nicht gelungen sein soll.

Herr Schmitt, ich hege hier eine andere Vermutung. Sie sind beispielsweise bei der Frage Ihrer verbal vorgetragenen Vorschläge noch nicht einmal in der Lage, die in Änderungsanträge zu gießen, weil Sie nämlich dann offenbaren müssten, welche Milchmädchenrechnung Sie dort anstellen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Sie fordern die Auflösung des Zukunftsfonds und sind der Auffassung, da sei ein dreistelliger Millionenbetrag im Jahr zu sparen.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist abenteuerlich!)

Das ist vordergründig richtig. Wenn Sie ihn aber auflösen und die korrespondierenden Ausgaben gleichzeitig in Abgang stellen, müssten Sie den vier Forschungsinstituten, die daraus finanziert werden sollen, erklären: Tut uns fürchterlich leid, das Geld gibt es leider nicht mehr. – Dies scheuen Sie, weil Sie genau wissen, dass das am Ende eine Diskussion ist, die in die Struktur Ihres Wahlprogramms absolut gar nicht hineinpasst. Deshalb haben Sie nach meiner Vermutung auf die konkreten Änderungsanträge bisher verzichtet. Am Ende hätte man die Luftbuchungen, die Sie dort vornehmen, wirklich sehr deutlich gesehen.

Lassen Sie mich eine weitere Anmerkung machen. Frau Erfurth hat sehr intensiv auf die Diskussion des Kommunalen Finanzausgleichs rekurriert. Ich habe ausdrücklichen Anlass, mich bei allen Fraktionen des Hauses für die Bereitschaft zur Mitarbeit in der Facharbeitsgruppe zu bedanken.

Ich sage ausdrücklich, dass uns die Diskussion dort bei allen Gegensätzen – die in der Sache weniger zwischen den hier Versammelten, sondern überwiegend zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden waren – ein ganz entscheidendes Stück vorangebracht hat: einerseits in der Frage

dessen, dass wir jetzt ein Element aus diesem Paket heraus noch in die Gesetzgebung in dieser Legislaturperiode werden gießen können. Man kann darüber streiten, ob einem das reicht oder nicht reicht. Die Diskussion will ich gar nicht führen. Aber es geht jedenfalls ein Schritt voran.

(Vizepräsidentin Ursula Hammann übernimmt den Vorsitz.)

Auf der anderen Seite wurde die Bestandsaufnahme in einem Paket zusammengeführt, das jedenfalls eine hohe Chance hat, in einer kommenden Legislaturperiode die Grundlage für einen im Haus weitestgehend konsensualen nächsten Schritt zu gehen. Ich glaube, dass dafür eine gute Grundlage gelegt ist. Deshalb war es richtig, diesen Weg zu gehen, das Projekt gemeinschaftlich anzugehen und am Ende nicht das klassische Spiel von Regierungsvorlage und Opposition zu machen. Der Erfolg der Arbeit dieser Arbeitsgruppe gibt uns recht. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Dr. Schäfer. – Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Damit sind die Einzelpläne 06, 17 und 18 gelesen.

Wir kommen zum nächsten Einzelplan, den ich nun aufrufen werde:

Einzelplan 07 – Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung –

Als erster Redner hat sich Herr Frankenberger von der SPD-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Uwe Frankenberger (SPD):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! An der Spitze des Wirtschaftsministeriums ist es im zu Ende gehenden Jahr zu einem Wechsel gekommen. Zwei vermeintliche Nachwuchshoffnungen der hessischen FDP drängelten voller Ungeduld, nun endlich auf Ministerstühlen Platz nehmen zu dürfen. Am 1. Juni 2012 war es dann endlich so weit.

(Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Meine Damen und Herren, die hessische FDP im Umfragetief, voller Existenzängste, beschloss eine Doppelstrategie. Auf der einen Seite sollten zwei neue Gesichter den Menschen frischen Wind vermitteln. Auf der anderen Seite sollten, da man nicht so sicher war, ob der frische Wind auch so richtig ankommt und die FDP damit aus dem Umfragetief herausbläst, möglichst viele Mitglieder auf attraktive Posten nach dem Motto versorgt werden: Sicher ist sicher.

(Günter Rudolph (SPD): Das glaube ich nicht!)

Der letzte Teil der Doppelstrategie ist, wie man Presseberichten der vergangenen Wochen entnehmen konnte, mittlerweile in vollem Gang. Die Idee mit dem frischen Wind hat dagegen den erhofften Durchbruch noch nicht gebracht. Das ist nun wirklich keine große Überraschung, denn wer meint, mit neuen Gesichtern die alte Politik einfach so weiterzufahren,

(Günter Rudolph (SPD): Das wird nix!)

die für schlechte Umfragewerte gesorgt hat, der unterschätzt ganz einfach die hessischen Wählerinnen und Wähler.

(Beifall bei der SPD)

Der hessische Wirtschaftsminister ist zwar eifrig im Hessenland unterwegs, zeigt Präsenz, übergibt Förderbescheide. Im Ergebnis ist festzuhalten: viel Wind, aber wenig Neues.

(Jürgen Lenders (FDP): Es geht doch voran!)

Hessen ist ein wirtschaftsstarke Land. Aber seit Jahren müssen wir Entwicklungen zur Kenntnis nehmen, die uns aufhorchen lassen und Sorgen machen müssen. So hat Hessen in dem Dynamik-Ranking unter den Bundesländern der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft für 2012 lediglich Platz 13 belegt. Platz 13 von 16 Bundesländern – das ist für dieses starke Land blamabel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Als Fortschritt ist festzuhalten: Hessen ist ein starker Standort. Aber es wird zu wenig daraus gemacht. – Wie schreibt die Initiative in ihrer Pressemitteilung am 7. September 2012?

Aufwind für Hessen kommt vor allem aus dem Norden ...

Das erfüllt mich als Nordhesse mit Stolz.

(Beifall bei der SPD)

Risiken gehen aber vor allem von der Bankenkrise aus.

Meine Damen und Herren, das zeigt auf der einen Seite, Nordhessen ist gut aufgestellt, aber auf der anderen Seite war und ist Hessen in einer Krise viel anfälliger als andere Bundesländer.

(Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Ich sage das erst einmal ohne Vorwurf. Aber die Struktur in diesem Bundesland ist nun einmal so, wie sie ist. Die jetzige Landesregierung mit CDU und FDP muss sich schon einmal den Vorwurf gefallen lassen, dass es eigentlich kein schlüssiges und tragfähiges Konzept gibt, wie unser Bundesland die zukünftigen Herausforderungen bewältigen soll und gegen solche Krisen in Zukunft weniger anfälliger ist. Hier ist bisher alles Fehlanzeige.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Herr Lenders, sehen Sie, da gibt es einen Unterschied, warum wir beide in der Politik sind. Sie sagen: Da kann man eh nichts machen. – Ich sage: Ich mache Politik, weil ich ein Land gestalten will. – Das ist ein großer Unterschied.

(Beifall bei der SPD)

Zunächst einmal ist festzustellen, dass sich diese Landesregierung extrem schwer damit tut, bei den Verursachern dieser Krise anzusetzen und die Bedingungen so zu gestalten, dass solche Krisen nicht mehr so leicht entstehen können. Wer den Finanzplatz Frankfurt erhalten und stärken will, der muss sich für klare Regeln auf den Finanzmärkten einsetzen, anstatt ein einfaches „Weiter so“ zuzulassen.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Jürgen Frömmrich, Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Unser Bundesland braucht neben dem starken Finanzplatz Frankfurt eine aktive Industriepolitik. Diese fordern seit Jahren nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Vertreter der Wirtschaft erwarten seit Jahren verzweifelt von Schwarz-Gelb ein industriepolitisches Konzept für Hessen. Bisher gibt es da Fehlanzeige.

(Marius Weiß (SPD): Ja, so ist das!)

Ich kann nur feststellen: CDU und FDP haben keinen Plan, wie dieser Industriestandort langfristig gesichert werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt auch keine schlüssige Idee, wie aus dem, was an hessischen Hochschulen erforscht wird, langfristig gute Produkte für die hessische Wirtschaft werden können. Deswegen sind wir der Auffassung, dass wir mehr Geld in den Technologietransfer stecken müssen, als dies bisher der Fall war.

In diesem Zusammenhang ist auch die Elektromobilität zu sehen. Hier vermissen wir eine durchdachte Strategie, die zeigt, wie sich Hessen in diesem wichtigen Feld viel stärker positionieren kann, als es vorher der Fall war.

Der jetzige Wirtschaftsminister hat bei seinem Amtsantritt die Herausforderung des zukünftigen Fachkräftemangels als einen Schwerpunkt seiner Arbeit bezeichnet. Wenn die Schwerpunkte des Ministers genauso wie die Beseitigung des Fachkräftemangels abgearbeitet werden, dann ist es kein Wunder, warum wir beim Ranking hinsichtlich der Dynamik auf Platz 13 liegen.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht sind Sie mit diesem Platz zufrieden. Wir sind das nicht. Für Hessen ist das ein blamables Ergebnis.

Ohne gut ausgebildete Arbeitnehmer werden wir im Wettbewerb nicht bestehen können. Das Anwerben arbeitsloser spanischer Jugendlicher ersetzt für uns kein Konzept zur Sicherung des Fachkräftebedarfs.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Sagen Sie noch einmal etwas zum Haushaltsentwurf?)

Sollte sich jemand vom Wechsel des Ministers nennenswerte Impulse versprochen haben, so wurde er schnell eines Besseren belehrt.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Sagen Sie noch einmal etwas zum Haushaltsentwurf?)

Der sogenannte frische Wind ist ein ganz leiser Windhauch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege Frankenberger, vielen Dank. – Als nächster Redner hat sich Herr Kollege Lenders von der FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Herr Kollege Lenders, bitte schön.

Jürgen Lenders (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Einzelplan 07 zeigt eindeutig, wie die christlich-liberale Koalition in Hessen ihre Schwerpunkte setzt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, das stimmt!)

Neben der Bildung ist vor allem die Infrastruktur der entscheidende Schwerpunkt für die erfolgreiche Politik dieser Koalition.

(Beifall des Abg. Alexander Noll (FDP))

Ich darf an die Worte meines Kollegen Alexander Noll anschließen. Die Situation guter Steuereinnahmen eines Landes ist das Ergebnis einer guten Wirtschaftspolitik. In diesem Sinne machen wir in Hessen unter Federführung Florian Rentschs eine hervorragende Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

FDP und CDU setzen weiterhin stark auf den Ausbau des Breitbandkabels. Das Breitbandkabel stellt die Vernetzung in der Zukunft dar. Neben den Straßen, den Bahnen und den Flughäfen ist die digitale Vernetzung durch das Breitbandkabel die wichtigste Infrastrukturmaßnahme der Zukunft. Wir, die Mitglieder der FDP, sagen ausdrücklich, dass wir weiterhin einen Schwerpunkt auf diesen Bereich legen wollen. Hessen ist Vorbild beim Ausbau des Breitbandkabels. Diesen Weg wollen wir weiterhin gehen.

Herr Kollege, aktive Industriepolitik gerade für den ländlichen Raum hört sich ein bisschen danach an: Wir wollen noch ein wenig Subventionen zahlen. – Wir setzen aber gerade auch auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Wir wollen deshalb den ländlichen Raum nicht abhängen. Unser Programm für den Ausbau des Breitbandkabels setzt gerade da die Akzente.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Michael Siebel (SPD): Die einen sagen es so, die anderen so!)

Die Kollegen der GRÜNEN sind fast schon nicht mehr anwesend. Aber ich darf sagen: Einem Universaldienst, wie die GRÜNEN ihn fordern, geben wir eine deutliche Absage. Das würde den Erfolg, den wir hier in Hessen haben, absolut zunichtemachen. Die privaten Investoren, die sich in Hessen auf einem guten Weg befinden, würden sich sofort zurückziehen.

(Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, natürlich!)

– Ja, so ist das. Wir hätten das kleine graue Telefon, wenn Ihre Politik in der Vergangenheit Platz gegriffen hätte und Platz greifen würde. Das wäre der „Erfolg“ davon.

(Beifall bei der FDP)

Ich hätte meinem geschätzten Kollegen Kai Klose dann nicht per SMS heute die besten Genesungswünsche schicken können. Das werde ich gerne von diesem Platz aus nachholen. Die besten Genesungswünsche für Kai Klose. Er soll möglichst bald wieder auf die Beine kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU)

Das nächste Schwerpunktthema hinsichtlich des Ausbaus der Infrastruktur ist der Straßenbau. Unverzichtbar sind der Erhalt und der Neubau der Straßen und Schienen. Denn eines ist klar: Für jedes Paket, das im Internet bestellt wird,

braucht es irgendwann einen Lkw, der es transportiert, und zwar auf Straßen.

Wer in Zukunft angesichts der begrenzten Ressourcen den Schwerpunkt auf den Erhalt der Straße legen muss, darf aber Investitionen in neue Straßenbaumaßnahmen nicht aus den Augen verlieren. Wir sind deshalb froh, dass der Etat für den Landesstraßenbau auf einem hohen Niveau von 100 Millionen € gehalten werden kann.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Da ist es schon einmal interessant, auf die Einlassungen der SPD und der GRÜNEN zu schauen. Die SPD sagt jetzt nicht mehr, woher Sie die 150 Millionen € nehmen will, wenn sie den Zukunftsinvestitionsfonds plattmachen will.

Die SPD fordert 150 Millionen €, während die GRÜNEN hingegen eine deutliche Absenkung der Mittel für den Straßenbau fordern. In der Vergangenheit hat sich immer wieder in anderen Bundesländern gezeigt, dass sich die GRÜNEN mit ihrer Forderung durchgesetzt haben. Während sich die GRÜNEN mit den Umweltzonen auf die Großstädte konzentrieren, versuchen sie anderenorts, den Bau der Umgehungsstraßen zu verhindern. Aber auch diese Menschen haben ein Recht auf weniger Verkehr vor ihrer Nase. Beispiele gibt es dazu in Frieda oder in Wöllstadt.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Dr. Walter Arnold und Kurt Wiegel (CDU))

Wir werden das mit 100 Millionen € auf einem sehr hohen Niveau halten. Einer der Schwerpunkte, die wir mit diesem Haushalt setzen werden, betrifft die Sicherung des Fachkräftebedarfs und die Beseitigung des Fachkräftemangels. Es geht nicht mehr darum, Ausbildungsplätze für Jugendliche zu schaffen. Inzwischen gibt es zum Glück genügend Ausbildungsplätze für alle. Deswegen müssen wir die Kräfte, die wir da haben, bündeln und auf die Hauptschulabsolventen konzentrieren. Wir müssen die Fördermaßnahmen darauf gezielt abstimmen. Auch das werden wir mit diesem Haushalt tun.

Wir beraten heute den Haushaltsentwurf. Wir haben aber auch gestern für die Wirtschaftspolitik einen wichtigen Akzent gesetzt. Wir haben da einen Gesetzentwurf zur Förderung der mittelständischen Wirtschaft eingebracht. Ich darf Ihnen aus den Fördergrundsätzen ein paar Beispiele nennen, die zeigen, wie in Hessen eine erfolgreiche Wirtschaftsförderpolitik aussieht. Nachdem die Investitionsbank Hessen und die LTH verschmolzen wurden, hat die WIBank eine hervorragende Arbeit hinsichtlich der Förderpolitik gemacht. Ich möchte an dieser Stelle einmal ausdrücklich den Mitarbeitern der WIBank Danke sagen.

Dort haben wir einen Instrumentenkoffer. Da gibt es Darlehen, Bürgschaften, Rückbürgschaften, Garantien und Rückgarantien, Beteiligungen und rückzahlbare Zuschüsse. Das geschieht alles besonders haushaltsschonend mit revolvingierenden Finanzmitteln.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen einmal ein Beispiel nennen. Wir, die Mitglieder der FDP und der CDU, haben mit dem Kapital für Kleinunternehmer ein hervorragendes Programm auf die Beine gestellt. Was ist der Effekt davon? – Der Effekt besteht darin, dass in vielen Hausbanken gesagt wird: Wir werden dieses Programm gar nicht in Anspruch nehmen müssen. Wir, die wir in Sparkassen und Raiffeisenbanken arbeiten, geben den kleinen Unterneh-

mern von uns aus die finanziellen Mittel, die sie nötig haben. – So kann vernünftige und ressourcenschonende Finanz- und Wirtschaftspolitik aussehen, die wirklich bei den Unternehmen ankommt, die das brauchen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, um einen Schwerpunkt setzen zu können, muss man natürlich auch einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten. Das Wirtschaftsministerium ist hier Vorreiter eines intelligenten Sparens. Man kann intelligent sparen oder aber dumm kürzen. Es geht immer darum, intelligent zu sparen. Übersetzt heißt das: Sie müssen in der Verwaltung, in den Strukturen, sparen, nicht in den Investitionen. Genau das kommt in diesem Haushalt zum Ausdruck.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Wir wollen weniger Bürokratie und schlanke Verwaltung, damit wir Schwerpunkte setzen können,

(Torsten Warnecke (SPD): Schlanke Verwaltung?)

wo sie den Menschen im Land nützen. Insofern ist die Neustrukturierung von Hessen Mobil ein Paradebeispiel dafür, wie man diesem Prinzip folgt.

(Beifall bei der FDP – Torsten Warnecke (SPD): Na ja!)

Meine Damen und Herren, damit einher geht eine Aufgabenkritik. Da muss man Alternativen prüfen und dann auswählen. Damit sparen wir 300 Stellen in der Verwaltung ein. Das ist wirklich eine nachhaltige Einsparung von Haushaltsmitteln, wirklich ein struktureller Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Das ist nicht immer einfach zu leisten. 300 Stellen bedeuten am Ende immer auch: Personal abbauen. Meine Damen und Herren, dabei darf man keine ideologischen Brillen aufsetzen. Hier geht es auch um Menschen. Das darf man nicht außer Acht lassen, wenn man in diesem Land Verantwortung tragen will.

Nur durch intelligentes Sparen kann so etwas erreicht werden. Damit setzen wir um, was wir vor der Wahl versprochen haben.

Inzwischen haben alle Parteien den Bürokratieabbau in ihrem Programm. Ihn aber auch konsequent umzusetzen, dazu fehlt ihnen meistens der Mut.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Holger Bellino (CDU) – Timon Gremmels (SPD): Ihr habt ein neues Landesschulamt eingerichtet!)

– Auch beim neuen Landesschulamt haben sie eine Strukturveränderung, die am Ende natürlich auch Einsparungen mit sich bringen.

(Dr. Matthias Büger (FDP): Genau!)

Wenn Sie mich schon darauf ansprechen: Auch die Umstrukturierung beim ÖPNV wird am Ende dazu führen, dass wir in der Verwaltung sparen, nicht aber in der Leistung. Meine Damen und Herren, genau so geht das.

(Beifall bei der FDP – Michael Siebel (SPD): Man sollte das Landesschulamt einsparen!)

Meine Damen und Herren, weniger Verwaltung heißt: mehr für die Menschen – auch wenn Sie das wahrscheinlich niemals begreifen werden. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Lenders. – Als nächste Rednerin hat sich Frau Kollegin Müller von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Wort gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Jetzt will ich einmal ein Lob für Kassel-Calden hören!)

Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! – Herr Arnold, das Lob für Kassel-Calden kommt gleich, keine Angst.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Okay!)

Sie werden aber nicht erwarten, dass wir in diesem Jahr dem Einzelplan 07 zustimmen. Denn genau wie im letzten Jahr und in den Jahren zuvor ist er ideenlos und rückwärts-gewandt. Sie haben zwar einen neuen, jungen, dynamischen Minister,

(Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

aber das war es auch. Die Konzepte bleiben von gestern: neue Köpfe, aber keine neuen Inhalte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das werden wir morgen gleich wieder erleben, wenn wir wieder einmal das staufreie Hessen bejubeln. Jeder von Ihnen aber, der Auto fährt, wird bestätigen, dass wir bei Weitem noch nicht so weit sind, dass wir ein staufreies Hessen haben.

(Wolfgang Greilich (FDP): Woher wollen Sie das denn wissen? – Weitere Zurufe)

Darüber aber werden wir am Donnerstag reden.

Ansonsten treffen wir in diesem Einzelplan alte Bekannte wieder, etwa Kassel-Calden. Davon allerdings müssen wir uns im nächsten Jahr in diesem Einzelplan verabschieden, weil er dann in den Einzelplan 17 wandert, denn die Investition ist dann abgeschlossen. Dieses Jahr aber können wir hier nochmals Einsparvorschläge machen. Wir würden insgesamt 36,7 Millionen € sparen, wäre dieser Flughafen nicht gebaut worden.

(Timon Gremmels (SPD): Der ist schon gebaut!)

Hätte man ihn vielleicht vor Jahren saniert, wäre man mit 30 Millionen € ausgekommen. Jetzt haben wir 274 Millionen € ausgegeben,

(Dr. Walter Arnold (CDU): Er ist ein bisschen größer geworden!)

und das Ende der Fahnenstange ist nicht in Sicht, wenn wir die Verluste ausgleichen müssen.

Er ist ein bisschen größer geworden, aber ob er notwendig war, bleibt dahingestellt. Wir werden es sehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Torsten Warnecke (SPD): Auf jeden Fall ist er staufrei!)

– Genau.

Sie wollen bis zum Jahr 2018 die Verluste übernehmen. Es bleibt spannend, was Sie danach damit tun werden. Vielleicht starten Sie schon jetzt einen Ideenwettbewerb. Henner Sattler wird bestimmt etwas einfallen. Er war heute hier – vielleicht führen Sie die ersten Vorgespräche. Wir sind gespannt.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Da oben ist er noch!)

– Oh ja, da ist er noch. Gut. Herr Sattler, Sie sind gefragt: neue Ideen für Kassel-Calden, wenn niemand fliegen wird.

Eines ist für uns aber sicher: Demonstrationen wegen Fluglärms wird es in Kassel-Calden nicht geben.

Genau diese Investitionen in das Millionengrab Kassel-Calden und die beiden Autobahnprojekte A 44 und A 49 sind der Grund für die rote Laterne, die Herr Al-Wazir heute Morgen schon einmal aus der Studie „Nachhaltige Mobilität“ zitiert hat,

(Dr. Walter Arnold (CDU): Na!)

bei der Sie den letzten Platz erhalten haben. Obwohl sämtliche Länder teilgenommen haben und auch Ihre Ministerien die Fragen beantwortet haben, konnte das anscheinend nichts herausreißen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei hatten wir extra eine Nachhaltigkeitsstrategie gestartet. Die ist vom Ansatz her auch sehr gut. Auch bei der Mobilität sind einige theoretisch sehr gute Ansätze zu zeichnen – Mobilität 2050 und einiges andere sind da durchaus positiv zu benennen. Aber es scheitert an der Umsetzung. Da bleibt es bei den Investitionen in Beton statt in intelligente Mobilitätskonzepte. Sie wollen mehr Verkehr. Wir wollen mehr Mobilität mit weniger Verkehr. Bei Ihnen ist das nicht zu erkennen. Anscheinend herrscht bei Ihnen immer noch das Motto „Freie Fahrt für freie Bürger“, und Sie glauben, damit Wählerinnen und Wähler gewinnen zu können. Ich hoffe und weiß, dass die Wählerinnen und Wähler schlauer sind, als Sie denken. Deswegen werden Sie damit keinen Erfolg haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Jürgen Lenders (FDP))

Die 35 Millionen €, die Sie zusätzlich in den Straßenbau investieren, nennen Sie „Zukunftsfonds“, also Investitionen in die Zukunft.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Sie stecken das in den Straßenbau. Sinn und Zweck davon ist wahrscheinlich nur, dass Herr Rentsch jede Woche ein neues Bändchen durchschneiden kann.

(Holger Bellino (CDU): Nein, um die Mobilität zu erhöhen! – Zuruf des Ministers Florian Rentsch)

– Diese Spatenstiche machen Sie schon jetzt dauernd, und wir alle erhalten die Einladungen.

(Dr. Walter Arnold (CDU): Das ist doch gut!)

– Herr Rentsch, Sie können gleich etwas dazu sagen. Im Jahr 2015 werden wir das nicht mehr machen.

(Holger Bellino (CDU): Da stehen Sie doch immer in der ersten Reihe!)

– Das werden wir sehen.

(Holger Bellino (CDU): Ich kenne das!)

Ich kann Ihnen garantieren, dass ich in Kassel-Calden noch nicht bei einem Spatenstich war.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wir haben Ihnen unsere Vorschläge unterbreitet, wie wir uns die Zukunft bei der Mobilität vorstellen. Wir wollen einen Hessen-Takt verwirklichen, wie ihn Rheinland-Pfalz schon längst hat. Wir wollen ein Schülerticket. Wir wollen Radabstellanlagen an Bahnhöfen. Wir wollen ein Notprogramm für den lokalen Verkehr. Wir wollen Konzepte für den ländlichen Raum,

(Holger Bellino und Dr. Walter Arnold (CDU): Haben wir doch!)

damit sich dort auch in zehn Jahren noch etwas bewegt. Wir brauchen ein Notprogramm für den lokalen Verkehr, und wir brauchen intelligente Konzepte statt Beton im Straßenbau.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Noch kurz zum Thema Datenautobahn. Herr Lenders hat es ausgeführt. Mein Kollege Kai Klose konnte Sie leider nicht überzeugen. Es geht nicht darum, einfach Geld in den Breitbandausbau zu stecken, sondern darum, schnell flächendeckend technisch angepassten Breitbandausbau voranzubringen. Das ist der Fehler, den Sie machen. Sie denken, viel hilft viel. Das tut es aber nicht. Wenn Sie darüber nachdenken und sich auch einmal mit dem Kollegen Klose verständigen würden, dann kämen wir beim Breitbandausbau viel weiter voran.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Zusammenfassend: Sie haben keine neuen Ideen. Sie sind ideenlos und verbraucht. Sie haben nichts mehr vor.

(Lachen der Abg. Holger Bellino und Dr. Walter Arnold (CDU))

Damit war das leider die letzte Haushaltsrede in dieser Legislaturperiode für den Einzelplan 07. Das nächste Mal würde ich mich wahrscheinlich nicht wiederholen müssen, denn dann ist Kassel-Calden gebaut, und wir müssen irgendwann über ein Insolvenzverfahren reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Als nächster Redner hat sich Kollege Dr. Arnold von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Walter Arnold (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als der Kollege Frankenberger seine Rede mit der klaren Aussage begonnen hat, Hessen ist ein wirtschaftsstarkes Land, habe ich gesagt: Prima, wir sehen das ganz genauso. Heute ha-

ben wir dafür eine ganze Menge an Kennzahlen gehört: 2,3 Millionen Beschäftigte, ein Wirtschaftswachstum von deutlich über 3 %, eine Arbeitslosenquote von 5,5 %, unter 200.000 Arbeitsuchende – auch das ein Rekord für dieses Bundesland. Das hat viel mit Wirtschaft zu tun.

Da ich von Ihnen zum Haushalt leider gar nichts gehört habe, sondern Sie sich lange mit dem Ministerwechsel in zwei Ministerien beschäftigt haben, will ich jetzt versuchen, doch noch einmal ein paar Informationen über den Haushalt zu vermitteln.

Eines aber möchte ich auch deutlich sagen, und das hat schon der Kollege Noll hervorgehoben: Mit dem Flughafen Frankfurt haben wir einen Jobmotor, der seinesgleichen in Deutschland sucht.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Bei der Verkehrsinfrastruktur haben wir mit der A 66, der A 44 und der A 49

(Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Straßenbauprojekte, die uns voranbringen.

Ich möchte meine Ausführungen bewusst damit beginnen, dass ich sowohl Herrn Minister Posch als auch Minister Rentsch und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihrem Ministerium herzlich für die Arbeit in den abgelaufenen Monaten und auch für die Vorbereitung dieses Haushaltsplans danke.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn wir an vielen Stellen vorne sind – Breitband ist so ein Stichwort, ich komme gleich noch einmal darauf –, bei den Infrastrukturmaßnahmen und bei den Zahlen, die damit zusammenhängen bis hin zu den Steuereinnahmen, dann hängt das auch damit zusammen, dass wir im Wirtschaftsministerium hervorragende Kolleginnen und Kollegen haben, die eine exzellente Arbeit leisten.

Sicherlich war auch vieles dabei, was Neuanfänge beinhaltet hat. Es wurde beispielsweise die Neuorganisation von Hessen Mobil erwähnt. Wir sind dabei, ein ÖPNV-Gesetz zu entwickeln, das unter freiwilliger Beteiligung an neuen Maßnahmen den Kommunen hilft, wirtschaftlicher zu sein. Wir reden über neue Institutionen, z. B. das House of Logistics and Mobility. Das ist etwas, das wir im Großraum Frankfurt/Rhein-Main bundesweit einmalig darstellen können, ein Cluster mit über 110.000 Beschäftigten, von dem sehr viele Impulse kommen.

Herr Kollege, wenn Sie darüber lachen, dann empfehle ich Ihnen, einmal nach Frankfurt zu gehen. Sehen Sie sich das an, und lassen Sie sich das einmal zeigen. Dass Sie in Ihren Haushaltsentwürfen gerade für das HoLM die Mittel streichen wollen, zeigt mir persönlich, dass Sie es nicht verstanden haben.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ich biete gerne ein Privatissimum an, um Ihnen zu erläutern, was damit verbunden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich möchte, auch mit Blick auf die Zeit, drei Schwerpunkte herausarbeiten. Der Einzelplan 07 enthält für das Jahr 2013 und für das Folgejahr rund 656 Millionen € Produktabgeltung. Damit wird auch in bedeutender Weise der ländliche Raum gestärkt. Ich erwähne das Programm „Dorferneuerung“ mit 4,9 Millionen €, das Produkt 94 „Ländliche Re-

gionalentwicklung“ mit 4,16 Millionen €, das EU-Programm „ELER“ mit 5,2 Millionen € und im Tourismus eine Liquidität von 2,13 Millionen €. Das sind insgesamt vier Produkte im Produkthaushalt mit 16,4 Millionen € Entwicklung für den ländlichen Raum.

Ich bin ganz sicher, dass mit dem Teilaspekt des Kommunalen Finanzausgleichs in diesen Programmen eine Stärkung des ländlichen Raums mit mehr Impulsen stattfindet. Herr Minister Rentsch, ich bin dankbar, dass diese Programme möglich waren und umgesetzt werden können.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Für ein modernes Bundesland, das noch sehr viel Industrie hat, das mitten in Deutschland dafür sorgt, dass wir sowohl im Straßenverkehr als auch im Flugverkehr und auch auf der Eisenbahn die Zahlen entsprechend bewältigen können, ist die Mobilität in Hessen ein ganz wesentlicher Punkt. Der Landesstraßenbau bildet mit 100 Millionen € in den Jahren 2013 und 2014 einen weiteren Schwerpunkt. Das bedeutet, dass in der gesamten Legislaturperiode über eine halbe Milliarde €, genau 560 Millionen €, originäre Landesmittel in den Straßenbau hineinfließen. Mit Blick auf die 27 Millionen € im Jahr 1998 unter der rot-grünen Landesregierung ist das eine bedeutende Steigerung und zeigt, dass wir verstanden haben, dass zu einer guten Wirtschaft gute Straßen gehören. Zu guten Straßen gehört Mobilität. Das macht diese Landesregierung von CDU und FDP.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Im Bereich der Förderung der Mobilität, hier habe ich HoLM mit 2,5 Millionen € erwähnt, werden wir eine Menge an Impulsen bekommen, um dafür zu sorgen, dass das ein weiterer Schwerpunkt ist.

Ein anderes Infrastrukturprogramm, bei dem Hessen beispielhaft auf Platz 1 in Deutschland steht, ist die Entwicklung einer entsprechenden Infrastruktur für Breitband. Die Strategie wurde im hessischen Wirtschaftsministerium entwickelt, nicht zuletzt auch aufgrund der Erkenntnisse, die wir in einer Anhörung in diesem Haus gewonnen und umgesetzt haben. Herr Kollege Siebel ist momentan nicht da, wir waren uns eine ganze Weile einig, CDU, SPD und FDP, dass wir diese Strategie unterstützen. Dabei geht es um eine zukunftsgerichtete Zusammenarbeit mit den Anbietern von privaten Aktivitäten, denen der Vorrang gelassen wird, wenn ihre Angebote wirtschaftlicher sind, und mit kommunalem Engagement, das staatlich unterstützt wird. Mit dieser Strategie können wir dafür sorgen, dass entsprechende Projekte gestartet und durchgeführt werden können. Wir sind momentan dabei, eine Grundversorgung von 99,5 % mit einer Grundversorgungsperspektive von 1 MBit/s in Hessen verwirklicht zu sehen.

Wir wollen aus verschiedenen Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, aus GRW-Mitteln und auch aus der Förderung der Verlegung mit insgesamt 6,2 Millionen € jeweils in den beiden Haushaltsjahren dafür sorgen, dass das Breitbandprojekt nach vorne getrieben wird. Dazu gehört auch das neue Darlehensprogramm über 200 Millionen €, das für den Aufbau von Hochgeschwindigkeitsdatennetzen zur Verfügung steht, um gerade auch kommunalen Unternehmen entsprechende Investitionen zu erleichtern.

Diese Mischung wird im Odenwald bereits umgesetzt wird. Im Kreis Fulda ist mithilfe des lokalen Energieversorgers ein entsprechendes Programm unterwegs. Vom

Landkreis Gießen wird berichtet, dass er dabei ist, das erfolgreich umzusetzen.

Es ist nicht möglich, allein mit Steuermitteln eine solche Breitbandinitiative entsprechend zu verwirklichen. Wir haben eine geschickte Mischung aus privaten Programmen und kommunalen Initiativen. Das sorgt dafür, das Ziel, möglichst flächendeckend in ganz Hessen die 50 MBit/s einzurichten, in einer absehbaren Zeit auch darzustellen. Das ist ein Projekt, das in vielen Wettbewerben, auch bundesweit, sehr erfolgreich war und Beachtung und Nachahmer gefunden hat. Ich möchte den Mitarbeitern, die das bearbeiten, noch einmal herzlich für ihre guten Ideen danken.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Gerade auch mit dem gestern diskutierten Mittelstandsförderungsgesetz und mit der Idee eines hessischen Innovationstags, eines hessischen Außenhandelstags, machen wir deutlich, dass der Mittelstand viele Impulse erhält, gerade auch in Zusammenarbeit mit den hessischen Hochschulen und Universitäten. Wir sind auf einem sehr guten Weg, dass die Wirtschaft durch die sehr gute Wirtschaftspolitik von Herrn Minister Rentsch, aber auch durch die Unterstützung der beiden Fraktionen, höchst erfolgreich ist.

Dieser Haushalt, zu dem wir keine Änderungsanträge eingebracht haben, weil wir in der Vorbereitung sehr intensiv darüber gesprochen haben, ergibt für unser Hessenland eine gute Zukunft. Herr Minister Rentsch, Ihnen und allen anderen, die damit zu tun haben, ein herzliches Glückauf. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Arnold. – Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Wissler, DIE LINKE.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor ich auf die Einzelheiten des Haushaltsplans eingehe, möchte ich einige Bemerkungen zur wirtschaftlichen Lage Hessens machen. Diese Lage wird in diesem Haus gerne bejubelt.

Ich möchte an der Stelle darauf hinweisen, dass die deutschen Exporte im September so stark eingebrochen sind wie seit der Krise nicht mehr. Gerade für eine exportorientierte Wirtschaft, wie wir sie in Hessen haben, ist das ein riesiges Problem.

Die Krise, die wir jetzt in den südlichen Ländern Europas haben, wird wie ein Bumerang nach Deutschland zurückkommen. Die Tatsache, dass diese Länder des Südens gezwungen werden, Sparprogramme aufzulegen, die jegliche Nachfrage nach deutschen Exportgütern abwürgen, weil in diesen Ländern die öffentliche Hand nicht mehr investieren kann und darf, und in den privaten Haushalten auch die Nachfrage gedrosselt wird, führt im Umkehrschluss zu einem Problem deutscher Exporte.

Deswegen hat meine Fraktion unter anderem im Bundestag so stark vor dieser Krisenlösungsstrategie gewarnt, die keine Krisenlösungsstrategie ist. Sie treibt diese Länder weiter in die Krise und bringt die Krise zurück nach Deutschland.

Ich will dazu gar nicht mehr viel sagen, aber noch einmal darauf hinweisen, dass die Wohlstandszuwächse, die es in den letzten Jahren durch günstige Wachstumsraten zweifelsohne gegeben hat, bei den Beschäftigten in Hessen größtenteils gar nicht angekommen sind. Mittlerweile arbeiten 23 % der Beschäftigten in Hessen zu Niedriglöhnen. Vier von fünf Jobs, die geschaffen werden, sind zeitlich befristet, oder sie werden im Bereich der Leiharbeit geschaffen.

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass ich mir gewünscht hätte, dass der Wirtschaftsminister oder sein Vorgänger nicht dazu geschwiegen hätten, als z. B. bei Manroland oder bei Neckermann Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet wurden. Da würde ich mir schon einen Wirtschaftsminister wünschen, der sich mit den Beschäftigten trifft, der sich der Sorgen und Ängste der Beschäftigten annimmt.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): „Frankfurter Rundschau“!)

– Oder beispielsweise bei der „Rundschau“, vielen Dank. – Ich finde, dass wir einen Wirtschaftsminister bräuchten, der an der Seite der Beschäftigten steht und klar und deutlich hörbar seine Stimme erhebt.

(Beifall bei der LINKEN)

Uns drohen auch auf europäischer Ebene neue große Risiken, weil die schwarz-gelbe Bundesregierung durch die internationale Krise wie durch eine Geisterbahn laviert. Sie erschrickt ständig vor irgendwelchen Dingen, die es eigentlich gar nicht hätte geben sollen. Wenn man sich die heutige Debatte zum Haushalt im Bundestag anschaut, dann sieht man, dass sehr viel Ratlosigkeit angesichts der aktuellen Situation in Griechenland herrscht. Am Ende – das ist leider schon jetzt absehbar – werden die öffentlichen Haushalte noch weiter in den roten Zahlen stehen.

An der Stelle will ich noch einmal sagen, warum wir der Meinung sind, wir bräuchten eine Schuldenbremse für die Banken, aber nicht für den Staat. Es waren nämlich die Staaten, die die Banken gerettet haben – nicht umgekehrt. Deshalb ist es ein Fehler, wenn Milliardenpakete für Banken aufgelegt werden, gleichzeitig aber gesagt wird, für alles andere gilt die Schuldenbremse. Es kann nicht sein, dass die Banken die Gewinne einfahren, während der Steuerzahler die Risiken trägt, für die Risiken haftet. Deswegen finde ich, man muss sich schon anschauen, wie sich die Staatsverschuldung gerade in der Krise entwickelt hat. Dann sieht man, dass das Defizit weniger mit einer Ausgabenexplosion und mehr damit zu tun hat, dass der Staat in dieser Krise die Banken retten musste.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung bejubelt vielfach die Lage am Ausbildungsmarkt. Die Zahlen am Ausbildungsmarkt sehen in diesem Jahr tatsächlich günstiger aus als in den Jahren zuvor. Ich will aber vor dem Schönreden dieser Situation warnen. Es ist eben nicht so, dass alle Jugendlichen vernünftig versorgt sind. Zwischen der Zahl der Bewerberinnen und Bewerber und der Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze klafft auch dieses Jahr eine Lücke. Die sogenannten doppelten Jahrgänge kommen erst noch, und Sie wissen, dass gerade in Hessen besonders viele Jugendliche in sogenannten Warteschleifen unterkommen.

Die unbesetzten Ausbildungsplätze werden oft in Branchen angeboten, wo die Qualität der Ausbildung und vor allem

das zu erwartende Einkommen sehr gering sind. Das sind beispielsweise die Gastronomie, das Friseurgewerbe und der Einzelhandel. Die noch offenen Ausbildungsplätze befinden sich ganz überwiegend im Rhein-Main-Gebiet. Das heißt, wir haben hier auch noch ein lokales Gefälle.

Die Zahl der hessischen Betriebe, die ausbilden, nimmt ab – trotz des viel beklagten Fachkräftemangels. Der Minister hat sich vorgenommen, den Fachkräftemangel zu bekämpfen, und hat dazu auch eine Kommission eingerichtet. Auch ich bin der Meinung, dass das ein Thema ist, dem sich der Minister stellen muss. Ich denke aber, den Fachkräftemangel bekämpft man in erster Linie dadurch, dass man die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert, dass man die Ausbildung fördert, dass man die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse verbessert, dass es eine bessere Wiedereingliederung von Erwerbslosen gibt. Ich denke aber nicht, dass man den Fachkräftemangel in Hessen dadurch bekämpfen kann, dass man beispielsweise gut ausgebildete Spanier anwirbt, sie hier in Hessen arbeiten lässt, am Ende noch zu günstigeren Löhnen, und sie am Ende auch noch als Lohndrucker einsetzt. Ich halte das für eine Politik, die überhaupt nicht geht. Sich in den Ländern, die derartig in der Krise stecken, die Rosinen herauszupicken, gut ausgebildete Facharbeiter nach Deutschland zu holen, statt dafür zu sorgen, dass diese Menschen eine Perspektive in Spanien haben, ist keine Strategie, um dem Fachkräftemangel in Hessen zu begegnen.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der FDP und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Nein, Herr Frömmrich, die sollen nicht arbeitslos bleiben. – Ich sage Ihnen, welche Gefahr ich sehe. Die Gefahr ist, dass diese Arbeitskräfte zu günstigeren Löhnen als einheimische Arbeitskräfte hierher geholt werden, dass dadurch die Tarifverträge unterlaufen werden und dass die Jugendlichen aus Spanien auch noch als Lohndrucker missbraucht werden. Wenn man schon ein Agreement mit Spanien schließt, dann muss man auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass die gesamten Ausbildungskosten dieser Menschen von Spanien getragen wurden. Daher muss man überlegen, ob man den spanischen Staat an der Stelle unterstützt. Deswegen ist das natürlich kein Weg, um den Fachkräftemangel in Deutschland zu bekämpfen. Das ist auch nicht das, was die Mehrheit dieser Menschen will. Sie brauchen dort eine Perspektive, wo sie leben. Sie wollen nicht völlig entwurzelt werden, sondern sie wollen eine Perspektive in ihrem Land haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, Sie haben den Entwurf für ein Vergabegesetz vorgelegt. Er ist nicht viel mehr als ein schlechter Witz und schreibt im Wesentlichen Selbstverständlichkeiten fest.

Ich will noch ein paar Sätze zum Bereich Verkehr sagen. Wir haben immer wieder gesagt, dass wir auch eine Verkehrswende brauchen, eine komplett andere Verkehrspolitik. Sie setzen weiterhin Prioritäten beim Straßen- und beim Flugverkehr. Den ÖPNV vernachlässigen Sie sträflich. Die gegenwärtige Finanzierungssituation wird dazu führen – das wurde auch in der Anhörung gesagt –, dass es zu Leistungskürzungen kommt, dass es zu Ausdünnungen des Angebots kommt, dass die Infrastruktur gerade im ländlichen Raum geschwächt wird und manche Regionen abgehängt werden. Deshalb sage ich an dieser Stelle:

Nordhessen braucht eine gute und auch gut getaktete Bahnverbindung. Nordhessen braucht aber kein Millionengrab namens Kassel-Calden.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Ministers Florian Rentsch)

– Das ist ein Flughafen, für den sich kaum eine Fluglinie interessiert, wo aber wahnsinnig viel öffentliches Geld verpulvert wird. Herr Rentsch, bei Kassel-Calden würde ich von Ihnen gerne den Satz „Privat geht vor Staat“ hören. An der Stelle haben Sie aber überhaupt kein Problem damit, dass staatliche Zuschüsse gezahlt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir über den Landeshaushalt reden, müssen wir natürlich auch noch über den Frankfurter Flughafen reden. Auch hier geht nämlich privat nicht vor Staat, sondern hier gilt: Fraport fährt die Gewinne ein, und für Schäden zahlt am Ende der Steuerzahler.

(René Rock (FDP): Frankfurt fährt die Gewinne ein, wollten Sie sagen!)

– Frankfurt? Der Flughafen Frankfurt fällt mir dazu ein.

(René Rock (FDP): Die Stadt Frankfurt fällt Ihnen dazu nicht ein?)

– Schön, dass Sie einen konstruktiven Kommentar zu dieser Debatte geleistet haben, Herr Rock.

(Beifall bei der LINKEN – René Rock (FDP): Gerne! – Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim Flughafen Frankfurt haben wir letztendlich das gleiche Problem. Fraport streicht die Gewinne ein, und der Steuerzahler kommt für die Schäden auf. Da Herr Arnold davon gesprochen hat, dass das ein Jobmotor sei, will ich noch einmal die Frage stellen: Wo sind denn die 100.000 Arbeitsplätze, die Sie der Region versprochen haben? Die gibt es nicht. Es gibt nicht einmal 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Es sind 80.000 Arbeitsplätze!)

– Die waren aber schon vorher da. Dafür brauchte man keine neue Landebahn. Das Versprechen war, es werde 100.000 neue Arbeitsplätze geben.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

– Die wären bestimmt alle weggefallen, wenn es die neue Landebahn nicht gegeben hätte. Also: Die Behauptung, der Flughafen sei ein Jobmotor, ist wirklich eine absolute Lüge und ein leeres Versprechen, das gegeben wurde, um die Region einzukaufen. Jetzt geben Sie Geld aus, um die Schäden zu bezahlen, um die Lärmschutzmaßnahmen zu bezahlen, damit Fraport das nicht bezahlen muss.

Die Entwicklungszusammenarbeit ist Ihrem Ministerium gerade einmal 260.000 € wert. Das halte ich angesichts der Prioritätensetzung dieser Landesregierung für ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben beim Energiegipfel viel über die Energiewende, über Energieeinsparungen und über den Umstieg auf erneuerbare Energien diskutiert. Am Energieverbrauch in Hessen ist der Verkehr zu über 45 % beteiligt. Einen großen Teil davon „liefert“ natürlich der Flugverkehr, aber

auch alle anderen Verkehrsarten sind hieran beteiligt. Deshalb denke ich: Wenn wir über die Energiewende reden, müssen wir notwendigerweise auch über die Frage einer Verkehrswende reden, weil ohne eine Verkehrswende die Energiewende überhaupt nicht möglich ist. Deshalb muss man von der Verkehrspolitik der Sechzigerjahre wegkommen und den ÖPNV fördern, statt weiterhin neue Straßen zu bauen und den Flugverkehr zu fördern. Das ist nicht nur verkehrspolitisch, sondern auch angesichts der klimatischen Herausforderungen völlig falsch.

Der Einzelplan des Wirtschaftsministeriums setzt falsche Prioritäten. Er ist mit einer zukunftsfähigen Wirtschafts- und Verkehrspolitik überhaupt nicht vereinbar. Deshalb kann man feststellen: Der Minister, Herr Rentsch, ist zwar neu, aber die Probleme im Einzelplan bleiben leider die alten. Deshalb werden wir diesem Einzelplan nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Danke schön, Frau Kollegin Wissler. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Staatsminister Rentsch. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Florian Rentsch, Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal glaube ich – das ist vielleicht etwas, was die Fraktionen in diesem Haus mit der Landesregierung verbindet –, Hessen befindet sich in einer guten wirtschaftlichen Situation. Wir haben in den letzten Jahren mit guten Rahmenbedingungen erheblich dazu beigetragen, dass Investitionen nach Hessen gekommen sind. Dadurch sind Arbeitsplätze geschaffen worden, und dadurch ist es überhaupt erst ermöglicht worden, dass wir pro Kopf die höchsten Durchschnittslöhne haben und dass es den Menschen hier gut geht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich denke, wir können an einem solchen Tag trotz der unterschiedlichen Einschätzungen – wie wir es sehen und was wir vielleicht anders machen würden – feststellen, dass wir diese Situation nicht zu bedauern brauchen. Ich hatte vor einigen Wochen ein sehr ausführliches Interviewgespräch mit Wolfgang Clement, ehemals SPD.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wo ist er jetzt noch einmal?)

Wolfgang Clement hat in dem Vorgespräch relativ ausführlich über den Wettbewerb zwischen Nordrhein-Westfalen und Hessen gesprochen. Nordrhein-Westfalen ist ein wirtschaftsstarkes Land mit einem großen Industriekern, der sich im Lauf der Jahre natürlich anders entwickelt hat.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

– Das stimmt, Herr Gremmels. Damals haben die Sozialdemokraten, auch unter Wolfgang Clement, viel für die Wirtschaft getan. Diese Einschätzung teile ich.

Aber Wolfgang Clement hat noch einmal darauf hingewiesen, wie stark sich Hessen aufgrund der Tatsache entwickelt hat, dass es das einzige Land in Deutschland mit

einem internationalen Flughafen ist und einen starken Bankenstandort hat. Irgendwann hat sich Hessen sehr viel schneller und dynamischer entwickelt, als es in Nordrhein-Westfalen der Fall war. Diese Außenbetrachtung vergessen wir gelegentlich, wenn wir in der politischen Klein-Klein-Debatte versuchen, das eine oder andere Argument umzudrehen. Aber das wird von außen wahrgenommen. Hessen war nicht von Anfang an reich. Wir haben uns diesen Wohlstand hart erarbeitet.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Dieser Wohlstand hat auch etwas damit zu tun, dass wir das zentrale Mobilitätsland in Deutschland sind. Wer in einer solchen Debatte – auch wenn wir unbestritten Probleme mit dem Frankfurter Flughafen haben, was die Lärmbelästigung und die Umweltbelastung angeht – ernsthaft bestreiten will, dass der wirtschaftliche Erfolg dieses Landes stark vom Flughafen abhängt, dem muss ich sagen: Ich freue mich auf den Wahlkampf, um mit den Wählerinnen und Wählern darüber zu diskutieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Jeden Montag um 18 Uhr!)

Kommen wir noch einmal auf den Haushaltsplan zurück. Ich habe mich gerade von der einen oder anderen Stellungnahme der Kollegen aus den Fraktionen motivieren lassen. Aber ich glaube, dass, wie es vor allem die Kollegen Lenders und Arnold gesagt haben, der Haushalt diese Schwerpunkte abbildet. Wir haben zunächst einmal dafür Sorge getragen, dass wir das Geld, das uns die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler anvertrauen, ordentlich verwenden, und wir haben die Strukturen so gestaltet, dass wir nicht unnötig Geld ausgeben. Wir haben schlanke Strukturen. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht darauf, dass nicht unnötig Geld ausgegeben wird.

Meine Damen und Herren, es ist kein Vergnügen, Verwaltungsstrukturen umzubauen. Es ist kein Vergnügen, mit Menschen über die Frage zu diskutieren, ob neue Strukturen unbedingt notwendig sind. Aber es ist richtig, es zu machen, wenn man weiß, dass man nachher effizientere Strukturen hat und damit Steuergelder einspart. Was sonst ist richtig?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Diesen Weg sind wir gegangen. Ich darf sagen, dass wir aus meiner Sicht gerade bei der Reorganisation der Hessischen Straßen- und Verkehrsverwaltung – heute: Hessen Mobil – einen Meilenstein gesetzt haben, was die hessische Verwaltung betrifft. Wir haben wirklich alle viel mit Hessen Mobil zu tun. Ich kann sagen, dass sich diese Neustrukturierung definitiv gelohnt hat: Ohne betriebsbedingte Kündigungen wurde ein Stellenabbau erreicht, und die Strukturen wurden dahin gehend geändert, dass schneller und effizienter gearbeitet werden kann und dass letzten Endes das, was der Bürger von uns verlangen kann, erfüllt wird: dass schneller gute Straßen gebaut werden. Das haben wir damit erreicht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Genauso verhält es sich mit der HLG und der HVBG. Es ist so, wie ich gestern in meiner Antwort auf eine Frage des Abg. Franz gesagt habe: Wir schauen uns diese Sachen

an und arbeiten gemeinsam mit den Betroffenen daran, effiziente Strukturen zu schaffen. Das ist doch eine Pflichtaufgabe für den Staat. Es ist eine unserer Pflichtaufgaben, diese Steuergelder effizient einzusetzen.

Vielleicht wäre es manchmal besser, wenn man die Haushaltsdebatten – in denen Kollege Schmitt sehr profunde Reden dazu hält, wo Geld einzusparen ist – mit den Überlegungen der Kollegen verbinden würde, die etwa in Nordhessen Pressemitteilungen herausgeben

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– das war ein Stück Hoffnung auf die Zukunft – und in den Verwaltungen Panik nach dem Motto „Da werden Stellen abgebaut“ schüren. Wir haben den festen, klaren Auftrag, dafür Sorge zu tragen, dass die öffentliche Verwaltung effizient arbeitet. Wir werden diese Verwaltungsstrukturen auch weiterhin überprüfen, ohne von Panik geleitete oder nicht sachgerechte Entschlüsse zu fassen.

Deshalb habe ich eine Bitte an die Opposition: Wer in diesem Land Haushaltsdebatten führt, sollte gelegentlich Vorschläge dafür einbringen, wie man wirklich Geld spart, statt nur Luftbuchungsstricks zu empfehlen. Das würde ich mir wünschen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben im Ministerium – 20 Stellen – genauso wie bei der Förderung gespart. Das führt dazu, dass wir auf der anderen Seite klare Schwerpunkte setzen können. Ich komme gleich noch zu der Tatsache, dass wir, wie es Kollege Arnold richtig gesagt hat, einen klaren Schwerpunkt bei der Infrastruktur gesetzt haben. Zwei mal 100 Millionen € für den Landesstraßenbau – die Bürger in Baden-Württemberg träumen davon, dass es dort noch so ist.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): „Stuttgart 21“ sage ich nur!)

Aber ich will mit einem anderen Punkt anfangen. Frau Kollegin Wissler, ich will mit dem beginnen, was Sie ausgeführt haben. Ich bin mit dem Kollegen Kaufmann zwar nicht immer einer Meinung, aber an der Stelle schon.

(Zurufe)

Wenn wir über die Krise in Europa reden – wir waren in den letzten Monaten einige Male in Spanien und haben sehr intensiv mit den Leuten geredet –, können wir aus meiner Sicht dreierlei feststellen: Erstens. Die Krise ist nicht durch die Europäische Union verursacht worden, sondern dadurch, dass notwendige Reformen in diesen Ländern zu lange aufgeschoben worden sind und dass die Staatsschuldenkrise auch auf die Wirtschaft übergreift.

(Beifall bei der FDP – Zurufe)

– Ich sage es ja: Denen hätte eine Agenda 2010, wie Rot-Grün sie gemacht hat, gutgetan.

Zweitens. Wir stellen weiterhin fest, dass wir keinen europäischen Arbeitsmarkt haben. Der Binnenmarkt funktioniert nicht. Sonst könnte es nämlich nicht sein, dass wir in Spanien eine Jugendarbeitslosigkeit von 52 % haben. Woran liegt das? Die Europäische Union ist eben nicht mit den USA zu vergleichen. Dort ist die Flexibilität deutlich höher, und man spricht eine Sprache.

Aber das kann doch nicht dazu führen – das ist der dritte Punkt –, dass wir uns nicht dafür interessieren, was für Probleme dort bestehen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das habe ich auch nicht gesagt!)

Wir – Frau Kollegin Wissler: Kollege Boddenberg, aber auch Kollege Grüttner – haben die Vertreter der Regionalregierung von Madrid konkret gefragt: Wie ist das eigentlich für Sie? Nachdem es schon Probleme mit der Europäischen Union gibt, kommen jetzt auch noch Landespolitiker aus Deutschland, die sich für Auszubildende oder für Fachkräfte interessieren. – Die Ministerin, die das dort zu verantworten hat – die übrigens bis zum Ende dieses Monats in einer Region, die von der Größe her mit unserem Bundesland vergleichbar ist, ein Sparpaket von 950 Millionen € auf den Weg zu bringen hat –, hat gesagt: Mir ist es lieber, dass unsere jungen Leute die Chance haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, etwas aus ihrem Leben zu machen oder mit ihrer eigenen Hände Arbeit etwas zu erwirtschaften, als hier in die Arbeitslosigkeit zu gehen. – Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist gelebtes Europa.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich gebe ehrlich zu, dass Sie mit dem, was Sie hier vorgebracht haben, ein Europa zeichnen, das mir gerade im Hinblick auf die Weltoffenheit unseres Landes Angst macht. So ein Land will ich nicht haben, und ich hoffe nicht, dass Sie in diesem Bereich einmal Verantwortung tragen werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb ist das Thema Fachkräfte natürlich nicht nur mithilfe einer Kooperationsvereinbarung mit Spanien zu lösen. Die Fachkräftekommission der Staatskanzlei unter der Führung des Ministerpräsidenten, die durch den Kollegen Grüttner und mich fortgesetzt wird, versucht jetzt, aus diesem Bericht konkrete Schritte herauszuarbeiten. Sie hat den klaren Auftrag, die drei großen Bereiche, die in dem Abschlussbericht schon thematisiert werden, zu ordnen.

Unsere erste Aufgabe ist natürlich die Fort- und Weiterbildung der Arbeitskräfte, die vor Ort leben. Unsere erste Aufgabe ist, die Menschen, die wir im Land haben, weiterzuqualifizieren. Das betrifft auch diejenigen, die nicht erwerbstätig sind.

Der zweite Punkt – da haben Sie völlig recht; das ist ebenfalls ein Thema – ist die Erwerbsquote von Frauen. Da gibt es zur Abwechslung keinen Dissens. Wir haben in diesem Bereich massiv investiert und bauen das weiter aus, weil es nicht nur darum geht, für Wahlfreiheit zu sorgen, sondern auch darum, das Potenzial an Frauen, die nicht arbeiten können, weil sie sich um ein Kind kümmern müssen, in unsere Gesellschaft zu integrieren. Dieses Potenzial ist riesengroß. Wir wollen, dass die Frauen in Hessen eine Chance haben, zu arbeiten.

(Zurufe von der SPD)

Drittens. Natürlich kümmern wir uns auch um qualifizierte Fachkräfte oder um junge Leute aus anderen Ländern, die einen Ausbildungsplatz suchen.

Meine Damen und Herren, ich habe noch nie so viel Feedback auf eine Maßnahme bekommen – ich glaube, Kollege

Grüttner genauso – wie auf das Engagement zurzeit in Spanien. Es ist wirklich erstaunlich, wenn man sieht, wie viel wir dort an Feedback bekommen. Deshalb ist es richtig, dort so stark zu investieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ich will abschließend noch zwei weitere Punkte nennen. Das ist zum einen die Energiewende. Natürlich haben wir die Energiewende auch aus wirtschaftspolitischer Sicht dringend auf dem Schirm, wenn es darum geht, dafür Sorge zu tragen, dass nicht erhöhte Strompreise Unternehmen aus Hessen vertreiben.

Letzter Punkt. Dieser Punkt ist mir besonders wichtig: Infrastruktur. Frau Kollegin Müller, Straßen bestehen nur selten aus Beton. Häufig war es in der DDR so, dass Betonfertigteile verwendet wurden, um Straßen zu bauen. Das konnte man daran merken, dass man 5 m fahren konnte, und dann kam eine Rinne. In Hessen sind das andere Materialien. Ich habe das schon mehrfach gehört. Wir sollten wirklich einmal gemeinsam einen Tag bei Hessen Mobil verbringen, wir beide gemeinsam, Frau Müller, Hand in Hand, und uns anschauen, wie in Hessen Straßen gebaut werden, weil sie in der Regel nicht aus Beton gebaut werden. – Das ist das Erste.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens. Die massiven Investitionen in diesem Bereich unterscheiden uns gerade von den beiden Nachbarländern Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Baden-Württemberg hat das gemacht, was Rot-Grün oder Grün-Rot immer dann macht, wenn die GRÜNEN etwas zu sagen haben. Sie haben den Landesstraßenbauetat ausgeräubert und das Geld in andere Projekte gesteckt. Das mag die Baden-Württemberger zunächst nicht stören, weil das erst einmal nicht auffällt. Aber das wird mittelbar auffallen, und das wird die Wirtschaftskraft der ganzen Bundesrepublik schädigen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber in Rheinland-Pfalz erleben wir etwas, was hessische Bürgerinnen und Bürger unmittelbar betrifft. Das ist die Tatsache, dass dort wesentliche Infrastrukturvorhaben von den GRÜNEN gekippt worden sind. Ich will nur den Ausbau der Schiersteiner Brücke und die anschließende Bundesautobahn in Rheinland-Pfalz nennen.

(Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dort war ein dreispuriger Ausbau vorgesehen, weil sich morgens Pendler von Hessen nach Rheinland-Pfalz und von Rheinland-Pfalz nach Hessen im Stau quälen müssen. Herr Lewentz hat heute leider wieder in einem Zeitungsinterview zu erkennen gegeben, dass Rheinland-Pfalz die 4+2-Lösung favorisiert. Er sagt: Es ist politisch nicht anders umzusetzen. – Meine Damen und Herren, zwei Fahrspuren plus ein freigegebener Seitenstreifen sind nicht so gut wie drei Fahrspuren plus ein Seitenstreifen. Es ist ein Minus an Verkehrssicherheit, ein Minus an Transparenz, was die Struktur der Straßen angeht, und ein Minus an Infrastrukturqualität.

Deshalb können wir nur an die Kollegen in Rheinland-Pfalz appellieren: Lassen Sie sich bei wichtigen Projekten nicht ideologisch von den GRÜNEN von diesen Projekten

trennen, sondern sorgen Sie dafür, dass hessische Bürgerinnen und Bürger genauso wie Rheinland-Pfälzer die Chance haben, morgens pünktlich ihren Arbeitsplatz zu erreichen und nicht im Stau zu stehen. Ideologie ist nicht die bessere Wirtschaftspolitik. Wir brauchen gute Infrastruktur; sonst wird das auch mit dem Wirtschaftswachstum nichts. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist der Einzelplan 07 gelesen.

Es folgt der

Einzelplan 08 – Hessisches Sozialministerium –

Ich nehme an, dass Herr Dr. Spies von der SPD-Fraktion als Redner vortritt. Bitte schön, Herr Kollege Dr. Spies, Sie haben das Wort.

(Zuruf des Abg. Stefan Müller (Heidenrod) (FDP))

Dr. Thomas Spies (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wieder einmal wird die Landesregierung im Einzelplan 08 den sozialpolitischen Herausforderungen an die Landespolitik nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wieder einmal finden wir Aufgabenentledigung statt Aufgabenerledigung. Es gibt mehr denn je Preise statt Politik. Das wird den sozialpolitischen Aufgaben des Landes in keiner Weise gerecht.

Sparsamkeit ist eine Zier, wenn am rechten Fleck praktiziert. Aber es ist mehr als deutlich und auch schon mehr als einmal gesagt worden: Schuldenbremse heißt nicht Sozialabbau, sondern angemessene Aufgabenerfüllung und Sicherung der Einnahmen und Ausgaben. Der Sozialhaushalt ist der letzte Platz, an dem weitere Einsparungen möglich sind.

Tatsächlich aber hat es die Landesregierung in der Vergangenheit immer wieder versäumt, die nötigen zusätzlichen Mittel für die anstehenden Aufgaben im hessischen Sozialhaushalt bereitzustellen, die erforderlich wären, jenseits der Pflichtaufgaben auch tatsächlich positiv gestaltend zu wirken.

Ich glaube, zum Thema Kinderbetreuung muss man gar nicht mehr viel sagen. Das ist heute Morgen ausführlich, gründlich und umfassend angesprochen worden. Eine solche Pleite wie das Urteil des Staatsgerichtshofs zur Konnektivität hinsichtlich der Finanzierung der Mindestverordnung und eine so unzureichende Weiterreichung, geschweige denn Aufstockung der Mittel für den U-3-Ausbau, wie es diese Landesregierung an den Tag gelegt hat: Sie sollten sich wirklich schämen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE) – Vizepräsident Heinrich Heidel übernimmt den Vorsitz.)

Auch in anderen Fragen, die das Land in besonderer Weise fordern und bei denen Aktivität des Landes gefordert wäre, sind Sie, was die finanziellen Aufgaben angeht, weit zurück. Das gilt aber nicht nur für die finanziellen Fragen, sondern auch für die strukturierenden Aufgaben. Warum haben wir dieses Drama in der südhessischen Krankenhauslandschaft, das uns in den letzten Tagen täglich begegnet? Das ist nicht vom Himmel gefallen. Dafür gibt es örtliche Gründe. Aber natürlich hat es auch wesentlich damit zu tun, dass sich das Land seit Jahren aus einer angemessenen Investitionsfinanzierung und vor allem einer strukturierten Krankenhausplanung herausgezogen hat.

(Zuruf des Abg. René Rock (FDP))

Wenn man nicht vernünftig plant und dafür sorgt, dass der Abbau von Überkapazitäten im Gesundheitswesen, insbesondere im Krankenhauswesen, der durch die richtigen Maßnahmen noch unter rot-grüner Bundesregierung eingeleitet wurde, durch einen geordneten und strukturierten Rückbau aufgrund einer Landeskrankenhausplanung in die Praxis umgesetzt wird, dann hat man genau diesen Effekt: ein Krankenhaus zu viel, eines wird umfallen. – Meine Damen und Herren, das ist keine strukturierte Organisation. Das, was die Landesregierung hier an den Tag legt, ist Chaospolitik.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

In der mindestens ebenso wichtigen Frage der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum sind die Möglichkeiten, die sich das Land selbst herausnimmt, bestenfalls Petitesse. Alle wichtigen Fragen sind schon im hessischen Pakt nicht angegangen worden. Die Tatsache, dass Sie sich jetzt für eine 200.000-€-Praxisverkaufsprämie pro Jahr feiern lassen, die letztendlich eine freundlich gemeinte Beihilfe zur Altersversorgung älterer Kassenärzte im ländlichen Raum ist, ist dem Gegenstand unangemessen.

Nein, was nötig ist, ist eine strukturierte, konsequente Politik, die sich den Herausforderungen insbesondere bei der Armutsversorgung, der Gesundheitsversorgung, der Kinderbetreuung sowie den anstehenden Aufgaben in diesem Land in der Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik stellt. Auch die Arbeitsmarktbudgets geben Sie nicht einmal vollständig aus. Das ist angesichts der Arbeitsmarktsituation, gerade von Langzeitarbeitslosen, ein Hohn. Dass man meint, man brauche noch weniger, weil man es in der Vergangenheit nicht losgeworden ist, ist inadäquat.

Zur Ausbildung. Auch bei der beruflichen Qualifizierung wäre Engagement des Landes dringend angezeigt. Nein, meine Damen und Herren, dieser Einzelplan kommt den sozialpolitischen Aufgaben, insbesondere den Herausforderungen bei der Armutsbekämpfung, überhaupt nicht nach. Es gibt eine Vielzahl von Fragen, denen Sie bislang in keiner Weise gerecht werden. Dieser Einzelplan zeigt: Hessen braucht eine andere Landesregierung – und bekommt sie in 15 Monaten ja auch.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Heinrich Heide:

Schönen Dank, Herr Kollege Spies. – Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Dr. Bartelt das Wort. Man hat ihm 7,5 Minuten zugebilligt.

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Verehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst ein paar Anmerkungen zu dem Vorredner, dem sehr geschätzten Herrn Kollegen Dr. Spies. Es ist schon etwas zynisch, die Leistungen des Pakts zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum hier als Beitrag zur Altersversorgung älterer Ärzte darzustellen.

(Zuruf des Abg. Dr. Thomas Spies (SPD))

Innerhalb kurzer Zeit mit wenig Geld wurden acht neue Praxen geschaffen bzw. erhalten, drei davon im Werra-Meißner-Kreis. Das war das am schlechtesten versorgte Gebiet in Hessen, weil nach einer Strukturanalyse der KV sechs Gemeinden gar keinen Kassenarztsitz gehabt haben. Diese Menschen werden jetzt durch drei Praxen versorgt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Diese Menschen sind dankbar für die Initiativen der Landesregierung, der Kassenärztlichen Vereinigung und der Krankenkasse, ebenso die Menschen, die in Hersfeld-Rotenburg, im Odenwald, in Fulda und in Waldeck-Frankenberg mit zwei Praxen versorgt werden. Es war ein Dienst an den kranken Menschen im ländlichen Raum, und es war kein Dienst zur Altersversorgung älterer Ärzte. Dies muss einmal klargestellt werden.

(Beifall bei der CDU – Dr. Thomas Spies (SPD): Sie machen es ja noch schlimmer!)

Zweitens. Da Sie gesagt haben, dass Ihr Fraktionsvorsitzender heute Morgen schon zur Sozialpolitik, gerade zu dem Thema der Versorgung mit Kinderkrippenplätzen für unter Dreijährige, das Ausreichende gesagt habe, so möchte ich doch darauf hinweisen, dass der Herr Fraktionsvorsitzende noch nicht einmal zwischen der Versorgungs- und der Betreuungsquote differenzieren konnte. Er hat die Zahlen gerade mal etwas durcheinandergeworfen. Das bedarf natürlich der sorgfältigen fachlichen Darstellung, die von Ihnen heute Morgen noch nicht geleistet worden ist; auch nicht von Ihnen, lieber Herr Spies.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Schaffung von Krippenplätzen für unter dreijährige Kinder stellt eine Herausforderung dar. Wir müssen den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem 01.08.2013 umsetzen, und wir werden das umsetzen. Wir werden hierbei die kommunale Familie und die freien Träger unterstützen, weil wir das als Gemeinschaftsaufgabe ansehen, und wir werden so unseren Beitrag leisten, dass die Eltern selbst entscheiden können, wie sie die Erziehung ihres Kindes gestalten werden. Im Haushalt ist dies überzeugend wiederzufinden. Im Haushalt 2012 wurden schon 356 Millionen € für frühkindliche Bildung bereitgestellt. Im Haushalt 2013/2014 sind dies zusammen 868 Millionen € – eine erhebliche Steigerung. Ein wichtiger Teil ist das Landesinvestitionsprogramm für beide Jahre mit insgesamt 100 Millionen €. Das sind 8.700 neue Plätze.

(Beifall bei der CDU)

Die Betriebskostenförderung wird von 111 Millionen € im Jahr 2012 über 133 Millionen € im Jahr 2013 auf 149,8 Millionen € im Jahr 2014 erhöht. Weiterhin werden wir für das kostenfreie dritte Kindergartenjahr 100 € pro Monat bereitstellen. Das sind in diesen beiden Jahren zusammen 124 Millionen €. Im Bonusprogramm für zwischen Mitte

2012 und 2013 neu geschaffene Plätze werden 8 Millionen € bereitgestellt, und die Tagespflege – ein ganz wichtiger Beitrag – wird hier mit einbezogen.

Durch diese finanzielle Kraftanstrengung werden wir Mitte 2013 die Messlatte eines 35-prozentigen Versorgungsgrads sicher nehmen. Wie ist die Entwicklung? – Im Jahr 1998 waren es 3 %, 2005 waren es 7 %, vor einem Jahr waren es 28 %, und heute sind es 31,7 %. Das ist eine beeindruckende Entwicklung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir wissen, dass mit der Deckung des durchschnittlichen Versorgungsbedarfs die Anstrengungen nicht beendet werden dürfen, weil es erhebliche regionale Schwankungen gibt; der Bedarf in den Großstädten ist höher. Wir schaffen in diesem Doppelhaushalt die Grundlage dafür, dass ausreichend qualifizierte Betreuungsplätze angeboten werden. Das ist eine richtige Prioritätensetzung dieser Landesregierung und eine große Leistung des Ministerpräsidenten, des Finanzministers und des Sozialministers.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Akzent dieses Doppelhaushaltes ist die ungedeckelte Förderung aus Landesmitteln für die Ausbildung zum Altenpfleger und Altenpflegehelfer. Für jeden, der sich für diesen Beruf motivieren lässt, ist die Finanzierung durch Landesmittel gesichert. Der Haushaltsansatz deckt den Bedarf für 5.000 Schüler; heute sind es etwas über 4.000 Schüler. Die Ausbildungszuschüsse sind von 2010 bis 2014 kontinuierlich von 13 auf 21,5 Millionen € gestiegen.

Wir ergreifen Maßnahmen gegen den drohenden Pflege- notstand durch diesen gezielten Mitteleinsatz, durch die Anwerbung von Pflegekräften aus dem Ausland, durch die Attraktivitätssteigerung des Berufsbildes, indem wir uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass der Pflegeberuf die Kranken- und Altenpflege umfasst, und durch entsprechendes Engagement auf europäischer Ebene, indem wir, etwa im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, nicht dafür sind, dass Hauptschulabsolventen der Eintritt in den Pflegeberuf verwehrt wird. Wir brauchen alle, die sich für diesen Beruf interessieren, auch diejenigen mit einem Hauptschulabschluss.

(Beifall bei der CDU und des Abg. René Rock (FDP))

Ein weiterer Punkt. Hessen wird die Investitionen in die Krankenhäuser weiter steigern. Im Ländervergleich nimmt Hessen weiterhin eine Spitzenposition ein. Im Bauprogramm kommen den Krankenhäusern 2012 100 Millionen €, 2013 117 Millionen € und 2014 121,5 Millionen € zugute. Der ganz überwiegende Teil wird in Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft investiert. Diese nachhaltigen Investitionen und die Vorbereitung eines leistungsfähigen, zukunftsfähigen Verbundes kommunaler Krankenhäuser zeigen den Stellenwert der stationären medizinischen Versorgung für das Land und für diese Landesregierung.

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Dr. Bartelt!

Dr. Ralf-Norbert Bartelt (CDU):

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die richtige Schwerpunktsetzung im Etat für Sozialpolitik, die hervorragenden wirtschaftlichen Daten unseres Landes, insbesondere die stabil niedrige Arbeitslosenquote, und der konsequente Weg des Schuldenabbaus sind die Grundlagen einer erfolgreichen Sozialpolitik und für das Zusammenleben der Menschen in Hessen in Wohlstand. Dafür danken wir dieser Landesregierung. Wir werden diesen Weg konsequent fortsetzen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist nicht Ihr Ernst!)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Dr. Bartelt. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Schulz-Asche, bitte.

Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Haushaltsplanentwurf des Sozialministeriums für die nächsten beiden Haushaltsjahre ist festzustellen: Diese Landesregierung ist nach 13 Jahren an der Macht verbraucht und erschöpft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Lachen bei der CDU)

Wenn ich an die „Operation düstere Zukunft“ denke, muss man darüber fast froh sein, denn da waren Sie sogar bösartig.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Angesichts der Herausforderungen an die Sozialpolitik durch den gesellschaftlichen Wandel, in dem wir uns voll befinden, ist der Einzelplan des Sozialministeriums, wenn man es positiv sehen will, nicht mehr als ein „Weiter so“, ohne den erkennbaren Willen der Gestaltung.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass Bürgerinnen und Bürger und die Träger der sozialen Angebote verunsichert sind, verwundert deshalb nicht.

Unser reiches Bundesland kann nicht mit einer guten Bilanz bei sozialer Gerechtigkeit aufwarten. Seit 1999 ist die Sozialpolitik ein Steinbruch und eine eher gutsherrliche Restmittelvergabe; das soziale Netz in Hessen ist unter Schwarz-Gelb immer löchriger geworden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Brigitte Hofmeyer (SPD))

Sehen wir uns doch einmal genau an, was hier bei uns passiert: Sie haben die Mittel für die Schuldnerberatung gestrichen. Wir haben gerade in diesem Bereich Wartezeiten, wo Prävention so wichtig wäre. Wir schlagen Ihnen vor, zusammen mit den Verbraucherzentralen neue Strukturen aufzubauen und mit den noch vorhandenen Strukturen zu kooperieren, um diesen Menschen, die davon bedroht sind, in Armut abzurutschen, endlich rechtzeitig zu helfen. Das ist ein soziales Netz, das Sie völlig zerstört haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein zweiter Bereich. Wenn wir uns anschauen, was sich heutzutage in den Stadtteilen, die man soziale Brennpunkte nennt, abspielt, dann müssen wir konstatieren: Seit dem Jahre 2004 ist die Unterstützung für diese kleinen Initiativen, für die vielen Frauen, die sich vor Ort darum kümmern, dass das Gemeinwesen funktioniert – auch das sind für uns übrigens öffentliche Institutionen –, mit einem Schlag völlig weggefallen. Das ist wirklich ein Skandal.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Da wird Schwarz-Gelb in Hessen von den Beschlüssen der Bundesregierung sekundierte, genau diese Gemeinwesenarbeit im Programm „Soziale Stadt“ zu streichen. Die Hausbesitzer und die Banken sind die Nutznießer, aber die Menschen in diesen sozialen Brennpunkten haben Sie alleingelassen und damit einen Teil des sozialen Netzes zerstört.

Zum Bereich Gesundheit. Wir alle wissen, dass hier die Unterversorgung in bestimmten Bereichen droht. Wir haben in verschiedenen Versorgungsbereichen, beispielsweise bei der Geburtshilfe, immer wieder darüber diskutiert, wie die Versorgung im ländlichen Raum, aber auch in sozialen Brennpunkten erreicht und sichergestellt werden kann. Sie wissen, dass ich Ihren Pakt nicht für einen Brüller halte, aber immerhin sind darin einige positive Schritte zu erkennen. Aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, meine Damen und Herren. Wir brauchen Versorgungskonzepte für alle medizinischen und pflegerischen Bereiche, um die Versorgung im ländlichen Raum dauerhaft sicherstellen zu können, wie wir es Ihnen auch schon in einem Konzept vorgestellt haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist durchaus sinnvoll, 100 spanische Pflegekräfte zu engagieren und nach Hessen zu holen. Aber wir haben in Hessen einen Pflegenotstand, der seit Jahren absehbar ist. Wir wissen, dass wir nicht genug Pflegekräfte für das haben werden, was – auch vorausgesagt durch den Hessischen Pflegemonitor – ab 2020 an Bedarf besteht. Hier brauchen wir eine Aufwertung, wir brauchen eine Ausbildungsreform, wir brauchen eine vernünftige Finanzierung der Ausbildung durch eine Umlage usw. Bei Ihnen ist nichts dazu zu erkennen, dass Sie auf diese Herausforderungen vorbereitet wären.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Jugend ist bei Ihnen wirklich die alleingelassene Generation.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Na, na, na!)

Wir fordern, dass es endlich eine vernünftige Gestaltung des Übergangs von der Schule zum Beruf gibt; denn alle Jugendlichen müssen in Hessen die Möglichkeit haben, eine Ausbildung abzuschließen, um den Rest ihres Lebens auch tatsächlich vernünftig in den Arbeitsmarkt integriert werden zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was haben Sie nicht geredet vom „Familienland Nummer eins“ – weit entfernt. Wir mussten den Dilettantismus dieser Landesregierung bei der Mindestverordnung erleben. Wir wissen seit Jahren, dass es einen Mangel an Erzieherinnen und Erziehern geben wird. Wir haben dazu seit Jahren Aktionsprogramme, Sonderprogramme, Sofortprogramme usw. gefordert, und Sie haben nicht reagiert. Wir

haben nach wie vor einen Mangel an U-3-Plätzen. Wir haben nach wie vor einen Mangel an Plätzen in den Kindergärten, und wir haben einen eklatanten Mangel an Plätzen an den Grundschulen. In Ihren Konzepten ist nicht zu erkennen, was Sie unternehmen wollen, um tatsächlich Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann bin ich bei den Frauen. Wenn man sich einmal ansieht, was in diesen 13 Jahren mit Blick auf die Gleichstellung der Frauen passiert ist, kann man sagen: eigentlich kaum etwas. Stattdessen erleben wir, wie bei der Operation Abendsonne Posten verteilt und nach Parteibuch vergeben werden. In Norwegen war genau das der Grund, die Frauenquote einzuführen, um dieses Geschachere mit Posten endlich zu beseitigen. Deswegen sehen wir auch hier Handlungsbedarf.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Was jetzt getan werden muss: Wir GRÜNEN haben unser Sozialbudget für 2013/2014 vorgelegt, und zwar als klare Alternative zu dem, was wir hier von Schwarz-Gelb erleben. Wir stärken durch den gezielten und verantwortungsvollen Einsatz von Landesmitteln die soziale Infrastruktur, öffentliche Institutionen und machen sie zukunftsfest. Im Hinblick auf das Jahr 2020 und die dann umzusetzende Schuldenbremse brauchen wir auch in Zukunft den notwendigen Schutzschirm für eine ermöglichende Sozialpolitik.

Insgesamt werden die Landesmittel um 14,9 Millionen € und 12,3 % für 2014 erhöht. Wir setzen ein deutliches Zeichen – auch das habe ich gerade schon erwähnt – hinsichtlich des Ausbaus und der Qualitätsverbesserung in der frühkindlichen Bildung; denn der frühe Zugang zu Bildung ist notwendig für Teilhabe von klein an und die Grundlagen für Chancengerechtigkeit für das ganze Leben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Notwendig ist eine Sozialpolitik, die sich um die Schwächsten kümmert und die dafür sorgt, dass den Menschen Zukunftschancen eröffnet werden. Wir brauchen eine Sozialpolitik, die sich ihrer Verantwortung stellt – gegen Armut, Gewalt, Ausgrenzung –; eine Politik für Inklusion, die den Bürgern vermittelt, dass soziale Gerechtigkeit gewollt und machbar ist trotz Finanzkrise und Schuldenbremse; eine Politik, die jedem und jeder ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, dass es die gleichen Lebenschancen für alle in einer inklusiven Gesellschaft gibt, in der jeder Mensch gleich viel wert ist und das Zusammenleben in Vielfalt eine Bereicherung. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Frau Schulz-Asche. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Rock das Wort. Bitte schön.

René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Dr. Spies, Frau Schulz-Asche, ich weiß nicht, ob Sie in den Haushalt hineingeschaut haben, bevor Sie Ihre Reden vor-

getragen haben; denn das, was Sie vorgetragen haben, bildet sich nicht im Haushalt ab.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie müssen einfach einmal zur Kenntnis nehmen, dass 2012 der Ansatz bei 652 Millionen € lag und 2013 demgegenüber 791 Millionen € beträgt. Das ist ein Aufwuchs von 20 %. Für einen Einzelhaushalt bzw. einen Einzelplan ist das außergewöhnlich und zeigt, dass hier ein wichtiger Schwerpunkt gesetzt wird. Wenn Sie sich fragen, wo das Aufwachsen ist, werden Sie es beim Investitionsprogramm für die U-3-Plätze sehen, weil dort 100 Millionen € zur Verfügung gestellt werden, um einen Versorgungsgrad von 39 % in ganz Hessen zu erreichen. Daher verstehe ich nicht, über was Sie hier geredet haben oder ob Sie einfach nicht in diesen Haushalt geschaut haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wie kann man behaupten, dass eine Landesregierung und ein Parlament hier keinen Schwerpunkt setzen würden, wenn ein Haushalt in einem Jahr um 20 % aufwächst und im Folgejahr immerhin noch um 10 % mit Bezug auf das Basisjahr 2012? Wir haben enorme Steigerungen. Diese enormen Steigerungen sind natürlich dem festen Willen geschuldet, gemeinsam mit den Kommunen eine Versorgungsquote in Hessen sicherzustellen. Das blenden Sie völlig aus.

Sie blenden außerdem aus, dass in diesem Ministerium für den entsprechenden Einzelplan, der hier verantwortet wird, die Beschäftigten immer mehr administrative Tätigkeiten haben, und das bei geringerer Personaldecke. Das heißt, im Ministerium wird effizienter gearbeitet. Ich will nur einmal darauf hinweisen: Wir haben ein OFFENSIV-Gesetz verabschiedet, das Personalmehrbedarf verursacht. Wir haben eine Sozialberichterstattung eingeführt, wir haben die Kinderbetreuung, die zusätzlich administriert werden muss, die qualifizierte Schulvorbereitung, die frühen Hilfen – jede Menge mehr Aufwand, der im Ministerium geleistet werden muss, bei einer konstanten Personaldecke. Da kann ich nur sagen: vielen Dank an die Beschäftigten dort, dass sie das leisten, ohne mehr Personalaufbau notwendig zu machen.

Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass gerade im Sozialbereich zwei ganz wichtige Punkte angegangen und auch mit Geld unterlegt worden sind.

Ich will zuallererst das Thema Altenpflege ansprechen. Der Haushalt ist im Bereich der Altenpflege absolut dynamisch. Dort wird deutlich mehr Geld ausgegeben. Wir haben den Deckel aufgehoben. Das führt dazu, dass jeder, der qualifiziert ist und diesen Beruf erlernen kann, das in Hessen tun kann. Das hat eine Menge Geld gekostet, das wir aber zur Verfügung zu stellen bereit sind.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es ist wichtig, jedem, der diesen Beruf erlernen möchte, dies auch zu ermöglichen. Das hat enormes Geld gekostet.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Auch die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum schlägt sich im Haushalt nieder. Auch hier ist ein Schwerpunkt gesetzt worden, der richtig ist.

Ich möchte noch einmal ganz deutlich machen, dass in den neuen Produkten, die Sie wiederfinden, auch das bereits erwähnte Investitionsprogramm für die U-3-Plätze mit 100 Millionen € auftaucht, wobei der größte Anteil davon Landesgeld ist. Wir haben die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention mit einem Aktionsplan, wofür wir deutlich Geld in die Hand nehmen. Wir haben das Thema Familienhebammen und den Kinderschutz in der Prävention als neue Produkte. Das ist richtig und wichtig. Das finden Sie hier im Haushalt. Es müsste einhellige Zustimmung finden, dass hier mehr gemacht wird, und keine Kritik.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Die Dynamik dieses Einzelplans ist ganz klar dem U-3-Ausbau geschuldet. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben das als Aufgabe begriffen und wollen sicherstellen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein ganz großer Schwerpunkt ist. Das sage ich als Sozialpolitiker nicht in Bezug auf den Fachkräftemangel, sondern es geht um die Selbstbestimmtheit, wie Familie organisiert werden soll. Das ist eine wichtige Sache. Es ist ganz klar richtig, dass hier so viel Geld in die Hand genommen wird. Ich bin guter Hoffnung, dass es dem Land zusammen mit den Kommunen gelingt, die Ausbauziele zu erreichen und die Versorgungsquote von 39 % spätestens 2014 sicherzustellen.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen – die Redezeit ist gleich zu Ende –, dass ich kein Verständnis für die Änderungsanträge der SPD habe. Ich kann nicht verstehen, dass Sie die qualifizierte Schulvorbereitung angreifen und die Familienkarte streichen wollen. Das sind Erfolgsmodelle. Die qualifizierte Schulvorbereitung ist essenziell wichtig für die Weiterentwicklung der Qualität im Kinderbereich. Es ist richtig, dass das jetzt angegangen wird und sich im Haushalt wiederfindet.

Ich bin sehr zufrieden mit dem Haushalt und hoffe, dass er konsequent umgesetzt wird. Dann sind wir auf einem guten Weg. Ich könnte mir vorstellen, dass der eine oder andere Punkt im Hinblick auf das Kinderförderungsgesetz noch in der dritten Lesung dazukommt, aber das werden wir sehen. Es ist ein guter Haushalt, wir haben die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Ich glaube, dass wir einen guten Minister haben, der das Geld auch vernünftig ausgibt.

(Minister Jörg-Uwe Hahn: Ich weiß es!)

– Sie wissen es. – Das kommt allen Hessen zugute. Ich bin sicher, dass der Haushaltsplan erfolgreich umgesetzt wird.
– Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Rock. – Für die Fraktion DIE LINKE Frau Schott, bitte.

Marjana Schott (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Leitlinie der schwarz-gelben Sozialpolitik in Hessen ist die sogenannte aktivierende Sozialpolitik. Sie besteht im Grundsatz aus zwei ideologischen Bausteinen:

Erstens müssen Menschen angeblich grundsätzlich aktiviert werden, um Armut und Bedürftigkeit zu vermeiden.

Besonders aktiviert werden müssen sie, wenn die Armut bereits eingetreten ist, also beendet werden soll. Ist die Armut eingetreten – im Klartext: sind die Betroffenen im Hartz-IV-Bezug –, geht die sogenannte Aktivierung auch schnell in Sanktionierung über, was wiederum im Klartext heißt: Kürzung von Leistungen, also Verschlimmerung der Armut. Das scheint absurd, hat aber Methode; darauf komme ich später.

Die zweite Grundlinie der aktivierenden Sozialpolitik läuft darauf hinaus, verschiedene gesellschaftliche Herausforderungen durch ehrenamtliche Arbeit zu bewältigen. Auch hier wieder im Klartext: für lau. Beispiel: Der Fahrdienst für die medizinische Versorgung älterer Menschen in ländlichen Gegenden soll nach den Vorstellungen des Ministers ehrenamtlich erledigt werden. Um es klar zu sagen: Gegen eine Stärkung ehrenamtlichen Engagements ist nichts zu sagen, sie ist zu begrüßen. DIE LINKE lehnt es aber entschieden ab, Ehrenamt als Füllstoff für die Bresche zu nutzen, die durch die sozialpolitischen Fehlentscheidungen und den sozialpolitischen Abriss der letzten 13 Jahre entstanden ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Ideologie der aktivierenden Sozialpolitik und der damit verbundene Paradigmenwechsel stammen eigentlich von der SPD. In der Friedrich-Ebert-Stiftung gibt es einen Arbeitskreis mit dem Titel „Bürgergesellschaft und Aktivierender Staat“. Der erste Satz des Oberziels des Haushaltsentwurfs von Minister Grüttner lautet: „Hessen strebt nach einer aktiven Bürgergesellschaft, in der jeder freiwillig Verantwortung – auch ehrenamtlich – übernimmt, ...“ Wir sehen, wie sehr sich das sozialpolitische Fundament der SPD und der CDU gleichen – Aktivierung und Ehrenamt.

(Zuruf von der SPD: Was ein Quatsch!)

Was ist davon zu halten? Vor wenigen Tagen wies eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung darauf hin, dass die SGB-Quoten in den Städten zwar zurückgehen, aber die Armutsgefährdung weiter zunimmt. Zitat: „Die Armut steigt, obwohl die Arbeitslosigkeit sinkt.“

(René Rock (FDP): Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

DIE LINKE sagt schon immer: Die Menschen müssen nicht aktiviert werden. Kein Mensch gerät freiwillig in Armut. Kein Mensch bleibt freiwillig in Armut. Die Eltern der 22 % Kinder, die in Frankfurt auf Sozialtransfers angewiesen sind, würden sicher alles tun, um der Armut zu entkommen, damit sie ihren Kindern mehr als Nahrung und Kleidung – das Existenzielle – bieten können.

In ganz Hessen haben wir nach offiziellen Statistiken knapp 85.000 erwerbstätige Menschen, die dennoch SGB II beziehen, weil der Lohn die Existenz nicht sichert. Der Autor der erwähnten Studie hat zur Ursache wachsender Armut trotz sinkender Arbeitslosigkeit Folgendes vermutet: „Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist nicht mehr so armutsvermeidend, wie sie es früher einmal war.“ Wenn selbst sozialversicherungspflichtige Beschäftigung immer weniger armutsvermeidend ist, dann zeigt das, dass wir ein gravierendes Problem haben, das heißt: arm trotz Arbeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Hier hat eine problemorientierte Sozialpolitik anzusetzen. Aktivierung und Ehrenämter lösen gar nichts, sondern verschlimmern die Lage. Die Sanktionen und Leistungskürzungen im Bereich Hartz IV belegen das. Sie wurden von SPD und GRÜNEN – tut mir leid – eingeführt. Mehrere Anträge der LINKEN zur Abschaffung wurden im Landtag auch von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

Ich behaupte, es ist gar nicht das Ziel der sogenannten aktivierenden Sozialpolitik von Schwarz-Gelb, die eben skizzierten Probleme zu lösen. In den letzten zehn Jahren hatte die ärmere Hälfte der Bevölkerung reale Nettoeinkommensverluste hinzunehmen, während die oberen 50 % gewonnen haben. Nennenswerte Zuwächse gab es nur in den oberen 10 %. Den höchsten Zuwachs, nämlich sage und schreibe knapp 50 %, konnte das obere 1 % zu verzeichnen; mein Kollege van Ooyen ist heute Mittag bereits näher darauf eingegangen.

Herr Grüttner, Sie haben mehr oder minder vehement gegen die Umverteilungsabsichten breiter zivilgesellschaftlicher Bündnisse gesprochen. Ich erinnere mich an den Abend mit der Liga. Ihr Benehmen dort fand ich hart an der Grenze dessen, was erträglich ist. Ihr Ziel und das der Landesregierung ist es, den Reichtumszuwachs der oberen 10 % abzusichern. Dagegen setzen wir eine aktive und umfassende Sozialpolitik.

Im Gegensatz zur SPD meinen wir das ernst. Mit Interesse habe ich zur Kenntnis genommen, dass die SPD all unsere sozialpolitischen Anträge abgelehnt hat. Ich danke Ihnen für diese klare Aussage. Jetzt wissen wir, was die SPD meint, wenn sie von einem sozialpolitischen Neustart redet. Selbst kleinste sozialpolitische Vorhaben stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Sie unterliegen den finanziellen Restriktionen, die Sie zusammen mit Ihren enormen Steuerersenkungen für Kapitalgesellschaften und Spitzenverdiener erst geschaffen haben.

Meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN – Sie von Schwarz-Gelb sowieso –, Sie haben folgende Anträge von uns abgelehnt: die Mittel für Gehörlosengeld – in anderen Bundesländern gibt es ein solches Gehörlosengeld –; die Erhöhung des Schulgeldes in der Altenpflege – wir haben heute gehört, wie wichtig und zentral dieses Thema ist, aber das geht nur, wenn man die Altenpflegeschulen vernünftig ausstattet;

(Beifall bei der LINKEN – Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht schlägt ihr einfach nur die falschen Sachen vor! – Unruhe)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Einen Moment, Frau Kollegin. – Der Geräuschpegel ist jetzt in allen Teilen des Raumes so hoch, dass man der Rede kaum folgen kann. Ich bitte darum, wichtige Gespräche nach außen zu verlagern, damit wir der Rednerin folgen können. – Bitte.

Marjana Schott (DIE LINKE):

danke, Herr Präsident –; die Erhöhung der Mittel für die Schwangerenkonfliktberatung auf das alte Niveau; das Rückgängigmachen der CDU-Operation „Düstere Zukunft“; die Finanzierung der Mehrbedarfe für Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen – dies haben die GRÜNEN

nicht abgelehnt –; schließlich die bessere Betreuung von Opfern sexueller Gewalt.

Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben heute Morgen ein Beispiel über Ausbeutung übelster Sorte gebracht. Ich habe Ihnen Beifall geklatscht, als Sie gesagt haben: Das wollen wir nicht. – Ich bin froh darüber, dass Sie das auch nicht wollen. Aber Ihre Partei ist doch verantwortlich für Hartz IV und die völlige Liberalisierung der Arbeitswelt. Sie haben doch die Ursachen für genau diese Situationen geschaffen. Es ist das Ergebnis dessen, was Sie haben wollten.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist doch völliger Unfug!)

Jetzt bringen Sie hier das traurige Beispiel und sagen, wie schrecklich es ist und dass Sie das nicht wollen. Wenn Sie es nicht wollen, dann distanzieren Sie sich von dem, was Sie damals erfunden haben.

(Beifall bei der LINKEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich habe überhaupt keinen Anlass, mich zu distanzieren!)

– Den haben Sie, wenn Sie das, was Sie heute Morgen gesagt haben, auch nur im Allergeringsten ernst meinen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Sie verstehen es seit acht Jahren nicht und werden es auch in Zukunft nicht verstehen!)

Sie haben die Grundlage für solche Arbeitsbedingungen geschaffen, wie Sie sie heute Morgen tränenreich beschrieben haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Belehrungen von Ihnen lasse ich sowieso nicht zu!)

Das ist doch der Hohn, da sind Sie sich doch selbst untreu. Entweder Sie wollen solche Arbeitsverhältnisse nicht, dann sagen Sie klar, dass Hartz IV ein Fehler war. Oder Sie finden in Ordnung, dass das passiert ist, was Sie eingetütet haben. Aber dann stehen Sie auch dazu.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Wer soll Ihnen Ihre Betroffenheit glauben, wenn Sie 330.000 € für Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen ablehnen? Wer soll Ihnen das glauben?

(Zurufe von der CDU)

– Sie haben es auch abgelehnt. Also brauchen Sie gar nicht so hämisch Beifall zu klatschen. Sie waren nicht die Bohne besser.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der CDU)

Die Frauen, die dort ihre Arbeit machen, die wirklich engagiert ihre Arbeit machen, betreuen doch genau die Frauen, die Hilfe brauchen.

Herr Bouffier hat heute Morgen gesagt: Wenn man einen armutsfesten Lohn schaffen will, müsste man mindestens 11,50 € fordern. Er hat behauptet, dass sei nicht machbar.

Die Kehrseite der Armut der vielen ist der immense Reichtum der wenigen, der oberen 5 % oder des oberen 1 %. Die Kehrseite der um sich greifenden Armut trotz Arbeit ist der weiter wachsende Reichtum ohne Arbeit. Statistisch sind ca. 80 % der Einkünfte der oberen 5 % Kapitaleinkommen, also Einkommen, welches ohne jede Arbeitsleistung zufließt.

Meine Damen und Herren von der CDU und der FDP, wissen Sie, ich hätte noch nicht einmal ein Problem, wenn wir darüber reden würden, ob ein Betrieb in der Gründungsphase Menschen zu niedrigen Löhnen beschäftigt, wenn ein Betrieb in der Krise Menschen zu niedrigen Löhnen beschäftigt. Aber es gibt keine Form der Kontrolle, wie viel jemand in seiner Firma verdient und wie wenig er seinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen bezahlt. Jeder Hartz-IV-Empfänger muss jeden Tag die Hose runterlassen,

(Zurufe von der CDU)

um auch nur dieses geringe Geld zu kriegen. Aber wenn jemand ausbeuten kann und will, dann kann er das, ohne dass in irgendeiner Form kontrolliert wird, ob das Grund hat oder ob es nur der eigenen Bereicherung dient. Das ist eine Sauerei, und das ist eine einseitige Politik.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

Diese Regierung nimmt billigend in Kauf, dass Menschen in Armut leben, obwohl sie arbeiten, und dass immer mehr Menschen ihr Alter in Armut verbringen. Ihr Gerede, ein armutsfester Mindestlohn sei nicht möglich, folgt – ich sagte es schon – dem Ziel, die Einkommenszuwächse der oberen 10 % zu sichern und weiter zu erhöhen. Die aktivierende Sozialpolitik und die Sanktionen haben eine ganz einfache Funktion: die Menschen dazu zu bringen, die Armutslöhne zu akzeptieren. Sie haben noch mehr Angst vor der Arbeitslosigkeit.

Gegen diese Politik der Verarmung setzt DIE LINKE eine aktive und umfassende Sozial-, Arbeitsmarkt- und Einnahmepolitik. Dazu gehört insbesondere ein armutsfester Mindestlohn. Dazu gehört weiterhin eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Denn allein ein armutsfester Mindestlohn würde auch in Hessen nicht ausreichen, alle Menschen, die arbeiten wollen, mit existenzsichernder Beschäftigung zu versorgen.

Deshalb werden wir wie in den letzten Jahren auch in diesem Jahr wieder einen Antrag für ca. 6.000 mehr Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas einbringen sowie einen Antrag auf Umwandlung der verbliebenen Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige und existenzsichernde Stellen.

Ich weiß, dass der Arbeitsmarkt, was die Erzieherinnen betrifft, leer geräumt ist. Aber dann ist es die Aufgabe, zu schauen, was man da tun kann. Da reicht nicht aus, was hier getan wird. Wir verlieren jedes Jahr 20 % junger, gut ausgebildeter Erzieherinnen und Erzieher, weil die Arbeitsbedingungen so sind, dass sie lieber im Supermarkt Regale einräumen gehen. Das weist eine Studie nach. Sorgen Sie dafür, dass die Arbeitsbedingungen besser werden. Das ist ein Teil davon, das Problem zu lösen. Dann gewinnen wir diese Menschen vielleicht zurück und verlieren nicht jedes Jahr weitere gut ausgebildete Menschen.

(Beifall bei der LINKEN)

Diese Gesellschaft verfügt von Jahr zu Jahr über einen pro Kopf wachsenden Reichtum. Er ist nur immer ungleicher verteilt. Deshalb ist eine der Leitlinien linker Gesellschafts- und Sozialpolitik: Es ist genug Geld da, um sinnvolle Arbeit zu schaffen, und es gibt mehr als genug sinnvolle Aufgaben und Herausforderungen, für deren Bewältigung dieses Geld eingesetzt werden muss.

Meine Damen und Herren von CDU, SPD und GRÜNEN, sollten Sie unseren beiden noch ausstehenden Anträgen für

mehr Erzieherinnen in Kitas und für die Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen nicht zustimmen, werden wir das sehr bedauern. Aber einmal mehr wären dann die sozial- und arbeitsmarktpolitischen Fronten geklärt.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Frau Schott. – Für die Landesregierung hat Herr Sozialminister Grüttner das Wort.

Stefan Grüttner, Sozialminister:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Normalerweise laufen Haushaltsdebatten nach festgelegten Ritualen. Dieses Mal haben wir etwas anderes erlebt. Dass sich die Opposition mehr mit sich selbst beschäftigt und gegeneinander geht, statt sich mit dem Haushalt auseinanderzusetzen, ist sozusagen eine Premiere. Allerdings ist es natürlich auch mehr als verständlich; denn viele Aussagen, die heute Morgen in der Aussprache zum Einzelplan 02 getroffen worden sind, haben nicht gerade von tiefer gehender Sachkenntnis gezeugt.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Herr Kollege Dr. Bartelt hat das an dem Beispiel Betreuungs- und Versorgungsquote festgemacht und verdeutlicht. Dass Herr Spies nicht weiter darauf eingegangen ist, ist wahrscheinlich der Tatsache geschuldet, dass es morgen noch einen Setzpunkt zu dieser Thematik gibt. Dann kann man sich noch intensiv damit auseinandersetzen. Gehen Sie allerdings davon aus, dass in diesem Haushalt für den Ausbau der Betreuung von Kindern unter drei Jahren insgesamt im Investitionsbereich 100 Millionen € zur Verfügung stehen

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

und dass insbesondere für Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung im Doppelhaushalt mehr als 860 Millionen € zur Verfügung gestellt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist ein deutliches und klares Bekenntnis einer Schwerpunktsetzung in die Zukunft unseres Landes, wenn wir in unsere Kinder investieren, und das machen wir. Wir machen das zielgerichtet.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Was in dieser Debatte auch deutlich geworden ist – das sage ich immer wieder –: Es gibt einen fundamentalen Unterschied in der Sozialpolitik zwischen dem, was die Regierungsfaktionen und diese Landesregierung vertreten, und dem, was die Opposition in diesem Landtag vertritt. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen sehen die Menschen an. Sie wollen den Menschen helfen. Sie verordnen den Menschen nicht das, von dem sie zu wissen glauben, was besser ist, sondern sie versuchen, sie mit ihren Kräften, die sie haben, zu fördern, um ihnen zu helfen, wenn sie in Notlagen sind, sich aus diesen Notlagen selbstständig herauszuarbeiten. Dafür bieten wir alle Unterstützung an. Wir bieten nicht einen Sozialstaat an, der weiß, was für die Menschen gut ist, oder der meint, zu wissen, was für die Menschen gut ist, und ihnen vorschreibt, was

sie zu tun haben. Das ist ein fundamentaler Unterschied in der Sozialpolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das macht sich in jedem Bereich bemerkbar. Das macht sich bei der Gesundheitspolitik bemerkbar. Wenn hier Versorgungskonzepte eingefordert werden, muss man erst einmal die Kompetenz haben. Solange wir keine Kompetenz haben, können wir Konzepte vorlegen, wie wir wollen, wir können sie nicht umsetzen. Deswegen sind wir schon sehr viel weiter gekommen mit den Möglichkeiten, die wir haben, weil wir die Partner mitgenommen haben. Der Hessische Pakt zur Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung ist ein wesentlicher Bestandteil, und sicherlich werden wir auch in Zukunft möglicherweise mehr Kompetenzen von der Bundesebene bekommen. Dann werden wir sie ausfüllen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jeder Arzt, der sich in einem unterversorgten Gebiet niederlässt, sorgt für die Versorgungssicherheit in diesem Lande und ist nicht etwa eine Altersversorgungszulage, wie Herr Spies das an dieser Stelle titulierte hat.

Genauso ist es bei der pflegerischen Versorgung und der Altenpflege. Wir haben die Deckelung der Schulplätze aufgehoben. Es gibt so viele Schulplätze wie noch nie. Wir haben einen Zulauf bei den Ausbildungsberufen in den Bereichen Altenpflege und Erzieherinnen. Wir haben Höchststände in Hessen. Wir können aber nichts dafür, dass sich manche Menschen für andere Berufe entscheiden. Deswegen schauen wir, wo wir an anderer Stelle unseren Fachkräftebedarf decken können. Wir schauen auch ins Ausland.

Wer in der Altenpflege eine Umlage fordert, weiß nicht, was er sagt, weil es eine verfassungsrechtliche Grenze gibt. Eine Umlage können Sie bei der Altenpflege nur dann erheben, wenn nicht ausreichend Schulplätze zur Verfügung stehen und es mehr Bewerber als Plätze gibt. Das haben wir in Hessen aber nicht. Wir haben gerade den umgekehrten Fall. Deswegen ist die Erhebung einer Umlage in der Altenpflegeausbildung verfassungsrechtlich einfach nicht möglich.

(Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Aber das ist Recht, Frau Kollegin Schulz-Asche, und man muss ab und zu danach schauen, wie man damit umgeht.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn es um die Krankenhausversorgung geht, finde ich, ist das zukunftsweisend, was wir als Landesregierung gemeinsam mit den Fraktionen auf den Weg gebracht haben – auch für die Erhaltung von Kliniken in kommunaler Trägerschaft.

Leider ist es halt so; Herr Dr. Spies, wenn Sie das aufgenommen und auf ein südhessisches Krankenhaus hingewiesen haben – Sie meinten wahrscheinlich das Klinikum Offenbach –, will ich Ihnen sagen: Rot und Grün tragen seit acht Jahren und noch länger die Verantwortung für dieses Klinikum, genauer gesagt, seit 1997. Und sie haben es schlicht und einfach in die Miesen hineingeritten. Sie haben einfach falsch gehandelt. Sie haben eine Situation hervorgebracht, dass dieses Krankenhaus verkauft werden muss. Übrigens hat dem Verkauf der Fraktionsvorsitzende

der GRÜNEN noch zugestimmt. Das muss man an irgend-einer Stelle auch einmal betonen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Er ist schließlich einer, der immer wieder einmal das Wort redet und meint, alles besser zu wissen. Aber er hat die Hand für den Verkauf dieses Klinikums gehoben. Das muss man an dieser Stelle auch sagen.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Hört, hört! – Zuruf der Abg. Kordula Schulz-Asche (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Kollegin Schulz-Asche, ich war überhaupt nicht da. Insofern konnte ich überhaupt keine Hand heben – weder oben noch unten, noch sonst irgendwo. Ich habe an der Sitzung nicht teilgenommen.

Dieser Sozialhaushalt ist ein Haushalt, der die Herausforderungen der Zukunft annimmt, der die Schwerpunkte richtig setzt, um Hessen als ein Land darzustellen, das sich um die Schwachen kümmert, das den in Not Geratenen hilft und letztlich Wege zu einem eigenbestimmten Leben aufzeigt. Dafür sind die haushaltsmäßigen Voraussetzungen geschaffen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Staatsminister. – Damit sind wir am Ende der Lesung von Einzelplan 08 angekommen.

Wir kommen jetzt zum

Einzelplan 09 – Hessisches Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz –

Das Wort hat Herr Gremmels für die SPD-Fraktion.

Timon Gremmels (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf wenige Punkte beim Einzelplan 09 konzentrieren. Eines fällt schon auf, wenn man in den Haushalt schaut. Herr Bouffier, eines der weiteren Leuchtturmprojekte, die Ihr Vorgänger einmal installiert hat, haben Sie eingerissen: die Nachhaltigkeitsstrategie sang- und klanglos auf null gesetzt, keine Haushaltsmittel mehr bereitgestellt. Es wird einfach ein weiterer Leuchtturm Ihres Vorgängers abgerissen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht nachhaltig.

(Beifall bei der SPD)

Das kann man ja alles so machen, aber es ist schon eine Frage, wie man mit den Mitgliedern des Nachhaltigkeitsrates umgeht: Monatelang keine Sitzung, dann wird eine Telefonkonferenz anberaumt. Der Ministerpräsident ist auch nicht in dieser Telefonkonferenz, und die Mitglieder des Nachhaltigkeitsrates erfahren von der Opposition, dass der Haushaltsansatz auf null gesetzt wird.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, so geht man mit renommierten Experten einfach nicht um.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Herr Bouffier, wir haben im Bereich Umwelt unsere Vorschläge auch gegenfinanziert. Jawohl, wir wollen den Wassercent einführen. Jawohl, wir wollen auch Staudinger und Biblis in die Verantwortung nehmen.

Sie haben heute Morgen gesagt – Sie hören nicht zu, das ist okay –, es ginge in Ordnung, weil Biblis abgeschaltet sei. Ein bisschen mehr Ahnung von der Atompolitik hätte ich mir schon gewünscht.

(Beifall bei der SPD)

Auch ein abgeschaltetes Atomkraftwerk muss noch jahrelang gekühlt werden. So viel Sachkompetenz für den selbst ernannten Vater des Hessischen Energiegipfels hätte ich schon erwartet. Es gibt zwei Fragen. Entweder hatten Sie davon keine Ahnung, oder Sie wollen den Leuten Sand in die Augen streuen. Beides ist nicht sehr seriös.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Wir wollen Geld für unsere Umweltprojekte einnehmen, sauber gegenfinanziert. Das kann man von Ihrer Politik nicht sagen.

(Lachen des Abg. Frank Sürmann (FDP))

Ich möchte ein weiteres Beispiel nennen: die regionalen Energiekonzepte, die hier angesprochen wurden. Sie wollten den Kommunen, den Regierungsbezirken Hilfen für die Energiewende geben. Diese regionalen Energiekonzepte sind im September 2000 in Auftrag gegeben worden, liegen bis heute noch nicht vor, kosten aber 260.000 €. Sie sollten den Beitrag liefern, damit die Regionalpläne fortgeschrieben werden können. Wir werden demnächst in den Regionalversammlungen über die Regionalpläne beschließen, und die Konzepte liegen bis heute nicht vor. Auch diese 260.000 € sind verbranntes Geld, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich sage Ihnen: Die Energiewende muss man nicht nur wollen, man muss sie nicht nur können, man muss sie auch ordentlich finanzieren. Auch dazu ist in diesem Haushalt viel zu wenig Geld bereitgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin – das finde ich schon spannend – haben wir von den Kollegen aus dem Innenausschuss die Information von der kursorischen Lesung bekommen, es gibt zur Umsetzung des Energiegipfels in den drei Regierungspräsidien insgesamt 23 neue Stellen. Das ist schon spannend: keine zusätzlichen Haushaltsmittel, aber 23 neue Stellen. Sicherlich wird so dem einen oder anderen Jungunionisten, vielleicht auch noch einem Vertreter der FDP eine Zukunft gegeben. Aber das hat nichts mit Energiewende zu tun.

Lassen Sie Leute ran, die Energiewende können. Lassen Sie Rot-Grün den Laden übernehmen,

(Zuruf des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP))

lieber heute als morgen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CDU – Minister Jörg-Uwe Hahn: Das ist das Niveau der SPD, „den Laden übernehmen“!)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege Gremmels. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Stephan jetzt das Wort.

Peter Stephan (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zu später Stunde, deswegen etwas verkürzt mein Beitrag zum Haushaltsplanansatz Einzelplan 09. Herr Gremmels, wir haben eben über die Energiewende und die Kosten gesprochen. Bei Ihnen heißt es doch immer: Darf es nicht noch ein bisschen mehr sein? – Wie früher in der Metzgerei: da noch ein bisschen mehr Geld, dort noch ein bisschen mehr Geld ausgeben. Das zeichnet Ihre Politik aus. Sie ist vorhersehbar jedes Jahr das Gleiche, wie in der Geschichte „the same procedure as every year“, wo die Miss Sophie ihrem Diener sagt: Jedes Jahr noch einmal das gleiche Prozedere.

(Lachen des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Herr Gremmels, wir können nicht mehr Geld ausgeben, als wir haben. Wir haben sehr viel Geld für die Energiewende bereitgestellt. Was Sie wollen – mehr Steuern, mehr Staat –, ist nicht unser Ding. Die Landesregierung setzt die Schwerpunkte im Energiebereich. Lassen Sie mich das an wenigen Zahlen deutlich machen.

Sie finden die Förderprogramme Energie und Klimaschutz in insgesamt sechs Einzelplänen. Es zeichnet die Landesregierung aus, dass viele Ressorts an der Umsetzung dieser Energiewende beteiligt sind. Schauen wir uns die vorhandenen Bewilligungen in den Haushalten der letzten Jahre an:

2011 19 Millionen € für den Themenbereich Klimaschutz und Energie, 2012 79 Millionen €, 2013 94 Millionen € und 2014 77 Millionen € – also eine bedeutende Ausgabensteigerung, ganz anders, als Sie es dargestellt haben.

Ich will zwei Punkte aufgreifen. Der eine ist das Thema CO₂-Minderungsprogramm Einzelplan 06, dort nachzulesen: 2010 1,4 Millionen €, 2011 3 Millionen €, 2012 10 Millionen €, 2013 20 Millionen €, 2014 27 Millionen €. Das ist doch eine ganz tolle Entwicklung und Steigerung.

Schauen wir uns einmal den Ansatz für Energie im Einzelplan 09 an: 2010 7 Millionen €, 2011 6,2 Millionen €, 2012 28,4 Millionen €, 2013 33,3 Millionen € und 2014 18,7 Millionen €. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich glaube, die wenigen Zahlenbeispiele zeigen ganz eindeutig, dass die Landesregierung die Aufgabe der Energiewende sehr ernst nimmt und dafür auch genügend Geld bereitstellt – Herr Gremmels, mehr Geld, als Sie im letzten Jahr gefordert haben. Das sollten Sie sich einfach hinter die Ohren schreiben. Dieser Doppelhaushalt beweist, wir betreiben im Bereich Energie und Klimaschutz Zukunftsgestaltung.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Herr Gremmels, Sie haben die Nachhaltigkeitsstrategie vermisst. Auch dazu kann ich Ihnen nur sagen: In den beiden Jahren des Doppelhaushaltes 2013 und 2014 werden für die Fortführung dieser Nachhaltigkeitsstrategie insgesamt jeweils 1,5 Millionen € bereitstehen.

(Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo denn?)

– Die sind in Haushaltspositionen enthalten. Das splitten wir Ihnen noch auf.

(Timon Gremmels (SPD): Bei der Anhörung und bei der kursorischen Lesung war davon noch keine Rede!)

Lieber Herr Gremmels, Sie machen sich hier das Ganze zu einfach: Da nehmen wir einmal den Bürgerinnen und Bürgern schnell Geld weg und schütten es nach unserem Sinn aus. – Das ist keine Politik, wie wir sie wollen. Wir wollen zielgerichtet Politik dort haben, wo sie notwendig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Es ist nicht unser Ding; immer mehr Staat und immer weniger im Privaten. Lasst die Leute entscheiden, was sie mit ihrem Geld tun. Das ist sicherlich das Beste und das Richtige.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ihre Einnahmenvorschläge, das hat die Generaldebatte schon gezeigt, stehen auf tönernen Füßen. Das sind Luftschlossfinanzierungen. Wenn Sie sagen, in Biblis braucht man weiterhin Kühlwasser, dann ist Ihnen wahrscheinlich entgangen, dass dort keine heißen Brennstäbe mehr aktiv sind, sondern die Brennstäbe im Abklingbecken sind. Das heißt Abklingbecken, weil man weniger Wärme ableiten muss.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

– Herr Gremmels, das ist einfach so. Das ist physikalisch so bedingt. Dieses Abklingbecken wird in den nächsten Jahren geräumt sein, spätestens 2015. Dann können Sie vielleicht das Kühlwasser in Biblis für die hoffentlich dann gebauten Windräder noch benutzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ein paar weitere Fakten zum Haushaltsentwurf nennen. Ich glaube, die Beispiele, die in den letzten Tagen genannt wurden, zeigen, dass wir richtig handeln. Das Programm zum Austausch der Umwälzpumpen der Heizungen wird in Hessen zu einer Einsparung von insgesamt 7 Millionen kWh Strom führen. Die Energieversorger nehmen das auf und führen das teilweise weiter.

Ich könnte über den Förderkompass reden.

Ich will dies nur mit wenigen Sätzen anschnitten. Wir müssen unbedingt darüber reden, warum Rot und Grün in Berlin die energetische Sanierung blockieren. Das ist ein Kernthema. Die GRÜNEN haben das gestern auch kritisiert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Alexander Noll (FDP))

Wir werden mit diesem Einzelplan aber auch die anderen Aufgabengebiete fördern. Wir machen weiter bei dem freiwilligen und nachhaltigen Umweltschutz. Wir nennen das Vertragsnaturschutz. Das ist etwas richtig Gutes.

Wir machen etwas beim Hochwasserschutz und beim Bodenschutz. Auch dafür werden genügend Mittel bereitstehen. Das steht auch in Zusammenhang mit der Wasserrahmenrichtlinie. Weiterhin werden wir die Naturschutzgroßprojekte im Vogelsberg, in der Rhön und im Kellerwald fördern. Wir werden dafür sorgen, dass für die Investitionsförderung in der Landwirtschaft und für die Ausbildung der Landwirte Geld da ist, damit wir die kleinteilige hessische Landwirtschaft gut erhalten können. Wir werden auch

sicherstellen, dass genügend Mittel für den Verbraucherschutz und für die Labore im Landesbetrieb da sind.

Ich könnte noch viel mehr erläutern. Die Redezeit heute Abend ist aber knapp.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, Ihnen wird es nie genug sein, was in diesem Einzelplan 09 ausgegeben wird. Anders als Sie haben wir, die Mitglieder der Regierungsfractionen, aber einen Gestaltungswillen. Wir tragen die Verantwortung für einen soliden und ehrlichen Haushalt. Wir tragen die Verantwortung für die Einhaltung der Schuldenbremse. Damit werden auch die Interessen der nachfolgenden Generationen berücksichtigt. Das ist eine große Herausforderung. Wir bewältigen diese mit Verstand und Vernunft und nicht mit den jedes Jahr gleichen Reflexen, die Sie als die Mitglieder der Opposition haben. Da lautet es dann: Liebe Bürger, darf es ein bisschen mehr sein? Wir ziehen es euch anschließend gleich wieder aus der Tasche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, das geht mit uns nicht. Wir machen eine solide Finanzpolitik. Dabei wird es auch bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Herr Kollege Stephan, schönen Dank. – Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Frau Dorn. Bitte schön.

Angela Dorn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Wenn du nicht mehr weiterweißt, bilde einen Arbeitskreis.

Das ist im Umweltbereich sehr häufig passiert. Das geschah unter anderem wegen Ihrer Ratlosigkeit in puncto Nachhaltigkeit.

Sie haben dann die Nachhaltigkeitsstrategie ins Leben gerufen und große Werbung dafür gemacht. Sie haben den Nachhaltigkeitsrat gegründet.

Es ist schon bedauerlich, dass Sie als Umweltministerin keine eigenen Ideen voranbringen und dass Sie selbst nicht wissen, wo Sie beim Umweltschutz und beim Naturschutz vorankommen müssen. Aber gut, wenn man verbraucht und erschöpft ist, dann hilft vielleicht ein bisschen Energie von außen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE) – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist die alte Leier! Das wird langsam langweilig!)

Es wurden durchaus gute Ergebnisse erarbeitet. Es haben sehr viele Menschen und sehr viele Experten mitgearbeitet. Es wurden viele Arbeitsstunden für Sie geopfert. Das geschah für die gute Sache.

Viele bunte Broschüren sind entstanden. Es gab den Nachhaltigkeitstag. Der ist immer besonders lustig. Da können ganz viele Abgeordnete der CDU und der FDP vor die Ka-

meras springen und sagen: Wir haben die Umwelt lieb, juhu.

Was ist das für ein Schauspiel? Wie viel ist dafür in dem Haushaltsentwurf eingestellt? – Das sind 0 €. Es sind 0 € für die Nachhaltigkeitsstrategie.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Herr Stephan, Sie haben gesagt, 1,5 Millionen € habe man dafür. Wir haben in der kursorischen Lesung genau danach gefragt. Da hieß es: Nein, es werde dazu vielleicht noch ein Änderungsantrag kommen. – Das haben Sie zumindest gehofft. Es kamen aber leider keine Änderungsanträge von den Fraktionen. Ich schätze, dass die FDP-Fraktion dahintersteckt.

Wenn Sie jetzt noch 1,5 Millionen € umschichten sollten, dann wäre das insofern schön, als vielleicht das eine oder andere Modellprojekt gerade noch am Leben erhalten werden könnte. Aber die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie ist wirklich etwas ganz anderes.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es gab noch einen weiteren großen Arbeitskreis, den Energiegipfel. Glücklicherweise bleibt der nicht ganz so konsequenzlos. Sie haben einen Haushaltsansatz dafür vorgesehen. Das ist durchaus ein Anfang. Ich will das nicht nur kleinreden.

Wir haben noch ein paar inhaltliche Aspekte mehr, die wir als notwendig ansehen. Deswegen haben wir vorgesehen, dass da noch mehr Geld eingestellt wird. Aber das ist durchaus ein Ansatz, mit dem man immerhin einmal vorgehen könnte, wenn man auch wüsste, wohin. Das ist immer das Problem. Denn da sehe ich das größte Problem bei dieser Landesregierung. Man muss das Geld richtig ausgeben. Man muss wissen, wohin man möchte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Timon Gremmels und Nancy Faeser (SPD))

Sie richten immer mit Fanfaren und Trompeten große Arbeitsgipfel ein und möchten die Leute mitnehmen. Sie dürfen sich dann aber nicht wundern, wenn diese Leute Ihnen irgendwann einmal enttäuscht den Rücken zukehren. Das sind Leute, die darauf gehofft hatten, mitgenommen zu werden, die darauf gehofft hatten, dass ihre Ideen auch wirklich Eingang finden. Sie mit Nichtstun einfach einmal abzustrafen, finde ich verwerflich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wir haben ganz konkrete Ideen, wie wir beim Umwelt- und Naturschutz vorankommen wollen. Wir haben das Ganze dezidiert mit unseren Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf gezeigt. Ich möchte ein paar davon nennen.

Wir haben in Hessen ein Artensterben. Das wissen wir. Die Nachhaltigkeitsstrategie ist längst überfällig. Wir haben die Gründe dafür gehört. Sie haben uns erklärt, warum wir noch nicht so weit sind. Das ist erst einmal in Ordnung.

Frau Ministerin, ich kann aber nicht verstehen, warum in dem Haushalt immer noch kein Geld dafür eingestellt werden soll. Das geht nicht. Es ist in Ordnung, wenn es sich

etwas verzögert. Aber es geht nicht, dass Sie das auch die nächsten zwei Jahre weiterhin verzögern wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir machen ganz konkrete Vorschläge, wie wir unsere lebenswichtige Ressource, unser Wasser, nachhaltig nutzen können, wie wir unsere Gewässer und unser Grundwasser schützen können. Dazu gehören zum einen Investitionen in unsere Wasserinfrastruktur. Sie ist marode. Sie ist alt und überdimensioniert.

Es geht aber auch darum, Anreize zu setzen, Wasser nicht zu verschwenden. Deswegen ist die Einführung des Wassercentents so wichtig.

Sie haben uns angegriffen und gesagt, wir hätten das alles nicht durchgerechnet. Das Gegenteil ist der Fall. Wir haben das schon immer so gerechnet, dass das Aufkommen aus dem Kraftwerk Staudinger, Block 6, und aus dem Kraftwerk Biblis nicht dazugehört. Denn unser erklärtes Ziel war natürlich schon immer, da etwas zu ändern. Insofern ist da keinerlei Rechenfehler drin. Alle Angriffe von Ihrer Seite laufen ins Leere.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Wir haben weiterhin Vorschläge gemacht, wie wir Hessen zu einer gentechnikfreien Region machen und das dann erhalten können. Wir wollen das Klimaschutzzentrum erweitern. Sie sagen immer: Wir brauchen das Klimaschutzzentrum, um uns anzupassen und um unsere Region an die Folgen des Klimawandels anzupassen. – Haben Sie denn schon aufgegeben, gegen den Klimawandel zu kämpfen? Das muss natürlich ein Schwerpunkt in dem Klimaschutzzentrum sein.

Frau Ministerin, ich möchte noch einen anderen Bereich nennen. Neben Umwelt und Energie ist das ein sehr wichtiger Punkt. Das betrifft den Verbraucherschutz. Da sind Sie damals, aus dem Bundestag kommend, als brüllende Löwin angetreten. Sie haben sich hierhin gestellt und gesagt, Sie wollten den Verbraucherschutz voranbringen. Leider hat Wirtschaftsminister Rentsch Sie ganz schön gestutzt. Jetzt sind Sie als Kätzchen angekommen.

Sie hatten einmal vor, die Hygieneampel für Gaststätten umzusetzen. Das ist ein Projekt, das uns sehr am Herzen liegt. Wir haben es Smiley genannt. Im Bundesrat wurde es dann zur Hygieneampel. Das ist für uns durchaus in Ordnung.

Die Wirtschaftsminister haben sich dagegengestellt und gesagt, das könne natürlich in jedem Bundesland eingeführt werden. Es liegen alle Konzepte vor. Berlin hat vorgemacht, wie es geht. Die Stadt Offenbach macht vor, wie es geht.

Frau Ministerin, warum gehen Sie da nicht endlich voran? – Sie haben sich dafür stark gemacht. Sie haben gesagt: Wir brauchen so etwas. Das ist für die Verbraucherinnen und Verbraucher gut. – Also könnten wir das in Hessen ohne die anderen Bundesländer einführen. Wir haben den entsprechenden Änderungsantrag gestellt. Meine Damen und Herren, Sie müssen eigentlich nur zustimmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, es reicht eben nicht, mit viel Energie ganz viel anzukündigen und dann mit leeren Batterien völlig erschöpft und verbraucht am Ziel anzukommen. Man muss

irgendwann Erfolge vorweisen können. Hessen verdient einfach mehr Umweltschutz und weniger Blockade durch einen FDP-Minister.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Frau Dorn, schönen Dank. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Sürmann.

Frank Sürmann (FDP):

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte entsprechend der Reihenfolge anfangen. Herr Gremmels, Sie haben die Ausführungen für die SPD-Fraktion gemacht und von der Konzeptionslosigkeit der Umweltministerin gesprochen.

Ein bisschen peinlich ist Ihnen das wohl schon. Bis zum jetzigen Zeitpunkt liegt kein einziger Änderungsantrag von Ihnen vor. Das gilt genauso für den Einzelplan 09. Da reden Sie von Konzeptionslosigkeit.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

– Wo sind sie denn? Geben sie uns die doch einmal. Wir haben sie jedenfalls nicht. – Wir haben Ihre vollmundige Ankündigung, dass Sie die Förderung der Trink- und Abwasseranlagen um 5 Millionen € erhöhen wollen. Wir haben Ihre großartige Ankündigung, dass Sie im Verbraucher- und Tierschutz 300.000 € mehr ausgeben wollen. Dabei sagen Sie aber nicht, ob Sie im Verbraucherschutz mehr ausgeben wollen oder ob das halbe-halbe sein soll. Dazu gibt es überhaupt nichts.

Sie haben das Energiekonjunkturgesetz genannt. Dessen Inhalte kennen wir kaum. Sie wollen dafür 40 Millionen € einstellen. Sie haben gesagt, Sie bräuchten Maßnahmen aus einem Zukunftsfonds mit 20 Millionen €, der auch nicht näher beschrieben ist.

Wenn man einen Strich darunter macht, dann wollen Sie im Einzelplan 09 65,3 Millionen € Mehrausgaben – ohne einen Gegenfinanzierungsvorschlag.

(Timon Gremmels (SPD): Natürlich nicht!)

Das ist aber ganz toll, wie Sie mit den Steuergeldern umgehen und wie Sie meinen, wie man einen Haushalt aufstellen kann. Gott sei Dank haben Sie nicht die Mehrheit. Es ist eine Katastrophe, was Sie hier vorgeschlagen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie sagen an keiner Stelle, wie Sie es bezahlen wollen. Nur an einer einzigen Stelle – da haben Sie wohl gemerkt, wir brauchen ein paar Mehreinnahmen – kommt der typische Reflex von Links und SPD, da sind Sie relativ gleich: Sie führen den Wasserpfeffig wieder ein oder den Wassercent, oder wie auch immer Sie das nennen wollen. Damit wollen Sie 80 Millionen € in die Kasse spülen, und dabei wollen Sie wieder insbesondere die sozial schwachen Menschen mit einem höheren Wasserpreis belasten, um Ihre Spielwiesen zu finanzieren.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Das ist nicht nur unseriös, das ist eine Politik, die wir in Hessen – und in Deutschland überhaupt – nicht gebrauchen können.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dann stellen Sie auch noch Mehreinnahmen ein – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – aus der Verpachtung von Waldflächen für Windkraftanlagen. So wollen Sie im Jahr 2013 18 Millionen € einnehmen und 12 Millionen € im Jahr 2014. Rechnen Sie mir doch bitte einmal vor, was Sie da alles verpachten und welche Pachtpreise Sie da nehmen wollen. Das hört sich schon ein bisschen nach Pachtwucher an. Rechnen Sie einmal durch, wie viele Tausende von Hektar Sie da verpachten müssten, und rechnen Sie dann einmal aus, wie viel weniger Einnahmen aufgrund der Waldbewirtschaftung Hessen-Forst dann erzielt

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

und was wir dann hineinstecken müssen. Das ist wirklich ein Chaos, was Sie da vorgelegt haben. Das ist wirklich peinlich.

(Zurufe von der SPD)

Jetzt zu den Ausführungen der GRÜNEN. Das hatten wir heute schon einmal. Hier liegen wenigstens die formellen Anträge vor. Ich fasse es zusammen, weil ich die Einzelmaßnahmen jetzt nicht durchgehen will: Für das Jahr 2013 haben Sie 45 Millionen € Mehrausgaben vorgesehen, im Jahr 2014 43,8 Millionen €. Immerhin haben Sie eine Einsparungsmaßnahme vorgeschlagen: Privatisierung des Landgestüts in Dillenburg. Darüber kann man sich unterhalten. Das sollten wir auch einmal tun. Ich bin aber gespannt, was dann die Kollegen, mit denen Sie einmal regieren wollten, dazu sagen. Wollen wir einmal schauen. Aber immerhin ist das ein Vorschlag, bei dem man sagen kann: Mensch, 300.000 € von den über 80 Millionen €, die Sie mehr ausgeben wollten, sind bereits finanziert. Leider aber ist das eine Einsparung, die bei Weitem nicht ausreicht.

Dann gehen Sie her und machen genau das Gleiche wie die SPD und sagen: Wir führen den Wassercent wieder ein.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

Das hat Frau Dorn hier eben vorgetragen. Es ist wieder eine Ausführung mit Änderungsanträgen, die Sie gestellt haben, etwas ganz Typisches: Geld der Leute wird ausgegeben, das einem nicht gehört, dafür auch noch Schulden machen – und hinterher bezahlen es irgendwelche Generationen.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Das ist genau der Stil, wie Sie Ihren Haushalt hier aufstellt haben.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Genau – deswegen erhöhen Sie auch die Grunderwerbsteuer!)

Sie alle wissen ganz genau: So geht es nicht. – Bei der LINKEN ist es noch viel schlimmer.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Noch schlimmer?)

Die haben im Jahr 2013 49,5 Millionen € Mehrausgaben in ihren Anträgen drin. Formell sind diese Anträge richtig gestellt. Im Jahr 2014 sind es 44,1 Millionen €. Einsparvorschläge: 0,

(Janine Wissler (DIE LINKE): Aber nur bei diesem Einzelplan!)

Mehreinnahmen: 85 Millionen € durch sogenannte Gewässerschutzabgabe.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Den Wassercent haben Sie doch auch!)

Seien Sie doch wenigstens so ehrlich und nennen auch Wassercent oder Wasserpfeffennig.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ja, genau, aber wir haben das sozial gestaffelt!)

Also auch hier der gleiche Reflex: Einnahmen zulasten der Bürger erhöhen, damit sie weniger zum Ausgeben haben, und der Staat macht dann schon alles für sie. Das ist der Ansatz, den Sie haben. Toi, toi, toi, dass wir das nicht hier im Hessischen Landtag als Mehrheit haben.

(Beifall des Abg. Fritz-Wilhelm Krüger (FDP) – Zurufe und Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, wir haben unsere Schwerpunkte dort gesetzt, wo wir das angekündigt haben.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD) – Gegenrufe, Heiterkeit und weitere Zurufe)

Wir haben das Energiezukunftsgesetz mit der Umsetzung aller Maßnahmen im Haushalt abgebildet.

(Lebhafte Zurufe und Heiterkeit)

In den Jahren 2013 und 2014 haben wir jeweils 10 Millionen € aus dem Zukunftsfonds zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Energiegipfel eingestellt.

(Zurufe und Heiterkeit)

Wir haben die Mittel für den Ausbau und die Unterhaltung der Naturparks und der Naturschutzgroßprojekte – das ist für uns gar nicht unwichtig – von 900.000 € auf 3,7 Millionen € angehoben.

(Lebhafte Zurufe und Heiterkeit)

Exakt diese Summe haben wir an anderen Stellen wieder eingespart. So stellt man Haushalte auf. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege Sürmann. – Für die Fraktion DIE LINKE hat jetzt Frau Schott das Wort.

Es ist ja schön, dass alle noch so munter sind, aber lassen Sie doch die Rednerin zu Wort kommen.

(Lebhafte Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Marjana Schott (DIE LINKE):

Herr Präsident – –

(Die Rednerin lacht und ringt um ihre Fassung.)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist natürlich schwierig, jetzt nochmals den Versuch zu starten, hier ernsthaft zu arbeiten.

(Zurufe von der SPD)

Herr Sürmann, ich bin Ihnen für Ihre Rede wirklich dankbar. Die Auseinandersetzung mit dem hessischen Haushalt in den Bereichen Umwelt, Energie, und Verbraucherschutz, Land- und Forstwirtschaft ist in vielerlei Beziehungen unerfreulich.

(Die Rednerin unterbricht ihre Rede und ringt um ihre Fassung. – Clemens Reif (CDU) imitiert Vogelstimmen. – Heiterkeit)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

So, jetzt – –

Marjana Schott (DIE LINKE):

Das war eben der qualitativ hochwertigste Beitrag, den ich heute aus der CDU-Fraktion gehört habe – mit Abstand das Beste.

(Beifall bei der LINKEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Von Herrn Reif! – Weitere Zurufe und Heiterkeit)

– Na ja, Sie könnten mir ja gelegentlich einmal zuhören, dann würden Sie schon mitbekommen, dass auch etwas kommt.

(Bettina Wiesmann (CDU): Es kommt aber doch gar nichts!)

Aber wenn wir hier derartig amüsante Beiträge bekommen, dann gestatten Sie dem Auditorium doch, fröhlich zu sein. Dass einem das Lachen manchmal die Sprache verschlägt,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das wäre bei Ihnen wünschenswert!)

ist doch immer noch besser als nur das Entsetzen; das verschlägt mir in diesem Hause häufiger die Sprache.

(Ernst-Ewald Roth (SPD): Da hat sie recht!)

Wenn es Ihnen bei Ihren Zwischenrufen öfter einmal die Sprache verschlagen würde, fände ich das in diesem Hause auch einen Gewinn, denn die Qualität der Zwischenrufe ist auch unterirdisch.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Aber die Vogelstimmenimitation war schon gut!)

Also: Es ist die Aufgabe der Politik, den Verbrauchern möglichst viele der umweltschädlichen, giftigen, gefährlichen und unter unwürdigen sozialen Bedingungen hergestellten Produkte zu ersparen. Nicht die Konsumenten müssen in der Lage sein – –

(Unruhe und Unaufmerksamkeit)

Herr Präsident, in Anbetracht der Uhrzeit gebe ich meine Rede zu Protokoll.

(Beifall und lebhafte Zurufe von der CDU und der FDP – Zuruf: Endlich!)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Frau Schott. – Das war eben ein wegweisender Hinweis.

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

(Zuruf von der SPD: Beifall von der CDU! – Gegenruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE): Das muss aus dem Protokoll gestrichen werden!)

Lucia Puttrich, Ministerin für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Ich warte einmal, bis Sie ein bisschen zur Ruhe kommen. Wir wollen doch den heutigen Tag noch einigermaßen anständig zu Ende bringen.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte auf das eine oder andere eingehen, das gesagt wurde, auf einige wenige Dinge.

Herr Gremmels, beispielsweise finde ich es schon sehr vermessen, wenn Sie von Ihrer Seite her sagen, Sie, die Opposition, müssten die Mitglieder der Nachhaltigkeitskonferenz darüber informieren, dass die Nachhaltigkeitskonferenz nicht mehr stattfinden wird. Wie kommen Sie eigentlich dazu? Sagen Sie, wie kommen Sie eigentlich dazu, das zu behaupten?

(Timon Gremmels (SPD): Weil kein Geld mehr drinsteht!)

Wie können Sie denen sagen, dass wir an dieser Stelle nicht mehr weitermachen würden? Es gibt eine ganz klare Entscheidung, dass die Nachhaltigkeitskonferenz weiter durchgeführt wird.

(Zurufe von der SPD)

Es gibt die Entscheidung, dass die Projekte, die im vergangenen Sommer in der Nachhaltigkeitskonferenz beschlossen wurden, auch umgesetzt werden. Die vier Ressorts, die hier beteiligt sind, werden ihren entsprechenden Beitrag leisten.

(Timon Gremmels (SPD): Abgewickelt!)

Das bedeutet, dass wir pro Jahr 1,5 Millionen € zur Verfügung haben werden, insgesamt also 6 Millionen € – alles andere als eine Abwicklung. Die Projekte, die die Nachhaltigkeitskonferenz in ihrer letzten Sitzung beschlossen hat, werden weitergeführt. Wenn Sie also Kontakte haben, dann können Sie gerne sagen, dass das, was beschlossen wurde, auch durchgeführt werden wird. Ein entsprechender Antrag ist auch angekündigt, und dann wird es so dargestellt werden, dass auch Sie es verstehen und dass es entsprechend erfolgen wird. – Das war der erste Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt: Biblis. Auch diesen Sachverhalt möchte ich aufklären.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

An dieser Stelle muss ich es schon sehr deutlich sagen: Ich finde es schon sehr vermessen – so, wie ich es verstanden habe –, wenn Sie anderen vorwerfen, sie wüssten nicht, dass Biblis im Moment Kühlwasser braucht. Ich sage es Ihnen ganz klar: Gerade in der jetzigen Nachbetriebsphase braucht Biblis deutlich weniger Kühlwasser als im Leistungsbetrieb. Insofern ist Ihre Rechnung schlicht und einfach falsch. Deshalb müssen Sie nicht andere belehren, sondern lassen Sie sich bitte an dieser Stelle belehren.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Dritter Punkt. Ich bin schon sehr verwundert, wenn Sie sich hier darüber beklagen – und ich muss sagen, das ist

ein sehr ernstes Thema –, dass wir mehr Personal zur Verfügung haben werden, damit die Energiewende umgesetzt werden kann. Was stellen Sie sich denn vor, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Regierungspräsidien im Moment leisten? Was stellen Sie sich eigentlich vor, wie viele Genehmigungsverfahren dort im Moment durchgeführt werden? Wissen Sie, was das im Moment bedeutet, bei dieser Anzahl von Anträgen und Genehmigungsverfahren? Denken Sie nur an die Anträge für Biogasanlagen, für Windkraftanlagen, die hier bearbeitet werden müssen.

Normalerweise müssten Sie uns dafür danken, dass wir die personelle Ausstattung dafür schaffen, damit Anträge nicht nur gestellt werden, sondern auch zügig bearbeitet werden können. Insofern ist das überhaupt nicht nachvollziehbar.

(Beifall bei der CDU)

Nächster Punkt, auch nur kurz aufgrund der Zeit. Ich danke für die zumindest leicht anerkennenden Worte der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass wir erhebliche Haushaltsmittel zur Verfügung stellen. Wir haben im Haushalt für Förderungen auf den Gebieten Energie und Klimaschutz 94 Millionen € im Jahr 2013 und 77 Millionen € im Jahr 2014 als Bewilligungsvolumen bereitgestellt. An der Stelle ist die Ernsthaftigkeit des Unternehmens zum Ausdruck gebracht. Damit haben wir die entsprechenden finanziellen Mittel, nicht nur anzukündigen, sondern auch umzusetzen, wie wir es in den vergangenen Jahren schon mit zahlreichen Maßnahmen getan haben.

Letzter Punkt: Verbraucherschutz. Verbraucherschutz ist nicht nur die Ampel und der Smiley, Verbraucherschutz ist mehr. Der Smiley ist ein kleiner Bereich. Ich hätte mir mehr vorstellen können, als er umgesetzt wurde. Es ist schwierig, bundeseinheitliche Regelungen hinzubekommen. Auch die A-Länder sagen, wenn es nicht bundeseinheitlich geregelt ist, macht das Ganze keinen Sinn.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir im Verbraucherschutz, obwohl wir an entsprechenden Stellen einsparen mussten, die Mittel nicht gekürzt haben. Es ist wichtig, hier den entsprechenden Hinweis zu geben. Wir haben den Verbraucherschutz von den Einsparmaßnahmen ausgenommen. Somit können wir wesentliche Dinge auch weiterführen. Hier einige Beispiele: die Unterstützung der Verbraucherzentrale, Werkstatt Ernährung, Schulverpflegung, Alltagskompetenz und viele andere Maßnahmen auch.

Wir werden im nächsten Jahr einen besonderen Schwerpunkt haben, das ist richtig. Ein Schwerpunkt wird mit Sicherheit im Bereich Datenschutz liegen, außerdem im wirtschaftlichen und finanziellen Verbraucherschutz. Das sind wichtige Themen, denen wir uns widmen. Wir sind gut aufgestellt. Gerade dadurch, dass wir die Mittel nicht gekürzt haben, haben wir auch den Schwerpunkt des Verbraucherschutzes herausgestellt.

Kurzum, unser Ressort hat seinen Beitrag geleistet, den Haushalt zu konsolidieren und die Schuldenbremse umzusetzen. Trotz Einsparungen haben wir entsprechende Schwerpunkte setzen können.

Wir haben viele und gute Maßnahmen. Ich bin sicher, dass wir eine gute Politik machen, wobei Geld nicht immer alles ist, sondern die Ideen. Die Ideen gehen uns nicht aus. – Besten Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Vielen Dank, Frau Staatsministerin. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen zum Einzelplan 09 mehr vor. Damit haben wir die Lesung abgehalten.

Ich rufe

Einzelplan 10 – Staatsgerichtshof –

auf. Es ist vereinbart, dass keine Aussprache stattfindet.

Ich rufe

Einzelplan 11 – Hessischer Rechnungshof –

zusammen mit **Tagesordnungspunkt 67:**

Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Landesrechnungshof ist kein parteipolitischer Selbstbedienungsladen – Drucks. 18/6524 –

und **Tagesordnungspunkt 71** auf:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Unabhängigkeit des Rechnungshofs wahren – Drucks. 18/6530 –

Als Erster hat sich Herr Rudolph für die SPD-Fraktion gemeldet.

Günter Rudolph (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aktion der FDP auf der Titanic nach dem Motto: „Retten sich wer kann“, ist in vollem Gange.

(Beifall bei der SPD)

Nachdem auch die Umfragen konstant eher in Richtung 4 als 5 % gehen und die Listenaufstellungen nahen, muss man sich Gedanken machen, damit auf dem Parteitag nicht so viele Personen gegeneinander antreten. Von 20 Abgeordneten, selbst wenn Sie 5 % erreichen, kommt gerade einmal ein Drittel in den Landtag. Da merkt auch der Letzte bei Ihnen in der Fraktion, dass es eng werden könnte. Auf gut Deutsch: Zwei Drittel sind möglicherweise nicht mehr vertreten.

Da ist es aus Ihrer Sicht vielleicht nachvollziehbar, zu fragen: Wo kann ich gut und preisgünstig unterkommen? – Meine Damen und Herren, Sie wollen sich das Land Hessen und seine Einrichtungen zur Beute machen. Das ist der eigentliche Skandal, um den es hier geht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP))

Ein Landesschulamt wurde eingerichtet, das kein Mensch braucht. Besetzt werden soll es mit einem FDP-Parteigänger. Nun ist die Rede davon, dass Herr Noll Vizepräsident des Hessischen Rechnungshofs werden soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir alle schätzen die Arbeit des Rechnungshofs, seines Präsidenten und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Herr Prof. Eibelshäuser, ein herzliches Dankeschön für die unabhängige Arbeit, die Sie in all den Jahren stellvertretend für alle leisten.

(Allgemeiner Beifall)

Ich kann mich nicht daran erinnern, dass in den letzten Jahren aktive Abgeordnete auf herausgehobene Posten beim

Rechnungshof gekommen sind. Nun hat die FDP das also vor. Das ist auch durch die Medien gegeistert. In der „FAZ“ vom 15.11. steht sinngemäß: FDP-Sprecher haben folgendes Verfahren bestätigt: Herr Noll legt sein Mandat nieder, kehrt zum Hochtaunuskreis zurück, wo er bis 2009 stellvertretender Leiter des Revisionsamtes war. Dann soll ein Verfahren zur Berufung in den höheren Dienst in Gang gesetzt werden, damit Herr Noll auch die formalen Voraussetzungen erfüllt, ein solches Amt zu begleiten.

Das lassen wir einmal außen vor. Vielleicht ändern Sie aber auch noch die formalen Voraussetzungen, zutrauen würden wir Ihnen das.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Frank Blechschmidt (FDP): So ein Unsinn!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen wollen wir heute von der Hessischen Landesregierung Auskunft darüber erhalten, was an dieser Personalie dran ist. Nach dem Gesetz über den Hessischen Rechnungshof werden der Präsident und der Vizepräsident auf Vorschlag der Landesregierung in geheimer Wahl vom Hessischen Landtag gewählt. Mir ist neu, dass jetzt FDP-Sprecher erklären, wer Vizepräsident des Hessischen Rechnungshofs wird. Wie kommen Sie sich eigentlich von der CDU-Fraktion vor?

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Sie werden an der Nase durch den Ring geführt, weil die FDP Fakten schaffen will, nach dem Motto: Das ziehen wir mal brutalstmöglich durch. – Wie man mit einer solch wichtigen Einrichtung umgeht, ist der eigentliche Skandal.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht nicht darum, dass es ein FDP-Mitglied ist. Das ist eine Randbemerkung.

(Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Ja, ja, ja!)

Herr Blechschmidt, wissen Sie, es gab einmal einen Bundeskanzler, der hat von einer geistigen und moralischen Wende geredet. Sie sollten die Backen an der Stelle auch nicht so ganz dick aufblasen.

(Günter Schork (CDU): Sie aber auch nicht!)

Sie wollen alle möglichen Posten besetzen, weil zukünftige ehemalige Landtagsabgeordnete versorgt werden müssen. Das ist doch Ihr Hauptproblem.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Deswegen wollen wir heute eine Auskunft der Landesregierung. Ich weiß nicht, wer zuständig ist, ob die Staatskanzlei oder das Finanzministerium.

(Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Wir wollen wissen, wie Sie mit der Tatsache umgehen, dass die FDP über die Presse mitteilt, wer Vizepräsident werden soll. Was ist das für eine Art und Weise, mit dem Vorschlagsrecht der Hessischen Landesregierung umzugehen?

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN – Zuruf des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP))

Herr Dr. Wagner, als Koalitionspartner würde ich mich im Übrigen auch bedanken für ein solches Verfahren.

Meine Damen und Herren, Sie versuchen, sich Einrichtungen des Staates zur Beute zu machen. Sie wollen auf Teufel komm raus Posten besetzen, weil Sie genau wissen, nach der nächsten Wahl – ob Sie nun im Landtag sind oder nicht, ob Sie 4,99 oder 5,01 % erreichen, das ist egal – werden Sie nicht die nächste Regierung stellen. Dafür werden wir weiter sehr hart arbeiten.

(Beifall bei der SPD – Dr. Frank Blechschmidt (FDP): Das entscheiden Sie aber auch nicht!)

– Das entscheiden die Wählerinnen und Wähler. Sie haben die Nase von einer solchen Partei wie der FDP ziemlich voll.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen heute eine Aufklärung der Landesregierung, ob sie beabsichtigt, wie von der FDP bestätigt, Herrn Noll als Vizepräsidenten des Hessischen Rechnungshofs dem Hessischen Landtag vorzuschlagen. Wenn Sie sich um die Antwort drücken, werden wir Ihnen Gelegenheit geben, anderweitig darauf zu antworten. Hier gibt es keinen Ausweg für Helden. Der Hessische Rechnungshof muss weiter unabhängig arbeiten und bietet keinen Platz für Parteibuchwirtschaft. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Für die Landesregierung hat sich Herr Staatsminister Dr. Schäfer zu Wort gemeldet. Bitte schön, Herr Schäfer.

(Timon Gremmels (SPD): Sie hat es also getroffen!)

Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:

Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Redebeiträge der Landesregierung werden selbstverständlich nicht intern ausgelost, Herr Abg. Gremmels, sondern es geht nach der Geschäftsordnung der Landesregierung und der Verteilung der Zuständigkeiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Sie kennen die gesetzliche Grundlage für die Arbeit des Hessischen Rechnungshofs. Zu dieser gesetzlichen Grundlage gehört, dass die Mitglieder des Rechnungshofs –

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

– Frau Fuhrmann, ich habe eben mit unglaublicher Gelassenheit den Elogen Ihres Kollegen Rudolph gelauscht. Vielleicht sind so nett, mir erst zuzuhören, bevor Sie sich eine Meinung zu dem Sachverhalt bilden.

§ 4 des Hessischen Rechnungshofgesetzes sieht vor, dass die „normalen“ Mitglieder des Rechnungshofs vom Ministerpräsidenten auf Vorschlag des Präsidenten des Rechnungshofs ernannt werden. Präsident und Vizepräsident werden auf Vorschlag der Landesregierung vom Hessischen Landtag gewählt. Dem Vorschlag der Landesregierung geht ein Kabinettsbeschluss voraus. Den Kabinettsbeschluss zur Nominierung der Kandidaten erstellt traditionsgemäß – deshalb stehe ich hier – der Hessische Minister der Finanzen. Ich habe bisher weder eine Kabinettsvorlage

unterschrieben noch eine solche in Auftrag gegeben. – So weit zum Sachstand und zur Beantwortung Ihrer Fragen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin nicht sicher, ob wir klug beraten sind, in allen Fällen, wenn Menschen eine politische Vita aufweisen, bevor sie, auf welchem Weg auch immer, ins Gespräch für weiterführende Positionen kommen, mit den üblichen Ritualen, wie sie eben bei Herrn Rudolph erkennbar wurden, zu reagieren und uns im nächsten Schritt gemeinsam darüber zu beschweren, wie schlecht das Image von Politikern ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Lachen bei der SPD)

Deshalb bin ich sehr froh, dass bei der Ernennung einer langjährigen wissenschaftlichen Mitarbeiterin der SPD-Landtagsfraktion zur Direktorin beim Hessischen Rechnungshof,

(Günter Rudolph (SPD): Ich weiß, wen Sie meinen, aber das ist falsch!)

die vor Kurzem erfolgte, die Frage ihrer Qualifikation bisher nicht Gegenstand öffentlicher Diskussionen gewesen ist. Ich bin genauso froh, dass nach der Debatte in der letzten Woche über die berufliche Zukunft des Abg. Milde, dessen Qualifikation von niemandem bestritten worden ist, die vorangegangenen Berufungen in die Geschäftsleitung eines unserer Infrastruktur-Förderinstitute, die jahrelang mit sozialdemokratischem Spitzenpersonal belegt worden sind, niemals thematisiert und negativ beantwortet worden sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Petra Fuhrmann (SPD): Was erzählen Sie denn da? – Norbert Schmitt (SPD): Das ist sachlich richtig!)

– Das ist zwar sachlich richtig, zeugt aber nicht davon, dass Sie vollständig zugehört haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe nämlich „unsere Wirtschaftsförderinstitute und ihre Vorgängerinstitute“ gesagt. Dabei reden wir über die IBH und die LTH. Da können wir gern in die Vita dieser Unternehmen eintauchen und parteipolitische Zuordnungsspiele machen. Die werden sicherlich so ausgehen, dass Sie dort über Mehrheiten verfügen, die Sie hier im Hause nicht haben.

(Gernot Grumbach (SPD): Der Rechnungshof und die LTH sind das Gleiche, oder wie?)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abstrakt auf etwas –

(Zurufe von der SPD)

– Ich habe doch versucht, auf die Debatte in den letzten Wochen zu rekurrieren.

Lassen Sie mich einen Punkt zur Frage der Vereinbarkeit von Amt und Mandat hinzufügen. Selbstverständlich ist das gleichzeitige Wahrnehmen einer Funktion beim Rechnungshof und als Abgeordneter des Hessischen Landtags unvereinbar. Aber es ist keineswegs so, dass das unmittelbare Anschließen von Tätigkeiten auf unterschiedlichen Ebenen der Staatsgewalt und eine Tätigkeit beim Rechnungshof einander ausschließen.

Ein Beispiel: Bei der letzten Berufung in einen bundesdeutschen Landesrechnungshof, den Landesrechnungshof von Nordrhein-Westfalen, ist ein amtierendes Mitglied der

Landesregierung, eine amtierende Staatssekretärin, von einem zum anderen Tag zur Präsidentin des Rechnungshofs berufen worden – eine ausgesprochen qualifizierte Bewerberin, die ich aus gemeinsamer Arbeit kenne. Das schließt sich offensichtlich nicht aus, und die Frage der Befangenheit aus vorhergehendem Tun kann man durch ordentliche Compliance-Regelungen ausschließen. Der langjährige, für die hessische Sozialdemokratie –

(Norbert Schmitt (SPD): Hat die die gleiche Superqualifikation wie Herr Noll?)

– Herr Kollege Schmitt, es gibt Geeigneter als Sie, die sich über Qualifikationen öffentlich äußern dürfen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Sie vielleicht? Mit dem Noll kann ich noch mithalten!)

Der langjährige Präsident des Bundesrechnungshofs Karl Wittrock war vorher Staatssekretär und auch Abgeordneter des Deutschen Bundestages. Die Liste ließe sich fortsetzen. Damit es parteipolitisch ausgewogen bleibt: Die Abgeordnete des Deutschen Bundestages Christa Vennegerts von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist nahtlos aus dem Amt einer Abgeordneten heraus Vizepräsidentin des Thüringer Rechnungshofs geworden.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Ah!)

Es mag Argumente dafür wie dagegen geben. Das will ich nicht bestreiten. Wir sollten aber gemeinschaftlich nicht so tun, als sei das eine des Guten und das andere des Bösen.

Es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, zu handeln. Man muss jeweils abwägen. Es gibt in der Praxis der Bewerbung von Rechnungshöfen unterschiedlichste Vorlieben. Die Hessische Landesregierung wird Ihnen im kommenden Jahr auf der Basis des Rechnungshofgesetzes einen Vorschlag für die Besetzung des Amtes sowohl des Präsidenten als auch des Vizepräsidenten machen, der einen ausgewogenen Mix von Qualifikationen an den Tag legen wird. Diesen Vorschlag werden wir Ihnen zu gegebener Zeit unterbreiten – und zwar als Landesregierung in eigener Verantwortung.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Staatsminister Schäfer. – Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Wagner das Wort. Bitte schön, Herr Wagner.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Finanzminister, das waren ziemlich viele Worte für einen angeblich ganz normalen Vorgang.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Der Rechnungshof in unserem Land ist etwas Besonderes. Es war bis vor Kurzem in diesem Hause unstrittig, dass der Rechnungshof für parteipolitische Spielchen, für eine parteipolitische Versorgung tabu ist. Offenkundig gilt das nicht mehr. Wir bedauern das ausdrücklich.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wir erleben in diesen Tagen einen unverfrorenen Angriff auf die Unabhängigkeit des Rechnungshofs.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN – Zurufe von der CDU und der FDP)

Es ist das große Verdienst des amtierenden Präsidenten, Prof. Eibelshäuser, der sich um die weitere Professionalisierung des Rechnungshofs bemüht hat, und seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass der Rechnungshof heute eine ungeahnte Qualität hat, dass er uns allen ein wichtiger Berater bei unseren Entscheidungen ist, dass er ein wichtiger Mahner für uns im Parlament ist, dass er unabhängige Berichte liefert.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Er liefert unabhängige Berichte, die manchmal der Opposition nicht gefallen, weil sie aussagen, dass das, was wir für einen Skandal gehalten haben, gar keiner war, und die manchmal der Regierung nicht gefallen, weil sie aussagen, dass die Opposition doch recht hatte. Das ist die Unabhängigkeit, das ist die Qualität, die der Rechnungshof unter Prof. Eibelshäuser erlangt hat. Dafür Ihnen, Herr Prof. Eibelshäuser, und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlichen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU, der SPD, der FDP und der LINKEN)

Weil Herr Prof. Eibelshäuser die Professionalisierung derart vorangetrieben hat, gilt eine ganz einfache Feststellung: Herr Noll würde bei diesem Rechnungshof mit seiner Qualifikation nicht als Mitarbeiter eingestellt.

Sie wollen ihn aber zum Vizepräsidenten dieser Behörde machen. Das ist unanständig, und das zeugt von mangelndem Respekt vor den Institutionen unseres Landes. Meine Damen und Herren, Sie versündigen sich damit an der Lebensleistung von Prof. Eibelshäuser.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zurufe von der FDP)

Herr Minister, wenn Sie schon aus dem Rechnungshofgesetz zitieren, zitieren Sie auch bitte § 12. Dort steht:

Ein Mitglied des Rechnungshofs darf nicht tätig werden, wenn ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Zweifel an seiner Unbefangenheit zu rechtfertigen.

Weiter heißt es:

Die Mitglieder des Rechnungshofs dürfen nicht bei einer Angelegenheit tätig werden, an der sie selbst ... beteiligt gewesen sind oder für die sie selbst ... Verantwortung tragen.

Wie soll das bei dem Abg. Noll gehen? Der Abg. Noll wird in diesen Tagen in diesem Haus den Landeshaushalt 2013/2014 mit beschließen. Dann wollen Sie ihn zum Vizepräsidenten genau der Behörde machen, die den Landeshaushalt prüfen soll. Meine Damen und Herren, befangener kann man eigentlich überhaupt nicht sein.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Zurufe von der FDP)

Der Rechnungshof prüft zurzeit die ordnungsgemäße Mittelverwendung in der European Business School.

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Noll gehört einer Fraktion an, die eine glühende Verfechterin der European Business School ist. Die Mitglieder dieser Fraktion sagen in diesem Parlament immer, bei der European Business School sei alles in Ordnung gewesen.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist so!)

Wie soll ein Vizepräsident Noll des Hessischen Rechnungshofs unbefangen prüfen, ob bei der European Business School alles in Ordnung ist?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Herr Blechschmidt, als parlamentarischer Geschäftsführer wissen Sie das: Die Fraktionen haben den Hessischen Rechnungshof einmal im Jahr zu Gast. Die Vertreter des Rechnungshofs schauen sich an, ob wir die Mittel bestimmungsgemäß ausgegeben haben. Es ist gut, dass es so ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Frank Blechschmidt (FDP))

Wie soll Herr Noll als stellvertretender Präsident des Rechnungshofs die Fraktionsfinanzen unbefangen prüfen, wenn er sie vorher selbst mit beschlossen hat? Meine Damen und Herren, Ihnen muss doch jetzt klar werden, dass das nicht geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Das würde er doch nicht machen! Das wissen Sie!)

Nein, meine Damen und Herren, Sie haben hier allen Anstand und jedes Maß verloren. Sie wollen jetzt auch noch den Rechnungshof zu Ihrer parteipolitischen Beute machen. Hier muss nun Schluss sein. Sie haben eine Grenze des Anstands überschritten, die gerade von Parteien, die sich als „bürgerlich“ bezeichnen, nicht überschritten werden sollte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, der Finanzminister hat eben gesagt – ich habe sehr gut zugehört –, es gebe keine Entscheidung der Landesregierung zu dieser Personalie. Ich werte das jetzt als positives Signal dafür, dass Sie im Lichte dieser Debatte vielleicht noch einmal darüber nachdenken. Aber was ist denn das für eine Landesregierung, wenn es von ihr zwar keine Entscheidung gibt, aber dafür ein FDP-Pressesprecher mitteilt, was sie zu tun hat? Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, wie lange wollen Sie sich das noch gefallen lassen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Deshalb bekommen Sie morgen Gelegenheit – wir werden morgen über alle Anträge abstimmen –, sich zur Unabhängigkeit des Rechnungshofs zu bekennen. Wir haben einen Antrag eingebracht, der vier einfache Punkte enthält.

(Holger Bellino (CDU): Der ist gut!)

– „Der ist gut“, sagt Kollege Bellino. Dann werden wir sehen, wie Sie morgen abstimmen. Vor allem, Herr Kollege Bellino, werden wir schauen, ob Sie sich auch daran halten.

Der Hessische Rechnungshof lebt von seiner Unbestechlichkeit und seiner Unabhängigkeit. Er lebt davon, dass er nicht in den Parteienstreit hineingezogen wird, und davon, dass das bisher auch keine Partei in Hessen gemacht hat. Kommen Sie deshalb zur Besinnung. Herr Noll kann nicht Vizepräsident dieser Behörde werden. Ziehen Sie Ihre Pläne zurück. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Wagner. – Jetzt ist erst einmal Herr Schork an der Reihe.

Günter Schork (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es fällt einem schon ein bisschen schwer, ruhig zu bleiben, vor allem wenn man gedacht hat, man könnte sich vielleicht auf eine gemeinsame Position verständigen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Machen Sie einmal einen Vorschlag!)

Ich empfehle uns allen – unabhängig von der parteipolitischen Zugehörigkeit desjenigen, der als Kandidat aufgestellt wird oder für den man sich entscheidet –, nicht jeden Personalvorschlag, über den in der Öffentlichkeit diskutiert wird, und nicht jede Personalentscheidung, die getroffen wird, zu einem politischen Skandal zu machen.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Vielleicht war es schon einer!)

Irgendwann kommt nämlich der Zeitpunkt, an dem all das, was der Kollege Rudolph – ich sage das bewusst so – an Schmutz und Dreck wirft, auf ihn zurückfällt. Irgendwann kommt dieser Tag.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich glaube auch nicht, dass es dem Verständnis der Bürgerinnen und Bürger von Politik dient, wenn wir uns in diesem Haus wechselseitig Redlichkeit und die Befähigung zu bestimmten Dingen absprechen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind zu allem fähig, das stimmt!)

Davon sollten wir Abstand nehmen. Wenn in der öffentlichen Diskussion über einen Personalvorschlag, über den noch nicht entschieden ist

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Herr Rudolph, hören Sie erst einmal zu, und denken Sie ein bisschen nach, bevor Sie die Gesprächstaste drücken und zu reden anfangen –,

(Beifall bei der CDU – Günter Rudolph (SPD): Sagen Sie erst einmal etwas Richtiges!)

gesagt wird, das sei ein „unverfrorener Angriff auf die Unabhängigkeit des Rechnungshofs“, halte ich das für abenteuerlich. Ich halte es für abenteuerlich, einen Vorschlag, der nicht vonseiten der Landesregierung gemacht wird, sondern lediglich innerhalb der FDP und in der Öffentlichkeit diskutiert wird, so auszulegen.

(Norbert Schmitt (SPD): Aha! – Zurufe von der SPD: Er wird es nicht! Also wird er es doch nicht!)

– Wissen Sie, ich habe diese Frage heute nicht zu beantworten. Wir warten in aller Gelassenheit ab – so, wie es im Gesetz vorgesehen ist –, welchen Vorschlag die Hessische Landesregierung diesem Landtag nach einem entsprechenden Kabinettsbeschluss machen wird. Genau das empfehle ich auch Ihnen. Dann können wir die Vorschläge prüfen und uns anschauen, ob das passt und ob sich das im gesetzlichen Rahmen bewegt oder nicht.

Herr Kollege Wagner, nun haben Sie eine Verbindung hergestellt, die ich für ziemlich abenteuerlich halte. Sie haben gesagt, ein Abgeordneter des Hessischen Landtags, der den Haushalt mit beschlossen hat, der irgendwann vom Hessischen Rechnungshof geprüft wird, kann nicht Vizepräsident werden.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das steht im Gesetz!)

– Langsam. – Dann kann aber, logisch zu Ende gedacht, auch niemand, der ehrenamtlich Kommunalpolitik macht und die Haushalte von Kommunen und Kreisen mit beschlossen hat, dieses Amt ausüben;

(Günter Rudolph (SPD): Das ist eine andere Ebene!)

denn er läuft ebenfalls Gefahr, dass er irgendwann, wenn er eine Funktion beim Rechnungshof innehat, genau den Haushalt prüfen muss, den er selbst beschlossen hat.

(Günter Rudolph (SPD): Ziemlich albern! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich rede von dem Fall, dass er eine Funktion beim Rechnungshof innehat.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der wird sich für befangen erklären!)

Ich rede jetzt von der Funktion, wenn er im Rechnungshof ist.

(Nancy Faeser (SPD): Ganz schlechtes Beispiel!)

Im Übrigen ist der Rechnungshof doch nicht dafür da, politische Entscheidungen, die in Verbindung mit einem Haushalt getroffen wurden, zu beurteilen, sondern die Aufgabe des Hessischen Rechnungshofs bezieht sich auf die Prüfung der ordnungsgemäßen Mittelverwendung im Sinne der Landeshaushaltsordnung. Das ist etwas völlig anderes als das, was der Kollege Wagner vorgetragen hat.

(Torsten Warnecke (SPD): Das stimmt doch überhaupt nicht!)

Letzte Bemerkung zu dem Thema. Sie haben die Frage der Befangenheit angesprochen. Auch dazu gibt es Regelungen, dass die Zuständigkeiten in bestimmten Aufgabenbereichen zwischen Präsident und Vizepräsident und den Direktoren aufgeteilt werden, damit der Verdacht, den Sie geäußert haben, erst gar nicht aufkommt.

Unter dem Strich: Deswegen ist es so schwer, das zu diskutieren, Herr Wagner. Das, was Sie in Ihrem Antrag –

(Nancy Faeser (SPD): Herr Schork, haben Sie schon einmal etwas davon gehört, dass kollegiale Entscheidungen getroffen werden?)

– Natürlich habe ich schon etwas davon gehört. Das eine schließt das andere doch nicht aus. Denken Sie doch einmal zwei Sekunden nach.

Zum Abschluss. Das, was Sie in Ihrem Antrag dankenswerterweise formuliert haben – insofern schließe ich mich insbesondere den Aussagen zu dem amtierenden Präsidenten, dem amtierenden Vizepräsidenten im Landesrechnungshof an und danke ausdrücklich auch im Namen der CDU-Fraktion für die Arbeit und das, was in den letzten Jahren geleistet wurde –, haben Sie ordentlich und im Sinne von uns allen aufgeschrieben.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das sollte in der Art weitergehen!)

Losgelöst von der Diskussion, die wir eben geführt haben, ist das, was dort sachlich zusammengefasst ist, das, was sich aus dem Gesetz über den Rechnungshof ergibt und was in den letzten Jahren Praxis war und in den nächsten Jahren Praxis sein wird. Deswegen wird die CDU-Fraktion – die FDP-Fraktion wird das für sich erklären – dem Antrag der GRÜNEN zustimmen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit ähnlichen Worten hat Herr Irmer das Landesschulamt verteidigt! Das Ergebnis ist bekannt! Denken Sie einmal darüber nach! – Gegenruf des Abg. Clemens Reif (CDU): Keine Aufregung, Herr Wagner!)

Vizepräsident Heinrich Heidel:

Schönen Dank, Herr Kollege Schork. – Für die Fraktion DIE LINKE hat Herr van Ooyen das Wort.

Willi van Ooyen (DIE LINKE):

Herr Präsident! Ich kann als jemand, der relativ unbefangen ist – denn niemand ist bisher auf die Idee gekommen, den LINKEN irgendwelche Pfründe anzudienen –, hier ganz unbefangen reden. Ich will noch einmal auf den Punkt eingehen, der hier diskutiert worden ist. Zunächst einmal ist es ein relativ ungewöhnlicher Vorgang, dass wir im Rahmen der Haushaltsdebatten und Haushaltsberatungen zu einer Aussprache zum Einzelplan des Rechnungshofs kommen. Das ist also eine Ausnahmesituation. Das muss man noch einmal deutlich machen.

(Petra Fuhrmann (SPD): Das ist eine Katastrophe!)

Zum einen ist der Rechnungshof von allen Fraktionen als unabhängige Instanz anerkannt. Herr Prof. Eibelshäuser, das kennen Sie auch von uns, dass wir diese makellose Tätigkeit, die Sie ausführen, als hilfreich empfinden, wenn gleich wir manchmal gern etwas deutlichere Worte hören wollten. Sie werden manchmal verdächtigt, die Rügen diplomatisch auszusprechen. Dennoch, wir verstehen den Hintergrund.

(Clemens Reif (CDU): Geben Sie doch Ihre Rede zu Protokoll!)

Damit ist der Rechnungshof eine der herausgehobenen Positionen, und die verdient er sich seit Jahren mit unbestechlicher Unabhängigkeit. Genau diese Unabhängigkeit – die Kollegen haben darauf hingewiesen – wird jetzt infrage gestellt oder mindestens gefährdet, indem man die Position des Vizepräsidenten des Rechnungshofs als Versorgungsposten ansieht.

Herr Noll, ich kann Ihnen ganz offen sagen, dass ich es verstehen kann, dass Sie aus Ihrer Landtagsfraktion heraus

wechseln wollen. Spaß macht die schwarz-gelbe Chaostruppe sicherlich nicht.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Helmut Peuser (CDU) – Präsident Norbert Kartmann übernimmt den Vorsitz.)

Aber überlegen Sie bitte, ob Sie wirklich Vizepräsident des Hessischen Rechnungshofs werden möchten. Zum einen – das habe ich der Presse entnommen – erfüllen Sie im Moment nicht einmal die formalen Voraussetzungen. Zum anderen werden Sie auch mit dem Rechnungshofgesetz in Konflikt geraten. Herr Kollege Wagner hat das Zitat schon genannt. In § 12 ist der Ausschluss wegen Befangenheit deutlich formuliert. Ich brauche das hier nicht noch einmal zu zitieren.

Genau dieser Frage, ob also ein Grund besteht, an Ihrer Unbefangenheit zu zweifeln, werden Sie sich, so Sie denn tatsächlich zum Rechnungshof wechseln wollen, immer wieder stellen müssen. Es geht – das ist angesprochen worden – um die EBS, möglicherweise aber auch um die Frage privatisierter Gefängnisse, zu der der Rechnungshof ebenfalls schon eine sehr gediegene Untersuchung vorgelegt hat, oder beispielsweise darum, inwieweit man auch größere Investitionen regulär durchführt, die jetzt im Haushaltszusammenhang beschlossen worden sind.

Dieser permanente Rechtfertigungsdruck, unter dem Sie stehen werden, wird dazu führen, dass Sie Ihre Befangenheit immer neu werden erklären müssen. Herr Noll, deshalb beherzigen Sie wenigstens einmal, was Sie hier im Hause immer wieder erklären, wenn Sie sagen: „Das Geheimnis des Sparens ist der Verzicht.“

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ersparen Sie uns und sich selbst diese Personalie. Verzichteten Sie ganz einfach. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. Dr. Blechschmidt für die FDP-Fraktion.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist denn eigentlich die ganze FDP-Führung geflohen?)

Dr. Frank Blechschmidt (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Ich bitte um Verständnis, dass ich zweimal aufgestanden bin, obwohl ich nicht drankam. Aber es ist schon außergewöhnlich, dass ein Tagesordnungspunkt, der von der Planung her ohne Aussprache war, zum Mittelpunkt der Aussprache am Nachmittag wird. Insofern ist es vielleicht auch eine Besonderheit, sich an einem Mittwochabend noch einmal zu Wort melden zu dürfen.

Vorab. Herr Eibelshäuser, ich habe absoluten Respekt für die Arbeit des Landesrechnungshofs. Schönen Dank an alle Mitarbeiter des Landesrechnungshofs für die geleistete Arbeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dem Rechnung tragend, werden wir natürlich auch dem Antrag der GRÜNEN zustimmen;

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Konsequenzen ziehen? – Timon Gremmels (SPD): Halten Sie sich auch daran?)

denn die GRÜNEN haben mit ihrem Antrag das auf den Punkt gebracht, was hier im Landtag Konsens ist. Wenn man einen Blick in das entsprechende Gesetz wirft, muss man feststellen, dass man nicht versteht, warum die Diskussion heute stattfindet; es sei denn, sie ist gewollt und politisch notwendig.

(Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD) – Torsten Warnecke (SPD): Die FDP hat es doch in die Welt gesetzt!)

Das scheint die Opposition so zu sehen. Deswegen wird die Lesung des Einzelplans 11, die immer ohne Aussprache war, dieses Jahr mit Aussprache geführt. Aus diesem Grund habe ich mich auch zu Wort gemeldet.

Ich möchte ein bisschen Struktur in die Sache bringen. Insofern darf ich mich auch für den Beitrag des Kollegen Schork bedanken, dessen Beitrag sehr sachlich und auf die Person bezogen war. Ich habe das auch so angelegt. Das gilt auch für die Wortmeldung des Ministers, der ein bisschen Transparenz in das Verfahren nach dem Gesetz gebracht hat. Dieser Struktur sollten wir alle Rechnung tragen.

Die heutige Diskussion ist eine Diskussion – der Kollege Schork hat das auf den Punkt gebracht – um eine Person, bei der ein Mitglied, ein Kollege unseres Landtags im Mittelpunkt steht und wo die Diktion der Äußerungen, die ich vereinzelt gehört habe – ich glaube nicht, dass das von allen so gesehen wird –, den Punkt der Ehrenrührigkeit schon weit überschritten hat.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was? – Gegenruf des Abg. René Rock (FDP): 100 %!)

Das Zweite sind die Vorwürfe, auf die ich mich konzentrieren will. Bezüglich der Vorwürfe bin ich bisher davon ausgegangen, dass ein Blick in das Gesetz nicht erfolgt ist. Bei dem einen oder anderen Zuruf verstehe ich es so, dass das Gesetz bewusst missverstanden werden soll und dass die Zurufe insgesamt nicht haltbar sind. Denn Fazit ist das demokratische Verfahren, dass sich ein Bewerber bewirbt,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kann man sich bewerben?)

dass das Gesetz das Verfahren vorgibt. Wir alle Demokraten, die wir mit großer Demut zu jeder Landtagswahl, zu jeder Wahl schreiten, müssen feststellen, ob im Verfahren die Eignung festgestellt wird, ob das Ergebnis zum Tragen kommt.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Herr Wagner, vielen Dank für die Zwischenrufe. Sie bestärken mich aber leider in meiner Auffassung, dass das heute nicht sehr sachlich erfolgt. Aber das haben wir schon den ganzen Tag lang gemerkt.

Dann mündete es im Grunde genommen in das, was Herr Minister Schäfer dankenswerterweise gesagt hat, dass hier ein formales Verfahren erfolgt, wo all das auf dem Prüfstand ist und dieser Landtag die Wahl vornehmen und die

Entscheidung treffen wird, wer Vizepräsident unseres Rechnungshofes wird, wobei ich mir erlaube, zu sagen, dass die Positionen sowohl des Präsidenten als auch des Vizepräsidenten, seitdem ich recherchiert habe, parteipolitisch besetzt sind. Ich glaube, über diesen Punkt werden wir keinen Streit bekommen. Herr Schäfer Gümbel und Herr Rudolph, ich gebe zu, dass sich die SPD vor sechs Jahren aufgeregt hat, weil Herr von Gall diese Position besetzt hat

(Günter Rudolph (SPD): Vor zwölf Jahren! Sie müssen schon bei der Wahrheit bleiben!)

– Entschuldigung, vor zwölf Jahren; Sie haben recht, Blick in das Gesetz – und es nicht die größte Oppositionsfraktion bekommen hat.

(Günter Rudolph (SPD): Es wurde eine jahrelange Praxis gebrochen!)

Wenn man das in Kenntnis hat, versteht man vielleicht auch die Aufregung, den eigentlichen Sinn und weiß, warum man sich heute aufregen will. Wir wählen im nächsten Jahr; das Verfahren wird im Frühjahr aufgerufen, und so manchmal –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben die Diskussion nicht begonnen!)

– Doch.

(Widerspruch bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Herr Al-Wazir, der Umstand, dass ich heute reden darf, ist dem Umstand geschuldet, dass der Kollege Wagner gesagt hat, zum Einzelplan 11 müsse eine Aussprache erfolgen. Wenn wir heute, nicht verursacht durch die GRÜNEN-Fraktion, darüber reden, dann weiß ich nicht mehr, worüber wir sonst noch reden wollen. Da bitte ich wirklich um Verständnis.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat sich denn ins Gespräch gebracht? Das ist abenteuerlich!)

Ich verstehe auch, dass man ein bisschen scheinbare Unbedachtheit behalten will und fragt: Warum? Weshalb? Wieso? – Aber ein bisschen muss man doch die Fakten wirken lassen.

Meine Damen, meine Herren, vielleicht kommen wir jetzt auch zum Konsens.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch abenteuerlich!)

Alexander Noll ist für mich und für viele Kollegen hier, nicht nur von den Regierungsfractionen, ein ausgewiesener Haushaltsfachmann mit einer fundierten Ausbildung, von der ich als Volljurist sage: Er ist kein Volljurist, hat aber eine super Qualifikation, die ihn zu diesem Amt befähigt.

(Beifall bei der FDP)

Er ist – das habe ich bis heute immer mit einem Ausrufezeichen versehen und hoffe, es auch künftig zu tun – allseits geschätzt, von wenigen Ausnahmen, die ich von der Liste streiche, abgesehen. Das heißt, er wird von vielen geschätzt, auch in der Opposition.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vor allen Dingen von den Kommunen!)

Herr Wagner, im Vorfeld, vor dem Plenum, ist schon der eine oder andere von den Oppositionsfraktionen, von den Kollegen aus den hinteren Reihen, gekommen und hat gesagt: „Wir schätzen den Noll. Es ist Politik, wir bitten um Verständnis.“ Auch das muss man im Landtag zur Kenntnis nehmen, dass es auf Kosten einer Person geht.

Ich sage nach wie vor: Herr Noll ist breit geschätzt; er hat eine Fachlichkeit, die ohnegleichen ist. Er hat berufsbedingt Jahre im Bereich der öffentlichen Kassenprüfungen – das wird verkannt – gearbeitet und weist nicht nur die Qualifikation vor, die Sie ihm andichten, sondern eine Qualifikation, von der ich als Volljurist in aller Deutlichkeit sage: Er ist voll qualifiziert; sie hält den Umständen und Voraussetzungen des Gesetzes stand.

Um die Vergleichbarkeit deutlich zu machen – Herr Minister Schäfer hat schon Beispiele angeführt und es ließen sich mannigfaltig weitere anführen –: das Beispiel von Christa Vennegerts, GRÜNE, MdB von 1987 bis 1990, Vizepräsidentin des Landesrechnungshofs in Thüringen, von Karl Wittrock, SPD, Präsident des Bundesrechnungshofs, gleiche Gemengelage, wie wir sie heute diskutieren. Es gibt bei der CDU gleiche Beispiele; und es gibt sie bei der FDP. Tun Sie nicht so, als ob das jetzt neu wäre, nicht diskutiert würde und mit Ekel zu empfinden sei. Das ist politischer Alltag, und die Leute müssen selbst entscheiden, ob sie das Amt wahrnehmen.

Wo sie dann im Grunde genommen nicht mehr tätig werden können – auch das weist das Gesetz aus –, ist eine Frage dessen, was dann im Grunde genommen der Einzelne zu entscheiden hat oder auch faktisch zum Tragen kommt. Deshalb ist es falsch – damit möchte ich enden, weil von Herrn Minister Schäfer sehr vieles vorweggenommen wurde, was formaljuristisch ist –, was Sie als Beispiel genannt haben. Ich spreche jetzt einmal bewusst die GRÜNEN an und gehe nicht auf die Beschimpfungen ein, sondern auf den Punkt, dass sie in ihrer Pressemitteilung vom heutigen Tage schreiben:

Und das aus gutem Grund. Schließlich soll der Rechnungshof die Arbeit und die Beschlüsse des Landtags kontrollieren. Dafür braucht er größtmögliche Unabhängigkeit. Auf die Idee, einen Landtagsabgeordneten nahtlos vom Parlament in den Rechnungshof zu schicken, ist bislang aus gutem Grund niemand gekommen.

Ich habe die Beispiele aufgezeigt. Dass es für Leute, die im Landtag saßen, auch kein Berufsverbot gibt, macht ein Blick in das Gesetz deutlich.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er sitzt ja immer noch da! – Günter Rudolph (SPD): Noch sitzt er hier!)

– Wir diskutieren hier und heute, und wir wählen nächstes Jahr. Das muss man einmal auseinanderhalten, Herr Rudolph. – § 12 hat kein Verbot einer Wahlmöglichkeit zur Folge, sondern den Ausschluss wegen Befangenheit. Der Minister hat es deutlich gemacht. Da gibt es nicht nur § 12 Abs. 2, sondern auch § 12 Abs. 1, der deutlich macht, dass derjenige, der dann das Amt innehat, selbst entscheiden muss, ob er befangen ist. Herr Wagner, ich habe es Ihnen zugerufen: Wäre Herr Noll in den Beispielen, die Sie gewählt haben, befangen, müsste er es entscheiden und könnte nicht mitwirken.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind alle befangen!)

Aber wer ein Kollegialorgan im Rechnungshof hat, weiß auch, dass diese Selbsteinschätzung nicht nur bei Herrn Noll vorkommen wird, sondern bei allen Mitgliedern.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er ist befangen!)

Das, was Sie hier aufführen, ist ein politischer Zirkus, ein Popanz, und es wird dem nicht gerecht.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das gibt es doch gar nicht!)

Wir werden uns irgendwann einmal fragen müssen, ob Leute überhaupt noch den Mut und das entsprechende Rückgrat haben, im Parlament tätig zu werden, wenn diese Diskussion wirklich Schule macht.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Wagner für die GRÜNEN hat das Wort.

(Günter Rudolph (SPD): Norbert Schmitt hat es auch abgegeben!)

– Entschuldigung, gehört das auch noch zu dem Punkt dazu?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja!)

– Dann habe ich mich geirrt. Ich bitte um Entschuldigung.
– Herr Schmitt, Sie haben das Wort.

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

– Nachher werde ich eine kurze Information über den Sachstand der Redezeiten geben. Ich will doch wissen, wie spät es heute Nacht wird oder nicht. – Bitte schön, das hat nichts mit Ihnen zu tun. Sie haben das Wort.

Norbert Schmitt (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, ich will vorab zwei Dinge richtigstellen. Erstens. Sie haben von einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin gesprochen. Die Dame, die Sie wahrscheinlich meinen, war nie wissenschaftliche Mitarbeiterin der SPD-Fraktion.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Zweitens. Wir haben hier schon, und zwar veranlasst durch die CDU, eine Aktuelle Stunde wegen einer Halbtagsstelle als Referatsleiterin im Sozialministerium gehabt, weil die Dame von der Staatskanzlei ins Ministerium gewechselt ist. Das nur zur Vergangenheit; Franz Josef Jung war dabei, aber auch Herr Dr. Wagner.

(Zuruf von der CDU: Das ist ungeheuerlich!)

Herr Minister, ich will Ihnen sagen, dass es, wenn es zu dem Vorschlag Noll kommen würde, zu Ihrem Problem würde. Ich will der CDU deutlich machen: Es wird auch ihr Problem werden. Sie werden es nicht allein auf der FDP abladen können. Herr Minister, Sie haben, nachdem der Kreis Marburg-Biedenkopf unter den Schutzschirm geht, angekündigt – vielleicht haben Sie es sogar schon vollzogen –, Ihr Kreistagsmandat niederzulegen, weil Sie, da die Entscheidung über den Schutzschirmbeitritt von der Landesregierung wahrgenommen wird, nicht in die Schere

kommen und genau dies vermeiden wollen: mit Dingen befasst zu werden, über die Sie möglicherweise selbst entschieden haben.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, ich würde gern das Vertrauen haben, dass Sie diese Maßstäbe, die Sie für sich selbst gelten lassen und die ich gut finde, auch dann noch anlegen, wenn es um die Besetzung beim Hessischen Rechnungshof geht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie diese ehrenhaften Maßstäbe, die wahrscheinlich nicht einmal gesetzlich notwendig wären, auch bei diesem Anlass anlegen würden, dann, meine Damen und Herren, kann Ihre Entscheidung nur heißen, dass jemand, der Landtagsabgeordneter und nahezu an allen Entscheidungen beteiligt war, für die der Landesrechnungshof am Ende auch die Überprüfung vornimmt, nicht dessen Vizepräsident werden kann. Es sind ein paar Beispiele genannt worden, von den Fraktionskassen bis hin zur Neuerrichtung des Landesschulamts, was sicherlich ein Thema sein wird. Die JVA Hünfeld und die EBS sind genannt worden.

Es gibt kaum einen Bereich, wo nicht Befangenheit nach § 12 Abs. 2 des Gesetzes vorliegt. Deswegen, meine Damen und Herren, wieder Ihren Maßstab angenommen, bin ich mir sehr sicher: Herr Noll kann es nicht werden, wenn Sie die Maßstäbe, die Sie an sich anlegen, auch an den Koalitionspartner anlegen, auch wenn der noch so drängt. Dem dürfen Sie nicht nachgeben, sonst wird es Ihr Problem. Es wird dann auch das Problem der CDU, dafür werden wir dann allerdings sorgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Herr Kollege Wagner, Sie haben das Wort.

Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich dem Kollegen Blechschmidt für die Äußerung gegen Ende seiner Rede ausdrücklich dankbar bin. Herr Blechschmidt, Sie haben vom Rednerpult dieses Landtags aus gesagt, dass Herr Noll in wesentlichen Teilen seiner künftigen Beschäftigung befangen sein wird.

(Zuruf von der SPD: Interessant!)

Ich möchte das noch einmal festhalten. Sie bestreiten also nicht das, was wir hier gesagt haben: dass das so sein wird.

(Günter Rudolph (SPD): Das können wir im Protokoll noch einmal nachlesen!)

Wie soll denn der stellvertretende Präsident des Rechnungshofs seine Arbeit wahrnehmen, wenn er in mehr als der Hälfte der Fälle, um die sich der Rechnungshof kümmert, befangen ist, Herr Kollege Blechschmidt? Wie soll das gehen?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Was soll Herr Noll denn da machen? Welchen Sinn soll es denn ergeben, wenn dort jemand mit einer B-7-Besoldung sitzt und in der Hälfte der Fälle sagen muss: „Ich kann nicht tätig werden“? – Was ist das dann für ein Rechnungshof? Wie stark schwächt es diesen Rechnungshof, wenn sein Vizepräsident in mehr als der Hälfte der Fälle nicht tätig wird? Herr Kollege Blechschmidt, wenn Sie das ernst nehmen, was Sie hier gesagt haben – daran habe ich keine Zweifel –, dass Herr Noll sich in der Mehrzahl der Fälle, mit denen sich der Rechnungshof beschäftigt, befangen ist, dann müssen Sie diesen Personalvorschlag zurücknehmen – bitte noch heute Abend.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Es liegen zum Einzelplan 11 keine weiteren Wortmeldungen vor. – Herr Kollege Blechschmidt, Sie haben noch 1 Minute und 20 Sekunden. Bitte schön.

Dr. Frank Blechschmidt (FDP):

Herr Wagner, ich sehe mir gern das Protokoll an. Wichtig ist, ich habe Ihnen zugehört. Einmal soll ich gesagt haben „wesentliche Mehrzahl“, dann „Mehrzahl“. Wichtig ist: Die Selbstbefangenheit des § 12 Abs. 1 und 2 ist eine Einschätzung, die im Einzelfall vollzogen werden muss. Wenn ein Mitglied in einem Einzelfall befangen ist, der immer einfallbezogen betrachtet wird, haben wir ein Kollegialorgan, das nach wie vor nach den Vertretungsregelungen und nach der Gremienbesetzung voll handlungsfähig ist.

(Zuruf von der SPD: Ei, ei, ei!)

Das ist eine Einzelfallbezogenheit, keine Mehrzahl der Fälle und schon gar nicht eine wesentliche Mehrzahl der Fälle – das habe ich nicht gesagt –, sondern das muss dann im Einzelfall entschieden werden.

(Beifall bei der FDP – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist unglaublich! – Weitere Zurufe von der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Wir haben keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Ich rufe auf:

Einzelplan 15 – Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst –

Dazu folgende Mitteilung zu den Fraktionsredezeiten inklusive der Zurechnungen durch Überschreitungen durch die Regierung. CDU: nichts mehr. SPD: 7 Minuten. FDP: 34 Sekunden.

(Heiterkeit)

Dann haben wir die GRÜNEN mit 8 Minuten und 29 Sekunden. Die LINKE mit 18 Minuten und 16 Sekunden.

(Zurufe: Oho!)

Meine Damen und Herren, die Redezeiten für die Oppositionsfractionen können noch wachsen, wenn die Frau Ministerin – sollte sie sich zu Wort melden – richtig überzieht. Dann können wir noch bis Mitternacht aushalten.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Grumbach für die SPD-Fraktion.

Gernot Grumbach (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Wenn ich über den Einzelplan 15 und das Ressort Wissenschaft und Kunst reden soll, so muss ich gestehen, dass ich hin- und hergerissen bin. Wir haben es heute schon gehört: Der Landtagswahlkampf beginnt. Als Wahlkämpfer habe ich zu dem Plan und zur Ministerin sehr klare Positionen. Erstens: Machen Sie bitte noch ein Jahr weiter – etwas Besseres können Sie für die SPD nicht tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Machen Sie bitte noch ein Jahr weiter. Seien Sie weiter überrascht, wenn die Studierendenzahlen steigen, obwohl Ihnen das hier im Plenum in drei Haushaltsrunden vorausgesagt worden ist. Erklären Sie weiter, dass die Studierendenzahlen zwar steigen, die Hochschulmittel aber nicht entsprechend mitwachsen. Machen Sie weiter so. Lesen Sie weiter in Kulturveranstaltungen Reden vor, in denen die schmückenden Beiworte stärker als der Inhalt ausfallen. Tun Sie weiter so desinteressiert, wenn es um die Kulturpolitik in Hessen geht. Machen Sie bitte weiter so, denn als Frankfurter kann ich sagen: Sie sind der Johnny Klinker der Hessischen Landesregierung und die beste Wahlkämpferin für die SPD.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Nur bin ich leider nicht nur Wahlkämpfer, sondern habe als Abgeordneter dieses Landtags noch immer die Grundidee, dass das etwas ist, bei dem wir gemeinsam schauen müssen, wie es weitergeht. Da kann man relativ schnell sagen: Das, was Sie tun, haben die hessischen Studierenden nicht verdient; das ist ganz einfach.

(Beifall des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

Ich mache die Rede kürzer als sieben Minuten. Ganz simple Zahlen: 42 % Steigerung der Studierendenzahl in den letzten fünf Jahren, ohne dass das Geld gleichzeitig mitgeht. Sie haben ja 400 Millionen € draufgelegt, das bestreitet überhaupt niemand. Nur geben Sie heute 600 € weniger pro Studierenden aus als noch zu Beginn der Regierung Koch. Das heißt, dass wir in einer Situation sind, in der Sie dem, was Sie tun müssen, nicht nachkommen.

Ihr Status im Bundesvergleich verändert sich nur unwesentlich, weil die anderen Länder das Gleiche gemacht haben: Alle haben den steigenden Studierendenzahlen Geld nachgegeben. Nur ist es in Hessen das, was wir alle gewollt haben. Ich könnte jetzt zehn Anträge aus dem Hessischen Landtag der letzten 15 Jahre zitieren, in denen alle Fraktionen immer wieder gesagt haben: Wir brauchen mehr Studierende. – Dann muss man das aber auch finanziell unterlegen; das ist der Kernpunkt Ihres Versagens und des Versagens dieses Haushalts. Deswegen werden Sie auch in der dritten Lesung erleben, dass wir an genau dem Punkt noch einmal Haushaltsanträge stellen. Selbst unter den heutigen Haushaltsbedingungen ist es nicht verantwortbar: Wer an den Studierenden spart, spart an der Zu-

kunft Hessens, und an der Stelle sind Sie auf dem falschen Weg.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit auch das im Protokoll steht und Sie nicht wieder überrascht werden: Der richtige Anstieg kommt noch. NRW läuft nämlich erst nächstes Jahr mit den großen Zahlen der G-8-Jahrgänge heraus. Nächstes Jahr kommt das größte Bundesland mit seiner ersten Runde an G-8-Abgängen in die Studienlandschaft. Seien Sie bitte darauf vorbereitet, dass wir in diesem Doppelhaushalt für den Hochschulbereich noch einen Nachtrag brauchen werden, wenn Sie dem nicht nachgeben.

(Willi van Ooyen (DIE LINKE): Das wird für den ganzen Haushalt so sein!)

Ich sage es Ihnen so, damit Sie nicht sagen können, Sie seien nicht vorbereitet gewesen.

Ich finde das sehr spannend. Wir haben hier sehr kluge Wissenschaftsministerinnen und -minister gehabt: Evelies Mayer, Ruth Wagner, Udo Corts – damit das Spektrum fraktionsübergreifend ist –, die über Autonomie der Hochschule geredet haben. Sie haben gesagt: Wir brauchen die Anstöße aus den Hochschulen, damit wir sie weiterentwickeln können. – Sie tun das auch, aber Sie reden nicht mit den Hochschulen, sondern Sie reden über Autonomie als Ausrede für das, was Sie nicht tun. Genau das ist der Punkt, bei dem wir sagen, dass Sie dazulernen müssen. Aber das werden Sie nicht mehr tun, insofern: Bleiben Sie im Amt.

Nächster Punkt – und da wird es noch spannender –: Zur Hochschule gehört nicht nur die Frage der Finanzierung des Studiums. Wir haben an jedem Semesteranfang nicht nur die Situation überfüllter Hörsäle, sondern auch überfüllter Studierendenwohnheime. Und wir haben ein neues Modell junger Frauen, die sich heute entscheiden, ihre Kinder im Studium zu bekommen. Wer mit den Studierendenwerken redet – wir haben das mit allen getan –, wird feststellen, dass es dort Bedarf gibt. Sie werden von uns erwarten können, dass wir uns auch um diesen Teil kümmern; denn studieren können allein, ohne die benötigten Rahmenbedingungen – was Wohnen und für bestimmte Menschen auch die Kinderbetreuung angeht –, wird nicht ausreichen. Insofern wird das der dritte Punkt sein.

Der letzte Punkt – über die W-Besoldung werden wir in der nächsten Sitzung reden –: Sitzfleisch-Prämie als Leistung, das ist für eine moderne Verwaltungspartei eine spannende Variante. Da müssen Sie sehen, wie Sie damit zurechtkommen. Aber die spannende Frage, wie Sie mit Ihren zwei Problemen umgehen, sollten Sie in Ihrem Haushalt auch beantworten:

Erstens. Bei der European Business School wissen wir nicht, wo das Geld hinfließt. Wir hören immer neue Meldungen und warten im Ausschuss schon ein Weilchen auf den Bericht des Rechnungshofs. Es wäre doch schön, wenn Sie dazu etwas sagen könnten.

Zweitens haben wir eine Investitionsverweigerung bei einem Projekt, das Ihr Leuchtturm war, nämlich die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg. Sie haben nichts zu der Zukunft gesagt. All das spricht dafür, dass Sie Ihren Job nicht im Griff haben; es tut mir leid.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Das Wort hat Herr Abg. May für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Trotz vorgerückter Stunde möchte ich mich noch etwas intensiver mit der Situation an hessischen Hochschulen auseinandersetzen. Wer jetzt über mangelnde Konzentrationsfähigkeit klagt, kann vielleicht ein bisschen mit den Studierenden mitfühlen, die um diese Zeit noch im Hörsaal und im Seminar sitzen, weil tagsüber keine Räume zur Verfügung standen, um Lehrveranstaltungen abzuhalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Da steht aber ein anderer Professor! – Stefan Müller (Heidenrod) (FDP): Wir sitzen seit heute Morgen um 9 Uhr hier!)

– Jetzt haben Sie mich zum Professor ehrenhalber gemacht. Es ist schade, dass Sie keine Redezeit mehr haben, um das von hier vorne für das Protokoll zu wiederholen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Ich stehe dazu!)

Insgesamt atmet auch der Einzelplan 15 den Geist einer amtsmüden und verbrauchten Landesregierung, die nichts mehr vorhat

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Immer dieselbe Leier! Sie wiederholen sich!)

und den Herausforderungen, die in diesem Bereich auf uns zukommen, nicht gerecht wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir erleben in diesem Wintersemester ein neues Rekordniveau bei den Studierendenzahlen, und weitere Rekordzahlen sind zu erwarten. Die Entwicklung, die jetzt stattfindet, ist nicht vom Himmel gefallen, sondern hat sich über Jahre angekündigt. Sie haben der Entwicklung tatenlos zugesehen. Was noch viel schlimmer ist: Damit vergeuden Sie Potenzial des Landes Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, Sie kommen aus Nordhessen. Im Landkreis Waldeck-Frankenberg gibt es unter den Kommunalpolitikern die Redensart: Wenn es Brei regnet, sollte man den Löffel raushalten. – Dieses Sprichwort passt gleich in doppelter Hinsicht zum Wissenschaftshaushalt: Es regnet in Hessen insofern Brei, als immer mehr junge Menschen ein Studium an einer hessischen Hochschule aufnehmen wollen. Um dieses Potenzial aber ausschöpfen zu können, also den Brei aufzunehmen, der da regnet, bräuchten wir Kapazitäten an den Hochschulen. Die müsste die Landesregierung bereitstellen, sie macht es aber nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So sind die Hochschulen nicht auf das vorbereitet, was gerade auf sie einströmt. Sie sind auch nicht auf die Entwicklung der nächsten Jahre vorbereitet. Der Haushalt 2013/2014 wird dem nicht gerecht – ganz im Gegenteil. Wenn Sie, Frau Ministerin, auf der Hochschulleitertagung darüber reden, die Studierquote müsse langfristig begrenzt werden, dann zeigt das, dass Sie den großen Gewinn noch

gar nicht erkannt haben, der darin liegt, dass sich so viele junge Menschen für ein Studium interessieren. Es nützt auch nichts, wenn Sie in Werbeveranstaltungen das LOEWE-Programm oder absolute Zahlen abfeiern, wobei das LOEWE-Programm durchaus unsere Unterstützung findet.

(Dr. Matthias Büger (FDP): Aha!)

Es nützt nichts, die Kür abzufeiern, wenn Sie bei der Pflicht versagen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Pflicht ist, ausreichende Mittel für die Lehre bereitzustellen. Da versagen Sie. Das lässt sich an einer Kennzahl sehr deutlich ablesen, nämlich am Clusterpreis, an dem, was Sie den Hochschulen pro Jahr pro Studierenden zur Verfügung stellen. Der Clusterpreis ist seit Jahren rückläufig, auch 2013/2014 geht er zurück. Das bringt die Hochschulen zusehends in Schwierigkeiten, die Qualität der Lehre sicherzustellen. Es zeigt, dass Sie nicht willens sind, würdig mit dem Studierendenansturm umzugehen.

Das Bild vom Breiregnen passt noch in einer ganz anderen Art und Weise: Vonseiten des Bundes wurde die Entwicklung nicht ganz verschlafen. Über den Hochschulpakt 2020 zwischen Bund und Ländern stellt uns der Bund sehr viel Geld zur Verfügung, um dem Studierendenansturm zu begegnen. Auch wir haben dafür sehr viel Geld in den Haushalt eingestellt. Sie allerdings haben Ihre Hausaufgaben in Bezug darauf, wie mit dem Geld umgegangen werden soll, nicht gemacht, sondern die Hochschulen erst in diesem Herbst aufgefordert, darzulegen, was sie mit den vielen Millionen Euro, die uns jetzt dankenswerterweise vom Bund zur Verfügung gestellt werden, machen wollen. Eine langfristige Entwicklungsperspektive sieht auf jeden Fall anders aus.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Planung, die gerade einmal über drei Jahre geht, ist vollkommen fehl am Platz, wenn man weiß – die Kultusministerkonferenz spricht auch vom Studierendenhochplateau –, dass sich die Entwicklung hin zu hohen Studierendenzahlen bis weit ins nächste Jahrzehnt hinziehen wird. Die Hochschulen brauchen jetzt eine langfristige Entwicklungsperspektive, langfristige Zusagen, was die Mittel angeht.

Wir hatten gerade eine Anhörung zum Thema „Prekäre Beschäftigungssituationen an hessischen Hochschulen“. Vonseiten der Hochschulpräsidenten wurde betont: Wir können oftmals gar nicht anders, weil wir keine langfristige Sicherheit haben, wie die Finanzierung weiterläuft. – Das zeigt ganz deutlich: Die Hochschulen brauchen eine langfristige, dauerhafte Perspektive, was die Grundfinanzierung angeht, wenn wir das Problem lösen wollen.

Eine etwas dauerhaftere Perspektive haben Sie anscheinend der European Business School versprochen. Obwohl allenthalben bekannt ist, dass unklar ist, wie es mit dem Betrieb der Law School weitergehen wird, sind im Haushalt jährlich round about 1,5 Millionen € Subventionen vorgesehen – eine relativ hohe Summe. Wenn man das mit anderen privaten Hochschulen vergleicht, beispielsweise mit der Frankfurt School of Finance, die wesentlich weniger braucht, dann zeigt das:

(Dr. Matthias Büger (FDP): Evangelische Fachhochschule!)

Eine langfristige Perspektive gibt es nur für Ihre Klientel, die Ihnen wesentlich wichtiger ist als eine gerechte Verteilung der knappen Mittel.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Lassen Sie mich kurz zusammenfassen, was stattdessen jetzt für den Hochschulbereich zu tun wäre: Wir brauchen eine bessere finanzielle Ausstattung der Hochschulen, um den Rekordstudierendenzahlen zu begegnen. Wir brauchen auch mehr Mittel für das soziale Umfeld; darauf möchte ich jetzt nicht weiter eingehen, darüber werden wir uns morgen Vormittag noch unterhalten. Insgesamt brauchen die Hochschulen eine dauerhafte Perspektive, was eine stabile Grundfinanzierung angeht.

Lassen Sie mich in der letzten Minute meiner Redezeit noch kurz etwas zum Thema Kulturpolitik sagen.

(Holger Bellino (CDU): Geben Sie es doch zu Protokoll!)

– Nein, das möchte ich noch ausführen. Ich habe auch vielen anderen Rednern zugehört. – Es ist bedauerlich, dass Sie unseren Änderungsantrag zur Filmförderung, wahrscheinlich ohne diesen ernsthaft wahrgenommen zu haben, einfach ablehnen. Unser Vorschlag zur Gründung einer hessischen Film und Medien GmbH wäre im Sinne der Filmschaffenden gewesen, nämlich eine Bündelung vorzunehmen, um zu einer zentralen Ansprechstelle für innen und außen zu kommen. Dies hätte eine bessere wirtschaftliche Förderung des Films bedeutet und die Zersplitterung der hessischen Filmförderung beendet. Leider handeln Sie auch hier nach dem Motto „Mehrheit ist Wahrheit“ und setzen sich nicht ernsthaft mit dem Thema auseinander.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Lassen Sie mich abschließend feststellen – ich darf den Landtagspräsidenten aus der Sitzung vom Dienstag zitieren –: Die Regierung hat keinen Saft mehr. – Ich ergänze: Sie gehört daher abgewählt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie des Abg. Marius Weiß (SPD))

Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank, Herr Abg. May. Es gelingt mir nur selten, dass ich zitiert werde. Danke schön dafür.

Jetzt kommt ein kürzerer Beitrag. Herr Kollege Dr. Bürger, noch 34 Sekunden. Bitte.

Dr. Matthias Bürger (FDP):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Hiermit komme ich auch zum Schluss.

(Beifall des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Rekordhaushalt Hessen: 70 Millionen € pro Jahr mehr, doppelt so viel wie 1998. Autonomie, Hochschulpakt, Sicherheit, LOEWE, HEUREKA: Kür und Pflicht super. Studenten haben die Wahl, Studenten wählen Hessen, weil die Hochschulen gut sind. Geld sollte Studenten folgen. Schwarz-Gelb Garant für Wissenschaft und Kunst, besser als Rot-Grün in jedem anderen Land.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Meine Damen und Herren, kurze Rede, viel Geld. GRÜNE im falschen Film. Shakespeare sagt – damit komme ich zum Schluss –: Wo Worte selten sind, da haben sie Gewicht. – Vielen Dank.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsident Norbert Kartmann:

Ich darf hier oben nichts kommentieren. Das ist ein großer Nachteil.

(Holger Bellino (CDU): Die CDU schließt sich an!)

Frau Kollegin Wissler, jetzt gilt es: 18 Minuten. Sie haben das Wort.

(Unruhe)

– Bitte, meine Damen und Herren, wir hören jetzt auch zu. Danke schön.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren. Es ist hervorragend. Ich habe noch 18 Minuten Redezeit. Die CDU hat null Minuten Redezeit. Ich finde, das zeigt ein bisschen, wer in diesem Hause haushalten kann und wer nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun ist es so, dass wir LINKE immer für Umverteilen sind. Herr Dr. Müller, deswegen möchte ich großzügig sein und biete Ihnen an, Ihnen ein paar Minütchen von unserem Redezeitkontingent zu schenken, damit Sie einmal die Vorteile des Umverteils kennen lernen.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wäre das ein Angebot, damit Sie in dieser Diskussion auch noch zu Wort kommen können?

(Holger Bellino (CDU): Sie können seine Rede übernehmen!)

– Nein, Herr Bellino, das schaffe ich nicht. Das schaffe ich auch in 18 Minuten nicht. Die Argumente von Ihnen vorzutragen, das werde ich nicht schaffen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Herr Bellino ist mit nichts zufrieden!)

Meine Damen und Herren, zu Beginn dieses Jahres war schon klar, dass Hessens Hochschulen vor einer Herausforderung stehen, die sie eigentlich nicht bewerkstelligen können. Ich rede hier natürlich von der korrigierten Prognose der Kultusministerkonferenz, was die Studierendenzahlen angeht. Man hatte sich verschätzt und musste deutlich nach oben korrigieren.

Schon seit langer Zeit klagen Studierende und Hochschulen über überfüllte Hörsäle, über Raummangel und auch darüber, dass es viel zu wenig studentischen Wohnraum gibt. Über dieses Thema werden wir morgen noch ausführlich reden. Deswegen möchte ich meine 18 Minuten nicht schwerpunktmäßig bei diesem Thema ansetzen.

Beispielsweise die Universität Kassel weicht schon seit Längerem auf externe Räumlichkeiten aus. Es gibt Vorle-

sungen in Kinosälen und teilweise in Kirchen. Im Wintersemester gab es ein neues Rekordhoch an Studierenden. Ich möchte gerne die Unisprecherin Annette Ulbricht zitieren, die sagt: Wir sind am Rande dessen, was leistbar ist. – Ähnliche Signale gibt es von den anderen Hochschulen. Es wird davon gesprochen, dass die Kapazitätsgrenze schon längst überschritten ist.

Meine Damen und Herren, das kommt alles nicht überraschend; denn es war vollkommen klar, dass mit den Doppeljahrgängen, mit der Aussetzung der Wehrpflicht und den geburtenstarken Jahrgängen jetzt sehr viele junge Menschen an die Hochschulen stürmen würden. Die Frau Ministerin wusste das seit Jahren, hat aber nichts getan, um die Hochschulen darauf vorzubereiten.

Es ist schrecklich, dass die Hochschulen jetzt Zulassungsbeschränkungen machen müssen. In einer Zeit, in der alle über Fachkräftemangel klagen, sind die Hochschulen nicht so ausfinanziert, dass sie die Bewerber alle annehmen könnten.

Wir haben es im letzten Jahr gesehen: Die Hilferufe der Hochschulen erreichen die Frau Ministerin leider nicht. Sie stützen sich immer noch auf das Bild einer blühenden Hochschullandschaft und legen Zahlen vor, die aus der Luft gegriffen sind. Die hohe Studierquote in Hessen ist kein Beleg für eine gute Hochschulpolitik des Landes, sondern es ist so – das will ich eindeutig anerkennen –, dass an den Hochschulen unglaublich viel getan wird, um mit diesem Studierendenansturm klarzukommen. Es gibt unheimlich viel Engagement in diesem Bereich,

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

aber die Landesregierung lässt die Hochschulen damit allein. Es hätte längst zu einer Neuverhandlung des Hochschulpakts kommen müssen, auch weil wir eine neue Hochschule haben, die Hochschule Geisenheim, die vermutlich zu Mehrkosten führen wird. Wir haben das in der Anhörung gehört.

Ich frage mich schon: Warum hat man das nicht zum Anlass genommen, den Hochschulpakt neu zu verhandeln?

Meine Damen und Herren, die Situation an den Hochschulen ist nicht nur für Studierende bedenklich, sondern auch für die Beschäftigten, und das insbesondere im Mittelbau. Der Wissenschaftsausschuss hat eine Anhörung durchgeführt aufgrund eines Antrags der Oppositionsfraktionen, der im Wissenschaftsausschuss einstimmig angenommen wurde. Daraufhin hat die Anhörung speziell zu dem Thema der prekären Beschäftigung stattgefunden. Es sind sehr gute Stellungnahmen dazu eingegangen, es gab eine sehr hohe Beteiligung an der Anhörung. Ich denke schon, dass sich das Land nicht aus der Verantwortung für die Beschäftigten an den Hochschulen stehlen kann.

Man muss sagen, es sind junge Menschen, junge Wissenschaftler, die sehr gut ausgebildet sind. Sie haben aber überhaupt keine Perspektive auf eine Festanstellung. Früher oder später, vielleicht wenn sie Mitte 30 sind und eine Familie gründen wollen, überlegen sie sich, ob sie an den Hochschulen bleiben wollen oder ob sie nicht doch woandershin gehen, wo sie vielleicht sicherere Perspektiven haben.

Frau Ministerin, ich bin der Meinung, diese Menschen müssen wir an den Hochschulen halten, um bestmögliche Forschung und Lehre zu garantieren. Deshalb müssen

Hochschulen gute Arbeitsbedingungen haben, sichere Arbeitsverhältnisse haben. Deswegen kann es nicht sein, dass immer mehr Beschäftigte an den Hochschulen in prekären Beschäftigungsverhältnissen sind.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hochschulautonomie darf auch nicht heißen, einfach die Verantwortung mit viel zu wenig Geld an die Hochschulen zu delegieren und zu sagen: Macht einmal. Es darf auch nicht heißen, die Hochschulen alleine zu lassen. Hochschulautonomie muss heißen, dass es eine Demokratisierung innerhalb der Hochschulen gibt. Aber es kann nicht sein, dass Sie immer nur dann von Autonomie reden, wenn es darum geht, Verantwortung abzuschieben.

Ich möchte eine weitere Sache ansprechen, weil es nicht so ist, dass die Landesregierung –

(Unruhe)

– Ich merke, es ist ein bisschen unruhig. Ich habe 18 Minuten Redezeit. Ich würde nicht davor zurückschrecken, sie im Zweifelsfall auszufüllen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nicht so, dass die Landesregierung kein Geld für Hochschulen ausgeben würde. So ist es auch nicht.

(Unruhe)

Präsident Norbert Kartmann:

Frau Wissler, der Disziplin wegen warte ich jetzt, bis die Kollegen da fertig sind, zu reden.

(Norbert Schmitt (SPD): Die haben einiges zu besprechen!)

– Herr Kollege Schmitt. Nachher noch einmal, beim Bier? Danke. – Weiter, bitte.

(Heiterkeit)

– Motivation ist alles.

Janine Wissler (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Es ist nicht so, dass die Landesregierung grundsätzlich kein Geld für Hochschulen hätte.

(Zuruf des Abg. Karlheinz Weimar (CDU))

– Ich habe es nicht gehört, aber es war vermutlich nicht wesentlich. Ich kenne die Zwischenrufe von Herrn Weimar aus dem Wissenschaftsausschuss und nehme an, es war von ähnlicher Qualität.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben erlebt, wie in die European Business School Millionen von Steuergeld gesteckt wurden, wie ihr Millionen von Steuergeld in den Rachen geworfen wurden. Wir haben jetzt einen Scherbenhaufen. Dabei ist vor einigen Tagen bekannt geworden, dass sich auch KPMG von der Finanzierung zurückgezogen hat. Diese Hochschule ist nur in den Negativschlagzeilen, trotzdem hat man die Reißleine nicht gezogen. Vielmehr subventioniert man eine Hochschule, die 12.000 € Studiengebühren im Jahr verlangt.

Gleichzeitig kürzt man Geld bei den staatlichen Hochschulen. Das ist natürlich eine Prioritätensetzung dieser Landesregierung, die Bände spricht. Das ist Politik für die Kinder reicher Eltern. Für die Breite ist es Bildungsabbau. Deswegen finden wir, dass die Geschichte mit der EBS aufgeklärt gehört, auch welche Versäumnisse Sie im Ministerium hatten bei der Bonitätsprüfung. Es muss aber auch heißen, dass überhaupt kein weiteres Geld an die European Business School gezahlt werden darf.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Damit komme ich zum nächsten einstürzenden Leuchtturm dieser Landesregierung. Das ist das privatisierte Uniklinikum in Gießen und Marburg. Ich kann es nicht oft genug wiederholen: Die Privatisierung des Klinikums ist ein Fehler gewesen. Diese Erkenntnis setzt sich auch immer mehr in den Reihen von CDU und FDP durch. Es ist nicht nur ein Fehler aus Sicht der Beschäftigten, sondern auch aus Sicht der Patienten.

Ein Rückkauf des Klinikums durch das Land ist notwendig. Ich weiß auch, dass sich dies sehr schwierig gestaltet und dass es im Moment nicht die unmittelbare Möglichkeit gibt, zu sagen: Wir möchten das Klinikum zurückkaufen.

Nichtsdestotrotz halten wir es für notwendig, dass das Land Vorkehrungen trifft, um das Klinikum vielleicht irgendwann zurückkaufen zu können, wenn sich ein Zeitfenster öffnet. Deswegen haben wir einen Antrag gestellt, dass man diese Rückstellung bildet.

Für uns ist grundsätzlich klar: Ein Uniklinikum gehört in die öffentliche Hand. Es darf nicht nach Profitstreben funktionieren, sondern die öffentliche Aufgabe der Gesundheitsversorgung muss im Vordergrund stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Uniklinikum ist zum Spielball der Finanzmärkte geworden. Trotzdem scheint die Landesregierung überhaupt nicht gewillt zu sein, hier einzuschreiten und der Verantwortung nachzukommen, die das Land für die Beschäftigten hat. Deshalb sind wir der Meinung, dass man die Diskussion um den Gesundheitsstandort Gießen-Marburg weiterführen muss und man sich nicht einfach zurücklehnen und sagen kann: Das geht uns alles nichts an, wir machen dazu nichts.

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich habe jetzt neun Minuten übrig gelassen. Herr Müller, mein Angebot an Sie steht unter der Bedingung, dass Sie die Redezeit ebenso wenig ausschöpfen wie ich. Dann würde ich doch gerne durchaus bereit sein, Ihnen ein paar Minuten zu schenken. Wenn Sie die von mir annehmen möchten, können Sie in der Diskussion noch etwas sagen. – Ansonsten danke ich Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Norbert Kartmann:

Wenn es so ginge.

(Heiterkeit des Abg. Alexander Noll (FDP))

Aber ersparen wir uns jetzt die Debatte über die Rechtsfragen, ob Redezeiten von A nach B ausleihbar sind, innerhalb A ja, aber nicht von A nach B. Weil Sie wussten, dass er nicht reden kann, haben Sie das Angebot gemacht, okay.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das stimmt nicht! – Zurufe von der CDU und der LINKEN – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Ältestenrat! – Allgemeine Heiterkeit)

– Bitte, die Ministerin ist schon ganz nervös. Wir klären das nachher, Herr van Ooyen, ein zweites Bier, okay. Es gibt nachher eine schöne Runde unten an der Theke.

Frau Ministerin, ich sage das mit dem Bier, weil alle Durst haben. Sie haben das Wort.

Eva Kühne-Hörmann, Ministerin für Wissenschaft und Kunst:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem Haushalt 2013/2014 im Einzelplan des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst – Herr Kollege Büger hat es schon angesprochen – wird deutlich, dass Bildung, Wissenschaft und Forschung für die Zukunft unseres Landes bedeutend sind. Das kann man auch an Zahlen ablesen. Der Zuschuss 2014 im Vergleich zur Ausgangsbasis 2012 – das haben die Kollegen der Opposition verschwiegen, obwohl es im Haushalt steht – beträgt 151,4 Millionen € mehr für die Hochschulen, die Studierenden und die Forschung. Das ist eine reife Leistung.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deswegen will ich mich ganz herzlich bei den Koalitionsfraktionen bedanken, dass es möglich gewesen ist, trotz knapper Kassen und Schuldenbremse genau für diesen Bereich so viel Geld zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung steht damit für die Zukunftschancen der jungen Menschen in unserem Land. Das hat oberste Priorität.

Der Hochschulpakt 2020 ist erwähnt worden, aber nicht, wie viele Millionen dort hineingehen: 97,3 Millionen € mehr als 2012, jetzt insgesamt am Ende 142,7 Millionen € für die zusätzlichen Studierenden veranschlagt. Die Qualität der Ausbildung steigt.

Stichwort: Hochschulpakt. Herr Büger, Sie haben es gesagt, beim Hochschulpakt haben wir fünf Jahre Planungssicherheit. Und das Besondere ist, die Steuereinnahmen sind so hoch gewesen, dass so, wie vereinbart, das Hochschulbudget ab 2013 um 20 Millionen € angehoben wird. Auch das haben die Oppositionsfraktionen, wohl wissend, nicht erwähnt.

Die im hessischen Hochschulpakt zugesagte anteilige Übernahme der Tarifsteigerung führt zu einer Erhöhung des Hochschulbudgets um jährlich 18,2 Millionen €. Und das BAG-Urteil, bei dem es um das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ging, hätte die Hochschulen 18 Millionen € gekostet. Wir haben das vom Landeshaushalt ersetzt. Auch das bekommen sie mehr. Stichwort: HEUREKA 250 Millionen €, LOEWE-Programm über 90 Millionen €. Nun will ich noch die Projekte erwähnen, die hinzugekommen sind: das IWES in Kassel mit insgesamt 60 Millionen € – dafür sind 2013 und 2014 Mittel eingestellt – und für Modernisierungspauschalen am Universitätsklinikum Frankfurt 5 Millionen €.

Nicht nur im Bereich Wissenschaft ist der Ansatz erhöht worden, sondern ich will kurz auf den Bereich Kultur zu sprechen kommen: Bau des Archäologischen Freilichtmuseums Marburger Land mit 4,8 Millionen € und die beiden Jubiläen, die wir im Moment feiern. Nämlich für das Büchner-Gedächtnisjahr und auch für die Brüder Grimm haben wir zusätzlich Geld in die Hand genommen.

Herr Kollege Grumbach, wir tragen Ihrem Wunsch Rechnung. Wir werden weiterregieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsident Norbert Kartmann:

Meine Damen und Herren, ich muss Sie zumindest formal in Kenntnis setzen, dass unsere Redezeitregelung wie folgt zu interpretieren ist. Ergreift ein Mitglied, eine Beauftragte oder ein Beauftragter der Landesregierung zu einem Zeitpunkt das Wort, zu dem die einer Fraktion noch zustehende Redezeit weniger als fünf Minuten beträgt, so können die Mitglieder der Fraktionen – das betrifft also alle – mit fünf Minuten Redezeit neu beginnen. Mit dem Punkt, dass die Frau Ministerin geredet hat, habe ich festzustellen ge-

habt, dass keiner mehr Redezeit hat. Ergo hätte jetzt jeder wieder fünf Minuten.

(Günter Rudolph (SPD): Wer will das wagen?)

– Herr Rudolph, das ist die spannende Frage. Aber ich musste es Ihnen doch sagen. Deswegen zeigt sich jetzt, dass ich feststelle – –

(Zurufe von der CDU: Rolf, Rolf, Rolf!)

– Bei Rolf Müller weiß ich, dass er das nicht macht. Sonst würde ich bei keinem die Hand ins Feuer legen.

Ich bedanke mich herzlich für die Aussprache zum Haushaltsplan und schließe insofern die Sitzung, dass ich Ihnen mitteile, dass inklusive der Anträge morgen früh ab 9 Uhr die Abstimmung stattfindet. – Schönen Abend, danke schön.

(Schluss: 20:45 Uhr)

Anlage (zu Tagesordnungspunkt 16 a)

Nach § 109 Abs. 2 GOHLT zu Punkt 16 a der Tagesordnung, Drucks. 18/6515 zu Drucks. 18/5926, hier: Einzelplan 09, zu Protokoll gegebene Stellungnahme der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE):

Die Auseinandersetzung mit dem hessischen Haushalt für die Bereiche Umwelt, Energie, Verbraucherschutz, Land- und Forstwirtschaft ist in vielfacher Beziehung unerfreulich.

Es ist die Aufgabe der Politik, den Verbrauchern möglichst viele der umweltschädlichen, giftigen, gefährlichen und unter unwürdigen sozialen Bedingungen hergestellten Produkte zu ersparen. Nicht die Konsumenten müssen in der Lage sein, die schlechten und gefährlichen Produkte zu erkennen – solche Produkte dürfen erst gar nicht in den Handel gelangen, am besten erst gar nicht hergestellt werden. Hier sind die staatlichen Einrichtungen der Umwelt- und Lebensmittelüberwachung sowie des Veterinärwesens gefordert. Deren Haushaltsmittel bleiben aber weit hinter dem Zuwachs an neuen Aufgaben zurück. Die Verbraucherinnen und Verbraucher werden im Stich gelassen.

Umweltziele werden im Haushalt geschliffen, oder es bleibt bei einer reinen Ankündigungspolitik. Doch besonders in der Umwelt- und Energiepolitik verursacht das Nichthandeln Folgekosten, die – wie im Fall des Klimaschutzes – weit über die Summen der unterlassenen Investitionen hinausgehen werden.

Der Klimawandel ist in vielen Teilen der Welt sichtbar und spürbar geworden. Die Chancen, das als noch beherrschbar geltende 2-Grad-Ziel zu halten, werden immer schlechter. Was passiert in Hessen? Die Landesregierung nutzt ihre Möglichkeiten, etwas zum Klimaschutz beizutragen, noch nicht einmal ansatzweise.

Die größten und am kostengünstigsten zu realisierenden CO₂-Einsparungen sind im Bereich der Gebäudesanierungen zu erzielen. Die KfW Bankengruppe rechnet vor, dass, will man bis 2020 das 20%-Einsparziel erreichen, die Fördermittel bundesweit auf ca. 5 Milliarden € pro Jahr aufgestockt werden müssen. Das wissen Sie, und das 20%-Einsparziel hat sich ja auch die Landesregierung auf die Fahne geschrieben.

Die Landesregierung hat gestern eine nicht gerade üppige Steigerung der energetischen Sanierungsquote von derzeit 0,75 % auf 2,5 bis 3 % beschlossen. Alle Fachleute sind sich darin einig, dass eine Steigerung der Sanierungsquote um ein Vierfaches ohne größere öffentliche Förderungen nicht zu erreichen ist. Um dieses magere Ziel zu erreichen, müssten in Hessen wenigstens 450 Millionen € im Jahr an Fördergeldern aufgebracht werden. Mit den 10 bis 20 Millionen € dafür vorgesehenen Haushaltsmitteln ist das Gesetz von gestern gnadenlos unterfinanziert. Auch das weiß die Landesregierung spätestens seit der Anhörung zum Gesetz. Was sie hier mit ihrem „Zukunftsfonds“ betreibt, ist nichts weiter als Greenwashing.

Lächerlich sind auch die Bemühungen bei der Steigerung der Energieeffizienz von Klärwerken. 725 kommunalen Abwasserbehandlungsanlagen in Hessen sind für ca. 20 % des Stromverbrauchs aller kommunalen Einrichtungen verantwortlich. Das Einsparpotenzial liegt zwischen 25 und 50 %. Das ist gewaltig und wird trotz Treibhausgasemissionen auf Rekordhöhe nicht genutzt. Was die Landesre-

gierung fördert, ist die Analyse des Energieverbrauchs von Klärwerken. Magere 35.000 € gibt es pro Anlage dazu, für die Umsetzung gibt es aber keinen Cent. Nur die reichen Kommunen können sich eine Sanierung leisten. Die armen Kommunen geben die hohen Energiekosten an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiter. Wieder werden durch die Schuldenbremse Kosten auf die privaten Haushalte verlagert. Darüber hinaus verhindert sie Investitionen in eine effiziente und nachhaltige Infrastruktur und produziert ein Vielfaches an Folgekosten.

Nicht geleistete und verschleppte Investitionen – gleich ob bei der energetischen Sanierung von Gebäuden und Klärwerken, dem ÖPNV, in Bildung oder in Krankenhäuser – werden die kommende Generation in vielfacher Höhe belasten. Einige Städte, wie z. B. Offenbach, schaffen das mit Unterstützung der Landesregierung auch schon in dieser Generation.

Die kommenden Generationen vor einem hohen Schuldendienst zu schützen war angeblich ein Ziel der von CDU, FDP, SPD und den GRÜNEN vorangetriebenen Schuldenbremse. Was passiert, ist genau das Gegenteil. Ohne Stärkung der Einnahmeseite stürzen Sie die Kommunen ins Elend – die Landesregierung nennt das Kommunalen Rettungsschirm –, machen die Armen noch ärmer und produzieren immens hohe Kosten in der Zukunft.

In der Energiepolitik hat sich die Landesregierung erst zum Erfüllungsgehilfen der Stromkonzerne und dann lächerlich gemacht. Atom- und neue Kohlkraftwerke sollten als „Brückentechnologie“ – unterstützt durch einen riesigen Werbeetat der Energiekonzerne – das Klima retten. Nach Fukushima ist nur noch die Kohlebrücke übrig geblieben, und diese ist in Hessen – trotz der Vereinbarung im Koalitionsvertrag von CDU und FDP – letzte Woche eingestürzt. Der neue Kohleblock bei Staudinger wird nicht gebaut werden. Das ist sicher nicht der umweltpolitischen Einsicht der Landesregierung zu verdanken. Die Gründe liegen im Widerstand der Bevölkerung, dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem rein ökonomischen Kalkül von E.ON.

Nicht der Klimaschutz, die notwendige Energiewende oder der effektive Einsatz von Ressourcen sind für die Landesregierung die leitenden Motive. Die Beispiele Energiepolitik, Trinkwasserversalzung durch die Kaliindustrie, der Frankfurter Flughafen oder die Agrarförderung zeigen, dass CDU und FDP die Durchsetzung abstrakter ökonomischer Eigeninteressen großer Firmen und Konzerne verfolgen. Das ist aber keine Umweltpolitik, das ist Wirtschaftspolitik. Umweltpolitik heißt auch, das wirtschaftliche Handeln durch ökologische Leitplanken zu regulieren, damit es sich nicht gegen die Menschen richtet und damit unsere Lebensgrundlagen nicht vernichtet werden.

In Hessen wird die Umwelt- und Energiepolitik aber im Wirtschaftsministerium gemacht, und das mit den bekannten Folgen: Verlärmung einer ganzen Region, Versalzung von Trinkwasser und ungebremster Ausstoß von Treibhausgasen. Umwelt- und Wirtschaftspolitik könnten zusammengehen, wenn man sich anstelle von abstrakten wirtschaftlichen Interessen mehr am Gemeinwohl orientieren würde.

Die Hauptträger der Energiewende müssen die Kommunen sein – nicht die großen Konzerne. Die Kommunen müssen

die Möglichkeit der freien wirtschaftlichen Betätigung zu-rück-erhalten, und der landeseigene Betrieb Hessen-Forst muss den Kommunen und kommunalen Energiegenossen-schaften pachtfrei Flächen für die Nutzung der Windener-gie überlassen. Das haben wir in den Haushaltsentwurf ge-schrieben. Die Einnahmen kämen den klammen Kommu-nen zugute, die Wertschöpfung bliebe in Hessen, und eini-ge große Stromtrassen könnten auch noch gespart werden. Die hohen Pachtforderungen, wie sie die Regierungsver-ordnung vorschreibt, bremsen derzeit den Ausbau der preisgünstigsten Energiequelle, die wir in Hessen haben. Im Saldo wird sich diese Energiepolitik nicht rechnen – zu-mindest nicht für die Kommunen und die Verbraucher.

Es stellt sich wiederholt die Frage: Cui bono? Für wen macht diese Regierung diese Politik?